

68. Sitzung

Freitag, den 23. August 2002

Erfurt, Plenarsaal

**Regierungserklärung der Ministerin
für Wissenschaft, Forschung und Kunst
"Thüringen - Campus für Wissenschaft
und Innovation"**

5777

Die Regierungserklärung wird durch die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Prof. Dr. Schipanski, abgegeben.

Die Aussprache zu der Regierungserklärung wird durchgeführt.

**Bericht des Petitionsaus-
schusses für das Jahr 2001**

5811

- Drucksache 3/2527 -

Nach Erstattung des Berichts des Petitionsausschusses für das Jahr 2001 durch den Vorsitzenden findet eine Aussprache statt.

**Situation nach dem Sommer-
hochwasser - Auswirkungen
auf Thüringen und seine
Nachbarn**

5817

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2654 -

Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Staatssekretär Scherer einen Sofortbericht zu dem Antrag.

Auf Verlangen der Fraktionen der CDU und SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.

Der Antrag der Fraktion der PDS auf Fortsetzung der Beratung zu dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt erübrigt sich, nachdem die Fraktionen der CDU und SPD ihre Zustimmung gemäß § 106 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 4 GO nicht erteilt haben.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Im Einvernehmen der Fraktionen wird ohne Widerspruch gemäß § 120 GO von der Geschäftsordnung abgewichen und vor dem spätestens 14.00 Uhr gebotenen Aufruf der Fragestunde die Beratung des Tagesordnungspunkts in Drucksache 3/2654 fortgesetzt und im Anschluss daran noch der Tagesordnungspunkt in Drucksache 3/2655 beraten.

- Solidarität des Freistaats Thüringen mit den Betroffenen der Hochwasserkatastrophe** **5831**
 Antrag der Fraktion der SPD
 - Drucksache 3/2655 -
- Nach Begründung und Aussprache wird der Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.*
- Fragestunde** **5841**
- a) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Fiedler (CDU)** **5842**
Flüge der Hubschrauberstaffel in Thüringen
 - Drucksache 3/2644 -
- wird von Minister Köckert beantwortet. Zusatzfragen.*
- b) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kraushaar (CDU)** **5843**
Kinderärzte gegen soziale Armut
 - Drucksache 3/2648 -
- wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.*
- c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kummer (PDS)** **5844**
Unterhaltung der Talsperre Windischleuba
 - Drucksache 3/2649 -
- wird von Minister Dr. Sklenar beantwortet. Zusatzfrage.*
- d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Heß (SPD)** **5845**
Förderung der Hospizarbeit in Thüringen
 - Drucksache 3/2650 -
- wird von dem Abgeordneten Dr. Pidde vorgetragen und von Staatssekretär Maaßen beantwortet.*
- e) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Zimmer (PDS)** **5846**
Entschuldung der Gemeinde Masserberg
 - Drucksache 3/2651 -
- wird von dem Abgeordneten Kummer vorgetragen und von Minister Trautvetter beantwortet. Zusatzfrage.*
- f) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Pidde (SPD)** **5847**
Polizeidirektions-Arbeitskreis der Thüringer CDU
 - Drucksache 3/2562 -
- wird von Minister Köckert beantwortet. Zusatzfrage.*
- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Fischer (PDS)** **5848**
Regressforderungen gegenüber Thüringer Arztpraxen
 - Drucksache 3/2567 -
- wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.*

-
- h) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Bechthum (SPD)** **5848**
Förderung von barrierefreien Wohnmöglichkeiten
- Drucksache 3/2587 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet.

- i) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Buse (PDS)** **5849**
Umstufungsplanung hinsichtlich Landesstraßen
- Drucksache 3/2588 -

*wird von der Abgeordneten Nitzpon vorgetragen und von
Minister Schuster beantwortet. Zusatzfrage.*

- j) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Tasch (CDU)** **5850**
Förderung von Frauen in der Wissenschaft
- Drucksache 3/2609 -

wird von Ministerin Prof. Dr. Schipanski beantwortet. Zusatzfrage.

- k) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Thierbach (PDS)** **5851**
Dritter Sozialbericht der Thüringer Landesregierung
- Drucksache 3/2615 -

wird von Staatssekretär Maaßen beantwortet. Zusatzfragen.

- l) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow (PDS)** **5853**
**Kontakte von CDU-Mitgliedern zu rechtsextremistischen
Strukturen**
- Drucksache 3/2630 -

wird von Minister Köckert beantwortet.

- Tourismusförderung in Thüringen** **5853**
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2496 -

*Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Schuster einen
Sofortbericht zu dem Antrag.*

*Auf Verlangen der Fraktionen der PDS und SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO
eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung statt.*

*Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Fortsetzung der Beratung zu
dem Bericht der Landesregierung im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Struk-
turpolitik wird mit Mehrheit angenommen.*

*Die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag wird gemäß § 106 Abs. 2 GO
festgestellt.*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	5777, 5788, 5794, 5837, 5839, 5840, 5841, 5842, 5843, 5844, 5845, 5846, 5847
Vizepräsidentin Ellenberger	5815, 5817, 5819, 5820, 5822, 5825, 5827, 5828, 5829, 5830, 5832, 5834, 5856, 5859, 5864, 5867
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	5797, 5798, 5803, 5806, 5808, 5809, 5810, 5811, 5847, 5848, 5849, 5850, 5851, 5852, 5853, 5856
Althaus (CDU)	5820
Bechthum (SPD)	5806, 5848
Becker (SPD)	5827
Dohrt (SPD)	5864
Fiedler (CDU)	5825, 5842
Dr. Fischer (PDS)	5848
Gentzel (SPD)	5831
Gerstenberger (PDS)	5850, 5856, 5857, 5859
Prof. Dr. Goebel (CDU)	5803, 5806
Heym (CDU)	5859, 5864
Höhn (SPD)	5837, 5838, 5840
Huster (PDS)	5832, 5834
Dr. Kaschuba (PDS)	5788
Kölbel (CDU)	5811, 5842
Dr. Kaushaar (CDU)	5843
Kummer (PDS)	5822, 5844, 5845, 5846
Nitzpon (PDS)	5806, 5830, 5849, 5850, 5856, 5864
Dr. Pidde (SPD)	5845, 5847
Pohl (SPD)	5842, 5843
Ramelow (PDS)	5853
Schemmel (SPD)	5819
Schröter (CDU)	5828
Dr. Schuchardt (SPD)	5794, 5798, 5809, 5810, 5811
Schwäblein (CDU)	5798, 5834, 5837
Sedlacik (PDS)	5815
Sonntag (CDU)	5810, 5829
Stauch (CDU)	5841
Tasch (CDU)	5850
Thierbach (PDS)	5851, 5852
Vopel (CDU)	5859
K. Wolf (PDS)	5851
Dr. Birkmann, Justizminister	5811
Köckert, Innenminister	5842, 5843, 5847, 5848, 5853
Maaßen, Staatssekretär	5843, 5845, 5848, 5849, 5852
Scherer, Staatssekretär	5817
Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	5777, 5808, 5809, 5850, 5851
Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur	5849, 5850, 5853
Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt	5844, 5845
Trautvetter, Finanzminister	5839, 5840, 5846
Dr. Vogel, Ministerpräsident	5797, 5798, 5834

Die Sitzung wird um 9.03 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Vertreter auf den Regierungsbänken, verehrte Besucher auf der Besuchertribüne, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne unsere 68. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 23. August 2002 und begrüße Sie dazu alle sehr herzlich.

Als Schriftführer haben Platz genommen Herr Abgeordneter Braasch und Herr Abgeordneter Höhn. Herr Abgeordneter Höhn wird die Rednerliste führen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Arenhövel und Herr Abgeordneter Buse.

Wir kommen unmittelbar zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 1**

**Regierungserklärung der Ministerin
für Wissenschaft, Forschung und Kunst
"Thüringen - Campus für Wissenschaft
und Innovation"**

Ich darf Sie, Frau Ministerin Prof. Schipanski, bitten, uns die Regierungserklärung zu halten.

**Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst:**

Roman Herzog sagte in seiner Berliner Rede schon 1997: "Innovationsfähigkeit fängt im Kopf an - bei unserer Einstellung zu neuen Techniken, zu neuen Arbeits- und Ausbildungsformen, bei unserer Haltung zur Veränderung schlechthin. Die mentale und die intellektuelle Verfassung des Standorts Deutschland ist heute schon wichtiger als der Rang des Finanzstandorts oder die Höhe der Lohnnebenkosten. Die Fähigkeit zur Innovation entscheidet über unser Schicksal." Diese Aussage ist heute so wahr wie vor fünf Jahren. Wer mit offenen Augen durch unser Land fährt, der wird erkennen, dass dieser Mentalitätswandel bei uns im Freistaat bereits Früchte zeigt. Es ist offenkundig, Thüringen ist ein Land mit Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns bewusst, wie wichtig Innovation, Kreativität, Leistungswille und soziale Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind. Globalisierung, neue Technologien und ökonomische Chancen bestimmen die Diskussion. Wir machen uns aber ebenso bewusst, wo unsere geistigen Wurzeln und Traditionen liegen, auf welchem Wertekanon unsere neu errungene demokratische Ordnung beruht. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kunst gehören zum geistigen, kulturellen und innovati-

ven Fundament eines jeden Landes. Deshalb stärken und festigen wir mit unserer Politik dieses unser Fundament.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Landesregierung sieht in besonderer Weise die Chancen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovation durch Wissenschaft und Forschung bieten.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben die Herausforderungen der Zukunft angenommen, die Herausforderung der Schaffung neuer demokratischer und leistungsorientierter Strukturen in Wissenschaft und Forschung, die Herausforderung der Globalisierung, die Herausforderung der Wissensgesellschaft, die Herausforderung der Interdisziplinarität für die Lösung der komplexen Probleme, die wir in dieser Zeit haben, die Herausforderung des Zusammenlebens im vereinten Europa.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, eine Lehre der technischen Revolution und des gesellschaftlichen Umbruchs, der uns die letzten Jahre begleitet hat, lautet: Neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen vor allem in innovativen Bereichen. Das ist zuallererst selbstverständlich eine Aufgabe für mutige Unternehmer. Aber unsere Wissenschaftler und Forscher schaffen dafür wesentliche Voraussetzungen, wie uns gestern Abend die Forscher des Beutenberg-Campus, so meine ich, sehr anschaulich demonstriert haben.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Kreativität, ihr Ideenreichtum wird die Zukunft unserer nachfolgenden Generation ganz entscheidend beeinflussen. Ihr Wille zu gestalten, Chancen zu öffnen, Risiken einzugehen, wird den Mut auslösen, der andere begeistert. Wir konnten das gestern erfahren. Der Wille und die Überzeugung von der eigenen Chance des Lebens wird zu Unternehmensgründungen führen, die innovative Produkte herstellen und die auch einen neuen Markt für Ideen schaffen. Auf diesen Markt, meine Damen und Herren, müssen wir unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft ausrichten. Diese Aufgabe kommt unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen immer deutlicher zu. Ihre zukunftsfähigen Strukturen entscheiden in besonderer Weise über die Entwicklungschancen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, Thüringen hat die Grundlagen dafür in den vergangenen Jahren durch einen kontinuierlichen und zielgerichteten Aufbau seiner Hochschul- und Forschungsinfrastruktur geschaffen. So hat die Landesregierung im Jahr 2000 pro Student 11.500 € ausgegeben und sich damit im Bundesvergleich überdurchschnittlich engagiert.

(Beifall bei der CDU)

Zurzeit studieren 42.400 Studenten an unseren vier Universitäten, vier Fachhochschulen und an der Hochschule für Musik. Für das Jahr 2008 erwarten wir einen Anstieg auf 52.000 Studierende. Der Hochschulstandort Thüringen ist attraktiv. Er zieht Studierende aus allen Ländern Deutschlands und dem Ausland an. Rankings, die in jüngster Vergangenheit veröffentlicht wurden, zeigen immer wieder: Thüringen belegt einen Spitzenplatz im bundesdeutschen Vergleich, sei es bei der Einhaltung der Regelstudienzeit oder bei der Qualität des Studiums. Nehmen wir als Beispiel das Physikstudium in Jena. Eine Studie des Wissenschaftsrates zeigt, unsere Studenten haben in 10,7 Semestern das Diplom in der Tasche, die Studenten in Saarbrücken brauchen dafür 15 Semester. Oder das Maschinenbaustudium in Ilmenau; in diesem Ranking belegte es den ersten Platz. Nirgendwo sonst in Deutschland wird dieses Studium so zügig absolviert. An anderen Universitäten wird über zwei Jahre länger studiert.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Ergebnisse, die sich sehen lassen können und die beachtet werden. In ihnen spiegelt sich die hohe Priorität wider, die unsere Universitäten und Fachhochschulen der Lehre geben. Transparente Studien- und Prüfungsordnungen, Verantwortung der Fakultäten für die Studiengänge, interdisziplinäre Lehre und studentenfreundliche Regelungen für Prüfungszeiten - das sind die Charakteristika unserer Hochschulen für die Lehre. Unsere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer nehmen das Verantwortungsbewusstsein wahr. Hier haben wir Vorbildwirkung, meine Damen und Herren Abgeordneten, für die Universitäten der alten Länder, in denen über solche Maßnahmen noch immer im Detail gestritten wird.

(Beifall bei der CDU)

An der Bauhaus-Universität Weimar erfolgte beispielsweise ganz bewusst eine Abkehr von konventionell strukturierten Ausbildungssystemen der allgemeinen deutschen Kunst- und Gesamthochschulen. Lehre und Forschung sowie künstlerische und gestalterische Fähigkeit sind hier bei uns integrale Bestandteile des Studiums. Interdisziplinäre Projektstudien verbinden Theorie und Praxis in ganz hervorragender Weise. Die Studenten werden an unseren Hochschulen zu vernetztem, zu fächerübergreifendem Denken angeregt. Auf diese Weise sind sie besser auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vorbereitet.

Die moderne Arbeitswelt braucht Spezialisten, aber sie braucht zunehmend mehr Generalisten. Sie braucht vor allem aber Menschen, die sich ein Leben lang durch Lernen auf neue Herausforderungen einstellen können, und sie müssen bereit sein, Höchstleistungen zu erbringen. Die Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes haben darauf frühzeitig reagiert. Sie haben Studiengänge Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen, Bioinformatik und Wirtschaftsrecht eingerichtet. Das ist ihre Antwort auf die veränderten Anforderungen der Arbeitswelt

und der Wissenschaftsentwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, auch der Aufbau von Medienstudiengängen - eine ganz moderne Richtung - an allen Thüringer Universitäten ist eine Antwort von uns auf diese Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Jeder Studiengang spiegelt zugleich die spezifischen Profile der Universitäten wider. Ich nenne Ihnen als Beispiel: Medientechnologie an der Technischen Universität Ilmenau, Mediengestaltung an der künstlerisch orientierten Bauhaus-Universität Weimar, Kommunikationswissenschaften an der geisteswissenschaftlichen Universität Erfurt und Medienwissenschaft an der Universität Jena ergänzt durch Kommunikations- und Medientechnik an der Fachhochschule in Jena und durch Informationstechnologie an der Berufsakademie.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, dieses Beispiel zeigt deutlich, warum wir zu Recht vom Wissenschafts-Campus Thüringen sprechen. Wir setzen auf eine klare Profilbildung unserer Hochschulen auf der einen Seite und eine sinnvolle Ergänzung der Studienangebote auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind ein flächenmäßig überschaubares Land hier in Thüringen. So lässt sich bei uns der Gedanke des Wissenschafts-Campus Thüringen ideal verwirklichen. Wir haben alle Forschungseinrichtungen elektronisch vernetzt, wir bauen unsere verkehrstechnische Infrastruktur zügig aus, allerdings wenn wir nicht gerade vom Bund daran gehindert werden. Ich nenne hier nur den systematisch verschleppten Ausbau der ICE-Trasse Nürnberg-Erfurt. Das ist ein Skandal, meine Damen und Herren Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU)

Unser Konzept in Thüringen beruht auf Kooperation und Zusammenwirken aller Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch in Zusammenarbeit mit Schulen, privaten Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft. So haben wir konsequent Doppelungen von Studiengängen vermieden und wir haben der Entwicklung von modernen Technologien und von Geisteswissenschaften Rechnung getragen. Die Profilierung der Hochschulen auf dem Campus Thüringen bietet dem Land die Möglichkeit, Exzellenz von Forschung und Lehre mit erhöhter Effizienz zu verbinden. Ich erinnere nur an gestern Abend, als uns das deutlich veranschaulicht wurde.

Aber, meine Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie uns einen Blick auf diesen Campus werfen. Die neue wieder gegründete Universität Erfurt ist eine geisteswissenschaftliche Modelluniversität für ganz Deutschland und damit auch ein wichtiger Impulsgeber für die Zukunft der Geisteswissenschaften in der gesamten Bundesrepublik. Ein Studium fundamentale sowie die konsequente Gliederung durch Bachelor- und Master-Abschlüsse und ein ausgeprägtes Mentorensystem sind die Spezifik dieser modernen Hochschule. Das Leitbild der Bauhaus-Universität Weimar basiert auf der Maxime der Einheit von Form und Funktion, der Einheit von Technik und Kunst in ökonomischer und ökologischer Verantwortung, eine Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit. An der Hochschule für Musik "Franz Liszt" Weimar werden hervorragende junge Musiker, Musik- und Kulturwissenschaftler aus der ganzen Welt nach anerkannten exzellenten Methoden ausgebildet. Die vertraglich festgelegte Verbindung zum Musikgymnasium "Belvedere" ermöglicht eine gute Förderung und eine Auswahl besonders begabter Gymnasiasten. Meine Damen und Herren, das ist ein hervorzuhebendes Modellbeispiel der Begabtenförderung, das für ganz Deutschland von ausstrahlender Kraft ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Technische Universität Ilmenau hat mit dem Ausbau von Informationstechnik, Informatik, Mobilkommunikation, Mikro- und Nanotechnologien neue Akzente der wissenschaftlich fundierten wirtschaftlichen und auch der technologischen Entwicklung von Thüringen gesetzt. Ilmenau ist ein Synonym für eine moderne Technische Universität der Bundesrepublik Deutschland, die bewusst auf Innovation setzt.

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena, traditionsreich und symbolträchtig seit 1558, ist eine Volluniversität im Humboldt'schen Sinne mit Geisteswissenschaften, Jura, Medizin und Naturwissenschaften. Hier liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Bio- und der Gentechnologie. Das sind Technologien, die größte Entwicklungschancen im jetzt beginnenden 21. Jahrhundert bieten. Jena ist weit über die Grenzen Thüringens hinaus bekannt und geachtet für seine vorbildlichen Ausbildungs- und Forschungsleistungen auf vielen Gebieten. Erst jüngst erhielt Frau Professor Mummendey den deutschen Psychologiepreis, das ist der deutschlandweit angesehenste Preis dieser Fachrichtung, und er ist damit auch zum ersten Mal an eine Frau vergeben worden.

(Beifall bei der CDU)

Das Universitätsklinikum Jena gehört in vielen Bereichen zu den modernsten Deutschlands. Beispielsweise in der Transplantationschirurgie und der Krebsbehandlung. Auch im Bereich der Neurowissenschaften, also bei Themen wie Lernstörungen und Schlaganfallpatienten, hat sich das Universitätsklinikum eine bundesweite Bekanntheit er-

arbeitet.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. So fand vor wenigen Tagen in Jena der Weltkongress zu Fragen des Biomagnetismus statt. Besonderes Aufsehen erregte die Präsentation des weltweit ersten fötalen Magnetokardiographen. Mit diesem Gerät können Herzfehler eines Babys bereits im Mutterleib festgestellt werden. Gestern Abend konnte man sich da mal hinlegen und sehen, wie sein eigenes Herz funktioniert. Ich glaube, das war eine gute Anschauung für uns.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine auch, wir können stolz sein auf diese Ergebnisse, die bei uns hier in Thüringen erreicht worden sind und die weltweit Anerkennung finden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir gehen nicht nur in der Forschung konsequent neue Wege, auch in der Ausbildung. So haben wir beispielsweise vor zwei Jahren im Unterschied zu anderen Ländern das Fach "Informatik" nicht mit einem Numerus clausus belegt. Wir haben vielmehr durch ein Sonderprogramm mit 1,7 Mio. € die notwendige moderne Entwicklung auf diesem Gebiet gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Dadurch sind wir der Forderung der Industrie nach Ausbildung von Arbeitskräften in diesem Bereich sehr zügig nachgekommen. Den betroffenen Hochschulen haben wir ein flexibles Instrumentarium zur Verfügung gestellt, so dass sie auf aktuelle Entwicklungen schnell reagieren konnten.

Meine Damen und Herren, es erfolgt derzeit die Ausbildung von rund 1.350 zusätzlichen Diplomingenieuren im Rahmen dieses Programms. Insgesamt haben wir fast 4.000 Informatikstudenten in Thüringen. Wir brauchen keine Green-Card-Fachleute, wir bilden unsere Spezialisten zügig selbst aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Die Zahl der Studierenden ingenieurwissenschaftlicher Fächer hat sich in den vergangenen zwei Jahren von 8.700 auf 10.700 erhöht. Damit liegt ihr Anteil mit 25 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das ist auch ein Ausweis für das Technologieland Thüringen. Das zeigt auch, dass die Akzeptanz von Technik bei unseren jungen Menschen beachtlich hoch ist. Ich sehe das auch als ein Ergebnis der Wertschätzung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an unseren Gymnasien.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier haben uns die PISA-Ergebnisse hervorragende Plätze bescheinigt. Eine besonders hervorzuhebende Entwicklung, meine Damen und Herren, haben die vier neu gegründeten Thüringer Fachhochschulen genommen. Davon profitiert in unserem Land insbesondere die klein- und mittelständische Industrie und diese prägt ja gerade unser Land. Wer die Bedeutung der ingenieurwissenschaftlichen und betriebswissenschaftlichen Fächer und die Nachwuchsklagen der Unternehmen kennt, der kann diese Entwicklung nur begrüßen. Auch damit schaffen wir ein Stück Zukunft für Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Die stärkere Profilierung und der weitere Ausbau der Thüringer Fachhochschulen sind das erklärte Ziel der Landesregierung. Die besondere Chance der Fachhochschulen liegt in ihrem anwendungsorientierten wissenschaftlichen Bildungsauftrag. Unsere Fachhochschulen leben von den Beziehungen zu den Betrieben der Region. Im gleichen Maße wird die technologische Entwicklung einer ganzen Region durch eine Fachhochschule vorangetrieben. Deshalb haben wir beispielsweise an der Fachhochschule Nordhausen den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Stoffstrom und Flächenmanagement vorgesehen, das in ganz besonderer Weise die Bedingungen gerade dieser Region berücksichtigt, aber auch die Fähigkeiten, die an der Fachhochschule entwickelt worden sind.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, auch die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist ganz entscheidend für unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Nicht erst die Diskussion über PISA und TIMMS haben die Eindringlichkeit einer Lehrerbildungsreform deutlich werden lassen und haben auch dieses Thema verstärkt in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelenkt. Die zentrale Botschaft von PISA ist in diesem Zusammenhang, dass neben den Fachinhalten Didaktik, Methodik, Pädagogik und Psychologie eine neue Schwerpunktsetzung in allen Phasen der Lehrerbildung erhalten müssen. Die Landesregierung hat in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Hochschulen eine Reihe von Initiativen gestartet, die das bereits berücksichtigten. Dazu gehören Initiativen zur Entwicklung der Diagnosefähigkeit von Lehrern, die Tätigkeit einer Arbeitsgruppe Schriftspracherwerb, Veränderung der Ausbildungspläne an den Universitäten, Gründung eines Didaktikzentrums an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Entwicklung eines Kerncurriculums für Lehrerbildung. Bei all diesen Initiativen arbeiten Wissenschaftsministerium, Kultusministerium und die beteiligten Hochschulen eng zusammen. Wir führen mit Beginn dieses Schuljahres - das Zentrum für Didaktik der FSU Jena, das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung und die Staatlichen Studienseminare gemeinsam - eine Fortbildung auf dem Gebiet der Didaktik für das Ausbildungspersonal von Lehrern durch; eine erste sehr schnelle Antwort auf die Leh-

ren aus PISA. Die Universität Erfurt hat den Reformauftrag, Studium und Lehre neu zu gliedern. Sie entwickelt auch für die Lehrerbildung ein konsekutives Studienkonzept, das die Ausbildung von Grund-, Regel- und Berufsschullehrern zusammenführt.

Das Erfurter Studienmodell teilt die Ausbildung in zwei große Abschnitte: Der erste widmet sich vor allem der Fachausbildung sowie den für den Lehrerberuf unerlässlichen sozialen Kompetenzen. Im zweiten Abschnitt steht die Professionalisierung in Verbindung mit Schulpraktika im Vordergrund.

(Beifall Abg. Döring, SPD)

Auch in dieser Ausbildung werden alle drei Phasen der Lehramtsausbildung enger miteinander verzahnt und damit wird die Ausbildung auf hohem Niveau gesichert.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, auch in der Weiterbildung gehen wir neue Wege und nutzen konsequent die Möglichkeiten neuer Technologien. Erst kürzlich haben wir das Bildungsportal Thüringen eröffnet. Hier präsentieren sich die derzeit 80 regionalen und überregionalen Weiterbildungsangebote über eine gemeinsame Internetadresse. Damit beschreitet der Wissenschaftscampus Thüringen einen Weg, der die Selbständigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen unterstützt, gleichzeitig aber die Synergieeffekte ihrer Zusammenarbeit ganz intensiv nutzt. Das Ganze in multimedialer Form, das ist unsere Antwort auf die Herausforderung dieser Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Thüringen sehr frühzeitig erkannt, dass wir festere Brücken zwischen den Unternehmen und ihren Zielen und der wissenschaftlichen Ausbildung brauchen. Deshalb haben wir Mitte 1998 die Berufsakademie Thüringen gegründet. Ihre positive Entwicklung hat dieser Entscheidung Recht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Innerhalb der ersten drei Jahre hat sich die Zahl ihrer Studenten von 200 auf über 1.100 erhöht. Diese Entwicklung hält an, meine Damen und Herren Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausbildung an unserer Berufsakademie hat sich hervorragend bewährt. Die Vermittlungsquote der Absolventen liefert hierfür den besten Beweis. Mehr als 95 Prozent sind bereits in Unternehmen eingestellt. Es war also eine richtige und es war eine wichtige Entscheidung für Thüringen, die Berufsakademie zur Vervollständigung unserer Hochschullandschaft einzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Man kann feststellen, der Ausbau des Lehrgebäudes der Berufsakademie in Eisenach ist abgeschlossen. In Gera ist der erste Spatenstich für den Neubau getan. Das Lehr- und Laborgebäude neben Schloss Tinz soll 2003 fertig gestellt sein. An diesem Standort allein wird das Land über 10 Mio. € investieren, eine erfreuliche Bilanz.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, eine gute Bildung braucht selbstverständlich ein gutes Heim. Deshalb haben wir seit 1999 insgesamt 325 Mio. € in den Hochschulbau investiert. Wir haben heute in Thüringen fast 26.000 flächenbezogene Studienplätze. Wir können rückblickend für die letzten 10 Jahre sagen, wir haben Jahr für Jahr kontinuierlich 1.000 neue flächenbezogene Studienplätze geschaffen. Das ist eine beachtliche Leistung, auf die Thüringen stolz sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Die Ergebnisse unserer Investitionen können sich national und international sehen lassen. Ich nenne Ihnen einige ausgewählte Beispiele. Wir haben fünf neue Bibliotheken an den Universitäten Erfurt und Jena sowie an den Fachhochschulen Erfurt, Jena und Schmalkalden den Studenten und Wissenschaftlern zur Nutzung übergeben. Wir haben einen neuen attraktiven Campus für die Fachhochschule Schmalkalden geschaffen mitten im Ort, ein herausragendes Merkmal für die Stadt Schmalkalden. Die Technische Universität Ilmenau verfügt seit diesem Jahr über ein Technologiegebäude, das modernsten internationalen Ausstattungsanforderungen genügt. Beim größten Bauvorhaben unseres Landes, dem Uniklinikum Jena, wird der erste Bauabschnitt in wenigen Monaten abgeschlossen. Nächstes Jahr werden wir sieben neue Kliniken in Betrieb nehmen, darunter mehrere chirurgische Kliniken, die Anästhesie und die Neurologie.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, damit hat das Land Thüringen seinen Studenten und Wissenschaftlern Voraussetzungen geschaffen, die international Maßstäbe setzen. Moderne Architektur, Funktionalität und benutzerfreundliche Ausstattung bieten optimale Möglichkeiten für Studium, Forschung und Lehre. Wir werden auch in Zukunft in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, den großen Rückstand, den Thüringen nach der Wende hatte, aufzuholen und zugleich neue Akzente zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf eine Besonderheit eingehen, die mir besonders am Herzen liegt. Die Hochschule für Musik konnte zum Wintersemester 2001/2002 die umgebaute und sanierte Streichhan-Kaserne als neues Übungsgebäude beziehen. Bei diesem Umbau sind wir auch bei der Finanzierung ganz neue Wege gegan-

gen. Hier haben wir erfreulicherweise 4,5 Mio. € Konversionsmittel eingesetzt. Damit ist die bauliche Entwicklung dieser Musikhochschule abgeschlossen. Aber der Hochschulbau selbst ist aus denkmalpflegerischer, aus architektonischer und klangtechnischer Sicht einmalig.

(Beifall bei der CDU)

Gäste, die aus Italien zur Einweihung waren, sagten, sie kennen in ganz Europa nicht ein solches Beispiel wie diese umgebaute Streichhan-Kaserne. Es ist ebenso einzigartig wie diese Hochschule ein Juwel in unserer Thüringer Hochschullandschaft ist. Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Umwandlung einer alten Kaserne zu einer modernen Ausbildungsstätte junger Musiker ist für mich persönlich auch ein beeindruckendes Beispiel für den Wandlungsprozess, in dem sich unsere Gesellschaft, in dem wir uns hier in Thüringen befinden. Wo früher russische Soldaten den Gleichschritt übten, werden heute junge Musiker aus aller Welt ausgebildet, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft erfahren dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich jeden Tag über diese uns vom Grundgesetz zugesicherte Freiheit. Meine Damen und Herren Abgeordneten, als Wissenschaftsministerin ist es mir ein sehr wichtiges Anliegen, unsere begabten jungen Menschen hier in Thüringen zu halten und unseren wissenschaftlichen Nachwuchs zu stärken. Deshalb fördern wir besonders begabte Wissenschaftler und Meisterschüler durch die Vergabe von Stipendien für Promotionen und künstlerische Projekte. Jahr für Jahr stellt das Land Thüringen dafür rund 1 Mio. € zur Verfügung, und wir können damit etwa 100 Stipendiaten unterstützen. Eine erfreuliche Bilanz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Eine besondere Form der Nachwuchsförderung bilden bei uns im Land die Graduiertenkollegs. Hier arbeiten junge Wissenschaftler interdisziplinär an Forschungsprojekten zusammen. Mittel für diese Kollegs werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft nach strengen Wettbewerbskriterien vergeben. Es ist ein beachtliches Ergebnis für unsere Thüringer Wissenschaftler, dass es ihnen gelungen ist, sechs Graduiertenkollegs und drei Forschergruppen zu etablieren. Das Land unterstützt zusätzlich Nachwuchsforschergruppen im Rahmen des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms. Seit dem vergangenen Jahr haben wir 12 solcher Gruppen eingerichtet. Damit halten wir begabte junge Wissenschaftler im Land und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass wir unsere wissenschaftliche und unsere wirtschaftliche Entwicklung befördern können. Das ist ein hervorragendes Ergebnis für uns und unterstreicht einmal mehr, dass der Freistaat Thüringen seine Verantwortung für die junge Generation in vollem Umfang wahrnimmt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, der Landesregierung und mir besonders ist es ein zentrales Anliegen, dass Frauen gerade auch in der Wissenschaft neue Möglichkeiten eröffnet werden. Hier sind wir auf einem guten Weg. So stieg der Frauenanteil unter den Professoren in der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 5 auf 12 Prozent. Ein hervorragendes Ergebnis im Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Promotionen im Freistaat Thüringen hat sich der Anteil der Frauen zwischen 1999 und 2001 von 35 Prozent auf 41 Prozent erhöht. Bei den Habilitationen von 15 Prozent auf 25 Prozent. Solche Entwicklungen passieren nicht von selbst. Die Landesregierung hat hier erhebliche Unterstützung geleistet.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich dabei einige Punkte herausgreifen. Gleich nach meinem Amtsantritt habe ich ein neues Förderprogramm für Frauen in der Wissenschaft eingerichtet. Außerdem wurde in dem schon erwähnten Hochschul- und Wissenschaftsprogramm ein besonderer Schwerpunkt auf den Programmteil Chancengleichheit gelegt. Insgesamt haben wir in den letzten zwei Jahren fast 4 Mio. € eingesetzt, um dieses Ergebnis zu erreichen. Aber, ich glaube auch, das Entscheidende ist, dass wir uns Gedanken gemacht haben, wie wir individuell die jungen Frauen und Mütter fördern können. So haben wir Telearbeitsplätze geschaffen für Mütter, die in der Promotionsphase sind und Kleinkinder haben, damit sie von zu Hause aus auch an ihrer Qualifizierung weiterarbeiten können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ganz gezielt den Abschluss von Promotionen mit Stipendien gefördert. Wenn jemand durch die Kinderbetreuungsphase aus der normalen Entwicklung herausgerissen war, hat er dadurch die Möglichkeit bekommen, sein Studium abzuschließen. Wir haben Unterstützung gewährleistet beim Besuch von wissenschaftlichen Veranstaltungen, damit man auf international bedeutenden Kongressen Vorträge halten kann, seinen Namen als Frau in der Wissenschaftlergemeinschaft bekannt macht. So haben wir ganz vielfältige neue Formen der Förderung entwickelt, um den spezifischen Bedingungen von Frauen in der Wissenschaft wirklich gerecht werden zu können. Ich glaube, das Ergebnis bestätigt unsere Bemühungen und wir werden das ganz konsequent in der Zukunft fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Landesregierung beginnt die Förderung von Frauen in der Wissenschaft nicht erst in der Phase der Promotion. Gerade im Bereich der natur- und ingenieur-

wissenschaftlichen Fächer muss das Interesse für das Fach schon in der Schule geweckt werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb fördert die Landesregierung bereits seit 1998 die Thüringer Koordinierungsstelle Naturwissenschaft und Technik für Schülerinnen, Studentinnen und Absolventinnen an der Technischen Universität in Ilmenau. Das ist eine bundesweit einmalige, das ist eine beispielgebende Einrichtung. Seit 1999 widmet sie sich verstärkt der Schaffung von Netzwerken für Studentinnen und Absolventinnen. Dieses Netzwerk wird von Mentorinnen aus der Praxis, aus der Wissenschaft und aus dem Beruf betreut. Ich bin mir sicher, dass diese Aktivitäten dazu führen werden, dass unsere Frauen in der Wissenschaft den Platz einnehmen werden, der ihnen zusteht.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Frauen werden mit unserer spezifisch weiblichen Kompetenz Forschung und Lehre in Zukunft auf vielen Gebieten bereichern zum Wohle für Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Wissenschaft ist international. Sie lebt vom geistigen Austausch über Länder und Staatsgrenzen hinweg. Forschungsergebnisse werden in der internationalen Forschergemeinschaft zur Diskussion, zur Validierung und zur Nutzung vorgestellt. Unsere Wissenschaftler nutzen diese Möglichkeiten in hervorragender Weise in vielfältigen europäischen und weltweiten Verbänden. Es hat sich in den letzten Jahren zunehmend ein internationaler Bildungsmarkt herausgebildet, auf dem unsere Hochschulen in den nächsten Jahren bestehen müssen. Wir sind uns bewusst, dass wir unsere Hochschulen fit machen müssen für diesen Wettbewerb in der Globalisierung.

Meine Damen und Herren, hier ist die wichtigste Forderung international anerkannte Abschlüsse.

(Beifall bei der CDU)

Die Thüringer Hochschulen nutzen konsequent ihre Möglichkeiten, die international vergleichbaren Abschlussgrade Bachelor und Master einzuführen. Zum Beispiel beruht das Reformkonzept der Universität Erfurt auf der Einführung dieser gestuften Abschlüsse für alle geisteswissenschaftlichen Studiengänge einmalig in der Bundesrepublik. Auch an den anderen Hochschulen in Thüringen, insbesondere an den Fachhochschulen, wurden die Möglichkeiten dieser Studiengänge gut angenommen. Hier zeigen die Fachhochschulen ihre ganz besondere Kreativität. Zum Beispiel an der Fachhochschule Erfurt wurde der Master of civil engineering, das ist also ein Masterabschluss im Bauingenieurwesen, eingeführt. Es ist ebenso hervorzuheben der Master of science im Bereich

europäische Urbanistik und der Master of fine arts - beide an der Bauhaus-Universität Weimar.

Meine Damen und Herren, Sie sehen allein schon aus der Bezeichnung - unsere Hochschulen sind international. Die Abschlüsse werden schon gar nicht mehr ins Deutsche übersetzt, sie sind einfach international anerkannt und vergleichbar. Dieser Master of fine arts ist darüber hinaus der erste Masterstudiengang für Kunst in Deutschland. Sein Konzept wurde vom Deutschen Akademischen Austauschdienst als beispielhaft für die Internationalisierung der Hochschulen ausgezeichnet. Ich versichere Ihnen, die Landesregierung setzt weiterhin auf diese Form der Internationalisierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, von strategischer Bedeutung ist weiterhin das Netz weltweiter Kooperation, das unsere Hochschulen inzwischen seit 1990, seitdem sie aus der Isolierung herausgeführt wurden, aufgebaut haben; 128 internationale Hochschulverträge in Lehre und Forschung und 345 europäische Hochschulkooperationsverträge mit Partnerhochschulen im Rahmen von europäischen Austauschprogrammen - ein erfreuliches Ergebnis. Das bedeutet Austausch von Wissenschaftlern, Studenten und Lektoren, aber auch die gemeinsame Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben und Forschungsprojekte. Ein gutes Beispiel für die internationale Zusammenarbeit ist auch die Tatsache, dass 500 Studierende ein Praktikum in 20 Staaten der Welt absolviert haben und 100 ausländische Studierende führten einen Praxisaufenthalt in Thüringer Wirtschaftsunternehmen durch. Das ist einmal ein Beweis für das praxisnahe vorbildhafte Studium hier in Thüringen, aber es ist auch ein Ausweis für die enge Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft im Freistaat und für unsere internationale Einbettung. Beispielhaft möchte ich auch noch nennen die Mitarbeit der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Coimbra Group. Die Mitglieder sind Universitäten aus 19 Staaten. Die Zielstellung liegt in der Bildung besonderer akademischer und kultureller Bindung im vereinigten Europa. Die Mitarbeit in europäischen Netzwerkstrukturen, das ist ein wesentlicher Beitrag unserer Thüringer Wissenschaftler für den europäischen Einigungsprozess, den sie ganz bewusst wahrnehmen und den sie kontinuierlich weiterentwickeln. Die Landesregierung begrüßt diesen geistigen Austausch und die wissenschaftliche Zusammenarbeit. Das ist eine kulturelle Bereicherung für unser Land. Aber ebenso wichtig, meine Damen und Herren, ist das gemeinsame Studium von Menschen aus verschiedenen Ländern hier bei uns an den Thüringer Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

Thüringen ist ein gastfreundliches Land. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl ausländischer Studierender mehr als verdreifacht. Zurzeit studieren fast 2.500 ausländische Studenten aus 106 Ländern an unseren Hoch-

schulen. 40 ausländische Professoren lehren bei uns. So wird zum Beispiel die Sternwarte Tautenburg, die das größte Spiegeluniversalteleskop Deutschlands betreibt, von einem amerikanischen Wissenschaftler geleitet. Am Schreibtisch des weltberühmten Architekten Gropius arbeitet heute Professor de Michelis aus Italien.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, an unseren Hochschulen ist das Miteinander verschiedener Nationen und Kulturen Alltag. Miteinander studieren und lehren in Thüringen, das ist selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb schien es uns wichtig, diese Selbstverständlichkeit, diese gelebte Toleranz hier in Thüringen zu verdeutlichen. So haben wir alle Studenten zur Teilnahme am Wettbewerb "Miteinander studieren in Thüringen" aufgerufen. Mit diesem Wettbewerb zeichnet die Landesregierung Aktionen und Projekte aus, die sich in außerordentlicher Weise für die Integration von ausländischen Studierenden und von ausländischen Mitbürgern einsetzen. Zu den Preisträgern dieses Jahres zählt auch die Initiative "Tandem" vom Studierendenrat der Fachhochschule Erfurt. Das ist eine besondere Form der Betreuung durch deutsche Studenten im praktischen Alltagsleben. Ich wünsche mir, dass diese Beispiele über den Hochschulbereich angenommen werden. Ich muss Ihnen sagen, dass es nach all den Jahrzehnten der Isolation mir persönlich eine große Freude ist zu sehen, wie unsere Hochschulen und Institute sich Schritt für Schritt zu einem weltoffenen, zu einem internationalen Parkett entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Große internationale Kongresse, die hier bei uns abgehalten werden, sind ein Spiegelbild dafür. Ich nenne als Beispiel die 9. Internationale Konferenz über Kristallisation biologischer Makromoleküle, die im März dieses Jahres mit über 400 Teilnehmern aus 43 Ländern, darunter auch ein Nobelpreisträger, hier stattgefunden hat. Ich mache Sie aufmerksam auf den 24. Kongress der Internationalen Hegel-Gesellschaft zum Thema "Glaube und Wissen", der nächste Woche hier bei uns in Thüringen stattfindet. Es ist aber auch ein Zeichen internationaler Anerkennung, meine Damen und Herren, dass unsere Expertise in der UNESCO-Weltkommission für Ethik in Forschung und Wissenschaft gefragt ist und dass sie ebenso gefragt ist im Beirat der Universität der Vereinten Nationen, die von 24 Experten aus der ganzen Welt bestückt ist und sich mit Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft beschäftigt, genau die Themen, die für uns von brennendem Interesse sind, die aber auch die Verbindung zur Wissenschaftlergemeinschaft in der Welt widerspiegeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich habe mich bisher in meinen Ausführungen auf die Ausbildung und die Lehre konzentriert. Unsere Hochschulen erbringen aber ebenso hervorragende Leistungen im Bereich der Forschung. Lassen Sie mich nur ein besonders anschauliches Beispiel erwähnen. So baut Prof. Sauerbrey an der Universität Jena mit seinen Physikern den stärksten Laser der Welt. Er wird zehnmal stärker sein, als der stärkste bisher weltweit verfügbare Laser. Diese Entwicklung führt zu einer ganzen Reihe unmittelbar umsetzbarer Erkenntnisse, durch die sich die Thüringer Optikindustrie einen spezifischen Vorsprung vor der internationalen Konkurrenz sichern kann.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich nach diesem stärksten Laser der Welt noch einen Rekord der Miniaturisierung in unserem Land anführen. An der Technischen Universität in Ilmenau hat Professor Jäger ein Gerät entwickelt, das die Messgenauigkeit bisheriger Instrumente um das Tausendfache und das Messvolumen bekannter Rasterelektronenmikroskope um das Fünfzehnmillionenfache übertrifft. Das bedeutet, das weltweit genaueste Messgerät im Nanometerbereich wurde von unseren Forschern hier in Thüringen entwickelt.

(Beifall bei der CDU)

Diese Hightechmaschine wird durch ein ausgegründetes Unternehmen bereits in Ilmenau produziert und weltweit für Halbleitertechnik, Optikindustrie und biotechnologische Anwendungen verkauft - ein Beispiel für Innovation unseres Technologielands Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so schafft man neue Arbeitsplätze, nicht durch immer neue Gutachten, die ihre Weihe im Französischen Dom in Berlin erfahren haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, der hohe Stand der Forschung an unseren Universitäten findet seinen besonderen Ausdruck in der Bewilligung von sechs Sonderforschungsbereichen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft werden ausschließlich nach strengen, von der Wissenschaft selbst erstellten Leistungskriterien vergeben und sie sind ein Gütesiegel im nationalen und im internationalen Vergleich. Der besondere Vorteil dieser Forschungsbereiche liegt darin, dass sie langfristig sind und dadurch struktur- und profilbildend für unsere Forschungslandschaft wirken. Sie stärken die geisteswissenschaftliche, die naturwissenschaftliche, die klinische und die technische Grundlagenforschung, sie setzen aber auch zugleich Akzente und den Schwerpunkt auf das komplexe Betrachten von Problemen.

Ich möchte Ihnen ein ganz illustratives Beispiel für übergreifende Zusammenarbeit nennen, das ist der Sonderforschungsbereich "Ereignis Weimar-Jena - Kultur um 1800". Dieser ist an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelt, aber hier findet auch eine intensive Zusammenarbeit mit der Stiftung "Weimarer Klassik" statt. Das zeigt, wie eng bei uns im Freistaat Wissenschaft und Kultur miteinander verbunden sind und wie sie sich auf die Gesellschaft in unserem Freistaat auswirken.

13 Jahre nach der Wende, meine Damen und Herren, haben die Thüringer Hochschulen an den Förderverfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft, des Bundesforschungsministeriums und der Europäischen Union eine bemerkenswert hohe Steigerung zu verzeichnen, ein Beweis für die Kreativität und das Engagement unserer Wissenschaftler, das ich nachdrücklich hervorheben möchte und das ich weiterhin aktiv unterstützen werde. Aber, ich meine, Forschung können wir nicht nur von Seiten der Hochschule betrachten, die Ergänzung durch außeruniversitäre Institute ist ein ganz wesentlicher Beitrag zu unserer Forschungslandschaft in Thüringen. Ich nenne Ihnen einige wenige Beispiele: Das Institut für Mikroelektronik- und Mechatroniksysteme mit Standorten in Ilmenau und Erfurt erforscht die Grundlagen für neue Informationstechnologien in Verbindung zur Thüringer Industrie. Wir haben das Institut für Bioprozess- und Analysenmesstechnik in Heiligenstadt, das biologische Funktionen für Biotechnologie, Medizin- und Lebensmitteltechnik nutzt. Das Hans-Knöll-Institut für Naturstoffforschung, das sich gestern Abend hier sehr anschaulich präsentiert hat, setzt einen in Deutschland einmaligen Akzent auf dem Gebiet der Naturstoffforschung. Aufgrund seiner erreichten überregionalen Bedeutung und des gesamtstaatlichen Interesses an seiner Forschungsthematik wird dieses Institut im nächsten Jahr in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung im Rahmen der Wissenschaftsgemeinschaft "Gottfried Wilhelm Leibniz" aufgenommen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, zwischen den Ländern herrscht ein erbitterter Wettbewerb um die Aufnahme in die Wissenschaftsgemeinschaft "Gottfried Wilhelm Leibniz". Das bedeutet nämlich, dass diese Institute zur Hälfte vom Bund und nur zur Hälfte noch vom Land finanziert werden. Wir haben diesen Wettbewerb gewonnen, das ist ein großer Erfolg für uns.

(Beifall bei der CDU)

Auf dem Beutenberg in Jena hat sich unter dem Leitspruch "Lebenswissenschaften trifft Physik" ein Forschungsstandort entwickelt, von dem wir in Zukunft noch viel erwarten dürfen. Sie haben gestern das Themenspektrum erfahren dürfen. Es reicht vom Laserskalpell über die Entwicklung neuartiger Röntgenspiegel bis zur Entschlüsselung des menschlichen Erbguts. Der Campus Beutenberg ist mit seinen zehn Instituten ein durch Interdisziplinarität und Internationalität gekennzeichnetes Forschungszentrum, das weltweite Bedeutung erlangt hat. Wir konnten gestern

Abend hier im Landtag erleben, wie die Wissenschaftler forschen, welche Ergebnisse sie erreicht haben und, ich glaube, Sie haben ein sehr eindrucksvolles Bild von dem Engagement und dem Elan der Wissenschaftler, die auf dem Beutenberg dort zusammenarbeiten, erhalten. Charakteristisch für die Arbeit auf dem Beutenberg ist die ganz enge Vernetzung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung, zwischen unterschiedlichen Instituten mit der Hochschule und insbesondere auch mit der Industrie. Hier arbeiten Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, Landesinstitute, Hochschulinstitute und Institute der Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft zusammen. Wir haben hier, dass die Idee eines Wissenschaft und Wirtschaft umspannenden Netzwerkes Realität geworden ist und das innerhalb von zehn Jahren - eine hervorragende Bilanz.

(Beifall bei der CDU)

Auf dem Campus spielt das Bioinstrumente-Zentrum als Technologie- und Gründerzentrum eine wichtige Rolle. Es ist sozusagen ein Katalysator, wenn es darum geht, wissenschaftliches Know-how in Produkte, in Verfahren, in Dienstleistungen umzusetzen. Es ist uns damit gelungen, alle Kompetenzen auf dem Gebiet der Biotechnologie in den letzten Jahren dort zu bündeln. Zum Aufbau dieser leistungsstarken Forschungsinfrastruktur wurden den Forschungseinrichtungen auf dem Beutenberg Jena allein für Baumaßnahmen öffentliche Mittel von rund 190 Mio. € bereitgestellt, davon allein etwa 110 Mio. € vom Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben für die institutionelle Förderung dieser Forschungseinrichtungen seit 1992 rund 250 Mio. € aufgewendet. Das ist gut angelegtes Geld in die Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU)

In Zukunft wird es für uns darauf ankommen, das hohe wissenschaftliche Potenzial der Forschungseinrichtungen auf dem Beutenberg-Campus wesentlich stärker noch mit Thüringer Wirtschafts- und anderen Wissenschaftseinrichtungen zu vernetzen. Wir haben die Errichtung eines Zentralgebäudes vorgesehen, das gestern immer wieder angesprochen worden ist. Es ist in unserer Planung fest verankert. In dem sollen alle Institute gemeinsame Dienstleistungen nutzen können. Es ist die Schaffung eines inter-fakultativen Zentrums für molekulare Biomedizin geplant. Was wir am Beutenberg geschaffen haben, das ist international schon etabliert. Man spricht nicht umsonst inzwischen vom SaaleconValley und von der Boomtown Jena.

(Beifall bei der CDU)

Der Beutenberg zeigt uns, dass wir in Thüringen im Stande sind, die Herausforderungen der Globalisierung an die Wissenschaft zu meistern. Wir sind auf gutem Weg.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, Studien der Europäischen Kommission legen auf eindrucksvolle Weise dar, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Innovationsgrad in Unternehmen und der Zunahme der Beschäftigung gibt. Das bedeutet für uns in Thüringen, wer in Forschung und Entwicklung investiert, schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Der Wirtschaftsstandort Thüringen ist ganz überwiegend durch kleine und durch mittlere Unternehmen geprägt. Diese haben jedoch häufig zu wenig Eigenkapazitäten, um Forschungs- und Entwicklungsvorhaben selbst zu verwirklichen. Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sind daher bei uns in Thüringen im besonderen Maße als Technologiebasis und als Initiator von Innovationsprozessen gefordert. Hierbei verfolgt die Landesregierung vor allem folgende Ziele: Schaffung und Sicherung einer international konkurrenzfähigen Forschungsinfrastruktur, Bildung von Forschungsschwerpunkten und Kompetenznetzen, Förderung von Verbundforschungsvorhaben in Zusammenarbeit zwischen Thüringer Unternehmen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen. Wir wissen, dass ein wesentliches Potenzial für solche Innovationen eben in der disziplinübergreifenden Zusammenführung von Wissen und Methoden ganz unterschiedlicher Fachgebiete liegt. Wir werden in Thüringen die Kapazitäten von Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, klein- und mittelständischen Unternehmen und auch der Großindustrie, die sich bei uns ausgebildet hat, verstärkt miteinander vernetzen. Wir haben BioRegio Jena durchgeführt und werden es fortsetzen, Optomatronik, Mikrooptik und optische Schichten sind hierfür weitere Beispiele. Die enge Verbindung unserer Wirtschaft mit den Hochschulen und übrigen Forschungseinrichtungen wurde vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln als eines der hervorragenden Standortmerkmale Thüringens festgestellt.

Meine Damen und Herren, diese Stärken werden wir ausbauen. Wir werden uns dabei an den internationalen Trends orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Informations- und Kommunikationstechnologie, Optik, Optoelektronik, Biotechnologie, Medien-, Mikro- und Nanotechnologien, das ist unsere Zukunft. Wir wissen auch, dass das wichtigste Qualitätsmerkmal eines funktionierenden Innovationssystems die Fähigkeit ist, Wissenstransfer zwischen öffentlicher und privat finanzierter Forschung und der privat finanzierten Wirtschaft zu gewährleisten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren erhebliche

Mittel in die Verbundforschung investiert. Das Förderinstrument hat sich als hocheffizient erwiesen. In einer Studie der Agentur GEWIPLAN wird uns bestätigt, dass im Rahmen der Verbundforschung jeder Euro Fördermittel fast 4 € volkswirtschaftlichen Nutzen schafft. Außerdem hat die Studie auch einen unmittelbaren Arbeitplatzeffekt aufgezeigt. Wenn wir zwei Jahre lang eine Wissenschaftlerstelle fördern, entsteht daraus im Anschluss ein Dauerarbeitsplatz in der Thüringer Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Das sollten wir beibehalten, das werden wir beibehalten.

Ein weiterer Bereich, in dem sich die Landesregierung stark engagiert, ist die Förderung von Existenzgründungen. Mit der vom Bund prämierten Initiative "GET UP" verfügen wir über ein ausgezeichnetes Instrumentarium, um Unternehmensgründern auf dem Gebiet von wissensbasierten und technologieorientierten Existenzgründungen in ihrer sehr schwierigen Startphase zu helfen. Mit diesem Netzwerk haben wir aber zugleich eine innovative Gründeratmosphäre an den Hochschulen erzeugt, in der sich die Studierenden vom Pioniergeist und vom Gedanken des freien Unternehmertums anstecken lassen können. Es wurden im Rahmen von "GET UP" bisher mehr als 250 Gründungsprojekte betreut. Aus denen sind 106 Unternehmensgründungen mit 570 Arbeitsplätzen hervorgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Software-Unternehmen, moderne Technologie-Unternehmen, wie Phaidros lambda technologies oder unique-mode. Das sind innovative Unternehmen mit ganz neuen Leistungsprofilen, die Thüringen in Zukunft hier charakterisieren werden. Allein in der Region Jena wurden in den letzten fünf Jahren 31 Unternehmen mit Bio-Instrumente-Profil gegründet. Damit sind 350 neue Arbeitsplätze verbunden. Das zeigt, Wissenschaft schafft Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Hier möchte ich auch noch die Studie der Universität Regensburg zum Gründungsklima an deutschen Hochschulen zitieren. Nach dieser Studie liegt die Technische Universität Ilmenau in der Gesamtwertung auf einem sehr guten siebenten Platz unter den 78 untersuchten Universitäten. Seit 1998 erfolgten dort 34 Unternehmensgründungen, 21 sind in Vorbereitung. Das ist eine Bilanz unserer Gründungspolitik, meine Damen und Herren Abgeordneten.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir alle wissen, nicht nur Produkte unterliegen einem intensiven Wettbewerb, sondern auch Ideen. Thüringen hat die Zahl der Patentanmeldungen im vergangenen Jahr stetig steigern können. Mit 33 Anmeldungen pro

100.000 Einwohner nimmt der Freistaat unter den neuen Bundesländern unangefochten den ersten Platz ein.

(Beifall bei der CDU)

Diese Patentanmeldungen stammen zu einem erheblichen Teil aus den Thüringer Hochschulen und aus den Forschungseinrichtungen. Damit diese beachtliche Entwicklung fortgesetzt werden kann, müssen gute Forschungsergebnisse weiterhin effektiv geschützt werden. Dazu wird die Etablierung eines Netzwerkes zur Patentierung und Verwertung von Schutzrechten von uns in Thüringen nachhaltig unterstützt. Das wird in den nächsten Jahren etabliert und ausgebaut. Wir haben auch maßgeblich daran mitgewirkt, dass im Februar dieses Jahres eine Novellierung des Erfinderrechts an den deutschen Hochschulen erfolgt ist. Jetzt haben die Hochschulen die Möglichkeit, eine aktive Schutzrechtspolitik zu gestalten, ihre Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auf diesem Gebiet zu professionalisieren und auch langfristig eigene Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen und Patentverkäufen zu erwirtschaften - ein Weg in der Deregulierung in unserem Lande. Ich bin mir sicher, diese Initiativen werden sich in den nächsten Jahren positiv nicht nur auf die wissenschaftliche, insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens auswirken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, wir haben in den vergangenen Jahren für unser Land Thüringen Beachtliches erreicht. Thüringen - die starke Mitte Deutschlands - ist ein leistungsfähiges Wissenschaftsland mit internationaler Ausstrahlungskraft geworden. Das ist die unbestreitbare Bilanz. Diese Bilanz macht es möglich, den Blick mit Zuversicht nach vorn zu richten. Ich will abschließend unsere Zielsetzung und Schwerpunkte für die Zukunft charakterisieren.

Zum Ersten: Wir wollen den Hochschulen Planungssicherheit geben. Die Landesregierung wird mit den Hochschulen einen Zukunftspakt abschließen. In diesem Vertrag wird die Finanzierung in den Kernkapiteln der Hochschulen bis zum Jahre 2006 festgeschrieben. Meine Damen und Herren, das ist eine enorme Kraftanstrengung angesichts unserer dramatischen Haushaltssituation mit Besorgnis erregenden Steuerausfällen. Die katastrophal verringerten Einnahmen haben wir der Politik und der Gesetzgebung der rotgrünen Bundesregierung zu verdanken.

(Beifall bei der CDU)

Diese Politik treibt Kommunen und Länder in den Ruin. Das muss geändert werden!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen zweitens mehr Freiheit und Verantwortung für unsere Hochschulen.

(Beifall bei der CDU)

Die Hochschulen bekommen mehr interne Handlungsspielräume durch Flexibilität im Haushaltsvollzug. Das Land zieht sich aus der Detailsteuerung zurück. Die Hochschulen erhalten so ganz neue Möglichkeiten, aber sie erhalten auch mehr Verantwortung.

Drittens: Wir wollen mehr Wettbewerb für unsere Hochschulen. Deshalb haben wir ein Modell erarbeitet, nach dem ein Teil der Finanzierungsmittel nach Leistungskriterien vergeben wird. Hierzu werden wir mit den Hochschulen entsprechende Zielvereinbarungen abschließen. Das Leitbild für den Hochschulpakt ist ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Hochschulen und Landesregierung. Meine Damen und Herren Abgeordneten, das ist eine neue Qualität der Hochschulpolitik, getragen von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden viertens das Thüringer Hochschulgesetz novellieren. Damit schaffen wir für die Hochschulen auch neue Möglichkeiten, sich im Bereich der Weiterbildung zu engagieren. In Zukunft werden die Hochschulen für ihre Weiterbildungsangebote Einnahmen erzielen und eigenständig für ihre eigene Weiterentwicklung verwenden können. Ich bin mir sicher, dass sich durch diesen Anreiz das Angebot der Hochschulen an wissenschaftlicher und berufsbezogener Weiterbildung in den nächsten Jahren erhöhen wird. Es wird damit zugleich der gestiegenen Bedeutung der Weiterbildung im Kontext des lebensbegleitenden Lernens Rechnung getragen und besonders wichtig, es wird die Mitwirkung der Wirtschaft gesichert.

Wir werden fünftens den Campus Thüringen kontinuierlich fortentwickeln. Bis zum Jahr 2008 sollen 30.800 flächenbezogene Studienplätze errichtet sein. Das bedeutet die kontinuierliche Fortsetzung des Hochschulbauprogramms, das bedeutet die weitere Verbesserung der Grundausstattung unserer Universitäten und Fachhochschulen. Wir erhöhen damit die Attraktivität des Wissenschaftscampus Thüringen für Studenten und Wissenschaftler aus aller Welt.

(Beifall bei der CDU)

Als Sechstes haben wir uns vorgenommen, das Studienangebot durch weitere zukunftsorientierte, interdisziplinäre Angebote zu vervollständigen. Wir werden gemeinsam mit den Hochschulen dafür sorgen, dass die Qualität der Lehre gesichert bleibt und neue Studiengänge den hohen Anforderungen nationaler und internationaler Akkreditierungsagenturen entsprechen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ein wichtiger Markstein ist die Integration der Katholischen Theologischen Fakultät in die Universität Erfurt.

(Beifall bei der CDU)

Die Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl stehen kurz vor dem Abschluss. Damit erfolgt die Abrundung des Profils der geisteswissenschaftlichen Universität Erfurt. Durch diese Vertiefung wird die Universität der Landeshauptstadt weitere wichtige Beiträge zum kulturellen und intellektuellen Dialog in unserem Land leisten können. Zugleich ist dies auch eine Anerkennung für die Arbeit der Universität und für die Arbeit des Landes. Erfurt wird der einzige Standort einer Katholischen Theologischen Fakultät in den neuen Ländern und Berlin sein. Dass die Sicherung dieses Standorts möglich wurde, betrachte ich als einen ganz besonderen Erfolg für unser Land.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir werden eine Kommission einsetzen, die in nächster Zeit die gesamte Thüringer Forschungs- und Hochschullandschaft einschließlich der wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen bewertet. Sie wird uns noch in dieser Legislaturperiode Vorschläge für die Weiterentwicklung des Wissenschaftscampus Thüringen unterbreiten. Namhafte Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft Deutschlands werden hier ihre Vorstellungen einbringen. Der Ausbau der Berufsakademie Thüringen wird zielstrebig fortgesetzt. Bei weiterer Erhöhung der Studentenzahlen werden wir die Studienakademien an den Standorten Gera und Eisenach verselbständigen. Die Kontakte zu den klein- und mittelständischen Betrieben des Landes werden erweitert und verstärkt. Ein neues Berufsakademiegesetz ermöglicht nach Bedarf die Einrichtung von Außenstellen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen die außeruniversitäre Forschung auf allen Gebieten weiterentwickeln. Ein Schwerpunkt wird sein, die Fraunhofer Arbeitsgruppe für elektronische Medientechnologie unter Leitung von Professor Brandenburg, dem Träger des Zukunftspreises des Bundespräsidenten, in ein selbständiges Institut der Fraunhofer Gesellschaft zu überführen. Es werden weiterhin die Bauvorhaben für außeruniversitäre Institute auf dem Beutenberg-Campus in Jena und auf dem Hans-Stamm-Campus der TU Ilmenau zügig fortgesetzt. Wir wollen die Bildung von Kompetenzclustern und -netzwerken forcieren. Ziel unserer Politik ist die Vernetzung von Hochschulen, außeruniversitären und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen mit den klein- und mittelständischen Betrieben und der Großindustrie. Wir werden den Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verstärken. Dadurch entsteht ein hohes Innovationspotenzial für die Schaffung von neuen dauerhaften Arbeitsplätzen. Das wird erfolgen in den ausgewählten, für Thüringen typischen Technologiefeldern.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, der Wissenschaftsstandort Thüringen ist für die Zukunft gut gerüstet. Wir haben gemeinsam bereits eine Menge erreicht. Un-

sere Hochschulen und Institute nehmen einen geachteten Platz in der internationalen Wissenschaftlergemeinschaft ein. Sie haben sich als geistig-kulturelle Zentren in unserem Land profiliert. Ebenso sind sie gefragte Partner der Wirtschaft und Motoren unseres technologischen Aufschwungs. Thüringen ist ein Land mit einer großen geistigen und kulturellen Tradition. Wir nehmen diese Tradition auf und bereichern sie durch neue naturwissenschaftliche, technische, ökonomische und geistige Erkenntnisse. Wir werden den Weg zielstrebig fortsetzen zum Wohle unseres Landes und zum Wohle der Menschen, die hier leben. Thüringen baut darauf: Wissen schafft Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Wir kommen jetzt zur Aussprache über die eben gehörte Regierungserklärung. Als Erste hat das Wort Frau Dr. Kaschuba, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Dr. Kaschuba, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Frau Ministerin hat uns heute Morgen die Erfolge und Projekte der Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen beschrieben und verbale Ausblicke in die Zukunft vorgestellt. Wir alle wissen, dass Thüringen auf diesem Gebiet viel erreicht hat. Wir haben es mehrfach hier im Plenum diskutiert. Trotzdem muss ich sagen, wäre eine kritische und analytische Rede zur Situation in diesem Bereich angemessener gewesen als diese durchgängige Positivdarstellung und es hätte sicher allen auch mehr genützt.

(Beifall bei der PDS)

Die schillernde Überschrift Ihrer ersten Regierungserklärung heißt "Thüringen - Campus für Wissenschaft und Innovation". Sie korrespondiert mit den Titeln: Denkfabrik, Campus Thüringen, virtueller Campus, der Aussage über die Leuchttürme. Wenn Sie gut zugehört haben, haben Sie heute Morgen fast ausschließlich immer wieder das Wort "Jena" gehört.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Ilmenau!)

Das sollte ich sehr begrüßen. Ilmenau kam auch mal vor.

(Unruhe bei der CDU)

Aber eins muss ich sagen, die Orientierung beim Wissenschaftsstandort Thüringen kann sich wohl nicht nur auf diese Leuchttürme beschränken.

(Beifall bei der PDS)

Wenn ich mir ansehe, wie die Aussagen der Ministerin, die wohl sicher nicht zufällig mit Herrn Trautvetters Verlautbarungen korrespondieren, dass im Ansatz des nächsten Doppelhaushalts im Wesentlichen nicht im Hochschulbereich und Forschungsbereich gespart wird, finde ich das erst einmal positiv. Aber "im Wesentlichen" ist schon eine Einschränkung und heißt im Wesentlichen eventuell, dass die nächste Haushaltssperre, der nächste Nachtragshaushalt, diese Ankündigung wieder ad absurdum führt. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren das.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Reines Orakel, was Sie abgeben.)

(Beifall bei der PDS)

Ein Thüringer Rektor sagte: "Nicht die Hochschulen, sondern die Zuständigen und vor allem die Finanzministerien erweisen sich zunehmend als Bremser und reformresistent." All das, was das Thüringer Hochschulgesetz zulässt - Autonomie der Hochschulen, Flexibilisierung der Mittel - fegt in der Regel das Finanzministerium von Herrn Trautvetter mit Haushaltssperren und Mittelkürzungen vom Tisch, wenn es so weit ist.

Die Ministerin sagte heute, die Steuerausfälle sind auf die rotgrüne Bundesregierung zurückzuführen. Das ist sicher zu diskutieren und das ist hier nicht meine Aufgabe, die Politik der rotgrünen Bundesregierung zu verteidigen. Aber Sie regieren in Thüringen seit 12 Jahren und da müssen Sie sich doch auch fragen, was haben Sie denn getan

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Schauen Sie sich doch mal um!)

zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, woher kommen denn die Steuerausfälle? Sehen Sie doch auch einmal Ihre eigene Arbeit ein ganz klein wenig kritischer.

(Beifall bei der PDS)

Der Thüringer Landtag hat sich mehrfach mit Fragen der Wissenschaftspolitik befasst, am ausführlichsten in der Diskussion zur Großen Anfrage der PDS-Fraktion zur Forschungs- und Technologiepolitik in Thüringen im Januar dieses Jahres. Erfolge in der Wissenschaftspolitik sind unstrittig; nichtsdestotrotz wird die Landesregierung in zunehmender Häufigkeit in ihren politischen, speziell haushalterischen Aktivitäten in diesem Bereich öffentlich kritisiert. Ich verweise auf die Studentendemonstrationen im Frühjahr dieses Jahres, auf die Demonstration der Thüringer Rektoren, auf den Artikel von Professor Bauer-Wabegg im März dieses Jahres zum Zustand und den Voraussetzungen für die Denkfabrik Thüringen. Die Frage ist nun, verstehen diese Kritiker die "gute Politik" der Landesregierung nicht oder ist die Politik der Landesregierung denn doch nicht ganz so erfolgreich, wie sie dargestellt wird. Investition in die Köpfe, Zukunft und Arbeit durch Innovation, Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstand-

ortes aus diesen Potenzialen, Stärkung des Mittelstandes, Internationalisierung der Wirtschaft und ihrer Produkte - die Schlagworte kennen wir alle und wir wissen auch alle, dass es richtig ist. Aber wir haben immer noch 15 Prozent registrierte Arbeitslose. Fachkräfte - vor allem junge Leute - verlassen Thüringen, nicht nur um dazuzulernen in anderen Bundesländern, sondern weil sie hier keine Lebensperspektive haben! Wissen ist Zukunft, sagt die Ministerin. Zukunft muss auch finanziert werden. Und die Ministerin verweist ausschließlich auf die absoluten Zahlen der Hochschulausgaben. Tatsächlich liegt Thüringen hinter Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bei den relativen Hochschulausgaben, gemessen am Landeshaushalt insgesamt.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Nennen Sie doch ...)

Herr Ministerpräsident, Sie werden mir doch zustimmen, dass meine Aussage auch stimmt.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Die ist aber Unsinn.)

Na, wenn Sie das meinen, was Sie für Unsinn erklären, ist das dann eben Unsinn.

Meine Damen und Herren, vier Universitäten, vier Fachhochschulen, 19 wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen - um nur einiges aufzuzählen - sehr gute Plätze in den Rankings, das ist schon eine gute Voraussetzung für eine erfolgreiche Wissenschafts- und Innovationspolitik. Aber die Grundlagen dafür wurden nicht ausschließlich in dieser Legislatur gelegt,

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das hat doch keiner gesagt.)

ich denke, der ehemalige Minister Schuchardt wird sicher darauf auch verweisen.

Auch wenn Minister Schuster in der Plenardebatte vom Februar 2002 feststellte, der Neuaufbau der Hochschulen und Fachhochschulen sei im Wesentlichen abgeschlossen, muss man feststellen, dass die Hochschulen hinsichtlich ihrer Ausstattung und ihres Personalbestandes noch weit von der bundesdeutschen und internationalen Spitze entfernt sind. Thüringer Hochschulen lagen bei Hochschulrankings des Zentrums für Hochschulentwicklung auch noch immer auf dem ersten Platz. Die Studenten sind mit den Studienbedingungen zufrieden, immerhin haben wir im Freistaat Thüringen eine der günstigsten Lehrenden- und Studierendenrelationen und relativ kurze Studienzeiten; die Ministerin hat darauf verwiesen. Allerdings verändern sich diese Relationen, und zwar seit 1992 dramatisch. Der erste Platz wird wohl in den nächsten Jahren nicht zu halten sein. Die verhängten Haushaltssperren und der damit einhergehende Einstellungsstopp für die Hochschulen verschärfen die Lage der noch im Ausbau befind-

lichen Hochschulen zunehmend.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
In allen Ländern.)

Meine Damen und Herren, Hochschulpolitik hieß in den Jahren 2000 bis 2002 Kürzungspolitik des Finanzministers. Ausgehend vom Landeshaushalt 2001/2002, der bereits eine Kürzung im Vergleich zum Jahr 2000 erfahren hatte, wurde der Etat des Wissenschaftsministeriums bis hin zum zweiten Nachtragshaushalt im Bereich der Personalausgaben und der Sachausgaben um 5,5 Mio. € gestutzt. Das sind etwa 1,5 Prozent des Gesamtetats in diesem Bereich. Diese 1,5 Prozent sind beim ersten Hinsehen eventuell nicht viel. Vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen und neuer Anforderungen an die Hochschulen sieht dies allerdings schon ganz anders aus.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Wie viele Stellen sind nicht besetzt?)

Gute Studienbedingungen wurden zunehmend aufgegeben (das könnten wir glatt am Einzelfall diskutieren). Seit 1991/92 haben sich die Studierendenzahlen etwa verdreifacht und sie werden noch weiter steigen; Frau Ministerin hat das hier benannt. Die Personalstellenzahl liegt bei etwa 81 Prozent der Werte von 1992. Die erfahrungs- und altersgeprägte Pyramide im Bereich des akademischen Personals an den Universitäten, der klassische Mittelabbau befindet sich in einer immer stärkeren Abwärtsbewegung, er verschwindet zunehmend. Die Personalstruktur war und ist aber ein ganz wesentliches Element für die guten Rankingergebnisse der Thüringer Hochschulen. Es wird zu wenig und verbindlich in die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern, auch bis hin zum Abschluss von Promotionen des wissenschaftlichen Nachwuchses insgesamt investiert.

Die Frau Ministerin hat heute hier einige Initiativen benannt, die durch die Landesregierung ergriffen wurden. Trotzdem beträgt der Anteil der Promovierenden 1,5 Prozent an der Einwohnerzahl Thüringens insgesamt, normal ist ein 3-prozentiger Anteil. Trotz des positiven Ansatzes in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung bleibt Thüringen hinter seinen Erfordernissen zur Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses zurück. Die Hochschulen tragen mit ihrer graduierten Bildung dazu bei, das wissen wir, die kulturelle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft in einer zunehmend auf wissenschaftliche Kompetenz ausgerichteten Welt zu sichern. Zudem ist die Herausbildung eines qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses existenziell für das Fortbestehen des Hochschul- und Forschungssystems. Zu dieser Entwicklung hat aus unserer Sicht auch Thüringen einen anderen Beitrag zu leisten. Die rein quantitativen Ergebnisse lassen jedoch die Vermutung zu, dass Thüringen hier Defizite produziert. Der Freistaat hat seit einigen Jahren die Hälfte fachunspezifisch der Promotionen, die er eigentlich nach der Einwohnerzahl haben müsste.

Meine Damen und Herren, ein Negieren bzw. eine nur auf den Erfolg konzentrierte Berichterstattung versperrt den Weg für heute notwendige Weichenstellungen, um auch in der Zukunft bestehen zu können. Letzteres wird recht deutlich an den neuralgischen Punkten des Landeshochschulplanes. Der Ministerpräsident sprach in seiner Regierungserklärung am 15.03.2002 zum Landeshochschulplan von Planungssicherheit für die Hochschulen bis 2008. Der Landeshochschulplan ist jedoch ein Papier hochgradiger Unverbindlichkeit. Im Gegensatz zu seinem unmittelbaren Vorgängerpapier, das vom Kabinett beschlossen wurde, reicht es jetzt nur zum Status "vom Kabinett zur Kenntnis genommen". Der Landeshochschulplan schreibt z.B. die Personalstellen bis 2008 lediglich als Ist-Zahlen der Jahre 2001 bis 2002 fort. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Studierenden etwa 43.300. Die Ministerin bestätigte gerade, es wird von einer Steigerung der Studierendenzahlen auf etwa 51.000 bis 52.000 ausgegangen, damit etwa um 20 Prozent in den nächsten Jahren. Im Jahr 1992 studierten etwa 17.000 Studierende an den staatlichen öffentlichen Hochschulen Thüringens. Gleichzeitig waren an den Hochschulen insgesamt, ohne Medizin, 6.118 Stellen vorhanden. Im Jahr 2001/2002 sind für etwa 43.000 Studierende nur noch 5.116 Stellen vorhanden und das heißt, die Studierendenzahlen stiegen seit 1992 auf etwa 249 Prozent, während die Stellenzahl auf etwa 84 Prozent fiel. Für 2008 sind noch 4.947 Stellen vorgesehen.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Und danach?)

Somit würde das aktuelle Missverhältnis noch schlimmer werden.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Das ist doch ...)

Herr Trautvetter, Sie müssen ja dort nicht arbeiten, Sie sind ja nur der Finanzminister.

Was bedeutet dann in diesem Zusammenhang für die Hochschulen so genannte Planungssicherheit? Geplant wird eine sichere und deutliche Überbelastung der Hochschulen, auf die man sich für 2008 wenigstens einstellen muss. Von Qualität in Lehre und Forschung wird man dann planmäßig ein wenig absehen müssen.

Meine Damen und Herren, das weitere Finanzbudget der Hochschulen dürfte weiterhin äußerst knapp bemessen sein. Der Finanzminister hat der Presse versichert, im Wesentlichen keine Kürzungen im Bereich Lehre und Forschung zum nächsten Doppelhaushalt.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister: Das stimmt.)

Sie bestätigen das, das freut mich. Aber wie hoch ist dann der Finanzrahmen der Hochschulen? Ist er so hoch wie im Doppelhaushalt 2001/2002 oder ist die Ausgangsgrö-

ße der Nachtragshaushalt mit den Mittelkürzungen? Das wäre schon interessant, wenn wir dazu eine Aussage bekommen könnten.

(Zwischenruf aus dem Hause: Richtig.)

Wir sind der Auffassung, dass die Zahlen des Doppelhaushalts mindestens nicht unterschritten werden dürfen.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Das Geld ...)

Schauen Sie einmal, Herr Ministerpräsident, Sie sagen zu uns, Geld ist ja nicht Ihr Problem. Das Gleiche machen Sie, wenn es um die Politik anderer Parteien geht. Da verteilen Sie das Geld auch ganz großzügig, ohne vorher zu schauen, wo es eigentlich herkommt. Zumindest auf der Bundesebene kann man das Ihrer Partei nachsagen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Sie holen es aus der Schweiz.)

Bitte? Wir holen es aus der Schweiz, meinen Sie? Sie können ja einmal in die Schweiz fahren und fragen, ob wir etwas haben.

Ich möchte aber an dieser Stelle nachdrücklich darauf hinweisen, dass Investitionen in den Hochschulbereich also nicht ausschließlich als konsumtive Aufgaben betrachtet werden sollen - und da stimme ich der Ministerin zu -, Investitionen in diesen Bereich sind Investitionen in die Zukunft dieses Landes. Die Ministerin hat im Februar erklärt, dass die Mittel im gleichen Umfang wie im letzten Haushalt eingestellt werden. In der Regierungserklärung verweist sie auf Bauvorhaben im Hochschulbau und auf dem Beutenberg im Zeitraum bis 2006 und 2008. In diesem Zusammenhang fordere ich die Landesregierung auf, sich zur Priorität ihrer Politiken zu äußern. Welche Priorität nimmt die Wissenschafts- und Innovationspolitik im Verhältnis zu anderen politischen Aufgaben der Landesregierung ein? Ist sie verbal ein Glanzstück, wie es die Ministerin heute vorgestellt hat, und bei Haushaltsdebatten die freiwillige Aufgabe, bei der man gut sparen kann und wo der Finanzminister seine Haushaltssperren ansetzen kann, die dann zu den Wiederbesetzungsstopps führen, die Flexibilität und Übertragbarkeit der Mittel in Frage stellen und damit Hochschulen und Studierende vor immer neue und schwierigere Situationen stellen? Das ist doch die Frage. Da müssten Sie einmal ein eindeutiges Bekenntnis auch in jeder Haushaltsdebatte dazu abgeben.

(Beifall bei der PDS)

Wenn die Erklärungen der Ministerin zu den erklärten Zielen wahr werden sollen, dann müssen mehr Mittel für den Hochschulbetrieb und die Forschung eingestellt werden. Wenn Zukunfts- und damit Lebenschancen auf den Weg

gebracht werden sollen und genau dort in diesem Bereich Wissenschafts- und Forschungspolitik der Geburtsort für Zukunfts- und Lebenschancen von Menschen liegt, dann muss man diesen Bereich deutlich fördern und ihn nicht strangulieren.

(Beifall bei der PDS)

Die Ministerin verwies auf die stetig steigenden Studierendenzahlen, wir verweisen auf die stagnierenden Wissenschaftlerzahlen, besonders im Mittelbau,

(Beifall bei der PDS)

die Diskrepanz der Ost-West-Gehälter an den Hochschulen, die großen Diskrepanzen in der Bezahlung zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Das alles geht zulasten der Studierenden und der Forschungskapazität.

(Beifall bei der PDS)

Nur mit einem starken Mittelbau lässt sich auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, wie z.B. in der Weiterbildung an Hochschulen. Wir sind schon der Auffassung, dass die Möglichkeiten, die die Ministerin hier beschrieben hat, den Hochschulen Möglichkeiten für den Bereich der Weiterbildung zu erschließen, sehr zu begrüßen sind.

Ich möchte ein paar Worte zur Drittmittelfinanzierung sagen, und zwar, weil Herr Minister Trautvetter in der Haushaltsdebatte darauf verwiesen hatte, dass manche Hochschulen selber Schuld sind, wenn sie nicht genug Geld haben, weil sie zu wenig Drittmittelfinanzierung einfahren. Er meinte damit im Speziellen die Jenaer Universität. Aber eine Drittmittelfinanzierung, Herr Minister, orientiert sich zu allererst an wirtschaftsnaher Forschung.

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Richtig.)

Das haben Sie sicher auch gestern Abend im Gespräch mit den Forschern vom Beutenberg-Campus gehört, wenn immer mehr nur über Drittmittelforschung finanziert wird und immer enger Forschung sich im wirtschaftsnahen Bereich orientiert, geht das auf lange Sicht zulasten der Grundlagenforschung. Es muss bei einem bestimmten vertretbaren Prozentsatz bleiben, sonst werden Sie für die Zukunft Probleme insgesamt bekommen.

(Beifall bei der PDS)

Vor allem Grundlagenforschung garantiert langfristig international Zukunftsfähigkeit. Internationale Spitzenleistungen sind Ziel der Hochschulpolitik, das sagen Sie immer wieder in Ihren Reden, aber dafür ist zumindest die Autonomie der Hochschulen und Einrichtungen zu sichern, mindestens in der Frage der Verfügbarkeit und Übertragbarkeit ihrer Mittel und ein ganz klein wenig Geld, dass

diese Autonomie auch zu jedem Zeitpunkt zulässt.

Meine Damen und Herren, die Thüringer Hochschulen müssen auch als globaler Standortfaktor ausgebaut werden, um die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Das heißt auch, dass die leistungs- und belastungsorientierte Zuweisung von Landesmitteln an die Hochschulen des Landes, also LUBOM, den Faktor Internationalisierung in die Berechnung aufnehmen muss und gleichzeitig die Indikatoren, die die Frauenförderung vertreten, stärker gewichtet werden. Wir wissen, dass Frau Ministerin Schipanski sehr viel initiiert hat, was die Frauenförderung angeht, das möchte ich hier ausdrücklich würdigen. Trotzdem bin ich der Auffassung, dass gerade in diesem Bereich noch einiges mehr getan werden muss.

(Beifall bei der PDS)

Ich möchte erneut darauf verweisen, dass die Max-Planck- und Fraunhofer-Institute Gleichstellungspläne haben, über die die meisten Universitäten in der Regel nicht verfügen. Wir fordern für die Gleichstellungsbeauftragten der Einrichtungen nicht nur ein Beratungsrecht in den Berufungskommissionen, sondern auch ein Mitbestimmungsrecht.

(Beifall bei der PDS)

Die Ministerin hat hier auch noch einmal den Frauenanteil an den Hochschulen beschrieben und sich dazu geäußert, dass den Frauen die wissenschaftliche Qualifikation erleichtert werden soll. Aber Zielvorgaben zur Frauenförderung hält die Landesregierung offensichtlich nach wie vor für ungeeignet, weil sie sich vermutlich mit dem Prinzip der Bestenauslese beißen. Ich habe hier jedenfalls nichts über eine Zielvorgabe der Steigerung des Frauenanteils gehört. Dort sind wir der Meinung, dass man auch z.B. den Faktor Frauen in Naturwissenschaft und Technik als Indikator zur leistungs- und belastungsorientierten Zuweisung an Landesmitteln für Lehre und Forschung einführen könnte und dass im Entwurf des Landeshochschulplans die formulierten Leitlinien für die Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Thüringen auch noch mehr auf die Frauenförderung orientiert werden sollten. Man kann immer wieder sagen, wir fördern Frauen schon in einem ausreichenden Maß, aber ich möchte es noch einmal sagen, es gibt sehr wenig Frauen in Leitungsfunktionen in diesem Bereich. Wenn wir uns die Institute ansehen, glaube ich, ist gar keine Frau - Sie können mich da gern verbessern. Bitte?

(Zuruf Abg. Seela, CDU: FH Jena.)

Ich habe von den Instituten gesprochen, an der Fachhochschule, das ist klar. Die Rektorin ist nun einmal die Rektorin, erfreulicherweise. Es gibt also eine Rektorin in Thüringen. Aber ich möchte hier auf eine Bedingung verweisen. Ich denke, dass Frauen wirklich auch Begleitung brauchen, die ihrer spezifischen Lebenssituation entspricht. Hier erinnere ich an eine Zusage der Ministerin, die den Be-

tenberg-Campus betrifft. In der Nähe des Beutenberg-Campus sollte eine Kindertagesstätte gebaut werden, die der speziellen Arbeitszeit dieser Frauen dort angemessen ist, und meine Frage an die Ministerin ist, welche Aktivitäten gibt es, um diese Kindertagesstätte tatsächlich Realität werden zu lassen? Sie hatten das mal in einer Presseäußerung kundgetan.

Zum Hochschulbau möchte ich nicht allzu viel sagen. Wir wissen, dass im Hochschulbau noch etliche Maßnahmen zu realisieren sind und an dieser Stelle glaube ich, da die Mittel für den Hochschulbau seit 2000 sich nicht wesentlich verändert haben und die Lücke zwischen realem Bedarf und realer Deckungschance größer wird, möchte ich doch noch einmal sagen, das ist die 6 Mio. teure Werbekampagne "Denkfabrik Thüringen".

Wenn Sie hier heute nicht Aussagen dazu treffen können, was sie denn gebracht hat, wie viele Unternehmen sich hier ansiedeln wollen aufgrund dieser Denkfabrik-Kampagne, wie viele Forscher deshalb nach Thüringen kommen, speziell weil sie die Plakate gesehen haben, glaube ich, wäre es sinnvoller gewesen, diese 6 Mio. z.B. für den Hochschulbau zu verwenden. Herr Trautvetter hätte vielleicht die Mittelkürzung von 10 Mio. für das Klinikum Jena nicht in seinem letzten Haushalt realisieren müssen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, die Frau Ministerin hat über die enge Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft als Voraussetzung für die innovative Wirtschaft in Thüringen gesprochen. Bereits im Februar benannte Minister Schuster ähnliche Schwerpunkte wie Frau Schipanski, an denen sich diese Entwicklung orientieren soll - international und national anerkannte Schwerpunktsetzung, Bündelung von in Thüringen vorhandenen Kompetenzen, Orientierung am Bedarf der Wirtschaft, Erarbeitung einer Technologiekonzeption. Die Technologiekonzeption ist erarbeitet. Der Hochschulbereich soll dem internationalen Vergleich standhalten, die Fachhochschulen sollen anwendungsbezogene Lehre und Forschung, die Universitäten stärkere Grundlagenforschung betreiben. Ich verweise hier auf die Aussagen eines Mitglieds der Landesregierung.

Bezüglich der Industrieforschung erfolgte die Bewertung im Februar wie folgt: 4.400 Menschen arbeiten im Forschungs- und Entwicklungsbereich von Unternehmen. Kleine und mittlere Unternehmen könnten sich zurzeit kaum Forschungs- und Entwicklungsbereiche leisten, deshalb - so damals Minister Schuster - setzte die Landesregierung hier auf die Vernetzung aller Akteure, um durch Bündelung eine "überkritische Masse" zu erreichen. Diesem Anliegen haben wir in der damaligen Debatte alle zugestimmt und haben auch gesagt, dass es nur so gelingen kann, in Thüringen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik voranzubringen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, die Bündelung der Kapazitäten, die Wirkungskette zwischen Forschung, Innovation, Produktion, Markteinführung - hier werden durchgängig die größten Schwierigkeiten von den Akteuren dieser Prozesse definiert. Nicht zuletzt: Qualifizierungen müssen im bedeutendem Maße gefördert werden. Dazu sind einige Fragen zu stellen. Beginnen wir bei der Verbundforschung. Bereits in der 58. Plenardebatte stellten wir die Frage: Was oder wo die knapp 8 Mio. DM verblieben sind, die sich zwischen geplantem Mitteleinsatz von 55 Mio. und 44 Mio. ergibt. 3 Mio. wissen wir, sind an die Max-Planck-Gesellschaft vergeben worden. Wir fragten nach dem Grund, warum diese Mittel für diesen tatsächlich sehr effektiven Bereich nicht ausgegeben wurden.

Eine nächste Frage stellt sich zu den Aktivitäten der Landesregierung und deren Ergebnisse in Bezug auf die Erhöhung des Anteils von Forschung und Entwicklung in Unternehmen. Mit 3,8 F- und E-Beschäftigten liegt Thüringen immerhin 60 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt pro 1.000 Einwohner. Ich stelle hier noch mal die Frage: Ist es wirklich gelungen, mit der Kampagne Denkfabrik große Unternehmen nach Thüringen zu holen, die keine verlängerten Werkbänke sind und ihre Forschungs- und Entwicklungskapazität hier ansiedeln - das ist die Frage, hier anzusiedeln.

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Kölleda.)

Da haben Sie aber Schwein gehabt. Welche Initiativen hat die Landesregierung ergriffen, um absatzorientierte Erzeugnis- und Technologieentwicklung strukturell und regional voranzutreiben? Ich verweise noch einmal darauf, dass nur 2,7 Prozent der Mittel für die Verbundforschung an Fachhochschulen ausgegeben wurden. Frau Schipanski hat hier in ihrer Regierungserklärung auf die wesentliche Funktion der Fachhochschulen für die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen verwiesen. Hier haben wir eine Mittelvergabe von 2,7 Prozent insgesamt, das divergiert ganz stark zu den Hochschulen und den Unternehmen. Wenn gerade durch Verbundforschung und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen auch die Entwicklung von Regionen vorangetrieben wird, dann stellen wir hier noch einmal die Frage: Wie stellt sich die Landesregierung die Konzeption bezüglich der Entwicklung von Fachhochschulen vor, an welchen Standorten? Bleibt es bei den vier Fachhochschulen? Wo soll weiterhin Forschungskapazität gezielt angesiedelt werden, z.B. anknüpfend an schon verarbeitende Industrie? Bisher gab es von der Landesregierung dazu eine ganz deutliche Ablehnung mit der Aussage, Forschungsförderung darf nicht Moment der Regionalentwicklung und -förderung sein.

Da, meine Damen und Herren von der CDU, stelle ich Ihnen eine Frage: Ihr Kandidat für das Kabinett, das eventuelle Kabinett, Lothar Späth

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Aus Jena.)

allerorten tourt er durch Deutschland und erklärt an jedem Ort so viel wie möglich ein Netz von Fachhochschulen, um zu Vernetzungen mit der Industrie zu kommen, mit kleinen und mittleren Unternehmen. Er spricht es aus, nach Altenburg, nach Ostthüringen - er sagt das doch alles. Die Frage ist nun, ist Herr Späth ein Irrläufer oder ist er der Macher und Retter des Ostens oder einfach nur ein hoffnungsloser Träumer, der im Wahlkampf das artikuliert, was er nicht einmal bei der eigenen Landesregierung durchsetzen kann. Wie will er es dann auf der Bundesebene machen?

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern Sie auf, die vorhandenen Kapazitäten an Fachhochschulen stärker für die Innovation und technologische Entwicklung zu erschließen! Wir fordern Sie noch mal dazu auf.

Zum Zweiten: Neben der Förderung in den Wachstumspolen ist für einen Nachtragsausgleich in den wirtschaftlich zurückbleibenden Regionen die Implementierung von Institutsteilen oder Außenstellen zu fördern und es sind solche Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Entwicklung forschungintensiver Branchen zu schaffen, die eine Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt sichern kann. Diese territorial bedeutsame Entwicklung muss zum Gegenstand der Wissenschafts- und Wirtschaftsstruktur in Thüringen gemacht werden, um einerseits die Innovationskraft zu stärken und andererseits wirtschaftliche Effekte vor allem in Nord- und Ostthüringen zu erreichen. Unsere Fraktion hat es immer wieder gefordert, ich wiederhole es hier: Die Förderung von Wissenschaft und Forschung darf nicht nur punktuell passieren.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, in den Aussagen zum Beutenberg-Campus und der Friedrich-Schiller-Universität vermisse ich die Ankündigung, dass das von der Ministerin im Februar angekündigte Ethikzentrum Konsistenz bekommt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass Chancen, Nöte, Ziele und Ergebnisse, die sich aus der Arbeit der neuen Forschungsgebiete und -ergebnisse ergeben, auch öffentlich diskutiert werden müssen, insbesondere wenn es sich um öffentlich geförderte Forschung handelt. Deren Ergebnisse müssen dann wenigstens, glücklicherweise, auch öffentlich zugänglich gemacht werden. Forschung bedarf aus unserer Sicht der Transparenz, um akzeptiert zu werden und Forscher brauchen und wollen Rat über den Weg, den sie gehen können und wollen. Ein Ethikzentrum ging schon weit hinter unsere Forderung zurück nach diesem öffentlichen Diskurs. Aber wenigstens eine Begleitforschung wäre gegeben. Die Frage ist nun von mir: Wann wird es dieses Ethikzentrum geben?

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal auf die Ausführungen der Ministerin zum Patentrecht eingehen. Wir begrüßen das sehr, wir wissen aber auch, dass

in einem solchen Ethikzentrum auch juristische Fragen des Patentrechts besprochen werden könnten. Unsere Fraktion beschäftigt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr intensiv mit Fragen des Patentrechts, die also insbesondere die Rechte des Einzelnen am Erbgut tangieren und die Verwertbarkeit dieser Rechte. Wir denken dabei insbesondere an Patentanmeldungen.

Meine Damen und Herren, der Beutenberg-Campus benötigt dringend einen Mehrzweckbau. Was heißt das in Ihrer Regierungserklärung, zügiges Fortsetzen der Bauvorhaben auf dem Campus? Könnten Sie das terminisieren, wann dieses zügige Fortsetzen passiert? Das hohe Potenzial des Campus, sagte die Ministerin, soll vernetzt und Synergien erschlossen werden. Was heißt das? Was wird die neue Kommission beschreiben? Gibt es dazu bereits konkrete Vorstellungen? Was wird diese neue Kommission kosten? Heißt Vernetzung und Synergien einschließen wirklich diese Gemeinschaftlichkeit des Campus befördern, oder heißt das auch ein ganz klein wenig Sparen? Die Ministerin spricht von 250 Mio. € institutionelle Förderung in den letzten Jahren für den Beutenberg-Campus. Die Frage ist nun wieder, Herr Minister Trautvetter, die geht an Sie, was heißt das Nichtsparen in diesem Bereich? Heißt das wirklich, dass die Mittel im investiven Bereich auf der Höhe des Haushaltsansatzes von 2001/2002 bleiben? Dann würde es bedeuten, dass notwendige Ersatzinvestitionen nicht in vollem Umfang realisiert werden können. Das hieße es im Konkreten. Eine nächste Frage in diesem Zusammenhang wäre: Wird es Modellprojekte geben, die ein wirklich autonomes fiskalisches Handeln über die Jahresscheiben hinweg gestatten? Gedenkt die Landesregierung auch im außeruniversitären und wirtschaftsnahen Bereich eine flexible Haushaltsführung und die Möglichkeit zur Rücklagenbildung und der Übertragbarkeit der Mittel zuzulassen? Das ist eine Frage, die wir stellen müssen. Wissen ist Zukunft - schafft Zukunft, sagte die Ministerin. Dem stimmen wir zu. Aber verantwortliche Landespolitik heißt auch, kritisch und analytisch zu bewerten, wie man diese Zukunft schafft und dann die Pflöcke einzustecken.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, wo Haushaltssperren und Personalreduzierungen umgehen, wo keine Denkminute verschwendet wird, die Autonomie der Einrichtungen und Hochschulen finanziell abzusichern, wo Investitionen in Plakate der Denkfabrik wichtiger sind als Investitionen in Hochschulen und in Menschen und Forschung, da wird diese Hochglanzregierungserklärung letztlich fragwürdig und der Wahlkampf schimmert durch.

(Beifall bei der PDS)

Thüringens Glanz und Frau Schipanskis Gloria haben wir gehört. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt der Abgeordnete Dr. Schuchardt, SPD-Fraktion, das Wort.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein kritischer Beobachter dieses Tages, dieses Vormittags, wird sich sicher fragen, was sollte eigentlich dieser Vortrag, der uns heute von Frau Schipanski hier gehalten wurde? Ein Vortrag, der noch dazu die Überschrift "Regierungserklärung" erhalten hat. Hier wurden die Dinge, die die Thüringer Hochschul- und Forschungslandschaft seit 1990 betreffen, alle in einen Topf geschüttet, das ganze herumgerührt und dann entsprechend überblicksmäßig dargeboten.

Meine Damen und Herren, eine Regierungserklärung soll Bilanz über die Regierungsarbeit in einer Legislaturperiode ziehen,

(Beifall bei der SPD)

soll diese Bilanz darstellen und soll Ausblicke geben, und zwar konkrete Ausblicke. Sie soll konkrete Aussagen über weitere Vorhaben liefern, wobei ich die Betonung auf das Wort "konkret" lege. Was hier vorgetragen wurde, war etwas ganz anderes. Kaum Konkretes, eine Anhäufung von Allgemeinplätzen, deren Aussagen übrigens nicht falsch sind, aber das sind alles Dinge, die sind längst bekannt, übrigens seit vielen Jahren in diesem Landtag längst bekannt. Ich möchte einmal nur ein Beispiel aus dieser Rede zitieren, wenn es gestattet ist, Frau Präsidentin. Wenn hier gesagt wird, eine Lehre der technologischen Revolution und des gesellschaftlichen Umbruchs der letzten Jahre lautet: "Neue Zukunft - Sichere Arbeitsplätze entstehen vor allem in innovativen Bereichen. Das ist zu allererst eine Aufgabe für mutige Unternehmer. Unsere Wissenschaftler und Forscher schaffen dafür wesentliche Voraussetzungen ihrer Kreativität, ihrem Ideenreichtum ..." usw. Meine Damen und Herren, das ist ja alles richtig. Das kann ich ja auch alles unterschreiben, aber es ist nichts Neues in diesem Landtag. Ich weiß nicht, was solche Allgemeinplätze - und es wimmelte ja in dieser so genannten Regierungserklärung von solchen Allgemeinplätzen - an dieser Stelle sollen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es kommt der Verdacht auf, dass Frau Schipanski vielleicht zu dieser Regierungserklärung verdonnert wurde

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
Genötigt.)

(Heiterkeit bei der PDS, SPD)

und dass hier eine lustlose Nachnutzung von dutzendfach gehaltenen Überblicksvorträgen erfolgte,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Ohne Honorarverträge.)

(Beifall bei der PDS, SPD)

zum Beispiel die Auflistung unserer Thüringer Hochschulen, die Darstellung des Campus Thüringen. Es ist alles längst bekannt. Was, Frau Schipanski, sollte dieser Vortrag in diesem Hause? Der Verdacht einer lustlosen Regierungserklärung, die nur ein Plagiat anderer allgemeiner, längst gehaltener Vorträge ist, verstärkt sich, wenn man weiß, dass Passagen dieser Rede - Sie können das nachprüfen, meine Damen und Herren von der CDU - längst in der Internetpräsentation dieser Landesregierung zu finden sind.

Frau Schipanski, wenn Sie diese Rede vor einem Gremium von Leuten gehalten hätten, die wenig über Thüringen und seine Hochschullandschaft wissen, die für Thüringen gewonnen werden sollen, bei denen Sympathiewerbung gemacht werden soll, dann ist eine solche Rede in Ordnung. Nur, ich frage mich halt: Was sollte diese Rede heute hier vor dem Thüringer Landtag?

Meine Damen und Herren, im Haushaltsrecht gilt die Forderung nach Wahrheit und Klarheit. Wahrheit und Klarheit, wir sind heute nicht beim Haushaltsrecht aber bei einer Regierungserklärung, vor allem Klarheit sollte man also durchaus auch von einer Regierungserklärung fordern. Dies fehlt hier, wenn die Regierung Bilanz dieser Regierungsperiode, dieser Legislaturperiode ziehen soll. Hier werden Dinge vereinnahmt, die mit der Amtsperiode dieser Regierung und von Ihnen, Frau Schipanski, nicht viel zu tun haben. Wenn Sie z.B. durchgängig ein nebulöses "wir" verwenden, gebrauchen für Leistungen, die nicht Ihre waren, dann bitte definieren Sie, was Sie mit "wir" meinen. Dann müssen wir einmal klären, ob alle die, unter "wir" subsumiert werden, Ihnen überhaupt das Mandat geben, für sie mitzusprechen. Also bitte, wer ist "wir"?

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Die CDU-geführte Landesregierung.)

Sie sagen z.B., ich möchte das nur einmal an einem Beispiel sagen: "Wir haben in Thüringen frühzeitig erkannt, dass wir festere Brücken zwischen den Unternehmern und ihren Zielen und der wissenschaftlichen Ausbildung brauchen. Deshalb haben wir Mitte 1998 die Berufsakademie Thüringen gegründet. Ihre positive Entwicklung ..." usw. Wer ist dieses "wir"? Ähnliche Wir-Vereinnahmungen finden sich bei den Ausführungen über flächenbezogene Studienplätze, über den Campus Beutenberg, über die Grundsätze der Profilierung unserer Hochschulen oder die Einführung der Verbundforschung als Landesprogramm. Das klingt dann so oder soll so klingen, als ob das alles das Werk dieser Regierung in dieser 3. Legislaturperiode und

damit unter Verantwortung von Frau Schipanski sei. Wahrheit und Klarheit in einer Regierungserklärung, dazu würde gehören, sauber und klar zu sagen, was eigentlich seit 1999 auf diesem Gebiet geleistet worden ist und das sauber zu trennen von den anderen Dingen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu findet sich in dieser Regierungserklärung nicht viel, aber doch einiges. Das räume ich schon ein und das erkenne ich auch an und das begrüße ich auch, dass dort einige durchaus vernünftige Dinge auf den Weg gebracht wurden. Zum Beispiel ist das geschaffene Internetportal sicher eine begrüßenswerte Sache. Ob man allerdings zu einer Internetpräsentation sagen sollte, das ist unsere Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit, ob das nicht ein bisschen hoch gegriffen ist für eine Internetpräsentation, ist ein anderes Kapitel. Mir scheint es etwas überzogen.

Frau Schipanski, die Art Ihrer Darstellung lässt mich an einen Aphorismus von Lichtenberg denken, der in weibliche Formen übertragen, etwa so lauten würde: Wenn Sie redet, so wirft sie gewöhnlich ein angenehmes Mondlicht über die Gegenstände, das im Ganzen gefällt, aber nicht einen einzigen Gegenstand deutlich zeigt.

Meine Damen und Herren, die Ministerin sagte eben: Transparente Studien- und Prüfungsordnung, Verantwortung der Fakultäten für die Studiengänge, interdisziplinäre Lehre und Forschung und studentenfreundliche Regelungen für Prüfungszeiten sind Charakteristika für Qualitätssicherung der Lehre usw. Dies ist sicher richtig, aber richtig ist eben auch, dass es Mängel und Versäumnisse in Thüringen im Hochschulbereich gibt, Mängel und Versäumnisse, für die letztendlich die Ministerin verantwortlich ist. Dafür möchte ich an dieser Stelle nur zwei Beispiele nennen, aber ich denke, sie sind gravierend.

Erstes Beispiel: Laut Prüfungsordnung müssen Judaistikstudenten an der Universität Erfurt Kenntnisse des biblischen, rabbinischen und modernen hebräisch nachweisen, wenn sie den Magisterabschluss bekommen wollen. Dabei soll ihnen der Spracherwerb noch während der Studienphase möglich sein. Dennoch existiert an der Universität Erfurt keine Lektorenstelle für Hebräisch und dies, obwohl der Lehrstuhl bereits vor dreieinhalb Jahren eingerichtet worden ist. Die Folge: Erfurter Judaistikstudenten haben keine Möglichkeit, hebräisch für das Verständnis der jüdischen Religion und Kultur, zentrale und unverzichtbare Sprache, zu lernen. Die "Jüdische Allgemeine", meine Damen und Herren, das ist die Wochenzeitung für Politik, Kultur, Religion und jüdisches Leben, vom Juni 2002 hat in einem ausführlichen Artikel völlig zu Recht es als absurde Situation bezeichnet, denn ohne hebräisch ist das Judaistikstudium in Erfurt im Grunde sinn- und wertlos. Nicht umsonst hat der fachlich zuständige Verband der Judaisten in Deutschland bereits angekündigt, den Erfurter Magisterabschluss wegen der fehlenden Sprachkenntnisse nicht anzuerkennen.

Von diesem Debakel sind - ja, Herr Ministerpräsident - 15 Judaistikstudenten betroffen, die ihr Studium in Erfurt mit dem BA abbrechen müssen. Der daraus resultierende Imageschaden für die Universität Erfurt ist nicht zu unterschätzen, denn gemessen an der allgemein geringen Absolventenzahl dieses Faches sind 15 Studienabbrecher eine sehr hohe Zahl. Herr Ministerpräsident, zu Ihrem Einwand, Sie wissen, Martin Luther hat einmal gesagt: "Wer gut studieren will, der gehe nach Erfurt." Ich denke, wir sind beide daran interessiert, dass dieser Spruch in seinem Sinn- und Wertgehalt erhalten bleibt und nicht durch solche Vorkommnisse und Versäumnisse vergeigt wird. Der Meinung bin ich jedenfalls.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Beispiel, und damit möchte ich es an Beispielen jetzt bewenden lassen, aber dieses erscheint mir besonders schwer wiegend: Der § 72 des Hochschulrahmengesetzes verpflichtet die Länder, die Vierte Novelle des Hochschulrahmengesetzes innerhalb von drei Jahren nach dessen In-Kraft-Treten in Landesrecht umzusetzen. In Kraft getreten ist diese Vierte Novelle am 25. August 1998, ich wiederhole das noch einmal: August 1998. Seitdem sind fast vier Jahre vergangen, die notwendige Anpassung des Thüringer Hochschulgesetzes an diese HRG-Novelle hat bis heute nicht stattgefunden. Dem Thüringer Landtag liegt bisher kein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung zur Beratung vor.

Meine Damen und Herren, ich bitte das sehr ernst zu nehmen, das ist nicht nur ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes, sondern es ist schlicht verfassungswidrig. Es ist verfassungswidrig, in Artikel 75 Abs. 3 des Grundgesetzes heißt es ausdrücklich: "Erlässt der Bund Rahmenvorschriften, so sind die Länder verpflichtet, innerhalb einer durch das Gesetz bestimmten angemessenen Frist die erforderlichen Landesgesetze zu erlassen." In Thüringen ist das hinsichtlich der Vierten Novelle des HRG nicht geschehen, was eindeutig gegen die Verfassung verstößt. Im einschlägigen Verfassungskommentar von Mangoldt/Klein/Starck steht zu Artikel 75 Abs. 3 des Grundgesetzes ganz explizit, die vom Bund gesetzte Frist ist eine Höchstfrist. Meine Damen und Herren, das waren drei Jahre, das Landesgesetz darf nicht später, kann wohl aber früher in Kraft treten. Thüringen verletzt also in der Hochschulgesetzgebung seit fast einem Jahr seine von der Verfassung vorgeschriebenen Pflichten gegenüber dem Bund. Wir können jetzt im August ein trauriges Jubiläum feiern, im August sind genau vier Jahre verstrichen. Meine Damen und Herren, ich halte das für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte das für ein gesetzwidriges, verfassungswidriges Untätigsein. Hier liegt aus meiner Sicht ein Verfassungsbruch durch Untätigkeit vor.

Meine Damen und Herren, wir verlangen seitens der SPD-Fraktion, dass umgehend diese Anpassung des Thüringer Hochschulgesetzes nun erfolgt, umgehend! Das heißt, also noch in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen das und sollte das nicht geschehen, werden wir alle Möglichkeiten prüfen, um unsererseits entsprechend zu prüfen, ob hier eine Verfassungsklage durch eine Fraktion des Thüringer Landtags möglich ist.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Joi, joi, joi.)

Ja, Herr Ministerpräsident, manchmal scheint es nötig zu sein, eine Ihrer Mitsprecherinnen hier etwas in Bewegung zu bringen, wenn es darum geht, konkrete Pflichten zu erledigen, anstatt uns lange unverbindliche Vorträge zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was hatte uns denn Frau Schipanski als Ausblick, als Perspektive zu sagen? Es ist genau das Gleiche wie bei der Bilanz, Unklarheit, Unschärfe, kurz gesagt: Mondlicht. Was soll denn nun der so genannte Zukunftspakt enthalten? Dieses Wort, das heute geprägt wurde, soll es eine Festschreibung der Finanzen in den Kernkapiteln bis 2006 geben? Auf welcher Grundlage, welche Finanzen, wie viel? Was verstehen Sie unter den Kernkapiteln? Sind da auch die Personalkosten gemeint? Steigerung, Kürzung oder Stagnation der Mittel angesichts steigender Studentenzahlen? Zu all dem kein konkretes Wort, nur Sprechblasen.

Welche neuen, internen Handlungsspielräume sollen unsere Hochschulen bekommen, welche neue Flexibilität im Haushaltsvollzug, was konkret? Kein Wort dazu, nur Sprechblasen. Rolle und Bedeutung der Fachhochschulen, es ist ja alles richtig, was gesagt wurde, aber es ist alles allgemein und unkonkret, kein konkretes Wort, was wird mit dem Fachhochschulprojekt Ostthüringen? Ist es ad acta gelegt? Wie soll es damit weitergehen? Keine Aussage dazu, Allgemeinplätze in dieser ganzen Regierungserklärung.

Ich würde ja gern, meine Damen und Herren, zu irgendwelchen konkreten Punkten in dieser Regierungserklärung hier Stellung nehmen und mich hier fachlich auseinander setzen, aber es wurde ja fast nichts Konkretes vorgelegt. Es gibt ja gar nichts, worüber man sich hier streiten könnte. Ich sage auch gar nicht, dass an den vielen Appellen und Allgemeinplätzen so vieles falsch oder zurückzuweisen wäre, vieles würde ich sogar unterschreiben können. Aber was soll das in dieser Form hier in diesem Landtag? Frau Schipanski, zeigen Sie, wenn es konkret wird, namentlich beim Doppelhaushalt 2003/2004, ob Thüringen in seiner Hochschullandschaft auf dem übrigens schon lange vor Ihrer Amtszeit eingeschlagenen guten

Weg bleiben kann.

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU)

Denken Sie daran, in der Hochschulpolitik ist das wie beim Rad fahren, hören Sie einmal zu, ich habe Ihren Zwischenruf gehört. Ich sage das allgemein, das betrifft auch Leute, die zwischen 1990 und 1994 Verantwortung getragen haben: In der Hochschulpolitik allgemein ist das wie beim Rad fahren, wenn der Radfahrer aufhört zu treten, dann rollt das Rad aus und kippt irgendwann um. Also treten Sie immer weiter in die Pedale, Frau Schipanski, damit das Rad auf dem guten Weg und mit der entsprechenden Geschwindigkeit verbleibt. Konkreter Maßstab wird u.a. das sein, was mit dem Doppelhaushalt hier vorgelegt wird. Dann werden wir sehen, was dieser Zukunftspakt Wert ist. Ich hoffe, dass dies nicht als Täuschungsmanöver für die Hochschulen gedacht ist und die Festschreibung der einen Stelle bei irgendeinem Kernkapitel mit dem Abbau an anderer Stelle verbunden ist. Was ist zu befürchten? Einerseits sagen Sie, die Thüringer Landesregierung hat erhebliche Mittel in die Verbundforschung investiert und das ist alles hocheffizient. Das stimmt alles, aber was sind neben diesen schönen Worten die Realitäten? Realität ist, dass in der Entwicklung des Haushaltskapitels 15 26 "wirtschaftsnahe und Grundlagenforschung" ein Abschwung von rund 53 Mio. € in 1999 im Nachtrag 2002 auf 31 € erfolgte, also eine ganz drastische Reduzierung. Übrigens ganz im Gegensatz zu dem, was die von Ihnen so geschmähte Bundesregierung - es wirkte ein bisschen kläglich, Ihre drei Einwürfe, die Sie hier gemacht haben, Ihre Wahlkampfpflichtübung.

(Heiterkeit Abg. Lippmann, SPD)

Aber gestatten Sie, dass ich Ihnen sage, die Bundesregierung hat genau an dieser Stelle zugelegt, wo es um unsere Zukunft geht. Wir können uns ja gern mal über diese Zahlen auseinander setzen. Aber hier in Thüringen das Gegenteil, drastisches Zurückfahren von 53 auf 31 Mio. zwischen 1999 und 2002. Wohin soll diese Reise noch gehen? Ich bin inzwischen bösgläubig geworden an dieser Stelle und nehme an, Sie schröpfen dieses Haushaltskapitel weiter, aus dem unsere Hochschulen auch ihre Kraft und ihre Innovationsmöglichkeiten beziehen - übrigens nicht nur die Hochschulen, auch die Wirtschaft. Wenn das so wäre, wie gesagt, ich bin jetzt bösgläubig und lasse mich sehr gern, herzlich gern eines Besseren überzeugen und will mich gern bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts hierher stellen und sagen, ich war umsonst bösgläubig, es ist ja alles viel besser, als ich befürchtet habe. Das wäre mir eine große Freude, wenn ich das tun könnte. Aber ich fürchte, dass dieser Zukunftspakt, was auch immer die Festschreibung von Kernkapiteln bedeuten soll, eine Mogelpackung sein könnte. Frau Schipanski, kämpfen Sie darum, dass die Mittel für die Verbundforschung nicht auf ein Minimum heruntergefahren werden, schaffen Sie das, denken Sie an den Radfahrer, noch ist das Rad in Schwung, treten Sie kräftig in die Pedale.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bestätige gern, dass die Thüringer Hochschullandschaft in einem guten Zustand ist, dass sich der Campus Thüringen in den letzten 12 Jahren gut entwickelt, das sehe ich auch so. Aber es fällt mir bei der heutigen Regierungserklärung eine alte Geschichte ein: Da gab es einmal einen ganz scharfen Analytiker, der hat immer beobachtet, früh kräht der Hahn, wenn der dreimal gekräht hat, dann geht die Sonne auf. Nachdem er das über Monate beobachtet hat, kam er zu der Schlussfolgerung und verkündete das stolz, weil früh der Hahn kräht, geht anschließend die Sonne auf. Meine Damen und Herren, wenn ich mir die heutige Regierungserklärung anschau und trotzdem die Hoffnung habe, dass sich unsere Thüringer Hochschullandschaft in den nächsten Jahren weiter gut entwickelt, dann sicher nicht wegen dieses Kausalprinzips, es wird sicher dieser Regierungserklärung nicht gerecht, das dann für sich zu vereinnahmen. Ich denke, unsere Thüringer Hochschullandschaft wird sich weiterentwickeln, aber die Kausalität ist da genauso wenig mit der heutigen Regierungserklärung zu verbinden wie wenn der Hahn auf seinem Mist kräht, anschließend, Gott sei Dank, jeden Tag bei uns wieder die Sonne aufgeht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Ministerpräsident hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe nicht vor, jetzt einen ausführlichen Beitrag zu leisten. Frau Kollegin Schipanski hat die Regierungserklärung so überzeugend und so engagiert vorgetragen, sie ist Manns genug, nachher selbst das eine oder andere richtig zu stellen und zurückzuweisen.

(Beifall Abg. Gentzel, SPD)

Nein, sie ist Manns genug dazu. Aber, Herr Kollege Schuchardt, ich weiß nicht, Sie müssen heute mit dem falschen Bein aus dem Bett gestiegen sein. Sie haben mit einer solchen Nachdrücklichkeit - dreimal - gesagt, wer ist wir, dass ich schon die Antwort geben möchte: Wir, das ist der Freistaat Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir, das ist das, was bisher für diesen Freistaat Thüringen in den letzten 12 Jahren geleistet worden ist - alles zusammen. Eine Regierungserklärung hat sich doch nicht zu beschränken auf die Amtszeit einer Ministerin oder eines Ministers, sondern eine Regierungserklärung wird abgegeben zum Stand der Dinge und dazu hat Frau Schipanski in überzeugender Weise Dinge gesagt, die einem Mut machen, weil wir viel erreicht haben und nicht Anlass zur Klage haben.

(Beifall bei der CDU)

Stand der Dinge - Herr Schuchardt, ich hätte es nicht besser sagen können als sie, die Thüringer Hochschulen sind in gutem Zustand. Das hat Frau Schipanski gesagt, das haben Sie gesagt, hier haben wir eine breite Übereinstimmung. Natürlich, Herr Schuchardt, dass sie in einem guten Zustand sind, ist selbstverständlich nicht das alleinige Verdienst der gegenwärtig amtierenden Ministerin, sondern ist natürlich auch das Werk der beiden Vorgänger, von Herrn Fickel und von Ihnen, Herr Schuchardt. Stufenweise ist das aufgebaut worden und wir sind dankbar, dass uns das zusammen gelungen ist. Wir verleugnen aber auch nicht, dass es eine einigende Klammer um Herrn Fickel, Herrn Schuchardt und Frau Schipanski gab und das war die stabile Mehrheit der Union und die Verantwortung in der Regierungsspitze durch die Union.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Schicksal jedes verantwortlichen Politikers, eines Ministerpräsidenten und eines Ministers, er macht Spatenstiche und Nachfolger feiern Einweihung. Sie haben das bei Universitätsbibliotheken erlebt. So wird es auch Frau Schipanski gehen. Ich würde nur dankbar sein, wenn Nachfolger -

(Heiterkeit im Hause)

ja, selbstverständlich, meine Damen und Herren, wir bauen doch das Land nicht für die Lebenszeit einer Generation, sondern wir bauen doch das Land für die Zukunft. Herr Gentzel, wenn Sie das nicht begriffen haben, dann muss man Ihnen das bei der Gelegenheit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Selbstverständlich bin ich deswegen, Herr Schuchardt, auch der Meinung, es sollten Nachfolger nie die Arbeit der Vorgänger vergessen, es sollten aber auch bitte Vorgänger nie vergessen, dass sie nur eine Wegstrecke zum Aufbau beigetragen haben und was Nachfolger machen, nicht grundsätzlich alles falsch sein muss.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: Das habe ich auch nicht gesagt.)

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, es gibt ja so ein paar Dinge, da ist das "wir" etwas unterschiedlich entwickelt. Bei der Berufsakademie hatte ich nie die Freude, dass die Minister noch drängender für ihre Verwirklichung waren als der Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Diese Freude habe ich in meinen 11 Thüringer Jahren nicht gehabt, aber ich möchte ausdrücklich noch einmal sagen: "Wir" ist Thüringen und "wir" ist nicht eine einzelne Person. Regierungserklärungen geben nicht über irgend-

einen Abschnitt, sondern über den Stand der Dinge Auskunft und sollen dazu zur Diskussion führen. Nun haben Sie zwei - ich habe gedacht, nun werden Kanonen aufgeföhren - ungläubliche Missstände in Thüringen aufgedeckt, vielen Dank dafür. Also zunächst die Vermittlung der Hebräischkenntnisse. Sie entschuldigen bitte, dass ich darüber nicht im Detail unterrichtet bin. Aber ich könnte mir denken, dass an der Theologischen Fakultät Hebräisch gelehrt wird und ich könnte mir deswegen denken, dass es vielleicht irgendwo ein organisatorisches Hemmnis gibt, aber bestimmt nicht des Fehlens der Vermittlung der hebräischen Sprache, wie das hier in Erfurt gebraucht wird. Wenn es wirklich vorübergehend fehlen sollte, stellen Sie sich vor, katastrophalerweise müsste man dann nach Jena gehen und das ist ja fast unerreichbar für uns hier im Lande.

Und dann, Herr Schuchardt - erstaunlich, dass Sie das nicht schon länger einmal gesagt haben -, Sie sagen, wir sind seit Monaten verfassungsbrüchig, ganz schreckliche Geschichten sind da bei mir aufgestoßen. Nur, Herr Schuchardt, wenn diese Bundesregierung alle Monate eine neue Rahmengesetznovelle auf den Weg bringt, wenn die alle beim Bundesverfassungsgericht beklagt sind, dann werden Sie uns es doch nicht verübeln, dass wir nicht alle Monate das Hochschulrahmengesetz anpassen oder das Landesgesetz dem Rahmengesetz anpassen, sondern dass wir das einmal im Jahr machen. Sie sprechen von der Vierten Novelle, es liegt inzwischen die Fünfte Novelle vor, es ist vor ein paar Tagen die Sechste Novelle verabschiedet worden, weil die Frau Kollegin in Bonn nicht länger nachdenkt, sondern jeden Tag eine solche Novelle auf den Weg bringt. Sie wissen ganz genau, die Frau Kollegin hat es vorhin gesagt, dass wir eine Novelle des Hochschulgesetzes des Landes in Vorbereitung haben, und dann werden wir diesen schrecklichen Vorwurf von Ihnen in Bälde entkräften können, wenn er tatsächlich berechtigt erhoben wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Ministerpräsident, der Abgeordnete Schuchardt möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Dr. Schuchardt.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Herr Ministerpräsident, habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie es als in Ihrem Ermessen liegend betrachten, eine Auflage des Grundgesetzes zu erfüllen und ins-

besondere bei einer Hochschulnovelle, der vierten, die im Übrigen unter der Regierung Kohl erlassen wurde und gegen die keine Verfassungsklage vorliegt? Glauben Sie, es liegt in Ihrem Ermessen mit Hinweis auf andere Novellen dort die verfassungsmäßige Pflicht zu verneinen?

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Verehrter Herr Kollege Schuchardt, ich glaube, wenn eine Landesregierung klar eingeordnet eine Novelle des Landeshochschulgesetzes angekündigt hat, vorbereitet hat, darüber immer wieder unterrichtet hat, dass es dann dort möglich ist, die zahlreichen Novellen, die der Bund inzwischen vorgenommen hat, von denen einige beklagt sind, eine darunter auch von uns, mit bei dieser Novelle aufzuarbeiten, dass es aber keinen Anlass dafür gibt, daraus eine Staatsaffäre zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen bin ich ja, wie Sie wissen, immer für kluge Hinweise von Ihnen dankbar, aber ich habe mich ja auch nicht deswegen gemeldet, sondern nur um zu sagen, wer ist "wir", "wir" waren nicht die Koalition der 2. Legislatur, nicht die Koalition der 2., sondern "wir" ist Thüringen und ist der heutige Stand der Dinge und der ist, was die Hochschulen betrifft, nicht schlecht und Sie mögen bitte zur Kenntnis nehmen, gelegentlich sagen wir auch das, was gut ist, meine Damen und Herren, und nicht nur was schlecht ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Schwäblein zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Campus Thüringen ist heute das erste Thema unserer Tagesordnung und es ist von uns sehr begrüßt worden, dass wir genau dieses Thema mit dieser herausgehobenen Position auch auf der Tagesordnung jetzt behandeln.

Herr Dr. Schuchardt, wenn Ihnen das eine oder andere bekannt vorkam, so würde ich das mit Ihrer Sachkenntnis in Verbindung setzen, aber unterstellen, dass es auch in Ihrer Fraktion und nicht nur in Ihrer einige Kolleginnen und Kollegen gibt, für die heute das meiste nicht geläufig war und ist.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es auch nötig, das Wissen, das Spezialisten und besonders Interessierte haben, in allgemein verständlicher Form vorzutragen, denn es kommt darauf an - das ist heute ein paar

Mal angeklungen - bei den jetzt beginnenden Beratungen für den nächsten Doppelhaushalt gerade dieses Zukunftsegment entsprechend zu wichten.

(Beifall Abg. Dr. Kaschuba, PDS)

Damit sage ich nicht, dass da nicht möglicherweise Abstriche möglich sind. Denn, Frau Dr. Kaschuba, auch die Hochschulpolitik ist wie die Hochschulstandorte - ich mache das Bild in einem Guss - zu vergleichen mit den kommunizierenden Röhren, das haben Sie vielleicht früher im Physikunterricht einmal mitbekommen. Da kann man sich, wenn die Röhren miteinander verbunden sind, nicht grundsätzlich von dem Pegelstand auf der anderen Seite lösen. Das, was an allgemeiner Finanzierung derzeit in Deutschland im Argen liegt, wird auch Thüringen mit berühren. Wenn der Landeshaushalt im Ganzen auch wegen des mittlerweile sehr beträchtlichen Schuldenstands nicht weiter wachsen kann, sondern vermutlich sogar im Volumen abnehmen muss, wird nach der Vorausschau der Dinge auch dieses Segment mit betroffen sein. Wir können gemeinsam - und da bitte ich um Hilfe - dafür sorgen, dass er weniger stark betroffen sein wird, aber eine völlige Loslösung des Wissenschaftsbereichs, des Forschungsbereichs von der allgemeinen Haushaltslage ist schier nicht vorstellbar und auch nicht durch Ideologie, die gelegentlich von Ihrer Seite kommt, zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU)

Sie können sich vorstellen, dass ich meine Kraft - und viele weiß ich da an meiner Seite - einbringen werde, um die Auswirkungen auf den Hochschulhaushalt zu mindern. Eine der angekündigten Maßnahmen ist dieser Hochschulpakt. Herr Dr. Schuchardt, warum Sie, obwohl Sie die Rede hatten, nichts Konkretes entdecken konnten, bleibt mir ein Rätsel, so wie mir genauso ein Rätsel bleibt, aber da unterstelle ich deutlich mehr Absicht, weil Frau Kaschuba angeblich nur Jena gelesen hat, Ihr Fraktionsvorsitzender hat mir gestern bescheinigt, dass ich noch zu DDR-Zeiten zur Schule gegangen bin und von daher unterstellt werden kann, dass ich des Lesens mächtig bin. Ich unterstelle das jetzt auch bei Ihnen und würde bitten, dass Herr Ramelow das auch bei Ihnen feststellt. Warum Sie dann nicht das IBA Heiligenstadt gelesen haben, warum Sie dann nicht Schmalkalden, die mehrfache Erwähnung des dortigen Campus gelesen haben, Ilmenau nur am Rande erwähnt, Erfurt auch, und das nur auf Jena kaprizieren, bleibt mir ein Rätsel. Da bleiben Sie halt in der alten Parteilinie - ignorieren, was Ihnen nicht passt und ansonsten draufhauen. Tut mir Leid.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe in der Ausschussarbeit bisher bei Ihnen deutlich mehr Sachlichkeit festgestellt als heute in Ihrem Beitrag. Vielleicht lässt sich das bei Ihnen noch so weit entwickeln, dass Sie dann auch hier sachlich bleiben. Das würde dem hohen Hause und dem Thema sehr gut zu Ge-

sicht stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Dr. Schuchardt, ich lege großen Wert darauf hier zu betonen, dass all die, die in den letzten 12 Jahren Verantwortung getragen haben von der FDP, die uns am Anfang begleitet hat, über die SPD, die in der 2. Legislaturperiode dabei war, aber auch für uns selber reklamiere ich das, dass wir in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik keinen grundsätzlichen Streit hatten ob des Ziels, auch ob des Wegs und normalerweise auch ob des erreichten Stands.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:
Das ist richtig.)

Ja, ich komme noch darauf. Ich habe Ihr Bild vom Hahn, das Sie am Ende gewählt haben, sehr wohl registriert und sofort kam eine Assoziation bei mir. Da soll es wohl auch gelegentlich welche geben, die sich spreizen und in dem Moment habe ich an den Redner gedacht und das steht Ihnen eigentlich nicht ganz so gut zu Gesicht.

Jetzt komme ich zu dem Tatendrang. An einer Stelle hatten Sie die Hosen ziemlich voll. Das ist die Berufsakademie, wo Sie sich nicht getraut haben, gleich das Projekt Berufsakademie mit einer richtigen Zukunft zu versehen. Das war das einzige Gesetz bisher, wo wir ein Verfallsdatum gesetzt haben und die erste gesetzgeberische Initiative - Sie haben das so ganz dezidiert nachgefragt, ich sage das jetzt in aller Deutlichkeit - steht Ihnen nicht ganz so gut zu Gesicht. Die erste gesetzgeberische Initiative der Alleinregierung ab 1999 war, die Berufsakademie von diesem Makel der Vorläufigkeit zu befreien,

(Beifall bei der CDU)

den Hochschullehrern dort und den Studenten eine klare Perspektive zu geben. Es hat der Berufsakademie gut getan und da Sie ja Konkretes vermissen - ich verweise noch einmal darauf, Sie haben es ja sogar vorliegen seit einigen Stunden, was da heute gesprochen wurde -, da steht deutlich drin, es wird ein Gesetz geben, nach dem die beiden Standorte verselbstständigt werden. Ein weiterer Schritt in der Entwicklung der Berufsakademie. Und da ist weiterhin zu lesen und heute auch vorgetragen worden: Es wird die Möglichkeit geben, weitere Außenstandorte, Abteilungen aufzumachen. Das wird der regionalen Notwendigkeit Thüringens weitaus besser entsprochen als Fachhochschulen, die wir uns schier nicht leisten können.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben in Ihrer Amtsperiode sehr viel Wert darauf gelegt, die Aussagen des Wissenschaftsrats entsprechend zu würdigen. Warum ignorieren Sie an dieser Stelle die Wertung des Wissenschaftsrats, dass sich Thüringen eine weitere Fachhochschule nicht wird leisten können und sie

auch nicht brauchen wird bei den Bedarfszahlen? Ist denn schon vergessen, dass sich die Fachhochschule Nordthüringen noch im Aufbau befindet? Sie wächst gut, aber sie ist erst auf dem Weg und noch längst nicht dort angekommen, wo die anderen drei Fachhochschulen heute sind. Das darf doch nicht einfach verdrängt werden.

Ein Wort zu Herrn Späth: Er hat in den letzten Wochen diesen Vorschlag, nun das Land mit Fachhochschulen zu überziehen, nicht wiederholt. Ich schließe nicht aus, dass auch bei einer reifen Persönlichkeit wie Herrn Späth noch Erkenntnisgewinn möglich ist, ich unterstelle es hier sogar, denn er wird am Ende natürlich auch nach der Finanzierung gefragt werden und das mit gutem Recht. Wenn man sich derzeit die Perspektive der Schülerzahlen und der Studierendenzahlen anschaut und noch dazu weiß - und ich unterstelle das Wissen bei Ihnen -, dass die Zusammensetzung der Studierendenschaft sich zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen unterscheidet, und wenn man dann noch weiß, dass etwa 70 bis 75 Prozent der Studierenden an den Fachhochschulen aus der Region kommen, dann wird der Geburtenknick in wenigen Jahren auch unsere Fachhochschulen erreichen und dann können wir uns doch dort keinen Leerstand leisten. Tun wir doch nicht so, dass dann alle freiwillig irgendwo aus Süddeutschland an unsere Fachhochschulen kommen werden. Das ist nicht zu erwarten, deshalb werden wir mit dem bisherigen Bestand an Fachhochschulen den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden, was die Kapazität anbelangt.

Dass auch an den Fachhochschulen inhaltliche Weiterentwicklung nötig ist, ist unbestritten. Damit kommen wir zum Thema "Forschung an Fachhochschulen", das bei den Universitäten ziemlich unbeliebt ist, das ist richtig. Auch die Gründung der Fachhochschulen war zu Anfang nicht euphorisch begrüßt worden von den Universitäten wie dann auch die Gründung der Berufsakademie von den Fachhochschulen nicht unbedingt begrüßt wurde. Jetzt hat man sich arrangiert, man hat sich gefunden, man arbeitet gut miteinander und deshalb ist auch der Begriff des "Campus Thüringen" berechtigt. Es gibt in aller Regel keine Redundanz in unserer Hochschullandschaft. Wir haben Studiengänge bewusst nicht doppelt aufgebaut, weil es sich dieses relativ kleine Land nicht leisten kann. Deshalb, Frau Ministerin, werden wir an einer Stelle leichte Probleme bekommen und das ist beim Wettbewerb unserer Hochschulen untereinander, wenn sie alle unterschiedlich sind, wenn sie alle Unikate sind, fällt die Vergleichbarkeit relativ schwer. Wir werden Kriterien finden, die diese Vergleichbarkeit sichern und wir werden darüber hinaus den Vergleich mit anderen Hochschulen im Land und in Europa zu suchen haben, um den Wettbewerb tatsächlich richtig ins Laufen zu bringen. Wir werden möglicherweise auch noch verstärkt auf die Bundesgesetzgebung zu drängen haben, damit es uns leichter möglich wird, Wettbewerb an unseren Hochschulen auch in einem Maße zu forcieren, der bisher nur modellhaft gemacht wurde, und zwar bei der Auswahl der Studierenden. Die jetzigen Regelungen mit

der Zentralen Vermittlungsstelle lassen in manchen Fächern den Erstzugriff der Hochschulen auf Studierende nicht zu. Manche Hochschule scheut auch den Mehraufwand, der damit verbunden ist, denn es ist schon aufwändig, sich mit den Bewerbern zusammensetzen, ihre Motivation, ihre Spezialneigungen für das gewünschte Fach zu erfragen. Aber, wie zu Recht von Frau Prof. Schipanski heute herausgearbeitet wurde, die Musikhochschule in Weimar hat auch deshalb so einen guten Ruf, weil man genau dort die Begabtesten für diese Richtung sucht und findet.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Prinzip sollte bei aller Chancengerechtigkeit und natürlich der freien Wahl des Studienplatzes auch verstärkt an den anderen Fachrichtungen greifen. Für mich nach wie vor schwer verständlich, dass sich jemand zutraut, Mathematik zu studieren, und kommt mit einer "4" im Abitur und bewirbt sich. Das ist heute rechtens möglich, aber die Chance, dass diese Bewerberin, dieser Bewerber mit diesen Voraussetzungen scheitert, ist ziemlich groß. Ob wir da nicht mehr Orientierung geben sollten durch ein Eingangsgespräch oder eine Eingangsprüfung, darf zumindest in den Raum gestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hochschulpakt ist im Moment noch im Entstehen, er ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb ist heute Ihre Forderung, Herr Dr. Schuchardt, noch nicht im Detail zu erfüllen. Wir können den Ergebnissen noch nicht vorgreifen und ich werde es auch nicht tun, aber er ist eine große Chance, sich den Finanzzwängen der Zukunft partiell entziehen zu können.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:
Bis jetzt ist es nur ein Schlagwort.)

Es ist aus der Kenntnis, die ich habe, und den Gesprächen, die ich geführt habe, mehr.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:
Dann wissen Sie mehr als ...)

Ja, ich habe mit den Rektoren gesprochen, das stand Ihnen genauso frei. Diese haben mir nicht die Details veraten, aber sehr wohl gesagt, dass sie darin sehr viele Chancen sehen. Ihnen ist aber auch bewusst, dass damit gleichzeitig deutlich mehr Verantwortung auf die Hochschulen zukommt. Wenn wir also Autonomie leben, den Hochschulen mehr Möglichkeiten einräumen mit den Finanzen flexibler umzugehen - eine lange Forderung der CDU-Fraktion -, und jetzt endlich wird sie erfüllt, da haben die Finanzer also einen weiten Schritt über ihren eigenen Schatten getan.

(Beifall Abg. Dr. Kaschuba, PDS)

Das ist so. Es wird den Abgeordneten immer wieder erklärt, man würde sich damit der Kontrollmöglichkeiten entheben. Wenn man einmal im Detail schaut, was wir dann in den einzelnen Ausgabebereichen tatsächlich kontrollieren, dann relativiert sich das wieder, aber die Beamten des Finanzministeriums nehmen sich natürlich dann ein Stück zurück oder müssen es tun, aber Hochschule wird automatisch autonomer. Das bedeutet aber im gleichen Maß, dass die Verteilungskämpfe sich dann im Inneren wieder finden werden. Wenn jetzt noch leichthin der Fingerzeig auf die da oben möglich war, die im Parlament - gelegentlich wird ja auch erkannt, dass wir den Haushalt machen und nicht das Ministerium, zumindest verabschieden - oder die im Ministerium, so wird demnächst innerhalb der Hochschule zu entscheiden sein, ob nun A oder B gemacht wird und mit welchen Mitteln, mit mehr Material oder mit mehr Personal oder durch spezielle Vortragsgestaltung. Die Verantwortung an dieser Stelle wird steigen.

Meine Damen und Herren, ich will eine Aussage relativieren, die in den letzten Tagen, Wochen - ich weiß nicht, ob mit Absicht -, aber zumindest tatsächlich gemacht wurde, der Wissenschaftshaushalt der Ministerin Schipanski würde beim nächsten Doppelhaushalt nicht angetastet. Wer hören wollte und wer gelesen hat - da meine ich die beiden, die heute schon vor mir gesprochen haben -, konnte sehen, dass es diese Aussage nur für Kernkapitel der Hochschulhaushalte gibt. Ich weiß schon ziemlich sicher, dass auch Hochschulen an den finanziellen Einsparungen beteiligt werden müssen. Das ist nicht Böswilligkeit dieser Regierung und dieser diese Regierung tragenden Fraktion,

(Beifall bei der CDU)

sondern das ist Ausfluss der Notwendigkeiten, die uns von außen aufgedrückt werden, und das ist kein Wahlkampf. Das war leider schon in den letzten Jahren zu erkennen, es ist im Frühjahr durch die gravierenden Steuerausfälle offensichtlich geworden, es hat sich in dem Nachtragshaushalt dokumentiert. Die neueste Finanzschätzung, die ja nicht von den Politikern allein vorgenommen wird, sondern von Spezialisten - und ich bin erstaunt, wie sehr die sich jedes Mal verschätzen -, weist aus, dass wir mit dramatischen ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ja, das ist erstaunlich. Das sind ja nun hoch bezahlte Experten und die liegen so kräftig daneben, dass ich mich gelegentlich schon frage, haben die da nicht vorher genauer hingeschaut oder kommt das tatsächlich so überraschend.

Das trifft uns jetzt wirklich im Kern unserer Zukunftsfähigkeit.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Diese Steuerausfälle sind so gravierend, dass sie auch an unseren Zukunftsbereichen nicht vorbeigehen werden, so sehr wir das bedauern. Jetzt können wir gemeinsam versuchen, noch das Beste daraus zu machen. Jetzt, Herr Dr. Schuchardt, gebe ich Ihnen an einem Punkt dezidiert Recht: Was die Verbundforschung anbetrifft, so wird sie derzeit noch als freiwillige Ausgabe des Freistaats angesehen, sie ist auch haushalterisch so angelegt. Im Einzelplan 15 gibt es ansonsten so gut wie keine so genannten freiwilligen Ausgaben. Wenn gestrichen werden muss, droht tatsächlich dieser Titel weiter zu schrumpfen. Nun ist das etwas, was man nicht gleich im nächsten Jahr an Auswirkungen merken wird. Wenn die Verbundforschung zurückgefahren werden muss, wird das aber Ergebnisse zeitigen, die in zwei, drei, vier, fünf Jahren gravierend sein werden. Eine zurückgehende Verbundforschung wird die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft nachhaltig schädigen. Ich sage das in aller Deutlichkeit und hoffe, dass auch meine eigenen Kollegen an dieser Stelle zuhören, es ist ein Stück vorweggenommener Haushaltsdebatte. Ich gebe zu, dass ich das heute dazu verwende. Aber wir können tatsächlich Schaden anrichten, der noch wirkt, wenn ein Teil unserer Abgeordneten schon nicht mehr diesem Parlament angehören wird. Deshalb bringe ich das mit diesem Nachdruck. Ich möchte gern, dass wir Politik machen, die auch über unsere Wirkungsphase hinaus die Zukunftsfähigkeit dieses Landes sichert.

(Beifall bei der CDU)

Es ist in der Regierungserklärung sehr deutlich angesprochen worden - von Herrn Dr. Schuchardt etwas polemisch aufgegriffen worden, die Polemik habe ich nicht verstanden, es ist wert, auch von mir noch einmal wiederholt zu werden -, unsere Wirtschaft ist so strukturiert, dass sie in einem ganz bestimmten Segment, und zwar der klein- und mittelständischen Wirtschaft, bisher noch unzureichend in der Lage ist, die F- und E-Leistungen selber zu erbringen. Die öffentliche Hand - sowohl der Bund wie das Land - sind in der Pflicht und waren bisher auch in der Lage, das wenigstens in Teilen zu kompensieren. Wir haben - und ich hoffe, dass wir es noch weiterhin können - mit unserer Hochschullandschaft, mit den außeruniversitären Instituten und mit den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten eine Landschaft geschaffen, die über das Land verteilt ist und trotzdem Konzentrationspunkte enthält, diese F- und E-Leistungen zu vermitteln, sie teilweise - sogar außerhalb der Wirtschaft - zu erbringen, zum Nutzen und Frommen der Wirtschaft, teilweise aber auch in Form einer Ausgründungskultur, die nicht hoch genug zu schätzen ist. Da hat sich auch an den Hochschulen etwas getan. Da hat es von der Politik gelegentlich einmal eine Ermahnung gegeben, bitte bringt in euren Lehrplänen, bringt in den Vorlesungsverzeichnissen eine Kenntnis über Wirtschaft, über Ausgründung, über Finanzierung, damit sich junge Leute, wie es vor Jahren war und wie es sich mittlerweile geändert hat, sich nicht zu 80 Prozent vorstellen ihre Arbeit im öffentlichen Dienst zu finden, sondern vorrangig wirtschaftlich tätig zu werden. Das war ein Prozess an

den Hochschulen, der ist gelungen. Deshalb auch ausdrücklich von mir diese lobenden Worte. Diese Ausgründungskultur ist gut und richtig.

Jetzt möchte ich kurz auf den gestrigen Abend eingehen. Der Campus Beutenberg ist eine tatsächlich fast rundherum gelungene Geschichte, wo die Verbindung von der Hochschule zu den Instituten da ist, wo dann mit Technologieinnovationspark und Bioinstrumentezentrum der nächste Schritt gegangen wurde, nämlich die Ausgründungen in Inkubatorform noch zu befördern. Ich sehe in Jena nur einen kleinen Makel. Ich will ihn ansprechen. Er lässt sich garantiert in den nächsten Jahren korrigieren. Er sollte korrigiert werden. Die Verweildauer der Gründerfirmen in diesen Inkubatoren ist a) durch das Gesetz und b) auch durch, wie ich gestern Abend erfahren habe, teilweise sehr ehrgeizige Businesspläne begrenzt. Wenn die in dem einen Falle aufgehen, würden sie das ganze Technologie- und Gründerzentrum mit ihrer Firma belegen, wenn sie dort verbleiben wollten. Aus diesen zwei Gründen wird es also, ich sagte es schon, einmal der gesetzlichen Notwendigkeit und zum anderen auch aus dem Wachstum, das da manche Firmen entwickeln, nötig sein, ihnen im Umfeld Platz anzubieten, um sich dort niederzulassen. Es wäre fatal, wenn wir nach der hervorragenden Ausbildung, die die jungen Leute in Thüringen erfahren, nach den Förderinstrumenten, die sie dann zu Recht annehmen und nutzen, um ihre Firma auf die Beine zu bringen, sich dann außerhalb Thüringens niederlassen würden, weil wir ihnen eventuell in der Nähe nicht genügend Gewerberaum bieten könnten. Ich habe das bewusst in den Konjunktiv gestellt. In Ilmenau ist die Gefahr nicht so groß. Aber in Jena ob der Enge, die da mittlerweile existiert, hoffe ich, dass man auch mit den umliegenden Gemeinden kooperiert und die Firmen vor Ort behält. Es ist dringend geboten, denn erst dann wird der Rückfluss für uns richtig wirksam. Denn wir brauchen am Ende auch wieder mehr Steuereinnahmen und vor allem Beschäftigungen im ganz hochwertigen innovativen Segment.

Ein weiterer Umstand, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde vorhin von meiner Vorrednerin wieder einmal behauptet, dass die jungen Leute aus Mangel an Arbeitsmöglichkeiten alle aus Thüringen abwandern würden. Das mag in dem einen oder anderen Falle stimmen. Wir haben eine Situation, die aber auch durch das öffentliche Rufbild geprägt ist. Wir haben hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten und sie werden mittlerweile nicht nur von Thüringern genutzt, sondern es haben auch viele andere begriffen, wie gut man hier studieren kann. Was noch nicht ausreichend bekannt ist, dass in Thüringen auch hervorragende Arbeitsmöglichkeiten für unsere gut ausgebildeten jungen Leute da sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine wirklich teilweise absurde Situation, dass gut ausgebildete junge Männer und Frauen außerhalb Thüringens Arbeit suchen und nehmen und wir dann trotz-

dem Firmen und Institute haben, die Nachwuchs suchen. Es ist nicht nur eine Sache der Bezahlung, denn in der Wirtschaft ist man da relativ frei und gute neue Leute werden teilweise, wie das überall der Fall ist, mit höherer Bezahlung eingestellt als die, die schon länger dabei sind. Es ist teilweise eben auch nicht bekannt bei den Firmen, was hier für Ausbildungsmöglichkeiten da sind und im umgekehrten Falle für die jungen Leute, was für Arbeitsmöglichkeiten es gibt. Ich weiß, dass die Regierung jetzt mit einer Fachhochschule bemüht ist, ein Informationscenter zu gründen, um diese Defizite auszugleichen. Zum Beleg führe ich den Besuch eines Firmenvertreters an, der aus Eisenach stammt. Er war diese Woche bei mir und wusste nicht, dass Eisenach Hochschulstandort ist. Er wusste ebenfalls nicht, dass in seiner unmittelbaren Nähe mit der Fachhochschule Schmalkalden ein Spezialsegment im Angebot ist, das genau seine Anforderungen erfüllt. Er hatte sich in Erfurt erkundigt, er hatte sich Ilmenau angeschaut, er hatte sich auch Weimar angeschaut, aber von der Fachhochschule in Schmalkalden hatte er nur am Rande gehört. Dass man dort mehr macht als Maschinenbau, hat er bisher nicht mitbekommen. Hier gibt es eine Aufgabe, die mittlerweile, ich glaube, auch von mir, gründlich genug beschrieben wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Forschung zurück: Aus der Notwendigkeit heraus, dass die öffentliche Hand derzeit die Forschungsdefizite, die Entwicklungsdefizite der Betriebe zum Teil kompensieren muss, sind Aufgaben erwachsen, denen wir uns gestellt haben. Mit öffentlichem Geld ist sehr viel an Infrastruktur entstanden. Das Zentralgebäude auf dem Beutenberg ist eines der letzten, die noch nicht fertig gestellt sind. Da ist sehr viel geschehen. Ich will uns ermahnen, für die Zukunft nicht nur in Beton zu denken, so notwendig der ist. Wir werden zunehmend Geld in die Hand nehmen müssen, um die direkten Arbeitsbeziehungen zwischen der Hochschule, den Instituten und der Wirtschaft zu befördern. Hier kann die Regierung mit Förderprogrammen auch auf Forschung an Hochschulen Einfluss nehmen, währenddessen - wir sagen das oft mit den goldenen Zügeln - der direkte Eingriff in eine Hochschule nicht möglich und auch nicht gewollt ist. Die Forschungsfreiheit der Hochschule ist für uns ein Tabu. Es darf politisch nicht vorgegeben werden, was dort an Forschung geschieht. Wir können es moralisch begleiten, das ist vorhin auch angeklungen. Ob nun jede Forschung tatsächlich wertfrei geschieht oder ob sie nicht auch Einfluss auf unsere allgemeine Gesellschaft hat, aber das sei jetzt außen vor.

Die Forschungslandschaft ist bisher begleitet worden durch unsere Stiftungen. Nun müssen wir, Herr Schuchardt hat das angemahnt, gelegentlich auch einmal kritisch resümieren, ich darf das an dieser Stelle tun, die eine Stiftung, die wir haben, arbeitet nicht zu unserer vollen Zufriedenheit. Sie vermittelt nicht ausschließlich, sie bündelt nicht ausschließlich, sie koordiniert nicht ausschließlich, sondern sie versucht auch vieles selbst zu machen. Davor will ich bewusst warnen. Ich will unseren Ministerpräsidenten, auch

wenn er jetzt den Raum leider schon verlassen hat, bewusst unterstützen. Ich hatte erst Zweifel, ob seine Aussagen stimmen, als er zum Thüringentag in Heiligenstadt eine weitere Forschungs-Stiftung angekündigt hat. Ich muss mittlerweile sagen, ich unterstütze diese Forderung. Man sollte versuchen, das tatsächlich wieder in eine neue Stiftung zu bringen, damit die Aktivitäten gebündelt werden, aber so, dass nicht eine neue Mega-Stiftung entsteht, die versucht, alles selbst zu machen, sondern die die Synergien belebt, die im Lande möglich sind. Nun sind die beiden Stiftungen - die Insider wissen wovon gesprochen wird - ja rechtlich selbständige Stiftungen. Es kann ihnen nicht befohlen werden, ihre Tätigkeit einzustellen und das Geld herzugeben, das sie haben. Das ist das Problem an dieser Geschichte. Da gibt es also nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten. Aber ich würde den Ansatz des Ministerpräsidenten heute von diesem Pult aus massiv unterstützen, eine neue Stiftung gründen, das Beste aus den bisherigen Stiftungen - wenn es funktioniert - dort hineinlegen und dann mit Vollgas nach vorn. Ich hoffe, dass er die Kraft hat und von allen seinen Kabinettsmitgliedern unterstützt wird, damit dieser Plan gelingt. Ich mache an diesen Satz kein Fragezeichen, sondern ein Ausrufezeichen und hoffe, dass wir in ein paar Monaten resümieren können, möglicherweise in einer Regierungserklärung, die den Stand der Dinge beschreibt - Herr Dr. Schuchardt, damit muss ich die Belehrung des Ministerpräsidenten wiederholen -, um dort sagen zu können, wir sind ein ganzes Stück weitergekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für mich abschließend ein Dankeschön an die Ministerin, dass sie uns heute Gelegenheit gegeben hat, über ein wesentliches Zukunftsfeld des Freistaats umfassend reden zu können. Ich wiederhole gern, auch wenn der eine oder andere das Gefühl hat, das meiste kennt er. Das spricht für ihn, aber es spricht doch nicht gegen den Vortrag, gegen die Regierungserklärung, sondern unterstreicht eher noch einmal die Notwendigkeit, dass sich alle in diesem hohen Hause damit befassen, dass wir in der Lage sind, die Notwendigkeiten, die auf diesem Gebiet entstehen, auch in die Gesellschaft zu transportieren. Wir werden nicht mehr alles, was wir uns wünschen, in den nächsten Jahren in dem gleichen Tempo umsetzen können wie das vielleicht in der Vergangenheit geschehen ist. Das Finanzkorsett zwingt uns zu einem radikalen Umdenken. Wir werden Prioritäten zu setzen haben. Wir werden manch Liebgewonnenes infrage stellen müssen. Aber ich hoffe, dass wir die Kraft aufbringen, das Zukunftssegment von Schule über Hochschule bis zur Wissenschaft, Forschung - soweit es geht - von den notwendigen Kürzungen herauszunehmen, weil daraus die Finanzkraft der nächsten Jahre entstehen wird. Mit dieser Gewissheit will ich enden und uns gemeinsam die Kraft wünschen, das auch durchzusetzen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Prof. Goebel zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Regierungserklärung, denke ich, hat deutlich gemacht, die Wissenschaftsentwicklung in Thüringen verläuft sehr erfolgreich. Das hat nicht zuletzt auch vor einigen Wochen der Ländervergleich gezeigt, den das Zentrum für Hochschulentwicklung veröffentlicht hat und bei dem die Thüringer Universitäten mit klarem Abstand den Spitzenplatz belegen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht hier aber, denke ich, trotzdem nicht um eine Feierstunde, wie gestern eine Tageszeitung titelte, aber in der Tat - das ist ein Erfolg, der Erfolg einer Politik, die in den vergangenen zwölf Jahren konsequent auf die Entwicklung von Zukunftspotenzialen gesetzt hat - und Herr Dr. Schuchardt, Sie waren daran beteiligt und da hat es mich schon gewundert, dass Ihnen weiter nichts dazu eingefallen ist als kleinliche Kritik.

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich als Beispiel Ihren Vorwurf des Hebräischunterrichts bei den Judaistikstudenten nehme, so ist es nun einmal schlicht so, dass für die Absicherung des Studienangebots die Dekane der jeweiligen Fachbereiche der Universität zuständig sind. Wenn die das nicht schaffen, dann ist natürlich die Aufsicht der Hochschule gefragt und wenn die das auch nicht schafft, muss dann auch das Ministerium seiner Aufsichtsrolle gerecht werden. Aber das als einen massiven Kritikpunkt hier vorzuführen, das ist, denke ich, eher kleinlich.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Meine Damen und Herren, der Erfolg, den wir hier in der Tat erkennen können, ist am Schluss nicht nur, vielleicht nicht einmal zuerst, ein Erfolg der Politik. Es ist ein Erfolg der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Hochschulen,

(Beifall bei der CDU)

die durch ihre tägliche Arbeit die Leistungsfähigkeit des Systems bestimmen und in diesem Sinne können wir stolz sein auf das Erreichte und in diesem umfassenden Sinne hat auch Frau Ministerin Schipanski viel dazu beigetragen als Wissenschaftlerin, als Rektorin und als Ministerin

(Beifall bei der CDU)

und wir sind ihr dankbar für diese Arbeit. Aber wir wissen natürlich auch, und deshalb führen wir auch hier diese Aussprache, dass wir diesen Spitzenplatz täglich verteidigen müssen. Das Zentrum für Hochschulentwicklung hat in seinem Ranking, von dem hier schon mehrfach gesprochen wurde, Reputation, Forschungseffizienz, Studienzeiten und Zufriedenheit der Studenten mit dem Studium gemessen. Wir haben in Thüringen besonders hohe Bewertungen bekommen dank kurzer Studienzeiten und einer besonders hohen Zufriedenheit der Studierenden.

Bemerkenswert dabei ist, dass das durch alle Fächergruppen - Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - sehr gleichmäßig zum Gesamtergebnis beigetragen hat. Wir erreichen also dort Spitzenwerte auf breiter Front und für mich ist das ein Zeichen dafür, dass wir den Umbau der Hochschullandschaft nach 1990 und den Neuaufbau vieler Hochschulen gut hinbekommen und viele Fehlentwicklungen vermieden haben. Wir sind in den Schranken des Hochschulrahmengesetzes einen eigenen Weg gegangen und haben damit Erfolg gehabt und gehen diesen Weg konsequent weiter.

(Beifall bei der CDU)

Es wurden effektive Studienstrukturen geschaffen mit klaren Definitionen von Zielen und Anforderungen. Es gibt ein hohes Maß von Zusammenarbeit zwischen den Fächergruppen und zwischen den Hochschulen. Das ist der Campus Thüringen, übrigens auch kein Werk der Politik, sondern wenn Sie so wollen, ein Werk von unten, eine Initiative der Hochschulen selbst. Es ist vor allem eine Vielzahl moderner Studiengänge entstanden. Forschung und Lehre gehen dabei in vielen Fällen Hand in Hand. Das Ergebnis ist natürlich aus heutiger Sicht nicht überraschend. Wir wissen schon seit einigen Jahren, dass wir da auf einem guten Weg sind, auch frühere Leistungsmessungen haben das bewiesen. Aber das sollte uns auch nicht selbstgefällig machen. Es ist sicher richtig, diesen Stand einmal zu dokumentieren - das hat die Regierungserklärung gemacht - und als Ausgangspunkt zu nehmen für das, was auf uns zukommt.

Die Herausforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung an den Hochschulen werden weiter wachsen, weil ihre Bedeutung für das wirtschaftliche Wachstum, für kulturelle Kreativität und für die Vitalität unserer demokratischen Ordnung wächst. Dabei verändern sich sowohl die inneren Strukturen der Hochschulen als auch das Verhältnis von Hochschulen und Staat. Auch darauf haben wir in den vergangenen Jahren in Thüringen schon reagiert - rechtlich durch die Stärkung der Einzelverantwortung und die Gestaltungsspielräume für strukturelle Veränderungen im Rahmen der Hochschulgesetznovelle 1998 unter Ihrer ministeriellen Leitung, Herr Dr. Schuchardt, materiell durch mehr Flexibilität im Haushaltsvollzug in den letzten Jahren. Dieser Weg wird jetzt konsequent weiterbeschritten, wenn die Ministerin von einem Zukunftspakt spricht, der den

Hochschulen Planungssicherheit in einem mittelfristigen Zeitraum gewährt, die Flexibilität der Haushaltsführung weiter erhöht, das Jährlichkeitsprinzip bei den Hochschulhaushalten durchbricht und die Mittelzuweisung nach bestimmten Leistungskriterien steuert. Damit hält Thüringen Anschluss an den Reformprozess in Deutschland. Wichtig ist, dass eine solche Entwicklung von den Hochschulen aber auch gewollt ist, dass wir sie gemeinsam planen und umsetzen. Mehr Freiheit heißt dann immer auch mehr Verantwortung. Auch darauf hat Herr Schwäblein in seinen Ausführungen hingewiesen und deshalb muss das auch in einem Diskussionsprozess geschehen. Dieser Diskussionsprozess läuft und das ist die verständliche Konsequenz dafür, dass das Ergebnis hier nicht vorliegt, sondern sicherlich im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2003/2004 vorliegen wird. Dann wird man sich mit den Details noch einmal ausführlich beschäftigen müssen.

Auf dem Wege einer gestärkten Internationalisierung, um ein anderes Thema anzusprechen, spielt die Einführung gestufter Hochschulabschlüsse eine besondere Rolle. Vergleichbare Standards - das ist einer der Kernpunkte der 1999 unterzeichneten Bologna-Erklärung -, auch das im Übrigen auf europäischer Ebene eine Bewegung von unten, von den Universitäten ausgehend. In Deutschland ist an vielen Stellen die Skepsis, ob die europäische Einigung wirklich so weit gehen soll, dass sie auch Universitäten und Fachhochschulen erfassen wird, noch nicht überwunden. Wir haben in Thüringen den Vorteil, dass die Erfurter Universität diesen Gedanken schon in ihrem Gründungskonzept enthält. Neue Studienangebote werden inzwischen häufig in Thüringen gestuft strukturiert, das ist gut so. Wir öffnen dadurch stärker als bisher unseren Absolventen den internationalen Arbeitsmarkt und öffnen zugleich unsere Hochschulen stärker Studierenden aus aller Welt. Ich kann in diesem Zusammenhang auch aus meiner eigenen Entwicklung heraus natürlich nicht umhin, mein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass es beim Abstimmungsprozess zwischen Kultus- und Innenministerkonferenz nicht gelungen ist, den Absolventen von akkreditierten Master-Studiengängen an Fachhochschulen den gleichberechtigten Zugang zum höheren Dienst im öffentlichen Dienst zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU; Abg. Dr. Schuchardt, SPD)

Das, denke ich, ist eine Aufgabe, die in der Zukunft weiter steht.

Meine Damen und Herren, zu Recht wird gerade für uns in Thüringen immer wieder die Bedeutung einer engeren Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft als Wachstumspotenzial unterstrichen. Wir werden den Anschluss in der wirtschaftlichen Entwicklung nur schaffen, wenn viele Thüringer Unternehmen mit ihren Produkten, Dienstleistungen und Verfahren einen technologischen Vorsprung gegenüber den Wettbewerbern haben. Dazu brauchen sie

hoch qualifizierte Absolventen von den Hochschulen und sie benötigen Partner in Forschung und Entwicklung. Außerdem sind die Hochschulen selbst Quelle für neue innovative Unternehmen. Die Frau Ministerin hat in ihrer Regierungserklärung von der erfolgreichen Initiative "GET-UP" berichtet. Sie entstand an den Universitäten in Ilmenau und Jena und an der Fachhochschule Schmalkalden - das sage ich nicht ohne Stolz - im Rahmen des Bundeswettbewerbs "EXIST" und sie hat inzwischen die anderen Hochschulen erfasst, wurde Vorbild für die Thüringer Existenzgründerinitiative ThEI, in die sie jetzt mit hinüberwächst. Damit ist in Thüringen ein umfassendes Instrumentarium von Unterstützungen bei technologieorientierten Unternehmensgründungen entstanden und das hat Früchte getragen. Es gibt in den Technologie- und Gründerzentren in den verschiedensten Hochschulstandorten eine Vielzahl von Unternehmen, die durch diese Initiative gefördert wurden und der Existenzgründergedanke hat systematisch auch in die Hochschulausbildung Einzug gehalten. Ich denke, das ist besonders wichtig, dass wir diese Potenziale auch weiter in der Zukunft entwickeln.

Ich muss allerdings gestehen, nicht so erfolgreich war der Ansatz des nachfolgenden Bundeswettbewerbs der jetzigen Bundesregierung "InnoRegio", der den Anspruch hat, regionale Netzwerke von Unternehmen, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen zu initiieren mit dem Ziel der Bündelung von Forschungs- und Entwicklungspotenzialen der Förderung innovativer Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen - das war die Erklärung.

Unter einer Vielzahl von Antragstellern konnten im Prozess 1999 in Thüringen zunächst nur zwei Netzwerke eine Förderzusage des Bundes erhalten, an beiden war die Fachhochschule Schmalkalden beteiligt. Deshalb kenne ich sie einigermaßen und habe ihr Schicksal weiter verfolgt. Der Ansatz war gut, wahrscheinlich stammte er noch aus der Vorgängerregierung.

(Beifall bei der CDU; Abg. Bechthum, SPD)

Aber die Bundesregierung hatte schlicht und ergreifend vergessen, die notwendigen Förderinstrumentarien bereitzustellen, die diesem Ansatz auch gerecht werden. So kämpfen nun diese beiden Projekte damit, ihre Vorhaben auf das gegebene klassische Instrumentarium zurechtzustutzen. Damit wird das Pferd schlicht von hinten aufgezümt, es geht viel Energie und mancher Effekt verloren, das Netzwerk "innovative Produktionssysteme" in Südthüringen hat jetzt nach fast drei Jahren erste Mittel für konkrete Projekte erkämpft. Das, meine Damen und Herren, ist kein Ruhmesblatt für die Innovationsförderung des Bundes in den neuen Ländern.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Chefsache Ost.)

Es wurde von Weiterbildung gesprochen, in der Aussprache nicht zu intensiv, das ist bedauerlich, weil das ein wirkliches Zukunftsfeld ist. Den Hochschulen wächst mit der Notwendigkeit der Institutionalisierung des lebensbegleitenden Lernens, denke ich, im Bereich der Weiterbildung eine große neue Aufgabe zu. Dabei stehen sie im Wettbewerb mit unterschiedlichsten Anbietern. Das erfordert Flexibilität, Ideenreichtum bei der Gestaltung marktfähiger Angebote. Hierzu braucht man Handlungsspielräume und das nötige rechtliche Instrumentarium. Auch hier hat sich in der Regierungspolitik manches bewegt und wir werden, denke ich, in nicht allzu ferner Zeit darüber auch, was die rechtlichen Rahmenseetzungen anbetrifft, hier noch zu diskutieren haben.

Die Hochschulen müssen sich weitere Einnahmequellen erschließen. Drittmittel ist eine davon - Sie haben davon gesprochen, Frau Dr. Kaschuba -, aber es ist einfach schlicht nicht wahr, dass die Drittmittelforschung weitgehend wirtschaftsnahe Forschung ist. Der Schwerpunkt der Drittmittelforschung liegt in der Grundlagenforschung, der Schwerpunkt der Drittmittelforschung sind Forschungsmittel der DFG, sind Forschungsmittel der Europäischen Union.

Ich denke, auch das ist ein Beweis der Leistungsfähigkeit der Thüringer Hochschulen, wenn man sich einmal anschaut, was in den letzten Jahren mit der Steigerung der Einwerbung von Drittmitteln aus den Förderprogrammen der Europäischen Gemeinschaft entstanden ist. Hier hat der Campus Thüringen durch Zusammenarbeit eine ganze Menge erreicht, die Einwerbung professionalisiert und damit erhebliche Zuwachsraten erwirtschaftet. Es ist eben auch eine Erfahrung der in der Regel viel selbständigeren Hochschulen in anderen europäischen Ländern, dass die erfolgreiche Teilnahme an den EU-Förderprogrammen ein professionelles Einwerbungsmanagement verlangt. Es wäre zu wünschen, das sage ich hier ganz ausdrücklich, wenn die Thüringer Hochschulen von dem Mehr, was sie erwirtschaftet haben, auch etwas dafür einsetzen könnten, wenn das auch haushaltsrechtlich möglich würde, um diese erfolgreiche Entwicklung fortzusetzen, d.h., die Professionalität bei der Einwerbung der Mittel entsprechend zu prolongieren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Berufsakademie sagen: Mit der Gründung der Berufsakademie in Thüringen wurde ja einem drängenden Wunsch der Thüringer Wirtschaft Rechnung getragen, eine Ausbildung zu etablieren, bei der Studium und betriebliche Praxis enger verzahnt sind. Die BA hat sich in den vier Jahren ihrer Existenz gut entwickelt. Ich war ebenso wie Herr Dr. Schuchardt am Anfang kein großer Befürworter dieser Ausbildungsform, aber man muss akzeptieren, dass die Thüringer Wirtschaft über 1.000 Ausbildungsplätze bereitgestellt hat. Das zeigt das Interesse und das verpflichtet uns, dafür zu sorgen, dass diese Form der Ausbildung im tertiären Bereich auch mit hoher Qualität von den jungen Menschen absolviert werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass es daneben durchaus auch Platz gibt für duale Studiengänge an den bestehenden Fachhochschulen. Es gibt sie in Thüringen an verschiedener Stelle und auch in anderen Ländern, auch wenn diese Form hier nicht auf eine so große Resonanz bei den Unternehmen trifft. Die Angebote der Berufsakademie haben sich inhaltlich deutlich erweitert. Es ist abzusehen, dass Berufsakademien neben Universitäten und Fachhochschulen eine wesentliche dritte Säule in der tertiären Ausbildung sind. Diese Entwicklungspotenziale sollen sich auch im Berufsakademiegesetz niederschlagen. Zurzeit diskutiert man, das ist, denke ich, ganz interessant, in anderen Bundesländern, ob Berufsakademien zukünftig auch Bachelor-Abschlüsse vergeben sollten. Ich hielte das für eine durchaus konsequente Entwicklung, wenngleich damit natürlich auch Anforderungen an Qualität und Struktur der Ausbildung geknüpft werden müssen. Es verlangt die Einbeziehung dieser Ausbildung in den Akkreditierungsprozess der Studienangebote der Hochschulen. Aber unter dem Gesichtspunkt des lebensbegleitenden Lernens und der Durchlässigkeit der Institutionen wäre es jedenfalls zu begrüßen, wenn auch die Absolventen der Berufsakademien gleichberechtigt Weiterbildungsangebote der Hochschulen wahrnehmen und höhere Hochschulabschlüsse erreichen könnten. Ich bin mir nicht sicher, ob das schon jetzt für Thüringen auf der Tagesordnung steht. Wir müssen dafür sorgen, dass die Berufsakademien in ihrer sächlichen und personellen Ausstattung weiter gefestigt werden; es wäre eine folgerichtige künftige Entwicklung.

Meine Damen und Herren, die Thüringer Hochschullandschaft ist gut aufgestellt. Das hat die Debatte gezeigt, das haben im Grundsatz auch alle Redner bestätigt. Jede Hochschule hat ihr eigenes Profil gefunden, gemeinsam ergänzen sich die Hochschulen, die Universitäten spielen in der internationalen Liga mit, die Fachhochschulen sind Motor in der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Region und Leistungszentren für den Wissens- und Technologietransfer und haben einen guten Ruf als moderne wissenschaftliche Ausbildungsstätten weit über Thüringen hinaus. Ich denke, damit haben wir alle Voraussetzungen, um den Spitzenplatz, den die Thüringer Hochschulen heute einnehmen, auch künftig zu verteidigen. Hierbei müssen die Wissenschaftler und die Politik Hand in Hand arbeiten. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Nitzpon, Sie haben offensichtlich eine Anfrage an den Abgeordneten. Gestatten Sie diese? Bitte schön.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Herr Prof. Goebel, Sie haben richtigerweise einige Probleme dargestellt, die es durchaus in dieser Hochschullandschaft gibt. Was meinen Sie, kennt Frau Schipanski diese Probleme nicht oder will sie sie nicht kennen?

Abgeordneter Prof. Dr. Goebel, CDU:

Frau Schipanski hat in ihrer Regierungserklärung das Leistungsspektrum der Wissenschaftslandschaft Thüringen breit dargestellt und Aufgaben beschrieben, die für die Zukunft stehen. Insofern, denke ich, war das eine umfassende Erklärung und in der Aussprache sollte der eine oder andere Punkt noch einmal beleuchtet werden. Ich habe einige Punkte beleuchtet. Da gibt es sicherlich auch andere Bereiche, in denen noch Entwicklung möglich ist, von denen habe ich einige genannt. Im Sinne aktueller Probleme kann ich mich nicht erinnern, dass ich hier irgendetwas namhaft gemacht habe.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Bechthum zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte etwas zur aktuellen Situation von Frauen an Hochschulen aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen sagen. Da ich selbst auch noch Mitglied der inzwischen Universität gewordenen Pädagogischen Hochschule bin, liegt mir das schon sehr am Herzen. Ich war die erste Landessprecherin, als wir damals die Landeskongress der Gleichstellungsbeauftragten gebildet haben und habe dadurch noch sehr enge Kontakte, erfahre, wo der Schuh drückt. Deshalb hat mich ein wenig gewundert, woher Frau Kaschuba ihre Informationen hat. Die Gleichstellungsbeauftragten werden in einigen Punkten beleidigt, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

Frau Ministerin Schipanski hat mit Stolz Zahlen genannt über die Entwicklung der Frauen an Hochschulen, wie der wissenschaftliche Nachwuchs gefördert wird. Das ist auch richtig, aber ich hätte mir gewünscht, dass auch die Probleme, die die Gleichstellungsbeauftragten haben, hier mit genannt werden oder genannt worden wären. Ich möchte hier einige Punkte noch einmal nennen, so, wie ich sie auch bekommen habe. Ich denke, die sind dann auch so aussagekräftig. Sie sind kritisch, aber sie sagen auch das, was wirklich hier sehr gut läuft. Sie erwarten das auch, das verdienen auch diese Frauen, die sich wirklich seit Jahren einsetzen und mit viel Engagement auch das bewegt haben, was wir hier an den Hochschulen jetzt haben. Sie wissen, es gibt dieses schöne Kurzwort "LUBOM - leistungs- und belastungsorientierte Beteiligung der Haushalts-

mittel", das soll ja eine sehr, sehr wichtige Rolle spielen. Mit dieser Einführung von "LUBOM" werden zwei der sieben Kriterien direkt nach der Erfüllung des Gleichstellungsauftrags vergeben, das heißt Promotionen, Habilitationen von Frauen sowie der Anteil von Professorinnen. Da hier 10 Prozent zur Berechnung anstehen, ist dieser Anteil auch für Thüringen sehr zu begrüßen. Die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen wünschten sich, wenn dieser Ansatz auch zum Tragen käme. Da wünschten sie sich, dass Frau Ministerin sich sicherlich hier auch noch stark machen muss gegenüber den Rektoren und Kanzlern an den Hochschulen. Sie bedauern, dass die Titelgruppe 84, die sich sehr bewährt hatte, nun leider doch gekürzt worden ist, von 500.000 auf 300.000 DM. Das Geld soll in diesen Innovationsfonds von "LUBOM" einfließen, aber er steht nicht mehr direkt der Frauenförderung zur Verfügung. Die Gleichstellungsbeauftragten werden in jedem Jahr diese Mittel neu erkämpfen müssen.

Zur Umsetzung des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms: In Thüringen erfolgt eine sehr gute Umsetzung, stellen die Frauen im Sinne der Frauenförderung fest. Aber, hier hätte man auch einmal sagen können, da gibt es auch die Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten, die in enger Zusammenarbeit mit der Bundeswissenschaftsministerin auch das mit umsetzen, jedenfalls erst einmal beschließen und dann auch von der Bundes- zur Landesebene mit umsetzen. In diesen Hinweisen an die Hochschulen, die hier auch für Thüringen gelten, ist das festgelegt. Ich habe die Übersicht dazu bekommen. Sie sagen ja hier auch mit Stolz, dass im Grunde Thüringen mit an der Spitze der Umsetzung dieses Hochschul- und Wissenschaftsprogramms steht. Das ist doch schon etwas mehr, Frau Kaschuba, was Sie hier erfahren haben. Ich weiß nicht, ob Sie die Übersicht haben.

(Zwischenruf Abg. Dr. Kaschuba, PDS:
Ja, die habe ich.)

Das ist schon ehrlich gemeint, das muss man dann auch sagen. Wir hatten immer für die Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen die Ausstattung des Büros. Man kann jetzt nach zehn Jahren feststellen, dass es hier keine Probleme mehr gibt, dass die Büros, die ausgestattet sind, dass es nicht mehr den Kampf um alle möglichen Kleinigkeiten geben muss. Das ist schon sehr gut. Die Finanzierung der Aufgaben, das hört sich alles heute so selbstverständlich an, Herr Goebel, Sie wissen das, Ihre Hochschule war auch führend mit der Gleichstellungsbeauftragten. Aber ich finde das schon in Ordnung, dass das heute so läuft. Bedauerlich ist, dass eben an der Fachhochschule Jena seit längerer Zeit keine Gleichstellungsbeauftragte zu finden ist. Die erste Generation, die damals mit viel Energie herangegangen ist, zu der ich auch mit gehörte, die ist im Grunde jetzt so langsam im Auslaufen. Es finden sich sehr schwer neue Frauen, die das weiterführen, weil es immer ein Kampf ist.

Ich möchte noch etwas sagen, das kann man auch als Lob der Frauenarbeit sagen, dass hier Frau Dr. Drechsler hervorgehoben wird, die eine sehr gute Arbeit leistet, Herr Dr. Meyer wird hier auch mit genannt. In der Hinsicht ist das auch vorbildlich, dass Gender Mainstreaming an den Thüringer Hochschulen auch mit einer Arbeitsgruppe gebildet worden ist und dass ein Training ab 2003 stattfinden wird. Natürlich, das muss ich Ihnen zugestehen, Frau Kaschuba, da ist immer noch ein großer Mangel, dass die Erhöhung des Frauenanteils in den Leitungsgremien an Hochschulen, Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern eine Schwerpunktaufgabe bleibt. Und die ist sehr, sehr schwer umzusetzen, wenn man dann die Wahlen an den Hochschulen erlebt. Vielleicht kann dazu auch von der Ministerin noch etwas mit angeregt werden. Das ist noch immer ein alter Zopf, der sehr, sehr schwer zu beiseitigen ist.

Ich habe gestern nicht umsonst noch einmal nach der Koordinierungsstelle gefragt. Es wird so sein, dass im Grunde immer wieder neu die Mittel erstritten werden müssen, um diese sich sehr bewährte Einrichtung fortführen zu können. Da kann ich nur bitten, dass man auch wirklich diese Arbeit so mit schätzt und sie vielleicht doch einmal institutionalisiert.

Die Frauen sind auch ehrlich genug, vielleicht wäre es auch gut gewesen, Frau Ministerin, zu sagen, wenn es diese Frauen nicht gegeben hätte, diese Landeskonferenz und die selbst auch sagen, ganz ehrlich, haben wir das zu verdanken, Sie sagen das extra in Anführungszeichen, diese Errungenschaften der Landeskonferenz, den Frauen, die sich eingesetzt haben und hier ganz besonders gerade die Landessprecherin Frau Prof. Richter von der Universität Erfurt, das sind ja alles ehrenamtliche Arbeiten gewesen. Das finde ich gut, dass man auch ein Dankeschön sagt, ohne sie wäre das nicht gelaufen. Es wäre ein positives Zeichen gewesen, zu sagen, das habt ihr geschafft. Ich muss sagen, wenigstens wurde es hier mit erwähnt, die positive Entwicklung wurde von Herrn Minister Fickel - ich habe ihn damals auch noch als Gleichstellungsbeauftragte erlebt - mit eingeleitet. Der Stand war damals noch nicht so. Aber ich muss auch ehrlich sagen, als hier Herr Schuchardt Minister wurde, merkte man, da war eine Aufbruchstimmung, die Zusammenarbeit war sehr gut und was da in der Umsetzung von Hochschulsonderprogrammen II, dann III gelaufen ist, das sind die Folgen, das waren eigentlich dann die Grundlagen. Wir waren vorbildlich in der ganzen Bundesrepublik mit der Förderung von Promotionen, Habilitationen. Man ist über den Anteil hinausgegangen, den man eigentlich hätte nur für Frauen bestimmen sollen. Es war gut, dass eine Ministerin folgte, die das genauso sah und weitergeführt hat. Es war aber ein guter Boden hier bereitet. Ich finde es gut, wir sollten den auch so weiter pflegen, dass wir hierbei vorbildlich bleiben. Das ist schön für Thüringen, für unser kleines Ländchen. Immer wieder werden wir bundesweit mit als Vorbild genannt, wenn man zu Frauenkonferenzen fährt.

Ich wollte noch etwas zum Studentenwerk sagen. Die sollten sich eigentlich um die Kindertageseinrichtungen kümmern. Ich erlebe es jetzt in Erfurt, wie die sich bemühen, auch noch mehr Plätze gerade für Krippenkinder zu schaffen. Ich denke, das liegt im Aufgabenbereich der Studentenwerke, Frau Kaschuba, die sich einfach dazu mit verpflichtet haben. Die sollte man dann auch ansprechen, dass sie sich darum kümmern. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Ministerin Schipanski hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, zu einigen Dingen möchte ich hier kurz noch Klarstellungen vornehmen. Herr Dr. Schuchardt, dass ich die Regierungserklärung heute am 23. August zu halten habe, das stand schon vor einem Jahr fest, denn wir haben einen langfristigen Plan, wer, wann seine Regierungserklärung zu halten hat, demzufolge habe ich im Plan das hier ordentlich weitergemacht.

(Unruhe bei der SPD)

Ich habe diese Regierungserklärung nicht aus Jux und Toleranz mit Campus Thüringen überschrieben. Campus bedeutet, worauf ich immer wieder hingewiesen habe, dass es Profilierung und ein gemeinsames Zusammenarbeiten ist. In diesem Sinne möchte ich auch noch einmal auf die Judaistik eingehen. Judaistik ist Nebenfach für das Hauptfach Religionswissenschaften und in diesem Nebenfach müssen die Studenten Hebräisch erlernen. Wir haben im Campus Thüringen bewusst darauf gesetzt, dass wir unsere Ressourcen effektiv einsetzen. Hebräisch wird in Jena angeboten, demzufolge können die Studenten in Jena Hebräisch erlernen. Wir haben ein gleiches Modell für das Angebot an Deutsch als Fremdsprache und wir haben das Modell für viele andere Sprachangebote auch in Zusammenarbeit zwischen der Technischen Universität Ilmenau und der Universität Jena. Ich meine, das ist ja gerade der Vorteil unseres überschaubaren Landes, dass wir uns ergänzen. In Zukunft wird die Theologische Fakultät in die Universität Erfurt eingegliedert werden und auch dann ergeben sich ganz neue Ausbildungsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Die zweite Bemerkung von Ihrer Seite aus zur Anpassung des Thüringer Hochschulgesetzes an das Vierte Hochschulrahmenänderungsgesetz. Durch die Thüringer Hochschulgesetznovelle vom Mai 1999 wurde der wesentliche Teil des ab August 1998 geltenden Hochschulrahmengesetzes in das Thüringer Hochschulgesetz überführt. Noch

nicht komplett an den Wortlaut des Hochschulrahmengesetzes von 1998 angepasst sind die Bestimmungen zu den Lehrberichten und zu den allgemeinen Grundsätzen der Mitwirkung, die geregelt sind in § 39 Abs. 6 bis 8 des Thüringer Hochschulgesetzes. Das soll durch die laufende Thüringer Hochschulgesetznovelle jetzt erfolgen. Da diese Regelungen aber über die Mitwirkung schon in der Experimentierklausel umfasst sind, können die Hochschulen davon schon längst Gebrauch machen, das heißt, sie können entsprechend dem neuen Hochschulrahmengesetz handeln.

(Beifall bei der CDU)

Ich muss Ihnen sagen, ich sehe einer Verfassungsklage sehr gelassen entgegen in dieser Richtung, weil sie in großen Teilen einfach umgesetzt ist. Ihre Bemerkung, dass der Hochschulpakt eine Sprechblase sei, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

Sie selbst wissen ganz genau, dass die Hochschulen seit langer Zeit darum kämpfen, dass Ihnen Planungssicherheit zugestanden wird, dass die Jährlichkeit aufgehoben wird, dass sie Flexibilisierung im Haushaltsvollzug bekommen können, damit sie eigenverantwortlicher zwischen den einzelnen Kapiteln haushalten können. Genau das haben wir vor mit dem Hochschulpakt. Genau das ist im Moment in der Diskussion mit den Hochschulen. Es wurde hier verschiedentlich die leistungsorientierte Mittelzuweisung angesprochen. Das ist etwas Neues für die Hochschulen. Das ist ein Weg in die Zukunft, dass sie nämlich dort miteinander im Wettbewerb stehen, dass sie sich selbst messen können untereinander, dass sie aber auch sehen, wo sie stehen und dass sie wissen, wie sie mit ihren Mitteln effektiv ihre Profile schärfen, ihre Akzente setzen können. Bei dieser leistungsorientierten Mittelvergabe wird die Förderung von Frauen nach wie vor eine große Rolle spielen und die Internationalisierung ist ebenfalls ein Leistungskriterium. Es ist ganz klar, dass dieser Hochschulpakt im Moment mit den Hochschulen diskutiert wird, dass es dort noch einen langen Prozess geben wird, aber der Grundansatz, den ich heute vorgestellt habe, ermöglicht neue Wege in der Hochschulpolitik für die nächsten Jahre. Die Bemerkungen zu Fachhochschulen und Berufsakademien sind von Herrn Schwäblein, glaube ich, hier sehr ausführlich dargestellt worden. Ich muss noch einmal darauf hinweisen, dass sich zu dem Gutachten, das der Wissenschaftsrat damals aufgestellt hat, bis heute nichts verändert hat in der Zahl derjenigen, die studieren könnten. Deshalb sind wir auch dort nach wie vor auf dem Stand, der Ihnen bekannt ist. Wir haben die Berufsakademie ganz zielgerichtet ausgebaut. Dort sind wir auf einem Weg, der von den Studenten sehr gut angenommen wird.

Frau Kaschuba, zur Transparenz der Forschung: Genau das ist eine der Aufgaben, die ich mit den Hochschulrektoren sehr häufig berate, dass ich die Hochschulen auffor-

dere, mit ihren Ergebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen und in der Öffentlichkeit ihre Ergebnisse darzulegen. Ich habe selbst mit den Sonderforschungsbereichen der Universität Jena in der Goethegalerie die Ergebnisse vorgestellt. Wir haben jetzt zum Thüringentag wiederum eine Ausstellung von Forschungsergebnissen der Hochschulen. Sie haben gestern Abend hier die Präsentation des Beutenberg-Campus gesehen. Dort haben sich alle Hochschulen gefunden. Es ist ein wesentlicher Gegenstand über den wir in der Politik und in unserer Auseinandersetzung sprechen. Ich selbst habe es mir zur Aufgabe gemacht, dass wissenschaftliche Ergebnisse transparent in die Öffentlichkeit gebracht werden, damit man darüber diskutieren kann, welchen Stand haben wir und wohin wollen wir uns entwickeln.

Das Ethikzentrum, das Sie angesprochen haben, da sind alle Voraussetzungen erfüllt. Die Stiftungsprofessur ist eingerichtet, es liegt an der Universität Jena das durchzusetzen. Wir haben Selbstverwaltung der Hochschulen. Darauf möchte ich hier auch noch einmal hinweisen. Diese Selbstverwaltung der Hochschulen wird gestärkt. Die Politik kann Hinweise geben, sie kann Anregungen geben, sie kann in Leistungsvereinbarungen ihre Ziele festlegen, aber die Umsetzung erfolgt dann in den Hochschulen selbst. Das Verhältnis von Grundlagenforschung zu anwendungsorientierter Forschung, Frau Kaschuba, ist meiner Meinung nach hier in Thüringen ausgewogen. Es ist auch auf vielen Gebieten so, dass sie gar nicht mehr sagen können, ist das Grundlagenforschung, ist das anwendungsorientierte Forschung. In sehr vielen Gebieten in der Biotechnologie ist ein fließender Übergang von Grundlagenforschung bis zur Anwendung. Das Gleiche in der Mikroelektronik, so dass ich glaube, dass sich auch in den nächsten Jahren dieses Herangehen, das ist Grundlagenforschung, das ist anwendungsorientierte Forschung und das ist Transferwissen, diese ganzen Bereiche werden sich noch wesentlich mehr überlappen und die Förderungsinstrumente, die wir im Moment haben, und die auch von unseren Hochschulen genutzt werden, sind auf diesem ganzen breiten Gebiet proportional ausgewogen.

Sie hatten den Kindergarten auf dem Campus Beutenberg angesprochen. Hier sind Erhebungen durchgeführt worden und es wurde festgestellt, dass der Bedarf im Moment gar nicht da ist und dass in der Umgebung zwei Kindergärten sind, die von der Kommune betrieben werden. Es sollen entsprechende Vereinbarungen vom Campus mit der Kommune vorgenommen werden.

Zur Frage nach der Verbundforschung, dass dort entsprechend die Mittel nicht abgeflossen seien, muss ich Ihnen sagen, Sie hatten schon eine Anfrage gestellt, die Mittel, die Sie angemahnt haben sind in den Bereich Wissenschaft und Forschung eingegangen in anderen Kapiteln. Sie können das im Einzelnen nachsehen, ich habe es mir hier geben lassen von meiner Abteilung, so dass also dort keine ...

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Intervention. Herr Abgeordneter Seela, wir sind nicht in der Telefonzelle, sondern im Plenarsaal.

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich glaube die Regierungserklärung, die ich Ihnen heute vorgelegt habe, hat gezeigt, dass Thüringen sich auf einem guten Weg in der Wissenschaftslandschaft befindet. Wenn Sie sagen, Frau Kaschuba, Thüringens Glanz, ich freue mich über diesen Glanz Thüringens und ich glaube, auch Sie können stolz darauf sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie, dass ich unterbrochen habe. Ich sage es noch einmal grundsätzlich, es ist gesagt worden, dass Handys im Raum nichts zu suchen haben und nicht zu klingeln haben.

(Beifall bei der CDU)

Das schließt natürlich ein, dass man das Handy nicht im Raum herumträgt und seine Gespräche führt. Das ist dem Hause ebenso wenig angemessen. Ich habe mir lange überlegt, ob ich die Ministerin wegen dieser Intervention unterbreche, habe mich dann aber dafür entschieden. Also, Entschuldigung, Frau Ministerin. Es liegt jetzt noch eine Remedium von Herrn Abgeordneten Schuchardt vor.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren. Auch ich nehme mir die Freiheit, hier noch ein paar Klarstellungen zu besorgen. Herr Schwäblein, zum Thema Berufsakademie: Ich glaube, wir sind uns einig über die Aufgaben, die die Berufsakademie hat, über den erfolgreichen Weg, alles klar. Wenn Sie jetzt sagen, es war eine so furchtbar große Leistung in dieser Legislaturperiode, die Erprobungsklausel abzuschaffen und dort den Normalzustand zu erklären, dann fühle ich mich doch bemüht zu sagen, warum es diese Erprobungsklausel gab. Wissen Sie, zu fordern und zu sagen, nun macht mal eine Berufsakademie und macht das sehr schön, das ist relativ leicht. Aber den ganzen Ärger, der damit verbunden ist, durchzustehen und die Sicherheit zu schaffen, dass das Projekt auch funktioniert, das ist eine ganz andere Frage. Euphorisch in eine Sache hineinzugehen und das vielleicht zu verpfuschen, ist der eine Weg. Sehr sorgfältig die Dinge zu ordnen, damit hinterher eine Erfolgsgeschichte daraus wird, ist der andere Weg. Die Erprobungsklausel - Sie wissen es ja eigentlich -

hatte ja einen tiefen Sinn. Die Wirtschaft musste sich bei der Berufsakademie maximal engagieren und durfte nicht auf Kosten des Freistaats, des Landes, auf Kosten des Steuerzahlers sich einen Teil des von ihr zu erwartenden Aufwands ersetzten bzw. substituieren lassen. Es ging also darum, der Wirtschaft zu sagen, ihr habt aber die und die und die Bedingungen zu erfüllen, ihr habt also im praktischen Bereich Ausbildungsplätze bereitzustellen, ihr habt Ausbildungsvergütung zu zahlen. Da haben durchaus nicht alle Hurra geschrien als es hieß, nach Tarif dieser Ausbildungsvergütung. Das musste der Wirtschaft auch abgerungen werden. Da war es ein Weg, es gab noch mehrere Sicherungsanker die da drinsteckten. Zu sagen, wir machen jetzt eine Erprobungsphase, aber die Wirtschaft muss es zeigen in den nächsten Jahren - ich glaube, es war damals über drei Jahre gesteckt oder über zwei Jahre, ich weiß es jetzt aus dem Handgelenk nicht - und wenn die Wirtschaft in der Zeit ihre Aufgaben nicht erfüllt, dann kann der Freistaat das auch zurückdrehen. Das ist damals auch allgemein für richtig gehalten worden. Ich will das nur einmal sagen, warum es diese Erprobungsklausel gab. Es gab übrigens viele Skeptiker, Prof. Goebel hat das ja eben gesagt. Früher war es so als die Fachhochschulen gegründet wurden, da waren die Universitäten skeptisch und zumeist dagegen und als dann die Berufsakademie zu gründen war, dann galt es z.B. auch bei den Fachhochschulen dafür zu sorgen, dass sie das akzeptieren und als Partner akzeptieren. Dann waren da die Gewerkschaften, die auch ihre Befürchtungen hatten, was die Verhältnisse an der Berufsakademie betrifft. Dann war, wie gesagt, was ich schon andeutete, mit der Wirtschaft zu klären, dass die den von ihr zugesicherten Beitrag auch wirklich leistet. Dass das dann gut gelaufen ist und dass man dann etwas eher als ursprünglich vorgesehen die Erprobungsklausel abschaffen konnte, das ist doch in Ordnung. Aber so ein riesengroßer Verdienst ist das nicht. Das ist die Änderung von ein paar Worten in dem Gesetz gewesen. Ich bin ja auch froh, dass das dann so gut gelaufen ist. So viel zu den Bemerkungen von Herrn Schwäblein, was die Erprobungsklausel betrifft.

Herr Goebel, Sie sagten vorhin, das wäre doch eine kleinliche Kritik mit dem hebräisch und so. Herr Goebel, mir geht es doch gar nicht um das hebräisch. Mir ist doch klar, dass der Freistaat nicht untergeht, wenn es nun beim Lernen von hebräisch an der einen oder anderen Stelle ein Problemchen geben sollte. Das ist aber nicht der Punkt, auf den ich verwiesen habe. Der Punkt ist, dass die Universität Erfurt, die mit großem Anspruch gegründet wurde und die ja auch einen großen Anspruch erfüllen soll, nicht in ein schlechtes Licht kommen soll.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden mir doch sicher zustimmen, wenn es dann Studenten gibt, und es sind nicht zwei oder drei, es sind jetzt immerhin erst einmal 15, die aufgrund von Ausbildungsmängeln ihren Magisterabschluss nicht erhalten können. Wenn sich das herumspricht, an der Universität Erfurt läuft

man Gefahr in das Studium hineinzugehen und hinterher kann man seinen Abschluss nicht machen, das ist nicht gut. Darum muss man sich kümmern. Im Übrigen, was der Herr Ministerpräsident dazu sagte, du lieber Gott, dann geht zur Theologischen Fakultät nach Jena. Ich will ja jetzt hier keine Klein-Klein-Diskussion liefern, Frau Schipanski hat das noch einmal wiederholt, es ist fachlich falsch, es stimmt einfach nicht. Ich könnte das jetzt detaillieren, aber dann wird es wirklich klein-klein. Es gibt nämlich biblisches Hebräisch, rabbinisches und modernes Hebräisch und da gibt es gewisse Anforderungen. Dieses Anforderungsprofil, was verlangt wird, das kann eben dort nicht geboten werden. Aber darum geht es mir nicht. Mir geht es hier nicht darum, eine Hebräisch-Debatte hier im Landtag zu vollführen. Aber eine Debatte, dass wir an unseren Hochschulen ein Studium, das begonnen wird, auch ordentlich zu Ende bringen können, das ist mir wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Schuchardt, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Sonntag. Ich nehme an in deutscher Sprache.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Von Herrn Abgeordneten Sonntag lasse ich mich immer besonders gern nach allen Dingen, die denkbar sind, befragen.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
Da kann ich mich nur anschließen.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte schön, Herr Sonntag.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Herr Dr. Schuchardt, ist es möglich, dass jetzt dank Ihnen jeder in Thüringen und außerhalb Thüringens weiß, dass an der Erfurter Hochschule in Hebräisch Schwierigkeiten entstanden sind?

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Ich muss sagen, diese Frage, ich habe sie nicht ganz verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Sonntag, es geht letzten Endes darum, wenn man in Thüringen ein Studium beginnt, dann sollte man auch die Möglichkeit geboten bekommen, dieses Studium ordentlich zu beenden. Das ist der Punkt, darum geht es insbesondere an der Universität Erfurt.

Herr Ministerpräsident, Ihre Ausführungen zur Umsetzung der 4. Novelle des Hochschulrahmengesetzes erscheinen mir doch etwas bedenklich. Ich denke nicht, dass es im Ermessensspielraum der Thüringer Landesregierung steht, klare Pflichten, die das Grundgesetz vorschreibt, mit Hinweis auf noch andere Novellen, die man gleich mit erledigen möchte, quasi zu ignorieren. Ich betone hier noch einmal: Es geht mir und meiner Fraktion auch gar nicht darum, nun unbedingt eine Verfassungsklage anzustrengen. Ich denke, Politik soll in der Lage sein, ihre Aufgaben möglichst ohne Verfassungsgerichte zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe diese Möglichkeit nur erwähnt, um zu sagen, es ist hier Beschleunigung notwendig, bitte, Herr Ministerpräsident, sorgen Sie dafür, dass die verfassungsmäßigen Pflichten im zuständigen Ressort umgesetzt werden. Mir wäre es am liebsten, es käme jetzt sehr schnell die entsprechende von der Verfassung geforderte Umsetzung.

Ein Letztes: Frau Schipanski, Sie sagen, dass die Regierungserklärung heute zu halten ist oder jetzt in diesem Zeitraum zu halten ist, ist schon seit etwa einem Jahr bekannt. Ich glaube Ihnen das aufs Wort. Ich unterstelle da gar nichts anderes; nur, genau diesen Eindruck hatte ich. Es war eine zu absolvierende Pflichtübung. Sie war eben eingeplant für diese Zeit. Es gibt nichts Konkretes, was die Landesregierung dem Landtag an diesem Tage vorzulegen hat. Es war eine Routineübung und die Thüringer Landesregierung sollte überlegen, ob es gut ist, aufgrund eines Regierungserklärungsfahrplans diesen Landtag in regelmäßigen Abständen mit Regierungserklärungen zu überziehen, auch wenn eigentlich konkret so furchtbar viel gerade nicht zu sagen ist. Ich denke, damit nutzt sich der Begriff "Regierungserklärung" etwas ab. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister Birkmann hat sich zu Wort gemeldet.

Dr. Birkmann, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister a.D. Dr. Schuchardt, ich möchte doch, weil Sie zum wiederholten Male das 4. Hochschulrahmenänderungsgesetz in Verbindung mit dem 5. und 6. gebracht haben, auf einen ganz bedeutsamen Unterschied hinweisen. Gegen das 4. ist nicht geklagt worden, nicht etwa deshalb, weil es eine andere Regierung war. Nur gegen das 5. und wahrscheinlich auch gegen das 6. wird geklagt werden. Der Unterschied besteht darin, dass es bei dem 4. Hochschulrahmengesetz nur um die formale Frage der Zustimmungsbedürftigkeit ging, während es bei dem 5. und 6. um die formale und um die materielle Verfassungswidrigkeit geht, denn im 5. Änderungsgesetz sehen wir, sehen mehrere Länder einen eklatanten Verstoß gegen die

Autonomie der Hochschulen und die Wissenschaftsfreiheit, weil de facto die Habilitation abgeschafft werden soll. Das ist der elementare Unterschied zu den beiden Klagen und deshalb war es notwendig, gegen das 5. Änderungsgesetz zu klagen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage?

Dr. Birkmann, Justizminister:

Bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Schuchardt.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Herr Minister Birkmann, haben Sie eigentlich vorhin mitbekommen, dass es hier um ein Bundesrahmengesetz geht, das von der Regierung Kohl verantwortet wurde und gegen das keinerlei Verfassungsklage vorliegt und das innerhalb von drei Jahren laut Grundgesetz im Land umzusetzen sei und dass dieses nach vier Jahren hier immer noch nicht umgesetzt ist. Haben Sie das alles mitbekommen?

Dr. Birkmann, Justizminister:

Das habe ich mitbekommen. Ich wollte Ihnen nur den Unterschied zur jetzigen Rechtslage darlegen. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD:
Artikel 75!)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich schaue mich vorsichtshalber noch einmal um, aber es gibt jetzt tatsächlich keine Redeanmeldungen mehr und ich schließe die Aussprache zur Regierungserklärung und damit den Tagesordnungspunkt 1.

Jetzt rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 21**

Bericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2001
- Drucksache 3/2527 -

Herr Abgeordneter Kölbl, Sie geben den mündlichen Bericht des Petitionsausschusses.

Abgeordneter Kölbl, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordneten, verehrte Gäste, bevor ich Ihnen den Bericht des Petitionsausschusses vortrage, möchte ich darauf hinweisen, dass in diesem Jahr erstmals ein schriftlicher Arbeitsbericht als Drucksache 3/2527 vorliegt, den

wir auch bereits zum Tag der offenen Tür in diesem hohen Hause am Stand der Bevölkerung und allen Interessierten zur Verfügung stellen konnten. Meine Berichterstattung im Plenum wird sich deshalb auf ausgewählte Punkte der Ausschussarbeit im Jahr 2001 beschränken.

Objektive Kriterien für die Ausschussarbeit sind immer auch die Zahlen der Statistik, auf die ich deshalb am Beginn meiner Berichterstattung eingehen werde. Im Jahr 2001 wurden 900 Eingaben an den Petitionsausschuss des Thüringer Landtags gerichtet. Hierzu gehören 29 Sammel- und Massenpetitionen, hinter denen einige tausend Personen stehen. Im Jahr 2000 gab es 996 neue Eingaben. Das waren etwa 100 mehr als im Berichtszeitraum. Eine Erklärung hierfür ist der Umstand, dass im Jahr 2000 allein schon mehr als 200 Eingaben das Haushaltsbegleitgesetz und den Landeshaushalt betrafen. Im Gegensatz hierzu gab es zum Ersten Nachtragshaushalt 2001 keine Petitionen. Neben den 900 Neueingaben hatte der Petitionsausschuss im Jahr 2001 628 Petitionen aus dem Vorjahr und damit insgesamt 1.528 Petitionen zu bearbeiten.

Seit ca. 1994 haben wir in jedem Jahr rund 1.000 neue Petitionen erhalten und liegen, was die Anzahl pro Einwohner betrifft, damit im Spitzenfeld Deutschlands. In elf Sitzungen hat der Ausschuss im Jahr 2001 1.167 Petitionen behandelt, davon 1.005 abschließend. Von diesen hat der Ausschuss 565 Eingaben für erledigt erklärt, bei 300 Eingaben musste der Ausschuss feststellen, dass dem vorgebrachten Anliegen nicht abgeholfen werden kann. Drei Eingaben hat der Ausschuss der Landesregierung überwiesen und 86 Eingaben an die zuständigen Stellen weitergeleitet. 66 Eingaben hat der Ausschuss den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und 11 Eingaben Fachausschüssen als Material überwiesen. In 66 Fällen hat der Ausschuss von einer sachlichen Prüfung abgesehen.

Eine Entscheidung im Sinne der Petenten konnte der Petitionsausschuss in 53 Fällen, das sind 5,9 Prozent, herbeiführen. Diese Zahl erscheint vielleicht gering, dazu ist aber zu bemerken, dass das nur diejenigen sind, bei denen die Entscheidung im Sinne der Petition im Wesentlichen auf das unmittelbare Tätigwerden des Petitionsausschusses selber zurückzuführen ist. Weiter ist zu beachten, dass neben diesen Petitionen bei ungefähr der Hälfte der Petitionen Informationen und Hinweise zur Sach- und Rechtslage gegeben wurden. Die Informationen und Hinweise können dazu dienen, in einem Streit zwischen dem Petenten und den Behörden zu vermitteln oder den Streit von vornherein zu vermeiden. Vielleicht wird bereits durch die Erläuterung von Verwaltungsverfahren und rechtmäßigen Verwaltungsentscheidungen deren Transparenz und damit in der Regel auch deren Akzeptanz erhöht. Der Ausschuss konnte also ca. drei Viertel der Petitionen damit abschließen, dass dem Anliegen entweder tatsächlich abgeholfen oder durch Information aufgeklärt sowie durch Weiterleitung an zuständige Stellen weitergeholfen oder auf eine Problematik überhaupt aufmerksam gemacht wurde. Damit konnte er das hohe Niveau der

Petitionsbearbeitung aus den Vorjahren halten.

Von den im Jahr 2001 eingegangenen Petitionen wurden 59 mündliche Petitionen an den Landtag gerichtet. Die Anzahl der mündlichen Petitionen wird sich vermutlich weiter erhöhen, da der Petitionsausschuss im vergangenen Jahr begonnen hat, wieder selber Bürgersprechstunden anzubieten. Viele persönliche Gespräche zu den Petitionen und solchen Anliegen, die nicht in ein Petitionsverfahren passen, werden statistisch nicht erfasst und machen dennoch einen wesentlichen Teil der Tätigkeit des Ausschusses und der Mitglieder und auch des Petitionsreferats der Landesverwaltung aus. Dazu gehören auch die Gespräche mit denen, die im Petitionsausschuss eine, wie es so schön heißt, "für alle Belange des Lebens zuständige Instanz" sehen. Ich sage Ihnen, ich weiß, wovon ich an diesem Punkt spreche.

Im September 2001 führte der Petitionsausschuss nach einer kurzen Pause, die der beginnenden Zusammenarbeit mit dem Bürgerbeauftragten geschuldet war, wieder Bürgersprechstunden selbst durch. Diese werden von den Bürgern, wie in den vergangenen Jahren, recht gut angenommen. Die Petenten nutzen die Möglichkeit, den Abgeordneten ihr Anliegen im persönlichen Gespräch darzulegen. Anders als in einem Schreiben an die Abgeordneten können in den Gesprächen Hintergründe erläutert, manche Probleme direkt geklärt werden und das Vertrauen ist dann so, dass der Petent sagt, ihr werdet das schon in schriftlicher Form abfassen, was ich hier gemeint habe.

Der Härtefonds, der dem Ausschuss im Umfang von bisher 25.000 DM für außergewöhnliche Notstände im Land zur Verfügung stand, wurde auch im Jahr 2001 ausgeschöpft.

Als ständigen Unterausschuss hat der Petitionsausschuss die Strafvollzugskommission bestellt. Sie behandelt die ihr vom Petitionsausschuss überwiesenen Eingaben. Weiter befasst sie sich mit dem Vollzug von Untersuchungshaft, Freiheitsstrafen, freiheitsentziehenden Maßnahmen der Besserung und Sicherung, besonderen Vorkommnissen im Vollzug, aber auch der Arbeitssituation sowie der Aus- und Fortbildung der Vollzugsbediensteten im Land. Die Kommission informiert sich auch unmittelbar in den Anstalten. Im Jahr 2001 konnte dies nur in einer auswärtigen Sitzung getan werden. In der Jugendstrafvollzugsanstalt Ichttershausen ließ sich die Kommission ausführlich über die Umstände dieser speziellen Strafvollzugsanstalt informieren, zufälligerweise auch gleich unmittelbar über den Tod eines Häftlings, der dort stattgefunden hatte.

Alle zwei Jahre treffen sich die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente, um Probleme zu beraten, die bei der Behandlung von Petitionen im Bund und den Ländern auftreten. Themen der Tagung am 17./18. Juni in Magdeburg waren neben allgemeinen verfahrensrechtlichen Fragen insbesondere die Rehabilitierung von Opfern des SED-Regimes, die Altfallregelung für Asylbewerber und andere

Flüchtlinge aus dem Kosovo sowie die Entwicklung des Petitionsrechts der Europäischen Union. Eingehend diskutiert wurde auch die Behandlung von Petitionen, die per E-Mail eingereicht werden. Dabei wurde Einvernehmen erzielt, dass für die Zukunft die elektronische Behandlung von Petitionen ermöglicht werden soll.

Um die Bürger über das Petitionsrecht, das Verfahren, den Ausschuss und seine Tätigkeit sowie besondere Einzelfälle zu informieren, nutzt der Petitionsausschuss verschiedene Medien. Über Eingaben, die eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung haben oder für die Öffentlichkeit von besonderem Interesse sein könnten, informiert er regelmäßig durch Pressemitteilungen. Über Petitionsrecht, Petitionsverfahren und den Petitionsausschuss informieren Internet, Faltblätter und Schautafeln. Über die Tätigkeit des Ausschusses geben Jahresberichte ausführlich Auskunft.

Zum Tag der offenen Tür des Landtags und zum Thüringentag wissen Sie, dass dort immer ein Stand des Petitionsausschusses zu finden ist, der sowohl für Bürgersprechstunden und auch für seine Darstellung in der Öffentlichkeit genutzt wird. Die Behandlung von Massen- und Sammelpetitionen wurde 2001 entsprechend der bisherigen Praxis in § 96 a der Geschäftsordnung des Landtags geregelt. Ich hatte bereits zu Beginn meiner Rede darauf hingewiesen, dass bei Sammel- und Massenpetitionen eine mehr oder weniger große Anzahl von Menschen hinter dem gleichen Anliegen steht. Sie können deshalb ein Hinweis auf ein größeres Problem sein, das besondere Aufmerksamkeit und gegebenenfalls auch eine politische Entscheidung verlangt. Mit einer Sammelpetition haben sich z.B. die Bewohner von Punkthochhäusern einer Plattenbausiedlung für den Erhalt ihrer Wohnhäuser eingesetzt. Die Betroffenen schätzen den unverbauten Blick aus ihren Wohnungen auf die Stadt. Die Wohnungen seien relativ großzügig geschnitten. Die Miete sei bezahlbar. Aus der Zeitung hätten sie erfahren müssen, dass die Wohnungsbaugenossenschaft den Abriss der Wohnungen plane. Die Petenten sind besonders darüber enttäuscht, dass sie nicht richtig informiert wurden. Zur Lösung der Probleme vor Ort wurde inzwischen ein Informationsbüro eingerichtet. Den betroffenen Mietern wurde ein individuelles Gespräch über die geplanten Maßnahmen angeboten. Der Petitionsausschuss konnte im Übrigen nur darauf verweisen, dass es grundsätzlich Sache des Eigentümers, hier der Wohnungsbaugenossenschaft, ist, was mit den Wohnungen künftig geschieht und auch, wie die Mieter darüber informiert werden. Aus städtebaulicher Sicht muss jeweils geprüft werden, ob der Abriss oder der Erhalt von Plattenbauten an dieser oder jener Stelle erstrebenswert ist. Dabei ist auch der hohe Leerstand der Wohnungen in einem ganz bestimmten Gebiet zu berücksichtigen.

Circa 180 Eltern eines schulischen Förderzentrums für förderbedürftige Kinder begehren mit einer Sammelpetition die Einhaltung des Stundenplans. Zu Beginn des Halbjahres fehlten der Schule 11 Lehrkräfte, was zu ei-

nem Unterrichtsausfall von 275 Unterrichtsstunden pro Woche geführt hätte. Die Schulleitung konnte zwar den Unterrichtsausfall wesentlich reduzieren, dennoch fehlten 63 Lehrerwochenstunden. Die beabsichtigte Neueinstellung von Lehrern war mangels Bewerbern nicht möglich. Nachdem der Petitionsausschuss die Landesregierung gebeten hatte, weitere Möglichkeiten zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls zu prüfen, veranlasste das Kultusministerium eine schulaufsichtliche Prüfung an dem Förderzentrum. Im Ergebnis dieser Prüfung wurde die Klassen- und Gruppenbildung in einigen Klassen geändert. Mit dieser Maßnahme und dem befristeten Einsatz von zwei Grundschullehrern ab 1. Januar 2002 reduzierte sich der Stundenausfall auf 13 Stunden pro Woche.

In einer Sammelpetition mit mehr als 3.000 Unterschriften forderte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Rücknahme der Thüringer Hortkostenbeteiligungsverordnung. Die Petenten sehen in der aufgrund einer Entscheidung des Thüringer Obergerichtes geänderten Hortkostenbeteiligungsverordnung einen Verstoß gegen § 10 des Thüringer Schulgesetzes. Danach seien Horte Bestandteil der Grundschule, so steht es in der Petition. Die Erhebung von Hortgebühren, insbesondere die Beteiligung der Eltern an den Personalkosten, widerspreche dem Geist der Artikel 20 und 24 der Thüringer Verfassung, so wird dort vorgetragen. In diesem Zusammenhang zweifeln die Petenten auch die Rechtmäßigkeit des § 16 Satz 2 des Thüringer Schulgesetzes an. Dieser Auffassung folgte der Petitionsausschuss nicht. Er ging davon aus, dass die Elternbeteiligung an den Personal- und Betriebskosten der Schulhorte nicht im Widerspruch zur unentgeltlichen Unterrichtserteilung nach Artikel 24 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen steht. Diese Bestimmung der Verfassung bezieht sich ausdrücklich auf den Unterschied an Schulen und umfasst nicht den Besuch des Horts. Die gebotene stärkere Differenzierung der Hortgebühren nach dem Einkommen macht es jedoch notwendig, Beitragssenkungen für Erziehungsberechtigte mit geringerem Einkommen durch Beitragserhebungen für Erziehungsberechtigte mit höherem Einkommen auszugleichen. Der Petitionsausschuss erklärte die Eingabe mit den erteilten Informationen für erledigt und beschloss weiter, die Eingabe den Fraktionen zur Kenntnis zu geben, damit sie gegebenenfalls bei künftigen parlamentarischen Initiativen berücksichtigt werden kann.

Der Freistaat Thüringen hat einen Bürgerbeauftragten, der im Januar 2001 seine Arbeit offiziell aufgenommen hat. Die Zusammenarbeit zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten bestimmt sich nach dem Thüringer Bürgerbeauftragtengesetz. Danach nimmt er an den Sitzungen des Petitionsausschusses teil. Außerdem unterrichtet er den Petitionsausschuss monatlich und schriftlich über Petitionen, die ihm direkt zugeleitet worden sind, bei denen er von einer sachlichen Prüfung abgesehen hat oder die einvernehmlich erledigt wurden. Die vom Bürgerbeauftragten nicht einvernehmlich erledigten Petitionen leitet er dem Petitionsausschuss zu. 2001 hat der Bürgerbeauf-

tragte dem Petitionsausschuss zehn Petitionen zugeleitet. Wenden sich Petenten sowohl an den Petitionsausschuss als auch an den Bürgerbeauftragten, das kommt immer mal wieder vor, dann wird gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Petitionsausschuss und dem Bürgerbeauftragten die Petition zur Vermeidung von Doppelarbeit zunächst vom Bürgerbeauftragten bearbeitet. Im Rahmen dieser Regelung hat der Petitionsausschuss dem Bürgerbeauftragten im Berichtszeitraum acht Petitionen zugeleitet, von denen eine durch den Bürgerbeauftragten erledigt werden konnte. Fünf Petitionen hat der Bürgerbeauftragte dem Ausschuss wieder zugeleitet, ohne dass er eine einvernehmliche Regelung erzielen konnte.

Im Jahr 2001 hat der Petitionsausschuss in drei Fällen beschlossen, einen Ortstermin durchzuführen. Der Petitionsausschuss befasste sich dabei mit dem Bestandsschutz eines älteren Schuppens, eines umstrittenen Imbissstands auf dem Inselsberg und einer Schweinemastanlage in der Nähe von Wohnhäusern. Die Einzelheiten können dem schriftlichen Bericht, wie eingangs schon erwähnt, entnommen werden.

Nach § 99 Abs. 1 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Landtags kann der Petitionsausschuss Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung, zur Erwägung, als Material oder zur Kenntnisnahme überweisen. Die Überweisung einer Eingabe an die Landesregierung zur Berücksichtigung, und da finden wir uns fast parallel mit allen deutschen Ländern, bedeutet, dass der Petitionsausschuss das Anliegen als berechtigt ansieht und die Landesregierung deshalb bittet, dem Anliegen zu entsprechen. Zur Erwägung wird eine Eingabe der Landesregierung überwiesen, wenn das Anliegen nach Auffassung des Petitionsausschusses bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen berechtigt sein könnte und deshalb nochmals überprüft und nach Möglichkeiten gesucht werden soll, um dem Anliegen zu entsprechen. Als Material wird eine Eingabe überwiesen, damit die Landesregierung die Eingabe in die Vorbereitung von Gesetzentwürfen, von Rechtsverordnungen sowie anderen Initiativen einbezieht oder die Berücksichtigung dieser Fälle bei künftigen Verwaltungsentscheidungen veranlasst. Die Überweisung zur Kenntnisnahme erfolgt, um die Landesregierung auf das Anliegen aufmerksam zu machen. Die Beschlüsse des Petitionsausschusses sind aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in dem Sinne verbindlich, dass die Landesregierung rechtlich verpflichtet wäre, den Beschlüssen, so wie der Petitionsausschuss das vorgeschlagen hat, unmittelbar Folge zu leisten. Der Petitionsausschuss geht aber trotzdem davon aus, dass die Landesregierung bei Berücksichtigungs- und Erwägungsbeschlüssen alle Möglichkeiten ausschöpft, um dem jeweiligen Ersuchen auch zu entsprechen. Wir machen es uns bei dieser Entscheidung nicht einfach und auch nicht leicht.

(Beifall bei der CDU)

2001 hat der Petitionsausschuss der Landesregierung drei Eingaben überwiesen. Diese sind im schriftlichen Bericht ausführlich dargestellt.

Gestatten Sie mir im letzten Teil noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Sachgebieten:

Machten im Jahr 2000 die Eingaben zu Kindertageseinrichtungen den zahlenmäßig größten Anteil im Sachgebiet Arbeit, Soziales und Gesundheit aus, so beschäftigten den Petitionsausschuss 2001 besonders rentenrechtliche Probleme. Hier gab es viele Fragen zum Rentenrecht allgemein, aber auch Probleme mit Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten führten zu Eingaben. Zur Sozialhilfe hatte der Ausschuss 2001 doppelt so viele Eingaben wie in 2000 zu bearbeiten.

Im Bereich des Bauordnungs- und Bauplanungsrechts sind die Petitionen am häufigsten auf Baugenehmigungen gerichtet. Dabei geht es in der Regel um bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben besonders im Außenbereich. Hervorheben möchte ich hier eine Petition, mit der sich die Petenten gegen die Errichtung eines Windenergieparks in der Nähe ihrer Wohnungsgrundstücke wandten sowie eine Petition, mit der die Petenten eine Mobilfunksehdanlage im Innenbereich einer kleinen Gemeinde beanstandeten. Wegen der Einzelheiten verweise ich auch auf den schriftlichen Bericht.

Die Petitionen zu vermögensrechtlichen Angelegenheiten haben erneut auch in 2001 abgenommen. Das war auch zu erwarten, da die noch abzuarbeitenden vermögensrechtlichen Anträge ebenfalls stetig zurückgehen. Bei den Petitionen zu verschiedenen Steuern ging es meist um Vollstreckungsmaßnahmen wegen Steuerschulden. Von den Steuerarten, muss ich Ihnen sagen, selbst bis hin zur Hundesteuer haben wir inzwischen mit allen Steuerarten im Petitionsausschuss zu tun.

Die Eingaben zu kommunalen Angelegenheiten haben sich eigentlich in der Summe verringert. Den Schwerpunkt bildeten wiederum Eingaben zu kommunalen Abgaben. Hierbei stellte sich weiterhin der Umgang der entsprechenden Aufgabenträger mit der Beitragserhebung bei leistungsgebundenen Einrichtungen als sehr schwierig und sehr kompliziert dar.

3,9 Prozent der Eingaben insgesamt betrafen den Bereich Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz. Im Vorjahr waren es noch 2,5 Prozent, also eine gewisse Erhöhung ist feststellbar, wobei auch hier ein Schwerpunkt gerade im Umweltrecht liegt.

Die Zahl der Petitionen, die das Ausländerrecht betreffen, ist im Jahr 2001 nicht angestiegen. Mit den Eingaben wurde wieder ein dauerhafter oder zumindest ein weiterer vorübergehender Aufenthalt im Bundesgebiet aus politischen, aus gesundheitlichen oder aus humanitären Gründen begehrt. Sie betrafen aber auch Fragen der Umverteilungs-

wünsche von einem Ort Thüringens in einen anderen Ort, weil dort die Freunde bereits leben, oder auch eine bessere Lebens- und Wohnbedingung von Asylsuchenden sowie die Bitte, Abschiebungen wegen bevorstehender Eheschließung doch auszusetzen. Jeder Fall, das muss ich hier noch einmal sagen, ist ein Fall für sich, der auch so im Ausschuss ausführlich und gründlich behandelt wird.

Die Zahl der Petitionen, die den Bereich der Polizei betreffen, ist ebenfalls nahezu unverändert. Sie richtet sich überwiegend gegen polizeiliche Maßnahmen, die als einseitig oder unverhältnismäßig angesehen wurden bzw. das Verhalten von Polizeibeamten z.B. bei der Aufnahme von Meldungen oder auch Verkehrsunfällen. Im Unterschied zu den Vorjahren haben weniger Polizisten den Petitionsausschuss in eigener Sache - auch das gibt es - um Unterstützung gebeten. Aber, wir haben doch einen erheblichen Anteil daran.

Die Kündigungen von Grundschullehrern standen im Vordergrund bei den Petitionen zum Recht des öffentlichen Dienstes.

Die Petitionen zur Rechtspflege, ich möchte sagen zur Justiz insgesamt, haben im Jahr 2001 deutlich zugenommen. Gegenüber 8,2 Prozent im Jahr 2000 betrafen im Berichtszeitraum 14,1 Prozent der eingegangenen Petitionen den Bereich Rechtspflege/Justiz. Sie stehen damit erstmals an der Spitze aller entsprechenden Teile und Schwerpunkte und ich kenne kein deutsches Bundesland, wo das ebenfalls so ist. Was das Jahr 2002 betrifft, in den ersten Monaten setzt sich diese Tendenz fort und leider ist es so, dass sie sogar noch ansteigt auf jetzt 15 Prozent.

Immer wieder wenden sich Bürger an den Ausschuss, weil sie Gerichtsentscheidungen nicht nachvollziehen können oder diese für völlig falsch halten. Der Ausschuss kann nur immer wieder darauf hinweisen, dass er in diesen Fällen aufgrund des Verfassungsgrundsatzes der Gewaltenteilung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung sowie der verfassungsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der Richter nicht tätig werden kann, es sei denn, die Beschwerde richtet sich auf die unverhältnismäßig lange Dauer eines Verfahrens. Aber der Wunsch vieler Petenten, wir mögen das doch machen und ordentlich durchführen, das kann ich ja niemandem verbieten, wenn er das so äußert.

Beschwerden zu staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren kann der Petitionsausschuss - im Gegensatz zum Bürgerbeauftragten - zumindest nachgehen. Denn die Staatsanwälte unterliegen anders als die unabhängigen Richter nicht nur in dienstrechtlicher Hinsicht der Weisungsbefugnis der Justizbehörde. Aber eine Übernahme der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen kann auch der Petitionsausschuss mit seinen Personen, wie es von vielen gewünscht wird, nicht leisten und darf es auch nicht.

Zugenommen haben vor allen Dingen Petitionen zum Strafvollzug. Unverändert sind die Inhalte. So gibt es immer wieder Beschwerden gegen ausgesprochene Disziplinarmaßnahmen in den JVA's und über das Verhalten von Vollzugsbediensteten. Ebenso sind Vollzugslockerungen, die Erstellung und Fortschreibung von Vollzugsplänen, Haftbedingungen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten Gegenstand von Petitionen.

Anzahl und Inhalt der Petitionen zum Bereich von Wirtschaft und Verkehr blieben im Vergleich zu 2000 nahezu unverändert.

Auf den Bildungssektor bezogene Eingaben haben dagegen zugenommen. Häufig beklagen Eltern den Unterrichtsausfall. Auch Lehrer sowie Polizisten sind Petenten; diese klagen vor allen Dingen gegen ihre Einstufung und ihre Vergütung.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen kleinen Überblick zur Tätigkeit des Petitionsausschusses im Jahre 2001 gegeben habe. Die vielen Einzelfälle, die der Ausschuss beraten hat, können hier leider nicht alle genannt werden. Einige dieser Einzelfälle sind im schriftlichen Bericht noch einmal ausführlich dargestellt und geben zumindest insoweit einen detaillierten Einblick in die vielseitige Arbeit des Petitionsausschusses. Wie schon am Anfang gesagt, es werden alle Probleme und alle Dinge des Lebens, die unsere Bürger beschäftigen, auch hier wiedergegeben.

Abschließend noch einen herzlichen Dank an dieser Stelle an das Petitionsreferat der Landtagsverwaltung unter Leitung von Frau Roth für ihre unterstützende Arbeit im Jahr 2001. Ich danke Ihnen.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank. Ich eröffne die Beratung und bitte Frau Abgeordnete Sedlacik an das Rednerpult.

Abgeordnete Sedlacik, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, einmal im Jahr hat unser Ausschussvorsitzender, Herr Eckehard Kölbl, die Chance, über die sehr intensive Arbeit im Petitionsausschuss vor dem Plenum zu berichten und ich freue mich, dass doch noch einige Abgeordnete auch zur Aussprache jetzt mit hier hineingekommen sind, denn das Interesse hält sich - wie jedes Jahr - in Grenzen. Deshalb ist es eigentlich auch eine undankbare Aufgabe, den Versuch zu unternehmen, in der Öffentlichkeit einmal im Jahr rüberzubringen, was in 11 ganztägigen Ausschuss-Sitzungen, in drei Bürgersprechstunden und Vor-Ort-Beratungen an immenser Arbeit geleistet wurde. Eigentlich geht es gar nicht und deshalb bin ich froh, dass die Abgeordneten dieses Jahr den Bericht des Petitionsausschusses auch in Form einer Drucksache vor sich liegen haben. 1.528 bearbeitete Pe-

tionen, unzählige Stunden an Vorbereitungszeit für alle Abgeordneten, das ist zwar statistisch abrechenbar, aber ich als Mitglied des Ausschusses habe immer das Gefühl, nicht erfüllbar sind hingegen die hohen Erwartungen hunderter Bürgerinnen und Bürger an unseren Ausschuss, deren Petitionen mit dem Prädikat "nicht abzuhelpfen" beantwortet wurden. Auch ich möchte an dieser Stelle einmal herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschussdienstes und an die Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses öffentlich aussprechen.

(Beifall bei der PDS)

Nur mit einer hohen, uns selbst auferlegten Disziplin und Arbeitsbereitschaft ist dieses Pensum an Arbeit von uns zu absolvieren. Herr Kölbel, ich bescheinige Ihnen hiermit mit Respekt Ihre Vorbildwirkung.

(Beifall im Hause)

Für beachtenswert halte ich die eingegangenen Legislativpetitionen. Sie unterstreichen die besondere Bedeutung der gemeinschaftlich von einer Vielzahl von Menschen an das Parlament gerichteten Eingaben. Diese massenhafte Unterstützung von Legislativpetitionen zeigt uns doch, wie das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern steigt, aktiv am demokratischen Verfahren mitzuwirken, sich mit Ideen und eigenen Vorschlägen einzubringen und dadurch die Volksvertretungen zu aktivieren. Leider haben wir im Petitionsausschuss kaum die Transparenz und schon gar keine Öffentlichkeit, gerade im Bereich von Massenpetitionen in den Dialog zu treten. Bei Überweisungen an die Landesregierung oder an die entsprechenden Fachausschüsse werden sie ihrem weiteren Schicksal überlassen. Das ist unbefriedigend, denn der Petitionsausschuss schließt die Petition ja ab und hat somit keine Möglichkeit, im laufenden Verfahren weiter Einfluss zu nehmen.

Meine Damen und Herren, 2001 gab es 900 neue Petitionen mit den Schwerpunkten in folgender Reihenfolge: Rechtspflege; Arbeit, Soziales und Gesundheit und kommunale Angelegenheiten. Dazu kommen 600 Bürgeranliegen, die unmittelbar an den Bürgerbeauftragten Thüringens herangetragen wurden, also insgesamt eine zunehmende Tendenz an Petitionen. Doch immer häufiger stellen wir fest, dass den Petenten mit den erteilten Informationen bereits abgeholfen werden konnte, Herr Kölbel nannte es in seinem Beitrag. Aber es kann doch nicht sein, dass wir als Petitionsausschuss somit die Arbeit der Behörden leisten, denn wenn diese in ihrer Tätigkeit die nötige Transparenz in ihren Verwaltungsentscheidungen hätten, würde doch ein Großteil der Petitionen überhaupt nicht entstehen.

(Beifall bei der PDS; Abg. Zitzmann, CDU)

Im Großen und Ganzen gestaltet sich die Arbeit im Ausschuss insbesondere dadurch, dass in der Regel über alle parteipolitischen Grenzen hinweg das Bestreben der Ab-

geordneten im Vordergrund steht, nach positiven Lösungen für die Probleme im Sinne der Petenten zu suchen. Mehr oder weniger intensiv wird mit den anwesenden Ministerien um Lösungen für die Petenten gerungen, besonders beim Aufstöbern von Handlungsspielräumen, die ja die Ministerien und Behörden haben. Das gelingt uns manchmal, aber besonders oft, wenn es um Baugenehmigungen, um Grundstücksfragen und diese Diskussionen geht. Zunehmend muss ich aber feststellen, dass Petitionen von ausländischen Bürgern und Asylbewerbern dagegen mit weniger Enthusiasmus beraten werden. Hier kann ich Herrn Kölbel nicht ganz zustimmen. Ich bedauere, dass solche Petitionsverfahren im Ausschuss immer zu schnell abgeschlossen, ja, aus meiner Sicht fast abgewürgt werden.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Das ist ja Kritik an Herrn Kölbel.)

Auf begründete Hinweise und Bedenken kann in der Diskussion nicht ausführlich eingegangen werden. Nicht einverstanden bin ich auch mit folgender Praxis: Als Mitglied des Petitionsausschusses bekomme ich die Mitteilung des Ministeriums, dass Asylbewerber X/Y, der auch Petent ist, an einem festgesetzten Tag abgeschoben werden soll, ohne dass die Unumgänglichkeit dieser Maßnahme begründet wird. Die Behörden hingegen können durch In-Gang-Setzen oder sogar endgültiges Vollziehen von Abschiebungen somit das Petitionsverfahren auf ihre Weise erledigen. Ein solches Vorgehen schadet dem Petitionsrecht, denn auch Ausländer haben ein Grundrecht, dem Petitionsausschuss ihre Bitten vorzutragen, was ihnen somit entzogen wird. Hier haben wir in der letzten Sitzung für die weitere Arbeit eine andere Vorgehensweise festgelegt und ich hoffe und wünsche, dass diese zukünftig auch greift.

Ein ausgewähltes Beispiel, was mich ebenfalls unzufrieden stimmt: Sie erinnern sich an das Beispiel einer Familie mit mehreren behinderten Kindern, welche ein größeres Fahrzeug benötigte. Wir im Ausschuss plädierten einstimmig dafür, dass eine Lösung im Interesse der Petenten gefunden werden muss. Wir zogen sogar unseren Härtefallfonds hinzu, doch das zuständige Ministerium wollte einfach nicht. Dann hat auch der Ausschuss keine Chance, die Petition dem Petenten entsprechend zu bearbeiten. Das bedauere ich.

Ein weiteres Beispiel: Zu viele Petitionen fristen ein langes Dasein, da sie immer noch nicht zügig genug von Ministerien bearbeitet wurden. Schlimm wird es immer dann, wenn sich das Problem mit der Zeit dann schon erledigt hat, wie z.B. wenn es um Schulschließungen geht. Oft ist diese dann schon vollzogen, wenn wir als Ausschuss darüber diskutieren. Oder die Hilferufe der Förderschulen in Thüringen, die ihren Unterrichtsausfall in Größenordnungen nicht mehr verantworten können. Da gibt es unzählige Begründungen, Absichtserklärungen - die Petition wird abgeschlossen, aber das Problem besteht weiter. Natürlich liegt es an uns selbst, ob wir uns mit den Absichts-

erklärungen zur Änderung von Missständen zufrieden geben. Wichtiger für die Aufwertung unserer Arbeit im Petitionsausschuss ist es zukünftig, besser an den Problemen dranzubleiben. Dazu wünsche ich uns gemeinsam weiterhin viel Kraft und immer ein offenes Ohr für die Petenten in Thüringen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Ich kann daher den Tagesordnungspunkt 21 schließen und rufe auf den **neuen Tagesordnungspunkt**

Situation nach dem Sommerhochwasser - Auswirkungen auf Thüringen und seine Nachbarn

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/2654 -

Wünschen die Antragsteller eine Begründung? Es wird keine Begründung gewünscht, dann bitte ich die Landesregierung um ihren Sofortbericht. Herr Staatssekretär Scherer, bitte schön.

Scherer, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, gern komme ich dem Berichtersuchen der CDU-Fraktion über die Auswirkungen des Sommerhochwassers nach. Ich werde einen Überblick geben über die Lage in Thüringen sowie eine Bilanz der Thüringer Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Nachbarländer.

Thüringen war von Hochwassern vor allem in zwei Regionen betroffen. Landunter hieß es am 10. und 11. August in der Stadt Worbis, vor allem im Ortsteil Kirchohmfeld und auf dem Bornberg, auf dem 30 bis 40 Liter pro m² Niederschläge gemessen wurden. Fazit war, der Flutgraben in Richtung Worbis war rasch übergelaufen, Infrastrukturschäden an Straßen und Plätzen sowie Überschwemmungen in Kellern und Gebäuden wurden registriert. Der geschätzte Schaden in Worbis-Kirchohmfeld: 45.000 € im gewerblichen Bereich, 190.000 € im Bereich der kommunalen Infrastruktur und 285.000 € im privaten Bereich. So schlimm das für die Betroffenen im Einzelfall ist, im Nachhinein können wir feststellen, es steht in keiner Relation zur Katastrophe in unseren anderen Nachbarländern. Konkret in Worbis sind insgesamt 24 Grundstücke, 42 Haushalte und 4 gewerbliche Betriebe betroffen, in Kirchohmfeld 9 Grundstücke und 14 Haushalte. Anerkennung und Dank verdienen die unzähligen freiwilligen Helfer, Bürgerinnen und Bürger, vor allem die 126 Kameraden der 10 Freiwilligen Feuerwehren von Worbis und Umgebung und ebenso die 35 Helfer vom THW sowie 14 Polizeibeamte, die bis in die Nacht im Einsatz waren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Beachtlich ist auch die in diesen Tagen überall festzustellende Solidarität der Bevölkerung, die große Nachbarschaftshilfe vor Ort, und, Gott sei Dank, sind in Worbis und Umgebung keinerlei Personenschäden zu registrieren. Gegen Mitternacht vom 10. auf den 11. August war der Einsatz in Worbis beendet.

Ein Wort zur Schadensregulierung im Bereich Worbis: Es gilt die Verwaltungsvorschrift über die Gewährung staatlicher Finanzhilfen bei Elementarschäden, über deren Anwendung in dem Moment entschieden wird, wo die Unterlagen insgesamt vorliegen. Wesentlich gravierender waren die Schäden im Landkreis Altenburger Land. Hier gab es vom 12. auf den 13. August starke Niederschläge, die enormes Hochwasser zur Folge hatten. Am 13. August, morgens um 10.11 Uhr, hat das Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt die höchste Hochwasseralarmstufe, die Alarmstufe 3, für die Gebiete an der Pleiße sowie im Landkreis Altenburger Land ausgerufen. Es ist leider ein erheblicher Schaden zu registrieren, erhebliche Überflutungen von Wohnungen, Kellern, Gewerbeobjekten sowie beträchtlicher Sachschaden in der Land- und Forstwirtschaft. Von 43 Gemeinden im Landkreis Altenburger Land sind 29 Gemeinden mit insgesamt 920 Haushalten betroffen. Der bisher bekannte Schaden wird auf ca. 70 Mio. € geschätzt. Dazu kommen noch ca. 10 Mio. € Schäden am Flusslauf der Pleiße. Auch wenn in dieser Region erheblich mehr Sachschaden als in Worbis entstanden ist, auch hier ist, nicht zuletzt Dank der fachkundigen und umsichtigen Hilfe der Einsatzkräfte, keinerlei Personenschaden zu registrieren.

(Beifall bei der CDU)

Erfolgreich im Einsatz waren hier 86 Polizisten, 50 Helfer des THW, 3.000 freiwillige Helfer, 76 Freiwillige Feuerwehren und eine Berufsfeuerwehr sowie 20 Kräfte der Bundeswehr vom Stützpunkt Gleima. Hauptschadensgebiet war das Gebiet um Gößnitz in der Verwaltungsgemeinschaft Saara, in der Verwaltungsgemeinschaft Pleißenau und im Bereich Rositz, vor allem dort im Ortsteil Gorma, wo ein Deichbruch zu einer Überflutung führte und etwa 30 Häuser erheblich beschädigt wurden. Dort arbeiteten die Helfer bis zum Rand der Erschöpfung und auch ihnen gilt, glaube ich, unser aller Dank.

(Beifall im Hause)

Auch hier zur Schadensregulierung: bereits am 15. August hat das Thüringer Landesverwaltungsamt die nötigen Schadensfallvoraussetzungen als erfüllt angesehen. Das Thüringer Innenministerium hat sofort das Benehmen mit dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und das Einvernehmen mit dem Finanzministerium hergestellt, so dass am 21. August das Schadensereignis insoweit festgestellt werden konnte. Das

war ein rasches Handeln, so dass den Betroffenen auch wirksam durch das Land geholfen werden kann. Hinzu kommt auf Ebene des Bundes ebenfalls eine Hilfe. In diesem Fall konkret rund 1,3 Mio. € an Bundesfortmitteln. Wir werden darauf achten, dass eine gerechte Mittelverteilung erfolgt. Ursprünglich war der Altenburger Landkreis zwar nicht berücksichtigt, und zwar deshalb, weil hier kein Katastrophenalarm ausgelöst worden war, so steht es auch nicht anders in unserem Katastrophenschutzgesetz drin, aber nach Intervention beim BMI wurde dann der Landkreis ebenfalls noch berücksichtigt.

Noch ein Wort zum Procedere der Schadensabwicklung. Zur Milderung von außergewöhnlichen Notständen infolge von Elementarereignissen von überörtlicher Bedeutung kann die Landesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Finanzhilfen gewähren. Finanzhilfen können bei existenzgefährdenden Schäden gewährt werden und sie dienen nicht dazu, nur das persönliche Lebensrisiko auszugleichen oder die sachlich gebotene Eigenvorsorge zu ersetzen. Nach den in den entsprechenden Vorschriften festgelegten Grundsätzen können nur schwere Schäden entschädigt werden.

Zugleich mit dem Hochwasser in Thüringen gab es in den Nachbarländern Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt eine weit schlimmere Hochwasserkatastrophe. Sachsen hat bisher 18 Todesopfer zu beklagen. Die Schäden an Infrastruktur und Gebäuden übersteigen jegliches Vorstellungsvermögen. Nach dem Motto: "Wer sofort hilft, hilft doppelt" hat Thüringen sofort seine Hilfe angeboten. Ich bin stolz darauf, dass viele freiwillige Feuerwehren im Land sofort bereitstanden, um auch zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte aber, und das sage ich vor allem gerade an diejenigen im Land, die bereitstanden, sofort zu helfen, dafür um Verständnis, dass man gerade in einer Katastrophensituation nicht einfach losfahren kann. Damit die Hilfe auch koordiniert und effizient erfolgt, wurde zwischen den betreffenden Innenministern vereinbart, dass die Hilfe nur auf Ersuchen des jeweiligen Landes einsetzt. Thüringen hat bisher insgesamt 394 Polizisten nach Sachsen und Sachsen-Anhalt geschickt, ausgestattet mit entsprechender Technik wie Schlauchbooten, Tauchausrüstung und Spezialkraftfahrzeugen. 441 Hilfskräfte der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen aus Thüringen sind in Sachsen und Sachsen-Anhalt bisher eingesetzt gewesen mit 42 Löschfahrzeugen, Einsatzleitwagen, Krankentransportwagen, Lastkraftwagen, auch Feldküchen. Zwei Rettungsboote, Anhänger, Führungskraftwagen waren auch dabei. Insgesamt 71 Fahrzeuge und zwei Hubschrauber waren ebenfalls auf Anforderung in Dresden in Einsatz. Im Rahmen des Katastrophenschutzes hat Thüringen den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt insgesamt 740 Feldbetten, 1.500 Decken, Campingliegen, Luftmatratzen und - das ist auch ein wichtiger Punkt - 120.000 Sandsäcke, 1 Sandsackabfüllmaschine nebst 20 Notstromaggregaten geliefert. Das Thüringer

Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt veranlasste, dass 12 Mitarbeiter aus den staatlichen Umweltämtern und Talsperrenverwaltungen bereits seit einer Woche zur fachlichen Anleitung der Deichverteidigung eingesetzt wurden. Das Landesamt für Straßenbau hat zwei Prüfrupps mit insgesamt fünf Personen zur Prüfung der Standsicherheit von Straßenbrücken nach Sachsen geschickt. Insgesamt konnte Thüringen mit fachlich geschultem Personal und geeigneter Technik tatkräftig Hilfe leisten, sei es bei der Verkehrsregelung, bei Sicherungs- und Absperrmaßnahmen, beim Schutz vor Plünderungen, bei der Evakuierung und Bergung eingeschlossener Personen, bei der Versorgung mit Trinkwasser und bei Aufräumarbeiten. Wobei Letzteres in den nächsten Tagen sicher noch zunehmend anstehen wird. Thüringen wird für seine Hilfeleistungen bei den Nachbarländern keine Kosten erheben.

(Beifall bei der CDU)

In den nächsten Tagen wird es für Thüringen darum gehen, die weiteren Hilfeleistungen, die Mittelverteilung an die Betroffenen mit zu koordinieren und vor allen Dingen zwischen den Hilfsorganisationen, den Kommunen und dem Innenministerium jeweils Koordinierungsaufgaben wahrzunehmen. Die Innenstaatssekretäre des Bundes und der vom Hochwasser geschädigten acht Länder haben sich am 20. August 2002 über die Soforthilfe des Bundes in Höhe von 100 Mio. € verständigt. Die Mittelzuweisung erfolgt an die Landkreise und kreisfreien Städte, die Katastrophenalarm ausgelöst haben und in denen Hochwasserschäden eingetreten sind. Die Kreise und kreisfreien Städte zahlen die Soforthilfen in eigener Verantwortung an die besonders Betroffenen aus. Allerdings dürfen diese Mittel nur für Privatgeschädigte und Gewerbetreibende verwandt werden. Über die zusätzlich aus dem Solidarfonds geplanten Bundesmittel aus Steuerentlastungen wird gesondert berichtet werden.

Im Berichtersuchen der CDU-Fraktion wird auch danach gefragt, welche baurechtlichen Konsequenzen aus dem Hochwasser gezogen werden. Nach bundesrechtlichem Bauplanungsrecht, aber auch nach der Thüringer Bauordnung, sind bauliche Anlagen so anzuordnen, dass die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung nicht gefährdet wird. Seit dem In-Kraft-Treten des Thüringer Wassergesetzes 1994 bestehen in Thüringen hohe Hürden zur Bebauung in Überschwemmungsgebieten. Für ausnahmsweise Bebauungen sind hier ausdrückliche Genehmigungen der Wasserbehörden, in der Regel der Landkreise, erforderlich. Weder der Hochwasserfluss noch das öffentliche Interesse dürfen dabei beeinträchtigt werden. Faktum ist aber, der weit überwiegende Teil der Bebauung in diesen Problemzonen geht bereits auf DDR-Zeiten zurück. Völlig unrealistisch wäre es allerdings, das bautechnische Regelwerk auf jede denkbare Katastrophensituation hin auszurichten.

Die Flutwelle in den ostdeutschen Ländern hat zugleich zu einer Welle der Hilfsbereitschaft geführt, zu einer bisher nicht gekannten Solidarität. Die Menschen haben selbst mit angepackt. Unglaubliche Nachbarschaftshilfe wurde geleistet und es gab im gesamten Bundesgebiet eine erfreuliche Spendenbereitschaft der Bürger und auch der Unternehmen. In der Not hat unsere Nation den Gemeinsinn neu entdeckt und es hat sich gezeigt, wir alle zahlen nicht nur den Solidaritätszuschlag, sondern wir üben auch tatsächliche Solidarität.

(Beifall im Hause)

Diese Solidarität wird allerdings noch lange notwendig sein, um den Wiederaufbau voranzutreiben nach dieser Katastrophe. Man kann nicht allen helfen, sagt der Engherzige und hilft keinem. Dies darf nicht unsere Einstellung sein und sie ist es, Gott sei Dank, auch nicht. "Wenn jeder dem anderen helfen wollte, wäre allen geholfen", sagt Marie von Ebner-Eschenbach. Bei dieser Hochwasserkatastrophe hat sich eines wieder gezeigt: Der Freund in der Not ist der wahre Freund. Thüringen hat rasch geholfen und hat gern geholfen, sowohl den Betroffenen im eigenen Land, als auch denen in unseren Nachbarländern. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Vielen Dank für den Bericht, Herr Staatssekretär. Ich frage die Fraktionen: Wird Aussprache gewünscht? Ja. Zwei Fraktionen haben sich gemeldet. Dann eröffne ich die Aussprache und bitte als ersten Redner Herrn Abgeordneten Schemmel an das Rednerpult.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Abgeordneter aus dem Altenburger Land, Sie haben die Betroffenheit gehört, habe ich zuerst die Aufgabe, ja fast die Pflicht, mich bei all denen zu bedanken, die im Landkreis Altenburger Land sofort geholfen haben. Das waren Kräfte aus Thüringen - da kann ich stellvertretend das Technische Hilfswerk Arnstadt nennen -, das waren Kräfte aus den Nachbarländern - stellvertretend das Technische Hilfswerk Lauf aus Bayern -, die Bundeswehr, die angrenzenden Gebietskörperschaften haben geholfen, der Landkreis Greiz und die Stadt Gera, die kreiseigenen Kräfte von Polizei, THW, die freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehr, Firmen und nicht zuletzt die schon erwähnten mindestens 3.000 Bürgerinnen und Bürger, die Soforthilfe geleistet haben und die auch diese Hilfe weiterhin leisten, indem sie die bereitstehenden Spendenkonten vom Altenburger Landkreis und von der Stadt Altenburg nutzen. Befremdlicherweise hat auch die CDU ein eigenes Spendenkonto in Altenburg eingerichtet. Das haben die anderen Parteien aus guten Gründen nicht getan an dieser Stelle.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Im Unstrut-Hainich-Kreis hat es die SPD gemacht, regen Sie sich doch nicht auf.)

Der Umfang, wie die Stadt Altenburg und der Kreis betroffen waren, ist vom Staatssekretär korrekt geschildert worden. Es geht jetzt um die Frage: Was ist zu tun? Da ist natürlich zuerst die Soforthilfe und als Zweites dann, dass man über vorbeugende Maßnahmen nachdenkt. Die Soforthilfe ist unbürokratisch angelaufen. Der Bund hat sofort 1,3 Mio. € zur Verfügung gestellt, das ist erwähnt worden.

(Zwischenruf Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Das hat er nicht, wir haben es anmahnen müssen, das wissen Sie genau!)

Die Schadenskommission des Altenburger Landes ist, wenn ich richtig informiert bin, ab heute dabei, diese Gelder unter die Betroffenen zu bringen. Weiterhin sind gleichzeitig oder haben schon begonnen 150 neue ABM-Stellen und auch erste SAM in Gößnitz. Das ist der Beginn für die 500 Maßnahmen, die bereitgestellt worden sind, die selbstverständlich mit einer 100-prozentigen Förderung bereitgestellt worden sind, und wo natürlich auch die entsprechenden Ausrüstungsgegenstände, Arbeitsschutzbekleidung usw. bereitgestellt werden. Eine große Hilfe ist natürlich auch die Nichtinrechnungstellung der staatlichen Hilfsleistung. Das Land hat schnell und unbürokratisch reagiert, Herr Staatssekretär Scherer hat dieses vorgetragen. Es ist also dieser Schadensfall, dieses Schadensereignis festgestellt worden und dann sind - so wie es die Verwaltungsvorschrift sagt - im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Finanzmittel zur Verfügung gestellt worden. Ich glaube, Sie hatten es nicht erwähnt, es sind 1,28 Mio. €, so habe ich gehört. Diese Mittel werden jetzt entsprechend der Verwaltungsvorschrift umgesetzt.

Ein Problem gibt es bei dieser ganzen Sache. Die Mittel, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, dürfen, so sagt es die Verwaltungsvorschrift, nicht an die Kommunen weitergeleitet werden. Im Altenburger Land sind für die Kommunen Schäden in Höhe von ca. 10 Mio. € festgestellt worden, das sind Schäden an Wasserläufen, an Straßen, an Brückenbauwerken, an Kanalisationen und Ähnlichem. Diese 10 Mio. € können erstens von der Höhe nicht, aber auch nicht von den Mechanismen dieser Richtlinie her, aus diesen bisher bereitgestellten Geldern ausgereicht werden.

Nun habe ich in der Zeitung gelesen, Herr Ministerpräsident, dass Sie auf einer Wahlkampfveranstaltung in Altenburg nahezu wörtlich gesagt haben: Landeshilfe wird dort gegeben, wo andere Hilfe nicht greift.

Da glaube ich doch jetzt ein Feld gefunden zu haben und ich bin sicher, dass das Land Thüringen an dieser Stelle auch Landeshilfe für die Kommunen geben wird. Aber es gibt nicht nur die Frage der Volumina des Geldes, was

für die Kommunen gegeben wird, sondern es gibt aber auch dort eine Reihe sachlicher und fachlicher Probleme. Ich bin von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern angesprochen worden, in deren Gemeinden Straßen so geschädigt sind, dass sie grundhaft ausgebaut werden müssen. Man muss natürlich jetzt an dieser Stelle bei den Betroffenen - wer in dieser Straße wohnt, ist ja ein Betroffener, wenn die Straße grundhaft ausgebaut werden muss - ob man an dieser Stelle nicht darüber nachdenken muss, die erforderlichen Straßenausbaubeitragszahlungen punktuell auszusetzen und irgendwie zu ergänzen.

Ich glaube nicht, dass es zumutbar ist, jemandem, der in einer solchen Straße wohnt, die jetzt durch das Ereignis grundhaft hergerichtet werden muss, jetzt auch noch die Straßenausbaubeträge abzuziehen. Ich nehme das bloß als Anregung, sage also noch einmal deutlich, man muss noch Mittel und Wege finden, wie den Kommunen geholfen werden kann, einmal mit Geld, aber auch mit solchen Maßnahmen, die in der Kommune dann umgesetzt werden können.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen möchte ich natürlich auch ein paar Worte sagen. Es ist klar, dass eine solche Katastrophe anregen muss, die Schutzmaßnahmen, die ja bestanden haben, zu überprüfen und zu überdenken. An dieser Stelle ist schon das Baurecht angesprochen worden. Irgendetwas hat an vielen Stellen sicherlich nicht geklappt, und zwar Hochwasserschutzanalyse einerseits und zum anderen Flächennutzungs- und Bebauungspläne. Ich glaube, das kann man in einem so kurzen Diskussionsbeitrag nicht darstellen, da muss einiges getan werden.

Die Hochwasserschutzanalyse muss vielleicht einmal auf ein neues Niveau gebracht werden und muss dann eigentlich mit den Städten und Gemeinden auch im Bebauungsplan, in den Bauleitplänen und Ähnlichem ihren Niederschlag finden. Ich könnte jetzt von Gößnitz einiges erzählen, wo das offensichtlich nicht so richtig harmonisiert hat und wo dann auch die entsprechenden Schäden aufgetreten sind. Aber es gibt noch andere Probleme, denen wir uns stellen müssen. Ich meine, das sind erst einmal die Dämme der Pleiße. Die sind nicht kommunal, sondern die sind durch das Land vorzuhalten und herzurichten. Dort muss sicherlich nachgedacht werden, wie diese Dämme der Pleiße wieder auf einen ordentlichen Stand gebracht werden.

Dann gibt es noch ein grundsätzliches Problem im Landkreis Altenburger Land, das wird Herr Dr. Sklenar kennen, das ist die Talsperre Windischleuba. Die Talsperre Windischleuba war einstmals zum Hochwasserschutz errichtet worden, speziell aber für die Tagebaue, die unterhalb liegen, und zwar auf sächsischem Gebiet. Diese Tagebaue sind jetzt nicht mehr in Betrieb, so dass das Interesse der Sachsen, die man jetzt natürlich nicht besonders heranziehen kann in dieser Situation, aber bloß zum Verständnis, an dieser Talsperre zurückgegangen ist, weil nicht mehr der Hochwasserschutz für diese Tagebaue notwendig ist. Die Talsperre gehört damit auch folgerichtig zur Talsperrenverwaltung Röta, also zu Sachsen, liegt aber

auf Thüringer Gebiet. Es gibt schon einen längeren Streit, wer verantwortlich ist. Nun hat sich aber gezeigt, dass diese Talsperre Windischleuba eigentlich nicht nur für den Hochwasserschutz der weiter unten liegenden Tagebaue benutzt worden wäre, sondern auch einen wichtigen Beitrag für den Hochwasserschutz hätte leisten können im Bereich der Gemeinden Treben und Serbitz, so dass sich die Frage aufdrängt, wie mit dieser Talsperre zwischen Thüringen und Sachsen umgegangen wird und wie man sich jetzt dazu verständigt.

Da die Ereignisse in Altenburg natürlich überlagert werden durch die Ereignisse in Sachsen und Sachsen-Anhalt, möchte ich das jetzt auch nicht in besonderer Breite alles darstellen. Aber Bereitstellung von Hilfen für die Kommunen und weiter gehende Maßnahmen in der Vorbeugung von Hochwasserschutz muss das sein, was noch zu leisten ist. Für alles andere unter anderem auch der Landesregierung herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Althaus, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir haben den Antrag gestellt, weil im Angesicht dieses unvorstellbaren Ausmaßes an Verwüstung und Zerstörung, das die Hochwasserkatastrophe in einigen Ländern Deutschlands, aber auch in Österreich und Tschechien, hinterlassen hat, es sicher notwendig ist, auch hier im Thüringer Landtag das, was uns als Land betrifft, aber auch uns als Nation betrifft, inhaltlich zu thematisieren. Wir haben alle die Bilder vor Augen, aber die Katastrophe ist noch nicht beendet, immer noch drohen Deiche zu brechen und die Schäden insgesamt sind noch längst nicht vollständig sichtbar. Thüringen, das ist dargestellt worden, ist im Altenburger Land und einem kleinen Teil des Eichsfeldes betroffen, aber stärker - und das ist in den Folgetagen ja deutlich geworden - hat es unsere Nachbarn getroffen. Wir alle haben Grimma oder Dresden, aber auch viele kleine Dörfer vor Augen, die zum Teil vollständig vom Erdboden verschwunden sind. Zehntausende Menschen waren und sind auch noch evakuiert und noch ist nicht vollständig klar, wie zerstört ihre Wohnungen, ihre Häuser, ihre Betriebe sind. Die Aufbauarbeit der letzten Jahre seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist in einigen Regionen vollständig zerstört und viele private und unternehmerische Existenzen sind bedroht oder bereits vernichtet. Leider sind auch 16 Menschen bisher dem Hochwasser zum Opfer gefallen. Das Leid ist groß und in gleicher Stunde ist in Deutschland wiederum deutlich geworden, dass die Betroffenheit nicht bei der Betroffenheit Halt macht, sondern dass die Welle der Solidarität im Kampf gegen das Wasser eine außergewöhnliche Größe erreicht hat. Dafür unseren herzlichen Dank für die-

se sehr persönliche und tatkräftige Solidarität auch so vieler Thüringerinnen und Thüringer.

(Beifall bei der CDU, SPD;
Abg. Kummer, PDS)

Der Bericht des Staatssekretärs hat es deutlich gemacht, wie konkret die Hilfe aus Thüringen in Thüringen, aber auch in der Nachbarschaft war und auch noch ist. Tausende Bundeswehrsoldaten, der Bundesgrenzschutz, das Technische Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehren, Rettungsorganisationen vom Roten Kreuz bis hin zur DLRG, aber auch viele private Helfer, die sich eingebracht haben und die zum Teil unmenschliches Tag und Nacht geleistet haben und leisten - auch ihnen unseren ganz herzlichen Dank und unsere Unterstützung für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU, SPD;
Abg. Kummer, PDS)

Leider musste innerhalb weniger Monate erneut deutlich werden, dass Deutschland in schwierigen Notsituationen zusammensteht und dass es ganz anders ist, als oft in Reden dargestellt - Deutschland ist in der Lage, Hilfe und Solidarität und Mitgefühl ganz konkret zu leben. Wir erinnern uns, als im April in Thüringen, hier in Erfurt, das schreckliche Attentat am Gutenberg-Gymnasium Deutschland aufgerüttelt hat und zu erheblicher Solidarität angespornt hat. Jetzt in dieser Katastrophe ist erneut deutlich, dass wir in der Lage sind, Gemeinwohl auch sehr konkret zu leben. Wichtig ist nun aber, dass mit dem Wasser nicht auch die Solidarität abebbt. Wir dürfen die Betroffenen mit den Schäden nicht allein lassen. Nach der aktuellen praktischen Hilfe, die in diesen Tagen fortgesetzt wird, aber danach ja beendet ist, ist weiter schnelle Hilfe gefragt. Das bedeutet jetzt vor allem und auch in Zukunft finanzielle Hilfe. Die private Spendenbereitschaft ist enorm und hat ein Ausmaß angenommen, das ich persönlich so nicht erwartet hätte. Davon zeugen die Spendenaufrufe der Hilfsorganisationen, der Medien, der Vereine, der Verbände und auch der Parteien, für die ich dankbar bin, denn auch sie machen damit deutlich, dass sie bereit sind, ihre ganz persönliche Spende in die Aufarbeitung der Probleme einzubringen. Ich danke auch den vielen Thüringer Unternehmern, die finanzielle Hilfen oder auch Sachleistungen in diesen Tagen zur Verfügung stellen.

(Beifall im Hause)

Aber, und das wird deutlich, die Schäden sind weitaus größer, wahrscheinlich zweistellige Milliardenbeträge, und deshalb ist der Staat gefordert, verlässliche finanzielle Leistungen für die nächsten Jahre aufzubringen. Deshalb lassen Sie mich auch ein kurzes Wort zu der Diskussion sagen, die in diesen Tagen durch Deutschland geht und die ja wohl auch Grund des SPD-Antrags ist, der nachher noch verhandelt wird. Auch wenn der Antrag der SPD jetzt noch nicht zur Debatte steht, so denke ich, dass es trotzdem wichtig ist, die Frage, wie wir zu der finanziellen

Hilfe des Staates stehen und welchen Beitrag wir dazu leisten, zu thematisieren. Dass die Flutkatastrophe eine nationale Katastrophe ist, die auch national geschultert werden muss, ist uneingeschränkt von allen bisher betont worden. Darüber herrscht also nicht nur Übereinstimmung in der Bevölkerung, sondern auch in der Politik. Ich denke, das ist die wichtigste Basis für die Bewältigung der schweren Aufgaben. Es besteht auch völlige Einigkeit darüber, dass wir einen gemeinsamen Fonds von Bund und Ländern, aber auch die Anstrengung der Kommunen brauchen und dass derzeit etwa 10 Mrd. € in Rede stehen. Ich begrüße namens unserer Fraktion sehr, dass die Bundesregierung den Plan aufgegeben hat, den Solidarpakt II zur Behebung der Hochwasserschäden zu verwenden, denn dieser ist und bleibt dazu eingerichtet, dass die gravierenden Defizite, die mit der Vergangenheitsaufarbeitung zusammenhängen, auch in Zukunft überwunden werden können. Dafür ist der Solidarpakt II für alle jungen Länder in Kraft gesetzt und muss auch seine Wirkung haben. Es hieße, die Menschen in den Regionen doppelt bestrafen, hätte man den Solidarpakt II für diese Maßnahmen vorgezogen.

(Beifall bei der CDU)

Und nun der von der Bundesregierung vorgeschlagene Weg, die zweite Stufe der Steuerreform um ein Jahr zu verschieben: Wir werden ihn letztlich - das ist auch deutlich geworden - unterstützen. Aber es muss doch erlaubt sein, kritische Nachfragen zu stellen. Deutschland braucht, vielleicht gerade nach der nationalen Katastrophe, ein erhebliches Wirtschaftswachstum und gerade der Mittelstand und die Einkommensempfänger haben auf die Steuersenkung im nächsten Jahr gebaut, weil dadurch das Wachstum stärker in Gang gesetzt wird.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD:
Der Mittelstand hat auch darauf gebaut,
Herr Althaus.)

Nur dadurch können die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft, die Steuereinnahmen erhöht und die Ausgaben verringert werden, was wiederum den Staat in die Lage versetzt, natürlich auch solche Leistungen, wie im Blick auf die Überwindung dieser Katastrophe, wirklich umfassend aufzubringen. Das heißt, der Plan der Bundesregierung wird unterstützt, aber wir wollen schon deutlich machen, er ist letztlich Gift für unsere Konjunktur.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb plädieren wir als Union dafür, die jetzt notwendigen Hilfen aus aktuell verfügbarem Geld zu entnehmen. Der Bundesbankgewinn ist angesprochen und zusammen mit Mitteln aus der Haushaltssperre und Umschichtung von EU-Mitteln könnte man kurzfristig nicht auf Geld in der Zukunft verweisen, sondern kurzfristig einen Hilfsplan auflegen, der auch eingesetzt werden könnte. Jetzt ist aber schnelle Hilfe erforderlich und nicht der Streit um die Quellen für die Hilfe, da sind wir uns ebenfalls einig.

Sollte die Bundesregierung, wie es den Anschein hat, an ihrem Plan festhalten, die zweite Stufe der Steuerreform vorzuziehen, werden wir uns natürlich nicht verweigern. Aber - und auch das ist deutlich geworden - nach dem Wahlsieg am 22. September müssen wir dieses Thema erneut aufgreifen, denn den Mittelstand nicht zu entlasten, heißt, erneut Wachstumspotenziale zu verschenken.

(Beifall bei der CDU)

Als Thüringer Union und Thüringer CDU-Landtagsfraktion sind wir uns bewusst, Deutschland muss auch deshalb wirtschaftlich aufholen, damit wir die Zukunftsfähigkeit dieses Landes wieder herstellen und damit wir zukünftig auch in der Lage sind, unsere Hilfsfähigkeit in Katastrophen wie diesen wirklich zu leisten. Wir werden den Weg der Bundesregierung im Bundesrat nicht blockieren, aber diese Debatte muss geführt werden. Ich darf "Die Welt" von heute zitieren, sehr geehrter Herr Lippmann, damit Sie vielleicht einmal etwas tiefer denken.

(Heiterkeit bei der SPD)

"In Zeiten großer Not lässt sich schlecht Wahlkampf führen. Alle anderen Probleme werden von der Flut bedeckt. Was aber, wenn das Wasser wieder zurückgewichen ist? Hat sich dann auch die politische Landschaft verändert? Wenn die Hilfe für die Opfer in den nächsten Tagen geregelt ist und die Hochwasserbilder aus den Medien verschwunden sind, wird die tiefere nationale Katastrophe wieder sichtbar, die der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes."

(Beifall bei der CDU)

Da mit der Bundestagswahl wichtige Entscheidungen bezüglich des Finanzierungsmodus noch ausstehen, die auch unseren Doppelhaushalt betreffen, so ja auch der Antrag, können jetzt noch gar keine Festlegungen für unseren zukünftigen Doppelhaushalt vorgenommen werden. Wir plädieren deshalb dafür, den Antrag der SPD an den Haushalts- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: So weit sind wir doch noch gar nicht.)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Betroffenen in den Hochwassergebieten dürfen jetzt nicht resignieren, das heißt, dass die Politik handeln muss. Dazu sind wir, denke ich, nicht nur hier im Thüringer Landtag, sondern in Deutschland insgesamt bereit, das hat die Diskussion der letzten Tage, aber auch die konkrete Hilfe der letzten Tage bewiesen. Deshalb muss schnell Geld zur Verfügung gestellt werden und das Geld muss bei denen, die betroffen sind, auch kurzfristig ankommen. Wichtig ist, dass wir aber auch weiter zusammenstehen und dort Hilfe organisieren, wo sie notwendig ist. Wichtig ist auch, dass wir als Thüringerinnen und Thüringer die Hilfe fortset-

zen, die wir in den letzten Tagen durch unsere Rettungskräfte und Hilfskräfte, aber auch im Land aufgebracht haben. Ich freue mich, dass eine Thüringer Initiative jungen Menschen z.B. ihre Ausbildung sichert, die jetzt ihre Ausbildung aufgrund weggebrochener Betriebe nicht mehr vor Ort fortsetzen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich auch, dass alte Menschen, denen sprichwörtlich ihr Heim weggeschwommen ist, in Thüringen Heimat gefunden haben und die nächsten Wochen hier sein können, damit die Schäden von dem Hochwasser auch beseitigt werden können - auch eine Thüringer Initiative, privat ergriffen mit großer Wirkung. Wichtig ist auch, dass zahlreiche betroffene Betriebe schnell wieder arbeitsfähig werden, damit sich die Arbeitslosigkeit dort nicht noch weiter erhöht und auch die Möglichkeit für die Betriebe besteht, sich in die Aufarbeitung der Probleme aktiv einzubringen, denn auch wir wollen insgesamt im Mittelstand natürlich die Aufbauarbeit unterstützen und entsprechend von den Möglichkeiten, die dafür eingesetzt werden, auch partizipieren. Das heißt, wenn wir diese Aufgabe als nationalen Kraftakt verstehen, das ist deutlich geworden, werden wir diese Aufgabe auch meistern, nicht von heute auf morgen, aber in den nächsten Monaten und Jahren. Die Behebung der Schäden, da bin ich ganz sicher, braucht Zeit, aber ich bin sicher, dass das Beispiel an Solidarität und Mitmenschlichkeit der letzten Tage die richtige Orientierung für die nächsten Wochen gibt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Kummer, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte den Anfang meiner Rede auch dazu nutzen, um in meinem Namen und im Namen meiner Fraktion den zahllosen Helfern, die uneigennützig den Kampf gegen die Fluten aufgenommen haben, recht herzlich zu danken.

(Beifall bei der PDS; Abg. Gentzel, SPD)

Ich denke hier nicht nur an diejenigen, die sich in Thüringen engagiert haben, ich denke unter anderem auch an diejenigen, die z.B. in der Stadt Dessau, wo Mulde und Elbe zusammenfließen, gewirkt haben, in meiner Heimatstadt, weshalb mich diese Frage "Hochwasserschutz" auch ganz besonders berührt. Die Thüringer haben hier viel geleistet. Wir haben es über die Medien verfolgen können und ich denke, das ist mit vielem Dank auch von unserer Seite zu verstehen.

Wir haben in den vorangegangenen Redebeiträgen sehr viel gehört, welche Schäden die Fluten angerichtet haben und was zur Behebung der Schäden notwendig ist. Die Frage der Finanzen hat eine große Rolle gespielt. Diese Frage wird mein Kollege Mike Huster im nächsten Tagesordnungspunkt für unsere Fraktion noch einmal beleuchten. Ich möchte in meinem Redebeitrag den Schwerpunkt auf eine andere Seite der Flutkatastrophe lenken. Dazu möchte ich mit einem Zitat beginnen, das den meisten von uns sicherlich bekannt ist: "Als aber der Herr sah, dass der Menschen Bosheit groß war auf Erden und alles Dichten und Trachten ihres Herzen nur böse war immerda, da reute es ihn, dass er die Menschen gemacht hatte auf Erden, und es bekümmerte ihn in seinem Herzen ... Da sprach Gott zu Noah: Das Ende allen Fleisches ist bei mir beschlossen, denn die Erde ist voller Frevel von ihnen, und siehe, ich will sie verderben mit der Erde. Mache dir einen Kasten von Tannenholz und mache Kammern darin und verpiche ihn mit Pech innen und außen. ... Denn siehe, ich will eine Sintflut kommen lassen auf Erden, zu verderben alles Fleisch, darin Odem des Lebens ist, unter dem Himmel. Alles, was auf Erden ist, soll untergehen."

Meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU:
Das tut ja weh, wenn Sie ...)

warum bringe ich dieses Bibelzitat?

(Unruhe bei der CDU)

Es hat verschiedene Gründe. Der erste Grund ist sicherlich, dass die Überschwemmungsflächen der Elbe und der Nebenflüsse, die von der Hochwasserkatastrophe betroffen waren, sehr an eine Sintflut erinnern. Aber es sind nicht nur die Überschwemmungsflächen der Elbe. Ich möchte auch auf etwas weiter entferntere Nachbarn eingehen, die heute keine Rolle gespielt haben und dazu einen Auszug von "GERMANWATCH" zitieren: "Allein in China kamen in diesem Sommer mehr als 900 Menschen durch Unwetter um. In Nepal sind in den seit Wochen andauernden Überschwemmungen mindestens 422 Menschen gestorben, 30.000 Menschen wurden obdachlos. Mehrere Tausend Häuser wurden in den letzten Tagen auf den Philippinen zerstört. In Laos wurden 7.000 Unterkünfte von den Wassermassen mitgerissen." Meine Damen und Herren, auch diese Menschen haben unsere Solidarität dringend nötig.

(Beifall bei der PDS)

Aber es ist nicht nur das Bild von der Sintflut, Parallelen ergeben sich auch bei den Ursachen. Heute ist es zwar kein erzürnter Gott, der hier strafend wirkt, aber es ist die Natur, die auf menschliche Eingriffe reagiert. Wodurch entstanden diese extrem starken Niederschläge? Diese Frage muss man sich stellen. Ich denke, sie sind bedingt durch die Klimaveränderungen infolge des Anstiegs der Konzen-

tration von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Eine Zunahme von extremen Ereignissen ist in wissenschaftlichen Szenarien klar als erste Auswirkung dieser Klimakatastrophe vorhergesehen worden.

(Unruhe bei der CDU)

Die ständig zunehmende Verbrennung fossiler Energieträger führt dazu.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Es gab schon einmal eine Sintflut, haben Sie erzählt.)

Durch die verringerte Aufnahmefähigkeit der Böden infolge großflächiger Versiegelungen kommt es dazu, dass der Abfluss unserer Flüsse wesentlich schneller erfolgt als früher. Das Hochwasser richtet also die Schäden wesentlich schneller an und man hat weniger Zeit, darauf zu reagieren. Durch begradigte Fließgewässer und weniger Überschwemmungsgebiete kommt es ebenfalls zu einem schnelleren Abfluss.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Weil es dichter besiedelt ist, junger Mann.)

Meine Damen und Herren, nicht nur die Behebung der Schäden, sondern auch die Verständigung auf einen Maßnahmenkatalog zur Situationsverbesserung sollte uns heute beschäftigen,

(Beifall bei der PDS)

denn das nächste Hochwasser kommt bestimmt. Dämme reichen zur Verhinderung von Katastrophen nicht aus. Ein Bild hat mich bei den Berichterstattungen besonders beschäftigt. Es war ein Feuerwehrmann auf einem Damm in Bitterfeld, der voller Verzweiflung da stand und in die Mikrofone der Medien sagte: Wenigstens diesen einen Damm müssen wir doch halten. Wir müssen doch beweisen, dass man der Natur entgegenstehen kann. Auch wenn ich großes Verständnis für diesen Feuerwehrmann habe, aber ich denke, dieser Ansatz ist falsch. Wir brauchen ein anderes Verständnis. Der Mensch darf sich nicht als Beherrscher der Natur fühlen, sondern als Teil der Natur.

(Beifall bei der PDS; Abg. Doht, SPD)

Wir sind ein Rad in einem komplizierten Getriebe. Wenn dieses Rad nicht mitspielt, dann hat es Auswirkungen auf den gesamten Mechanismus.

Meine Damen und Herren, welche möglichen Maßnahmen sehen wir? In Bezug auf die Gewässerstruktur muss man feststellen, die Gewässerstrukturkarte des Freistaats Thüringen bescheinigt der Pleiße, dass wir hier die schlechteste Gewässerstruktur haben, die man sich für ein Fließgewässer vorstellen kann. Verbesserungen sind hier dringend notwendig. Die Gewässerstrukturkarte Thüringens zeigt aber

so gut wie nur die Gewässer erster Ordnung. Einen Überblick über die Gewässer zweiter Ordnung haben wir fast gar nicht. Hier ist die Frage, wie es aussieht, die noch gestellt werden muss, und hier ergibt sich ein großer Teil an Arbeit, um die Gewässerstruktur zu verbessern und in Zukunft solchen Problemen vorzubeugen. Wir müssen den Fließgewässern in Thüringen wieder mehr Platz geben. Dazu ist meiner Ansicht nach ein Programm zum Aufkauf von betroffenen Uferbereichen notwendig - ich möchte hier an das Beispiel der fränkischen Saale erinnern, wo so etwas im Freistaat Bayern schon ganz gut läuft -, ein Programm, das nicht nur Kosten verursacht, sondern dadurch auch wieder Kosten einspart, dass Uferbefestigungsmaßnahmen in Zukunft nicht mehr notwendig sind.

Ein paar Gedanken noch zur Versiegelung: Täglich werden in Deutschland über 100 Hektar Fläche versiegelt. Auch in Thüringen brauchen immer weniger Thüringer immer mehr Flächen. In den letzten Jahren hat es hier Straßenbau gegeben. Es gab den Neubau von Einkaufszentren und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese und der Rückbau von nicht mehr benötigten Flächen geht längst nicht so schnell voran, wie wir uns das wünschen würden. Auch die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand ist nicht so besonders. Ich möchte hier einmal ein medienträchtiges Beispiel aus den letzten Tagen erwähnen, das nicht aus Thüringen stammt, den Sächsischen Landtag.

Meine Damen und Herren, wenn die öffentliche Hand schon direkt an das Ufer eines Fließgewässers baut, wie wollen wir denn die anderen Menschen davon abhalten, dass sie sich so verhalten. Entschiedene Maßnahmen gegen eine weitere Versiegelung sind notwendig.

(Zwischenruf Abg. Sonntag, CDU: Quatsch.)

Und, Herr Sonntag, weil Sie eben "Quatsch" gerufen haben, wenn ich das richtig gehört habe, ich möchte hier an ein anderes Beispiel erinnern. In Thüringen ist ja dieser Autoverteiler zu ziemlicher Berühmtheit gelangt, wo über 100 Neuwagen in den Fluten abgesoffen sind. Wenn die Informationen stimmen, die ich habe, hat hier der Kreistag beschlossen, dass das Hochwasserschutzgebiet aufgehoben wird. Damit konnte der Investor dort bauen. Wenn Menschen meinen, dass sie kraft ihrer Wassersuppe ein Hochwasserschutzgebiet aufheben können, dann sind sie wirklich auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei der PDS)

(Unruhe im Hause)

Ich möchte noch etwas zum Klimaschutz sagen. Vielleicht könnten Sie mich hier noch ein bisschen weiterreden lassen. Im Bereich des Klimaschutzes sollten nicht nur Sonntagsreden gehalten werden. Auch unser Haus hat sich mit der Frage schon beschäftigt. Es hat schon viele positive Aktivitäten gegeben, aber auch vieles, was noch unzulänglich ist. Ich möchte hier nur an den Verkehrs-

bereich denken, der im Klimaschutzbericht der Landesregierung ein großes Problem darstellt für unsere Fraktion, denn der Straßenverkehr als die Nummer eins beim Ausstoß der klimarelevanten Gase wird weiter steigen und in diesem Bericht ist nichts zu entnehmen, dass man dagegen etwas tun will. Was ich aber an die CDU auch noch für Fragen stellen möchte in diesem Zusammenhang, ist die Frage der Energiepolitik. Das ist ein Bereich, unter dem es unter der rotgrünen Bundesregierung doch einige Fortschritte gegeben hat,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Oh, oh.)

und ich muss Ihnen schon die Frage stellen: Wie hält es die CDU im Fall, dass sie an die Regierung kommen sollte nach den Wahlen zum Bundestag, mit dem erneuerbaren Energiegesetz?

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Sie machen jetzt hier aber keinen Wahlkampf.)

Wie halten Sie es mit der Besteuerung des Primärenergieverbrauchs? Das sind Fragen, die in Sachen des Klimaschutzes unbedingt beantwortet werden müssen,

(Beifall bei der PDS; Abg. Dr. Botz, SPD)

denn nur, wenn wir in der Energiewirtschaft endlich deutliche Zeichen setzen, dass wir hier willens sind, den Umbau vorzunehmen, weg von der Nutzung von Kohle, Heizöl und Erdgas, nur dann werden wir in Zukunft weniger Probleme mit dem Klima bekommen. Aber es gibt auch noch andere Probleme, die ich am Rande deutlich machen möchte. So stellt sich mir z.B. die Frage: Hätte man nicht über Versicherungen mehr erreichen können? Ein Beispiel aus der Landwirtschaft möchte ich hier nennen. Viele Landwirtschaftsbetriebe sind durch das Hochwasser auch in Thüringen stark betroffen und das hat zwar eine Rolle gespielt, aber nicht die Rolle, die vielleicht notwendig gewesen wäre. Wie sieht es aus mit einer Mehrgefahrenversicherung im Bereich der Landwirtschaft. Wir haben dieses Thema im Landwirtschaftsausschuss schon angesprochen und, ich denke, es ist dringend Zeit, hier zu handeln, um den Betrieben ihre Einkommen abzusichern und sie gegen diese extremen Ereignisse noch zu schützen, die uns in nächster Zeit öfter heimsuchen werden.

(Beifall bei der PDS)

Eine Unterstützung durch die öffentliche Hand ist aber dringend notwendig, Herr Wunderlich, das wissen Sie auch. Die Mehrgefahrenversicherung kann nicht durch die Landwirte allein getragen werden, denn die Landwirte allein sind auch nicht für die Katastrophen im Klimaschutz zuständig.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Setzen Sie sich mal mit Herrn Scheringer auseinander. Vielleicht hat er einen besseren Vorschlag.)

(Beifall bei der PDS)

Wir müssen auch die Auswertung des Hochwasserereignisses gründlich vornehmen und hier prüfen, ob z.B. die Ausstattung der Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerks und anderer Helfer ausreichend war. Ich denke, in dem einen oder anderen Bereich wird es hier noch Probleme geben. Ein Beispiel bloß, was die Frage der Ausstattung mit Booten angeht in den betroffenen Gebieten, hier sollte man vielleicht darüber nachdenken. Es sollte auch dringend nachgedacht werden über die Regelung der Freistellung von Helfern. Auch im vorbeugenden Katastrophenschutz sind meiner Ansicht nach wirksame Verbesserungen möglich. Ich möchte hier nur daran denken, wie viele Warnungen, gerade in Sachsen, nicht ernst genommen worden sind. Hier müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit das System der Frühwarnung besser funktioniert. Es muss auch die Frage gestellt werden, ob die Hochwasserschutzmaßnahmen ausreichend sind, ob die Deichpflege im ordentlichen Zustand und ausreichend durchgeführt wird. Wir müssen auch die Frage stellen, ob Rückhaltebecken notwendig sind. Ich möchte hier nur an das Beispiel Eisfeld erinnern, wo wir ja ähnliche Probleme haben und wo Planungen für ein Rückhaltebecken demnächst anlaufen sollen. Ich möchte mir nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn es im Thüringer Wald ähnlich heftige Niederschläge wie im Erzgebirge gegeben hätte. Auch die Frage der Talsperre Windischleuba, die ja der Kollege Schemmel schon angesprochen hat, muss geklärt werden. Ich denke, die Mündlichen Anfragen von Kollegen Sonntag und von mir werden dazu beitragen. Wir müssen auch die Frage stellen, ob das Talsperrenmanagement in Ordnung ist. Das sind Fragen, die in Sachsen eine besondere Rolle gespielt haben. Die Frage, ob ein ausreichender Stauraum rechtzeitig zur Verfügung gestanden hat.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Die wollten überhaupt keine Talsperre. Erzählen Sie nicht so einen Mist.)

Es sind Fragen, die wir uns durchaus ansehen müssten, um festzustellen, was das hier in Thüringen alles in Ordnung oder nicht.

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht in der Sintflut versinken und deshalb müssen wir uns intensiv mit diesen Fragen beschäftigen, deshalb beantrage ich im Auftrag meiner Fraktion die Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt. Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Meine Damen und Herren, es herrscht Einvernehmen zwischen allen drei Fraktionen darüber, dass wir jetzt nicht entsprechend der Geschäftsordnung mit der Fragestunde beginnen, sondern dass wir erstens diesen Punkt jetzt noch zu Ende bringen und dann als Nächstes noch den zweiten neuen Punkt, der das Hochwasser betrifft - Drucksache 3/2655 -, behandeln. Danach werden wir dann mit der Fragestunde fortfahren.

Ich rufe als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Fiedler ans Rednerpult. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ich musste ein bisschen an mich halten bei dem, was Herr Kummer ausgeführt hat mit seinem Bibelspruch - ich würde es ja vielleicht sogar Herrn Rame-low noch abnehmen -, aber ich will mich darin nicht vertiefen, weil es mir einfach darum geht -

(Unruhe bei der PDS)

da können Sie aufschreien, wie Sie wollen -, dass es zu ernst ist, dass wir bei diesem Thema einsteigen in die parteipolitische Auseinandersetzung, wie sie der eine oder andere begonnen hat. Ich bin jedenfalls froh, ob die SPD im Unstrut-Hainich-Kreis die Konten einrichtet oder wo anders andere, jeder, der helfen kann, sollte seine Dinge mit einbringen in diese Hilfe.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, es ist notwendig, dass wir uns vielleicht bei diesem Ganzen wieder einmal verinnerlichen, dass wir insgesamt über die Worte "Bewahrung der Schöpfung" nachdenken, die ja im Zusammenhang stehen. Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, Herr Kummer, die auch Sie angesprochen haben. Da könnte man bei Leibis anfangen, wer war dafür und wer war dagegen, sondern das muss in den Facharbeitskreisen sicher auch weiter bearbeitet werden. Ich will ausdrücklich sagen, natürlich muss eine solche Katastrophe ausgewertet werden und eine solche Katastrophe, die unser Land Thüringen Gott sei Dank - ich sage bewusst - nur am Rande getroffen hat - ich bitte, das nicht falsch zu verstehen - im Verhältnis zu den anderen Ländern, die hier in Frage stehen, Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Sie kennen die anderen Länder, die hier schwer getroffen wurden. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist eine Katastrophe, wie sie sich bei uns jedenfalls, in unseren Ländern, niemand vorstellen konnte. Wir haben solche Dinge erlebt, es ist auch teilweise angesprochen worden, dass das natürlich nicht das erste Mal ist, dass auf der Welt solche Dinge passieren. Aber wenn sie unmittelbar selbst vor Ort passieren, dann trifft es einen doppelt und man merkt erst einmal, wie doch der Mensch von der Natur abhängig ist und dass wir

hier eine hohe Verantwortung haben, dass wir solchen Dingen nach Möglichkeit etwas entgegensetzen. Ich möchte uns an der Stelle alle bitten, dass wir in den nächsten Monaten, wenn die Auswertung der ganzen Dinge passiert, und dafür sind wir ja mit da, ist die Landesregierungen da, dass diese Dinge ausgewertet werden, wo hat die Alarmierung nicht geklappt, wo hat bei den Wetterdiensten die Vorwarnung nicht geklappt, wo hat dieses nicht funktioniert. Überall, wo Menschen im Einsatz sind, passieren auch Fehler. Das sollten wir uns verinnerlichen. Wir haben teilweise schon einmal vor Jahren Probleme gehabt, wenn es an bestimmten Flüssen zu Verunreinigungen kam. Wie müssen die Meldungen passieren? Da mussten die entsprechenden Dinge aufgebaut werden und ich glaube, bei allem, was traurig und beklagenswert ist, müssen dann die entsprechenden Schlussfolgerungen für alle gezogen werden. Ich möchte insbesondere an der Stelle allen Rettungskräften und allen Helfern noch einmal herzlichst Dank sagen. Ich fange bewusst erst einmal bei den, ich sage mal, normalen, einfachen Leuten an, die einfach, als sie diese Bilder gesehen haben, im ersten Moment alle losgerannt sind, um zu helfen, weil sie es nicht ertragen haben, solche Bilder zu sehen. Denen, denke ich, muss man ein herzliches Dankeschön sagen für diese Bereitschaft.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich glaube auch, dass man vor allem an die Menschen denken muss, die hier betroffen sind. Wir haben bis dato leider 16 Tote zu beklagen und es gibt ja noch Vermisste, dass man an die Menschen denkt, die hier schwer getroffen sind, die Menschen verloren haben, und dann kommt in der Regel Hab und Gut und alles, was sie sich bisher in ihrem Leben erarbeitet haben, dazu. Ich glaube, das kann uns nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen lassen, sondern da müssen wir alle Möglichkeiten mobilisieren, damit hier weiter zu helfen ist. Wenn ich an die vielen Helfer denke - Thüringen hat mittlerweile aus sämtlichen Landkreisen Feuerwehrleute im Einsatz gehabt -, an die vielen Freiwilligen und Berufsfeuerwehrleute, die sich hier mit eingebracht haben und die hier mitgeholfen haben. Ich möchte an der Stelle herzlich Dank sagen auch an die Kommunen und viele, die sich mit eingebracht haben, damit das überhaupt alles funktioniert und passieren kann. Aber auch an der Stelle möchte ich den Staatssekretär ausdrücklich unterstützen. Wir müssen dahin kommen, dass jetzt kontrollierte Hilfe weiter vorangeht und die spontane Hilfe, die sicher in der ersten Lesung gut war, dass dies jetzt kontrolliert in die entsprechenden Bahnen gebracht wird und dass man ganz koordiniert mit den Nachbarländern die Hilfe organisiert und auch einbringt. Ich kenne sehr viele Feuerwehrleute, wir hatten letztes Wochenende Feuerwehrjubiläum, wo viele dastanden und sagten, wir würden uns jetzt gern ins Auto setzen, unsere Sachen sind gepackt, die Gerätschaften stehen da. Wir fahren jetzt los, wir wollen helfen. Wir haben mühsam viele davon abgebracht, dass sie nicht einfach losgefahren sind, um über den KBI, über das Landesverwaltungsamt, das Ministerium, sondern dass jetzt Koordination gefragt ist. Viele von denen, die am Anfang

losgefahren sind, hatten auch Partner, das darf man nicht vergessen, es gibt auch koordinierte Dinge, die Partner in den Ländern hatten, die dann über Absprachen dorthin gefahren sind. Wir kennen dort viele Hilfeleistungen, die gebracht wurden, weil sich Partnerschaften konkret darüber ausgetauscht haben, was notwendig ist. Ich glaube, das war richtig so und das sollte auch weiter fortgeführt werden. Aber die Koordination muss mittlerweile über allem stehen. Ich möchte insbesondere auch dem Technischen Hilfswerk danken. Jörg Kallenbach hat noch einmal die Zahlen mit organisiert. Da sind weit über 300 Leute im Einsatz mit dem entsprechenden Gerät und allem, was dazugehört. Ich glaube, auch das Technische Hilfswerk wie auch die anderen Rettungskräfte sind teilweise von dem einen oder anderen ein bisschen belächelt worden, wenn sie oft diese Fahrzeughallen gesehen haben, da stehen zehn blaue Autos und zehn rote Autos und dann noch die entsprechenden Rettungsdienste dazu - ist denn das überhaupt notwendig? Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist uns wieder einmal schmerzlich bewusst geworden, dass solche Vorsorge von uns zu treffen ist, von dem Staat, sprich vom Land und von den Kommunen.

(Beifall im Hause)

Hier ist Vorsorge zu treffen und, Herr Kummer, Sie sprachen es an, inwieweit dort gegebenenfalls auch nachzubessern ist. Ich glaube, auf dem Gebiet Brand- und Katastrophenschutz hat der Freistaat Thüringen seit seinem Bestehen in der Neuzeit, sage ich einmal, reichlich und viel geleistet. Aber ich glaube auch, auch hier muss man noch bestimmte Dinge anschauen, wo ist noch nachzubessern, und wir dürfen nicht zu dem Punkt kommen, jetzt nehmen wir nur noch die Feuerschutzabgabe und mehr brauchen wir für die Rettungsdienste nicht. Ich glaube, auch da ist ein Umdenken gefordert. Um das Ganze überhaupt voranzubringen, dürfen wir nicht nur an die technischen Dinge denken, die notwendig sind, wir brauchen motivierte freiwillige Helfer, die für uns in den Einsatz gehen,

(Beifall bei der CDU, SPD)

motiviert freiwillige Helfer in der Regel. Bei den Hauptamtlichen setze ich das sowieso voraus, aber das sind ja nicht so viele, denn wir leben von den ehrenamtlichen Helfern. Hier muss man auch den Rettungsdiensten DLRG, DRK etc. einen herzlichen Dank sagen, die sofort aufgebrochen sind, auch unserer Bundeswehr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Was gab es und gibt es für Diskussionen zur Bundeswehr. Ich glaube, es hat sich doch wieder einmal gezeigt, damals schon in Brandenburg, wo die Bundeswehr Hervorragendes bei Herrn Ministerpräsidenten Platzeck geleistet hat, und auch ca. 3.000 Leute aus Thüringen sind mit im Einsatz, aber insgesamt weit über 20.000, die im Einsatz

sind. Ich glaube, hier zeigt sich, wie notwendig es ist, dass, ich sage bewusst noch einmal ausdrücklich, unsere Bundeswehr, unsere Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere auch weiterhin unsere Unterstützung erfahren - trotz der teilweise schlechten Ausstattung. Sie geben das Letzte und das Beste, was sie haben.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich denke auch, wir sollten an der Stelle die Polizei nicht vergessen. Ob Bundesgrenzschutz oder auch unsere Landespolizei, die hier massiv mit in den Einsatz gegangen ist. Sie kennen die entsprechenden Mitteilungen. Ich will das nicht alles ausführen. Die Presse hat ja ausführlich darüber berichtet, dass hier eine hervorragende Zusammenarbeit funktioniert hat und dass oft die Polizei die einzigen Koordinatoren vor Ort waren, die überhaupt noch Dinge mit regeln konnten, weil die anderen Dinge teilweise zusammengebrochen waren; die Spezialisten, die das Land entsandt hat, die Umweltsleute über Minister Sklenar, Wegebauzüge, Prüfkraften und bis zu Waldarbeitern. Ich denke, das ist auch wichtig, dass man hier Solidarität anbietet, dass man auch ganz konkret hilft. Ich glaube auch, dass man auch hier weiter verstärkt helfen muss und natürlich die Landwirtschaft nicht zu vergessen. Auch hier ist dringende weitere Hilfe notwendig. Aber ich glaube, auch das muss in den nächsten Wochen ganz konkret unteretzt werden. Ich glaube, meine Damen und Herren, dass insgesamt alle, die hier bisher mitgeholfen haben, wirklich unseren Dank verdienen. Wir müssen jetzt eines schaffen, und da schaue ich noch einmal in Richtung Landesregierung, die weitere Koordination muss in noch verstärkterem Maße als bisher fortgeführt werden. Es wird in den nächsten Tagen erst zu erwarten sein, wenn das Wasser abgeflossen ist. Da ist schnelle und koordinierte Hilfe dringendst notwendig, aber das brauche ich nicht zu erzählen, das weiß die Landesregierung. Aber ich will noch einmal ausdrücklich darauf verweisen, dass wir auch mit unseren befreundeten und Nachbarländern diese Koordination noch weiter verstärken, dass das dann ordentlich passieren kann und dass dann auch das entsprechende Gerät bereitsteht. Ich denke, meine Damen und Herren, dass wir der Hilfe des Bundes und des Landes und aller, die privat mithelfen können, dringend weiterhin bedürfen. Ich glaube, es hat ein wichtiger Mann im Lande einmal das Wort geprägt in einem anderen Zusammenhang: "uneingeschränkte Solidarität". Ich glaube, es ist jetzt hier diese uneingeschränkte Solidarität aller Deutschen und derer, die hier mithelfen können, vonnöten, dass wir unseren Menschen helfen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich bin ganz froh, dass man auch dieses hier so deutlich sagen kann, dass wir auch diese Hilfe einmal für uns in Anspruch nehmen. Ich habe in den letzten Tagen von verschiedenen Ländern gehört, wie Hilfestellung gegeben wird. Ich glaube, es war die Schweiz mit 25 Mio. € und verschiedene Länder. Wenn man das einmal so alles

hört, wir sind nicht allein, sondern auch andere Länder helfen uns hier.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das Herz ist voll, man könnte noch vieles sagen und beitragen, aber mir war es wichtig, auch noch einmal aus der Sicht der Rettungskräfte einige Worte mit anzufügen, und möge auch uns dieses in Erinnerung bleiben; nicht, wenn das Wasser abgeflossen ist, dann ist alles schon vorbei und wir reden nicht mehr darüber, sondern dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Solidarität, die Freiwilligkeit in diesem Land nicht nachlässt. Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Becker, Sie haben das Wort. Bitte.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch, wie Herr Fiedler das schon betont hat, wenn es jetzt die vorrangige Aufgabe ist, den Betroffenen schnellstmöglich zu helfen - das ist natürlich auch die Auffassung unserer Fraktion, Herr Schemmel hat das schon zum Ausdruck gebracht -, ist es doch wichtig, dass wir uns möglichst schnell mit der Frage beschäftigen, wie wir künftig Hochwasserschäden durch vorbeugende Maßnahmen sicherlich nicht vermeiden, aber wenigstens in der Zukunft für Thüringen minimieren können. Wie beim Jahrhunderthochwasser 1997 war es diesmal eine bestimmte Wetterlage, die feuchte Luft aus der Mittelmeerregion in die nördlich gelegenen Gebiete gelenkt hat und für die sehr hohen Niederschläge und damit für die extremen Hochwasserereignisse in der Region um die Elbe und der anderen kleinen Flüsse verantwortlich war.

Thüringen ist diesmal, das wurde auch schon betont, abgesehen vom Landkreis Altenburger Land und dem Eichsfeld, mit einem blauen Auge davongekommen. Vor allem die Landwirte haben in Thüringen zum Teil erhebliche Schäden durch die sehr feuchte Witterung zu beklagen. Unbestritten ist, dass wir wegen des sich durch den vom Menschen verursachten Klimawandel in Zukunft immer öfter mit solchen Extremwetterlagen rechnen müssen. Sehr schlecht daran ist, dass es offenbar völlig zufällig ist, in welchen Regionen sich die extremen Regenmassen abgrenzen. 1997 traf es das Einzugsgebiet der Oder, 1999 war es wieder weiter weg und im Jahr 2002 Elbe und Donau. Es muss daher befürchtet werden, dass extreme Niederschlagsereignisse auch im Thüringer Wald oder in sonstigen Einzugsbereichen der wichtigsten Flüsse in Thüringen vorkommen können. Wir brauchen daher für das gesamte Land Thüringen Maßnahmen, die der zunehmenden Hochwassergefahr wirksam und nachhaltig entgegenwirken können.

(Beifall bei der PDS)

Der Antrag erwähnt bereits beispielhaft die Fragen des Baurechts. Dies ist ohne Zweifel ein wichtiger Aspekt des Hochwasserschutzes. Neben dem Baurecht sind aber auch viele andere Maßnahmen nötig, z.B. Maßnahmen zur Verminderung zusätzlicher Flächenversiegelung, Fragen des Ausbaus der Flüsse, des technischen Hochwasserschutzes. Darüber heute zu reden, würde sicherlich den Rahmen hier sprengen.

Es soll hier noch einmal an die Bereitschaft aller appelliert werden, ihren Beitrag zum vorbeugenden Hochwasserschutz zu leisten. Das heißt auch, Verzicht einer ungebremsten Nutzung von Flächen innerhalb und außerhalb von Überschwemmungsgebieten. Dies trifft alle: das Land, die Gemeinden, Bauherren, Landwirte und alle anderen Bürger im Freistaat Thüringen. Es kann nicht sein, dass erst in jüngster Zeit Wohn- und Gewerbegebiete in potenziellen Überschwemmungsgebieten ausgewiesen wurden. Herr Minister Sklenar ist auch in den ersten Pressemitteilungen aus dem Altenburger Land darauf eingegangen und hat festgestellt, dass es schwierig ist, so etwas zu unterbinden. Insbesondere in den festgestellten Überschwemmungsgebieten sollten die rechtlichen Mittel zur Verringerung weiterer Bebauung durch Flächenumwandlung mit der im Wassergesetz vorgesehenen Schärfe angewendet werden. Da ist Herr Staatssekretär Scherer auch schon einmal kurz darauf eingegangen, wir haben ja die Möglichkeiten auch im Wassergesetz verankert.

Auch in nicht förmlich festgestellten Überschwemmungsgebieten sollten gemeinsam mit den Gemeinden Lösungen gefunden werden, die eine weitere Entwicklung der Gemeinden zulassen, ohne das Abflussverhalten der Flüsse nachhaltig zu beeinträchtigen. Auch darauf ist letzte Woche Herr Minister Sklenar schon eingegangen. Auch bei uns in Thüringen sind viele Schäden in der Landwirtschaft darauf zurückzuführen, dass nach der Wende ehemaliges Grünland in empfindliche Ackerkulturen umgewandelt wurde. Auch hier muss ein Umdenken erfolgen. Ackerbau in Flussauen kann nicht als Standort angepasst gelten. Ackerkulturen vertragen zum einen keine Überflutung und zum anderen sind Ackerflächen ungleich schlechter als strukturreiches Grünland und Wald geeignet, Wasser auf der Fläche zu halten, um damit die gefährlichen Hochwasserspitzen zu minimieren.

Die Landesregierung hat zu lange versäumt, auf eine hochwassergerechte Nutzung der Auen hinzuwirken. Das betrifft nicht nur die Pleiße bei Altenburg, sondern auch andere Flüsse in Thüringen. Nehmen Sie z.B. die Renaturierung der Unstrutau. Obwohl ein bis ins Detail ausgearbeiteter Plan bei der Landesregierung vorliegt und auch schon Ländereien angekauft wurden, sind diese sehr guten Vorhaben einfach zur Seite gelegt worden, weil die Bauern laut aufgeschrien haben.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Wir wollten nicht 6.000 Leute umsiedeln.)

Ja, Herr Primas, Sie hatten nicht den Mut, Herr Minister Sklenar, zu einer notwendigen Auseinandersetzung.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: So ein Blödsinn.)

Offenbar hat sich die Landesregierung gescheut, mit entsprechenden Mitteln die Landwirte zur Grünlandwirtschaft oder zu anderen einer Aue angepassten Landnutzungen anzuhalten. Mögliche Ausgleichszahlungen an die betroffenen Landwirte sind aber im Vergleich zu den gigantischen Schäden im Fall eines Hochwassers, die mehr als einen gesamten Landeshaushalt eines Bundeslandes verschlingen können, fast zu vernachlässigen. Hochwasser- und Naturschutz machen sich hier bezahlt. Dass bei einer Renaturierung der Flussauen, einer standortgemäßen Nutzung ganz nebenbei auch noch die Qualität der Fließgewässer erheblich gesteigert wird, ist nur zu erwähnen. Hochwassergefährdete Nutzungen müssen für die Zukunft in den Flussauen unbedingt verhindert werden. Hier sollten auch bereits bestehende Planungen im Lichte der Erkenntnisse der letzten Tage noch einmal auf die Sinnhaftigkeit überprüft werden. Die Planung und der Bau neuer Gewerbegebiete sowie von größeren Straßen in Auen, von zu errichtenden Gebäuden als auch andere und schon vorhandene Gebäude sind dringend hinsichtlich ihrer Hochwassergefährdung zu überprüfen. Wer jetzt noch in Hochwassergebieten baut oder Baugenehmigungen erwirbt und dadurch sein Heim oder anderes Eigentum gefährdet, handelt verantwortungslos.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es muss klar sein, dass es Nutzungsbeschränkungen in der Zukunft in den Auen geben wird und geben muss. Diese Beschränkung muss die Landesregierung schnellstmöglich umsetzen, damit weitere Fluten nicht noch größere Schäden erreichen als jetzt. Ich möchte gern mit den Worten eines großen Bundeskanzlers enden, der 1997 in Brandenburg sagte: Gebt den Flüssen ihren Raum! Danke schön.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Als nächster Redner hat Herr Abgeordneter Schröter das Wort.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, an dieser Stelle der Rednerliste ist es wohl besser, dass man einige Wiederholungen weglässt, die man sonst an anderer Stelle gesagt hätte. Trotzdem zur Situation in der Pleiße-Aue, um einmal das Bild zu vervollständigen und zu verdeutlichen: Auf einer Länge von etwa 15 km fließt die Pleiße in dem Bereich, wo sie über die Ufer getreten ist, normalerweise mit Pegelstän-

den zwischen 40 cm und 60 cm, an dem bewussten Tag mit 3,67 m in der Stadt Gößnitz, was zur Überflutung der Stadt beigetragen hat. Die Breite des Flusses beträgt normalerweise 6 bis 8 Meter. In dem besagten Ort Treben, wovon auch heute schon die Rede war, war der Fluss an dem Tag 800 Meter breit. Das verdeutlicht etwa das Bild und auch die genannten Zahlen: 920 Haushalte und Kommunen sind betroffen, aber auch Betriebe und Einrichtungen, über die in der Zukunft auch zu reden ist, das soll noch einmal verdeutlicht werden. Ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben und auch noch helfen, besonders auch bei den Freiwilligen, aber auch - und das möchte ich hinzufügen zu allem, was schon gesagt wurde - bei den Arbeitgebern, die ermöglichen, dass diese freiwilligen Helfer überhaupt ihre Tätigkeit ausführen können.

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

Der Landkreis Altenburger Land hat durch die Aufnahme in die Bundesliste der Hochwasserschäden eine Beachtung gefunden. Durch diese Aktivität gehen Mittel in den Landkreis, das muss man nochmals unterstreichen, 1,5 Mio. €, die sonst, wenn das nicht der Fall wäre, den Landeshaushalt sicherlich getroffen hätten. Eine hervorragende Leistung, eine Entlastung des Haushalts und damit auch eine schnelle Hilfe, die möglich ist. In zeitlicher Reihenfolge haben Herr Minister Dr. Sklenar, unser Fraktionsvorsitzender Herr Althaus und der Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel auch das Altenburger Land besucht und auch bei Opfern des Hochwassers Halt gemacht. Das hat eine gute Stimmung verbreitet und die Leute wissen, dass ihnen auch durch die Regierung besonders Unterstützung gegeben wird. Den Betroffenen helfen, das ist das Schnellste, was erforderlich ist, und trotzdem will ich hinzufügen, die Erfahrungen aus dieser Katastrophe müssen gründlich ausgewertet werden von Wetterwarnungen bis zukünftigen und baulichen Maßnahmen. Es darf dort keine Schnellschüsse geben, aber die Auswertung muss bald erfolgen. Denn wenn nicht in den nächsten zwei Wochen einmal aufgeschrieben ist, welche Pegelstände zu welchen Überflutungen geführt haben, wird das Ganze für die Zukunft vergessen.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Schemmel, weil der Richtigstellung halber dies erforderlich ist: Herr Schemmel, ich kann mir schon vorstellen, dass das wehtut, wenn der Landrat des Landkreises auf Anfrage in der Pressekonferenz zunächst gesagt hat, wir machen keinen Aktionismus und haben deshalb kein Spendenkonto aufgerufen. Wenn das dann andere schneller tun und man zieht nach, kann man dem ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Sie haben ein Parteikonto für Spenden für in Not geratene Menschen angegeben!)

Ich bitte, ich lasse mich gerne kritisieren, wenn mit einer Hilfe der Leute die ganze Sache einhergeht. Die verwaltungstechnischen Dinge, liebe Frau Dr. Klaubert, die

werden wir schon noch klären.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle die Hilfe der Leute vor das Rechtsproblem, das muss ich ehrlich sagen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Sonntag, Sie haben jetzt das Wort.

Abgeordneter Sonntag, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Worten des Dankes meiner zahlreichen Vorrednerinnen und Vorredner möchte ich mich anschließen, möchte diesen Dank noch dahin gehend erweitern, auch den Familien, die bei uns in Altenburg - und ich nehme an, auch anderswo in Thüringen - den Evakuierten Zuflucht gegeben haben, möchte ich ebenfalls meinen Dank ausdrücken, ich denke im Namen aller, und wir wollen hoffen,

(Beifall bei der CDU)

dass diese Familien baldmöglichst wieder in ihre Heimat zurückkehren können, um sich dort am Wiederaufbau beteiligen zu können oder zu müssen.

Meine Damen, meine Herren, nach solchen Ereignissen ist es natürlich leicht und, wenn man mal die Presselandschaft durchforstet, auch opportun mit Erkenntnissen, wie man es in Zukunft besser machen sollte, besser machen könnte, wohlfeil zu sein. In dem Zusammenhang hat mich natürlich das Bibelzitat von einer Sintflut - und viele von uns kennen ja die Geschichte - etwas, wie soll ich sagen, arg erschreckt. Denn, Herr Kummer, was wollten Sie denn mit diesem, ausgerechnet mit diesem Text

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Er hat auf China hingewiesen, da sind 10 Mio. Menschen von Wasser akut bedroht.)

den Betroffenen - ob das nun in China der Fall ist, Herr Ramelow, oder ob das im Elbegebiet der Fall ist - damit sagen? Wollten Sie die zu diesen Menschen stempeln, die man ersaufen lassen soll?

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: So eine Unterstellung!)

Ich hoffe, ich habe Sie da falsch verstanden, Herr Kummer, aber ich hätte mir an Ihrer Stelle genau überlegt, ob ich ausgerechnet dieses Bibelzitat nehme.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Hat er ja sicherlich.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Sonst hätte er es nicht gemacht.)

Meine Damen, meine Herren, wenn Sie sich die Ausführungen der Frau Becker noch mal in Erinnerung rufen - natürlich war es im Prinzip Glück, wenn ich mir die Wetterkarte vor Augen halte zu diesem Tief. So klein wie Thüringen ist, war es wirklich nur ein Zufall, 1 Prozent dieses Laufwegs der Wolken mehr nach Westen und Thüringen hätte es voll getroffen. Und, Frau Becker, wenn Sie sich mal die Zerstörungen in den Bergtälern in Sachsen, ich nehme mal das Müglitztal, ich könnte auch andere Täler nennen, vor Augen halten und dann Ihre Äußerungen vorhin, was die Bebauung betrifft, stellen Sie sich mal den Thüringer Wald vor, wissen Sie, was dann in den Tälern des Thüringer Waldes noch stehen dürfte, wenn man Ihre Äußerung wörtlich nimmt?

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das ist doch Käse.)

Meine Damen, meine Herren, es ist wunderschön, wenn man jetzt so ganz schnell mit Folgerungen kommt, aber ich warne davor, es ist mehrfach gesagt worden, wir müssen das gründlich auswerten. Ich bin auch stinksauer über die Rolle von Greenpeace, die in allen Medien im Prinzip versucht haben, hieraus, ich sage mal, sehr billiges Kapital zu schlagen, indem sie dort mit Halbwahrheiten, mit Unwahrheiten gegläntzt haben. Herr Kummer, Medienbilder sprechen eine deutliche Sprache, das stimmt. Nur, Sie haben das Beispiel des Sächsischen Landtags verwendet, ich gehe mal davon aus, Sie kennen die Örtlichkeiten nicht, der steht natürlich am Rande der Elbe. Aber abgesoffen - Entschuldigung für das vulgäre Wort - ist er mit dem Wasser der Weißeritz. Die Weißeritz, das ist ein Flüsschen, im Normalfall können Sie da problemlos durchlaufen, das ist gefasst, und zwar vor, ich nehme an, 100 Jahren ungefähr, von 3 m Breite. Dieses Flüsschen fließt weit weg vom Sächsischen Landtag in die Elbe und es hat trotzdem aufgrund des, wenn Sie wollen, nicht vorhersehbar starken Unwetters dazu geführt, dass das Wasser dieses winzigen Flüsschens große Teile Dresdens vor allem in der Altstadt unter Wasser gesetzt hat - den Zwinger, die Semperoper, den Hauptbahnhof, da ist es durchgeflossen, wie gesagt, das Wasser dieses kleinen Flüsschens - nicht die Elbe. Das Elbehochwasser kam nämlich dann im Prinzip zwei Tage später. Das sind solche Sachen, meine Damen, meine Herren, wenn man das nicht weiß, und ich maße mir nicht an, über die Örtlichkeiten in Dessau zu reden, weil ich das im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kummer, nicht so gut kenne wie Dresden, aber wenn man das nicht weiß, ist man sehr leicht geneigt, solchen Vorurteilen Folge zu leisten.

Und was die Baumaßnahmen dieses Autohändlers betrifft, meine Damen, meine Herren, die Dinger heißen Automobil - "mobil", d.h., die kann man wegfahren und das hat er auch gemacht, sonst wären wesentlich mehr Autos untergegangen. Das Problem dort war nämlich

nicht, dass dort gebaut worden ist, Herr Kummer, sondern, und hier gehe ich mal jetzt ausnahmsweise auf die Medien, auf die Diskussion in den Medien über die Wettervorhersagen ein, dort ist nämlich klipp und klar von dem Herrn Kachelmann nachgewiesen worden, dass der Deutsche Wetterdienst die Unwetterwarnung wesentliche Stunden zu spät abgegeben hat. Das werden wir in der Auswertung auch noch feststellen. Wäre die Unwetterwarnung gerade in den sächsischen Gemeinden rechtzeitig und flächendeckend erfolgt, ich will jetzt nicht spekulieren, was dann alles hätte vermieden werden können, aber das ist eine ganz wichtige Angelegenheit.

Abschließend, meine Damen, meine Herren, der Kollege Schröter hat es erwähnt, wenn in einem Flussauengebiet wie an der Pleiße bei uns ein Flüsschen von 8 m Breite auf 800 m Breite aufwächst, also das Hundertfache, dann kann ich gar nicht eine Besiedlung in diesem, sagen wir mal, Auengebiet verbieten, denn das Dörfchen Treben hätte ich komplett dann umsiedeln müssen und das Dörfchen Serbitz genauso. Das sind Forderungen, meine Damen, meine Herren, die sind für die Betroffenen nicht nur unreal, sondern das ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen, die jetzt mit den Wasserschäden erst mal wieder mühsam umgehen müssen. Deshalb bitte ich darum, dass im Ausschuss solche Schnellschüsse vermieden werden, dass wir wirklich gründlich arbeiten, dass wir uns auch Sachverstand wissenschaftlicher Art dazu herbeiziehen und dass wir dann Schlussfolgerungen ziehen, die a) bezahlbar sind und b) auch tatsächlich Hilfe leisten. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, ich beende die Aussprache. Es gibt jetzt den Antrag der PDS-Fraktion auf Fortsetzung des Berichts im Ausschuss für Naturschutz und Umwelt, soweit ich Herrn Kummer verstanden habe.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Ja, Herr Kummer hatte den Antrag gestellt im Auftrag der Fraktion.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Dann frage ich die beiden Fraktionen, die Aussprache zu dem Bericht gefordert haben, ob Sie mit der Überweisung einverstanden sind.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Aber Herr Sonntag hat doch gerade gesagt, er will das auch.)

Gut, dann hat sich eine Abstimmung über die Ausschussüberweisung erübrigt. Dann will ich nur fragen, ob es Widerspruch dazu gibt, dass dem Berichtersuchen Ge-

nüge getan worden ist? Es gibt diesen Widerspruch nicht, damit ist das Berichtersuchen erfüllt worden und ich kann den Tagesordnungspunkt schließen und rufe den **Tagesordnungspunkt**

Solidarität des Freistaats Thüringen mit den Betroffenen der Hochwasserkatastrophe

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 3/2655 -

auf. Gibt es den Wunsch zu begründen? Dann habe ich hier Herrn Abgeordneten Gentzel als ersten Redner.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst etwas zu dem sagen, was wir in den letzten Tagen, ja leider Wochen, in Deutschland erlebt haben. Angesichts der Hochwasserkatastrophe ist eine unglaubliche Welle der Solidarität durch unser Land gegangen. Die Menschen packen zu, man hilft sich, es gibt da kein Jammern, sicherlich an der einen oder anderen Stelle ein Fluchen und jeder tut, was er kann. Die, die vor Ort sind, tun, was dort zu tun ist; andere haben großzügig gespendet, alle bieten ihre Hilfe an. Auch ich möchte mich im Namen der Thüringer SPD bei all denen bedanken, die geholfen haben und weiter helfen. Sie im Einzelnen nennen zu wollen, hieße immer unvollständig zu sein, insofern will ich mich an dieser Stelle da nicht ins Detail erlassen, aber es sind ja schon so viele genannt. Ich glaube, da gibt es zwischen den Fraktionen hier im Haus nur Einverständnis.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Nicht nur in Grimma und in Dresden, auch in so unendlich vielen kleinen Städten und Dörfern, die nirgendwo genannt werden, erleben wir den Mut der Menschen und ihre Geschlossenheit. Sie sagen sich: Gemeinsam schaffen wir es. Es ist nicht viel übrig geblieben von der Behauptung, Solidarität oder soziales Handeln in unserer Gesellschaft wäre unmodern. Es ist ein Lichtblick, wenn man sich die trüben Fernsehbilder anschaut, wenn die so genannten Mitglieder der so genannten Null-Bock-Generation in der ersten Reihe an den Dämmen und in den Reihen der Sand Schaufelnden stehen.

(Beifall bei der SPD)

Neben der Hilfe gibt es also eine wichtige und ermutigende Lehre aus der Hochwasserkatastrophe, nämlich die, wie stark die Kraft der Gemeinschaft noch ausgeprägt ist in Deutschland.

Meine Damen und Herren, den Aufbau Ost hat das Hochwasser um Jahre zurückgeworfen. Die Naturgewalten haben viele um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Da heißt es helfen und da heißt es vor allen Dingen unbürokratisch

helfen. Wenn ich vom Helfen spreche, da bin ich mir auch an diesem Punkt gewiss, dass wir uns im Haus einig sind, wir müssen schnell und wir müssen entschlossen helfen und handeln. Ich sage an dieser Stelle, der Vorschlag der Bundesregierung mit dem Kern des Verschiebens der zweiten Stufe der Steuerreform tut weh, ist aber ohne Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich Sie um Ihre uneingeschränkte Zustimmung zu unserem Antrag. Zur Begründung will ich die Worte oder die Stellungnahme der IHK Thüringen - wir freuen uns natürlich, dass sie sich an dieser Stelle so klar geäußert hat - hier verlesen, weil das so kurz und knapp und so richtig ist, dass man da keine neuen Worte erfinden muss. Überschrift: "IHK Erfurt befürwortet Aussetzen der Steuerreform". "Die Industrie- und Handelskammer Erfurt befürwortet das Aussetzen der Steuerreform. An erster Stelle stehe für die Unternehmen jetzt die Solidarität mit Opfern der Hochwasserkatastrophe, sagte der IHK-Chef Nils Lund Chrestensen am Dienstag in Erfurt. Bei aller Enttäuschung über die zeitliche Verzögerung der nächsten Stufe der Steuerreform, von der sich gerade die ostdeutschen Firmen eine wirksame Entlastung versprochen hätten, dürfe die Not der Betroffenen nicht außer Acht gelassen werden. Im Vordergrund steht jetzt die Sicherung von geschäftlichen Existenzen und von Arbeitsplätzen." So viel zur IHK.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir nehmen gern zur Kenntnis, dass es bei der gestrigen Kanzlerrunde mit den Ministerpräsidenten viel Einigkeit gab, insbesondere bei der Errichtung eines Hilfsfonds für die Betroffenen dieser Katastrophe. Wir nehmen auch gern zur Kenntnis, dass der Bundeswirtschaftsminister gestern gemeinsam mit den Landesministern, mit den Vertretern von Industrie und Handwerk und der Finanzen einige Sofortprogramme auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne da die Soforthilfe für kleine Unternehmen, das heißt, schnelle Zuschüsse bis zu 15.000 €, ich nenne da den Schuldenerlass, ich nenne da die Zinsvergünstigung, ich nenne da die Eigenkapitalhilfe, ich nenne da die schnell zugesprochene Hilfe für Infrastruktur, ich nenne da die Unterstützung bei der Einstellung von Kurzarbeitern usw., usf. Das verstehen wir unter schnellem und unbürokratischem Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU hat gestern den Vorschlag gemacht, die Gewinne der Bundesbank zur Finanzierung der Hochwasserschäden zu verwenden. Zu dem möchte ich im Augenblick Folgendes sagen und da auch

gern auf Sie, Herr Althaus, eingehen: Sie haben den Bundeskanzler kritisiert, weil er in einer gewissen Phase über die Verwendung vom Solidarpakt gesprochen hat. Wenn Sie den Bundeskanzler an dieser Stelle kritisieren; ADN: "Vogel hält Inanspruchnahme für Solidarpakt II für Flutopfer für möglich."

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
Das ist doch Quatsch.)

Sie können es schriftlich haben von mir. "Nach Auffassung von Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel können vorübergehend Mittel aus verfügbaren Fonds wie dem Solidarpakt II bereitgestellt werden."

(Zwischenruf aus dem Hause: Das kann doch nicht wahr sein!)

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident:
... Das stammt nicht von mir. Das muss doch nicht wahr sein.)

Natürlich weiß ich, dass ungefähr 12 Stunden später - das ist die gleiche Quelle - gesagt wird, dass Sie gesagt haben, der Solidarpakt ist keine Kasse für Not- und Katastrophenfälle. Aber das zeigt doch die Konfusion, die bei Ihnen geherrscht hat in diesem Zeitraum.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man innerhalb von 12 Stunden über ADN zwei anders lautende Meldungen dazu bekommt.

Aber nun zu Ihrem Vorschlag: Der Vorschlag bedeutet, dass bis Ende des Jahres noch einmal 7,7 Mrd. € mehr Schulden im Bundeshaushalt anfallen. Daraus folgt für die nächsten 11 Jahre noch einmal pro Jahr eine Zinszahlung - denn es sind mehr Schulden, deshalb sind mehr Zinsen fällig - von jeweils 400 Mio. € auf 11 Jahre, das heißt, wir müssen uns Ihre 7,7 Mio. € Soforthilfe auf die nächsten 11 Jahre mit 4,4 Mrd. € erkaufen. Meine Damen und Herren, an der Stelle bin ich ziemlich deutlich, das ist die Fortsetzung der Waigel'schen Schuldenpolitik und da machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch, in einer Phase, in der uns die Europäische Union Hoffnung auf nicht unerhebliche Hilfe zur Beseitigung der Hochwasserkatastrophe macht, sollten wir im Übrigen auch die Maastricht-Kriterien nicht ganz aus dem Auge verlieren.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Aha,
plötzlich.)

Zweitens: Meine Damen und Herren, ich möchte warnen vor einer "Stattdessen"-Politik. Nicht in dem gleichen Stil, wie es heute die Frankfurter Rundschau getan hat unter

der Überschrift "Der Stoibersalto", auf dieses will ich gar nicht eingehen. Ich will auf etwas anderes aufmerksam machen. Wenn es stimmt und es gibt keinen Grund, dies zu bezweifeln, gibt der Sächsische Ministerpräsident so ungefähr den Schaden allein in Sachsen mit 15 Mrd. € an. Das heißt, es ist nicht unwahrscheinlich, dass wir in Zukunft noch einmal über zusätzliche Mittel für diesen Fond reden müssen und in diesem Zeitraum eine "Stattdessen"-Politik zu führen und den Leuten andere Dinge zu versprechen, halte ich - vorsichtig gesagt - für sehr gefährlich schon im Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Als Drittes, auch das will ich hier deutlich sagen, ich habe es schon gesagt: Die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform schmerzt, aber wenn ich mich erinnere, wie diese Steuerreform und auch die zweite Stufe von einigen Leuten in Grund und Boden geredet worden ist, als nutzlos und sinnlos dargestellt worden ist und genau die Gleichen beweinen jetzt das Verschieben dieser zweiten Stufe der Steuerreform, dann muss ich mich schon fragen, wie ernsthaft die Argumente und die Befürchtungen wirklich auf diesen Seiten sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aber die CDU hat gestern auch angekündigt, die Vorschläge der Bundesregierung nicht zu blockieren. Wir halten diese Entscheidung für richtig, weil die somit umgesetzten Vorschläge der Bundesregierung am besten geeignet sind, den Menschen vor Ort zu helfen. Ich glaube, wir freuen uns alle, wenn den Menschen vor Ort geholfen wird. Jetzt ist der Weg frei für eine schnelle und konsequente Hilfe. Wir werden so auch in diesem Haus nicht nur von Solidarität reden, sondern wir werden sie praktisch üben. Auch deshalb bitte ich Sie, auch im Sinne sicherlich der Menschen in diesen geschundenen Gegenden, in den Katastrophengebieten, um Zustimmung zum SPD-Antrag. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Huster, Sie haben als Nächster das Wort.

Abgeordneter Huster, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist an dieser Stelle heute schon sehr häufig geäußert worden, wie stark der Rückschlag für den Aufbau Ost durch dieses verheerende Hochwasser in Deutschland ist. Fakt ist auch, dass möglichst schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen kommen muss, damit nicht Resignation, Abwanderung oder beides gemeinsam entsteht. Richtig ist deshalb vom Grundsatz her die Einigung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler von gestern und

auch die nun anlaufenden Hilfen für Bürger, Unternehmen und die betroffenen Länder. Ich sage aber auch, vom Grundsatz her richtig. Über die Finanzierung der Hilfen bestehen bekanntlich zwischen den Parteien Unterschiede. Die Union will die Bundestagsgewinne verwenden

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Der Bundestag hat noch keine Gewinne gemacht.)

- Entschuldigung, die Bundesbankgewinne - und ich stimme dem zu, was Herr Gentzel gesagt hat, ich halte das für falsch, weil es doch bloß eine verdeckte Schuldenaufnahme ist. Nein, ich denke, auch wenn wir uns einig sind, dass die Beseitigung der Schäden eine nationale Anstrengung erfordert, dann sollte das überlegt werden, was 1990 verabsäumt wurde. Vermögende und große Unternehmen sollen zur Finanzierung der Schäden mit herangezogen werden, denn klar ist schon jetzt, dass die Gesellschaft und dass vor allem die kleinen und mittleren Einkommen die Last mittragen werden. Aber ich meine, vermögende und große Unternehmen sollten zur Finanzierung mit herangezogen werden.

(Beifall bei der PDS)

Die Aussetzung der zweiten Stufe der Steuerreform als kurzfristige Maßnahme bezeichnen wir als sinnvoll, allerdings aus verteilungspolitischen Gesichtspunkten als nicht ausreichend. Auch was gestern angekündigt wurde, den Körperschaftsteuersatz von 25 auf 26,5 Prozent für ein Jahr zu erhöhen, ist absolut nicht ausreichend, wenn man an dieser Stelle vielleicht zwei Fakten bedenkt: erstens, dass gerade dieser Teil der Steuerreform sich für die öffentlichen Haushalte sehr verheerend ausgewirkt hat, und zweitens, dass es zumindest bisher so war, dass 1 Prozent der Körperschaftsteuer in etwa 1 Mrd. € an Einnahmen gebracht hat. Allein im 1. Halbjahr 2002 ist es so, dass die Kapitalgesellschaften in Deutschland 1,3 Mrd. € mehr vom Fiskus rückerstattet bekommen haben, als sie Steuern gezahlt haben. An der Stelle macht es sicher keinen Sinn, die Steuerreform insgesamt zu bewerten, weil wir sicher auch in der Pflicht stehen, hier parteipolitische Auseinandersetzungen aus dem Raum zu halten. Ich meine aber, dass gerade dieser Teil der Steuerreform insgesamt der problematischste ist, und man sollte sich überlegen, ob man nicht Teile dieser Reform kräftiger rückgängig machen könnte, und dann hätten wir möglicherweise auch Spielräume, die mittleren und kleinen Einkommen so, wie beabsichtigt, auch zu entlasten.

(Beifall bei der PDS)

Wenn man die prognostizierte Höhe der Schäden in Sachsen-Anhalt und in Sachsen beziffert - das ist überschlagen, jetzt sind 25 Mrd. € im Raum -, so weiß man auch, dass es nach den jetzigen Finanzierungsvorschlägen weitere Finanzierungsvorschläge geben muss und die bis jetzt in Aussicht gestellten Gelder bei weitem nicht ausreichen werden. Am problematischsten am jetzigen Vorschlag, Herr

Gentzel, ist - das ist in der öffentlichen Debatte und das haben Sie selbst angesprochen -, dass der Teil der Steuerreform ausgesetzt wurde, der die mittleren und kleinen Betriebe, die als Personengesellschaften organisiert sind, und im Prinzip alle Einkommenssteuer Zahlenden in diesem Land nicht entlastet, wie das beabsichtigt war. Das ist konjunkturpolitisch höchst fragwürdig, aber ich würde mich Ihrer Auffassung anschließen, dass es schmerzhaft ist, ich denke aber auch eben skizziert zu haben, dass es nicht alternativlos ist, wie Sie das dargestellt haben.

Man könnte natürlich im Bundeshaushalt, wie das Österreich sofort gemacht hat, andere Prioritäten setzen. Und Sie wissen ja, Österreich hat zumindest einen Teil des Eurofighter-Programms sofort gestoppt.

(Beifall bei der PDS)

Aber auch dann, meine Damen und Herren, ist klar, dass das Geld nicht reichen wird und zusätzliche Überlegungen anzustellen sind auch über die unmittelbare Beseitigung der Hochwasserschäden hinaus. Ihnen ist bekannt, dass die PDS hier insbesondere an die Verteilungsgerechtigkeit im Land denkt. Da möchte ich nur daran erinnern, dass wir die Wiedereinführung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen für Kapitalgesellschaften wollen, dass wir eine Vermögenssteuer wieder einführen wollen auf einer veränderten, verfassungskonformen Grundlage und dass ich auch der festen Überzeugung bin, dass die von den Attac-Verbänden geforderte Tobin Tax tatsächlich ein Mittel wäre, erstens die Ausuferung in den Börsenmärkten zu kontrollieren, Geld wieder in reale Wirtschaftskreisläufe zu bringen und zusätzliche Einnahmen auch im Bundeshaushalt zu ermöglichen. Die Experten gehen davon aus, dass schon eine geringe Besteuerung zu Mehreinnahmen von mindestens 100 Mrd. € im Jahr führen würde.

(Beifall bei der PDS)

Summa summarum, zur Finanzierung der Schäden müssen weitere Einnahmemöglichkeiten geprüft werden und die Gesellschaft darf nicht im Wesentlichen die Schäden aus diesem Hochwasser allein tragen. Aus dem Genannten, Herr Gentzel, folgt für uns, dass wir Ihren Antrag nicht blockieren wollen, aber eben nach dem Gesagten auch nicht kritiklos hinnehmen. In Punkt 2 Ihres Antrags plädiere ich ebenso wie die CDU für die Ausschussüberweisung. Ich halte das für das Sinnvollste.

Abschließend lassen Sie mich sagen, dass das verheerende Hochwasser und seine Folgen nicht in einem Jahr zu bewältigen sein werden. Es wird noch über Jahre hinaus erhebliche Mittel brauchen, vor allem dann, wenn der Aufbau II genutzt wird, alte Fehler zu vermeiden. Insofern ist dann auch die Chance gegeben, durch eine integrierte Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in den betroffenen Gebieten sich langfristig selbsttragende Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Huster, lassen Sie Herrn Schwäblein's Nachfrage zu? Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Abgeordneter, ist Ihnen bekannt, dass der Herr Haider in Österreich die zugegebenermaßen sehr populistische Debatte mit den Rüstungsbeschränkungen eingeführt hat, und das vornehmlich aus innerparteilichen Gründen? Ist Ihnen der Name bekannt in dem Zusammenhang

(Heiterkeit bei der CDU, SPD)

und der Anlass und die sehr starke Form des Populismus und merken Sie, dass Sie auf einem ähnlichen Weg sind, mit Populismus hier zu versuchen Punkte zu machen?

Abgeordneter Huster, PDS:

Herr Schwäblein, bei allem Bemühen, Ihre Parallelität kann ich natürlich nicht nachvollziehen. Das ist mir so nicht bekannt. Ich habe mich lediglich darauf bezogen, dass über die Medien die Nachricht kam, dass Österreich andere Prioritäten setzt,

(Zwischenruf Abg. Vopel, CDU: Das ist aber weich gewaschen, sehr weich gewaschen.)

und ich bin der Meinung, dass auch wir im Rahmen genau dieser Debatte im Bundeshaushalt darüber nachdenken sollten, ob man andere Prioritäten setzen kann.

(Beifall bei der PDS)

Ob das nun Herr Haider fordert oder nicht, dass die PDS zu Rüstungsprojekten eine äußerst kritische Auffassung hat, dürfte Ihnen bekannt sein. Das ändert sich auch nicht, wenn Herr Haider in diese Richtung Politik macht.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben eine Naturkatastrophe von in Deutschland nicht gekanntem Ausmaß und Schäden, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht mehr erlebt haben. Es ist selbstverständlich, und das haben auch die Redner vor mir getan, unsere Gedanken sind zunächst bei den Betroffenen, denen geholfen werden muss, aber fast noch wichtiger, denen Mut gemacht werden muss,

(Beifall bei der CDU; Abg. Gentzel, SPD)

damit die Hilfe nützt. Natürlich gilt auch mein Dank den Helfern, den dienstlich dazu Tätigen wie den Freiwilligen in besonderem Maß. Herr Kollege Milbradt hat gestern gesagt, in Dresden haben sich alle deutschen Landsmannschaften wiedergefunden. Das ist ein gutes Zeichen. Ich danke natürlich vor allem den Helfern, die aus Thüringen kamen, und ich wiederhole einen Satz, den ich vor Monaten in ganz anderem Zusammenhang gebraucht habe: Die Tugend der Mitmenschlichkeit ist in Deutschland nicht verloren gegangen, sie wird in vorbildlichem Umfang geübt.

(Beifall bei der CDU)

Ein Beispiel dafür sind die vielen Initiativen für private Hilfen. Denn was wir auch tun und beschließen, der Staat stößt in dieser Sache irgendwo an Grenzen. Allein das eine Beispiel, dass die Gemeinschaftssendung vom Mitteldeutschen Rundfunk und Bayrischen Rundfunk aus Burg bei Magdeburg in wenigen Tagen 24 Mio. € Spenden erbracht hat, das ist eine Summe, die für eine solche Aktion völlig ohne Beispiel ist. Ich bedanke mich für alle Initiativen, die diesbezüglich - von wem auch immer - im Freistaat ergriffen worden sind. Unser Land ist nur in überschaubarem Maß betroffen, obwohl das den Betroffenen natürlich nichts hilft im Altenburger Land, in einigen Eichsfeldgemeinden und in einigen Nachbargemeinden des Altenburger Landes. Auch da ist Hilfe notwendig. Der Herr Staatssekretär hat es vorhin gesagt, wo notwendig, wird sie von uns auch geleistet. Wir sind froh, dass der Bund, der uns verständlicherweise in der ersten Eile übersehen hatte, jetzt auch Hilfe in das Altenburger Land aus den Sofortprogrammen hat fließen lassen.

Wir sind besonders, glaube ich, davon betroffen, dass, bis auf Hessen, alle unsere Nachbarn im Mittelpunkt der Schädigung stehen. Die Bayern, die Sachsen, die Sachsen-Anhaltiner und seit einigen Tagen auch die Niedersachsen. Ich habe selbstverständlich, als die ersten Nachrichten kamen, sofort, zunächst dem Kollegen Milbradt und dann den anderen Kollegen, jede uns mögliche Hilfe angeboten.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Was nun die Behebung der Schwierigkeiten betrifft, so möchte ich zunächst einmal sagen, es gibt ein paar Punkte, über die besteht Einigkeit und über die bestand auch gestern bei dem Gespräch aller meiner Kollegen und mir mit dem Bundeskanzler und den einschlägigen Ministern Einigkeit. Es handelt sich um eine nationale Katastrophe und es ist schnelle Hilfe unabdingbar geboten. Das ist gemeinsame Meinung von uns allen. Es besteht auch Einigkeit, es muss jetzt so schnell wie möglich ein allein dafür verfügbarer Fonds mit etwa 10 Mrd. € geschaffen werden. Ob das reicht oder ob das nicht reicht, das weiß zur Stunde keiner, weil ja zum Teil noch Schäden zu befürchten sind, die noch gar nicht eingetreten sind. Die Summen, die

jetzt genannt werden, sind ebenfalls nur vorläufige erste Schätzungen. In Sachsen spricht man von 15 Mrd. €, in Sachsen-Anhalt von 6 Mrd. €, in Bayern von bis zu 2 Mrd. €. Meine Damen und Herren, die dürfen auch nicht einfach addiert werden, denn da sind natürlich auch Schäden darunter, für deren Behebung andere rechtlich verantwortlich sind und die Verantwortung auch wahrnehmen können. Ich sage noch einmal, es ist Einigkeit, dass jetzt ein Fonds gebildet werden muss, in dem 10 Mrd. € zunächst einmal zur Verfügung stehen. Schließlich besteht Einigung, dass diese Hilfe drei Schwerpunkte haben muss: einmal unmittelbare individuelle Hilfe, wo Hausrat und anderes unwiederbringlich vernichtet ist und die Leute vor dem Nichts stehen; zweitens und vor allem, dass Betriebe - vom Handwerksbetrieb bis zur großen Industrieunternehmung - so schnell wie möglich wieder arbeitsfähig gemacht werden müssen, damit nicht weitere Arbeitslosigkeit entsteht, damit gefüllte Auftragsbücher nicht abgeworfen werden von anderen, die liefern können und damit diese Betriebe ebenfalls mit beteiligt werden können an der jetzt notwendigen Aufbauarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Und drittens sind diese Mittel gedacht für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen, der Länder und des Bundes, weil jeder weiß, dass wahllos Kreisstraßen, Gemeindestraßen, Landesstraßen, Bundesstraßen, Fernverbindungen, Nahverbindungen der Bahn zerstört worden sind und möglichst schnell wieder hergestellt werden müssen. Diesbezüglich, alles, was ich bisher dazu genannt habe, darüber besteht Einmütigkeit. Unterschiedliche Meinung ist darüber vorhanden, wie diese 10 Mrd. € aufgebracht werden sollen. Meine Damen und Herren, es muss doch noch erlaubt sein, über diese nicht unwichtige Frage unterschiedliche Meinungen zu haben. Der Bund, Sie wissen es, will die zweite Stufe der Steuerreform erst ein Jahr später in Kraft treten lassen, das geltende Gesetz ändern und das Ganze vom 01.01.2003 auf den 01.01.2004 verschieben. Nicht jedermann weiß, was diese zweite Stufe beinhaltet. Diese zweite Stufe der Steuerreform beinhaltet eine deutliche Heraufsetzung des Steuerfreibetrags, Grundfreibetrags. Die zweite Stufe beinhaltet eine Absenkung des Eingangsteuersatzes und folglich auch eine Absenkung des Spitzensteuersatzes.

Verehrter Herr Kollege Gentzel, in der Tat, wir waren gegen die Steuerreform, weil wir die erste Stufe für falsch gehalten haben, die Freistellung der Kapitalgesellschaften.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Richtig.)

Es hat sich erwiesen, dass das ein ungeheurer Fehler war, weil es eben dazu führt, dass wir so gut wie keine Einnahmen mehr aus der Körperschaftssteuer haben.

(Beifall bei der CDU)

Als wir dieses kritisch sagten, Sie können es ja in den Protokollen nachlesen, sind wir immer auf die zweite Stufe verwiesen worden, weil es geheißen hat, ja die erste begünstigt die großen Kapitalgesellschaften, aber wartet nur, die zweite wird den kleinen Mann begünstigen durch die Absenkung des Eingangsteuersatzes und durch die Erhöhung des Freibetrags. Unsere Kritik setzt ein, dass diese Stufe jetzt ausgerechnet verschoben werden soll. Wir haben, und das wird doch erlaubt sein, gegen diesen Vorschlag der Bundesregierung Bedenken. Nun gibt es Parteien, die melden Bedenken an, aber sagen nicht, wie sie es denn anders machen wollen. Da gibt es eine Partei, die nicht hier im Hause vertreten ist, die ist geradezu olympiaverdächtig im Ablehnen, die aber keine Vorschläge macht. Wenn ich sage, wir sind uns einig, wir brauchen 10 Mrd. €, dann kann ich ja nicht sagen, ich lehne das ab und damit war es das. Im Übrigen bin ich sehr gespannt, wie die FDP-Repräsentanten in den Regierungen, an denen sie beteiligt sind, das sind fünf, darunter ein bis zwei betroffene Länder, wie die sich im Abstimmungsverhalten dann darstellen werden. Das wollen wir erst einmal sehen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Herr Westerwelle gibt flotte Erklärungen ab, aber abgestimmt wird im Bundesrat und das kann man ja dann kontrollieren.

Also, wir sind nicht für die Verschiebung der zweiten Stufe, weil wir sagen, das bedeutet soziale Schiefelage, wenn jetzt die Kleinen und Mittleren allein dazu beitragen, diesen Betrag aufzubringen, und weil wir sagen, die stagnierende Konjunktur verträgt jetzt nicht, dass auf diese Steuersenkung verzichtet wird. Das ist ja nicht allein unsere Meinung. Der Vorstandschef unserer Landesbank hat dieser Tage gesagt, eine Verschiebung der nächsten Stufe der Steuerreform führt zu einer erheblichen Belastung der Konjunktur.

Meine Damen und Herren, es kommen auch wieder die Arbeitslosigkeitsmeldungen für den August in der übernächsten Woche. Dann wird plötzlich zu Recht wieder gefragt werden, was geschieht denn, um die Konjunktur anzukurbeln. Aus diesem Grund - soziale Schiefelage, Stagnation der Konjunktur - sind wir der Meinung, dass dieser Weg nicht richtig sei. Dabei räume ich ein und habe das ja auch selbst immer gesagt, wenn man die zweite Stufe verschiebt, dann müsste man konsequenterweise auch die völlige Freistellung der Körperschaftssteuer rückgängig machen. Der Bund hatte das vergessen. Jetzt hat er nachgelegt und hat gestern angekündigt, er will von 25 Prozent auf 26,5 Prozent erhöhen. Das ist systematisch richtig. Wenn ich die Steuersenkung rückgängig mache, muss ich sie auch dort rückgängig machen. Ich füge allerdings hinzu, meine Damen und Herren, gegenwärtig ist das Einkommen aus der Körperschaftssteuer null. Ob ich null mit 25 Prozent besteuere oder mit 26,5 Prozent, null bleibt null.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist zwar die Symmetrie hergestellt, das ist richtig, aber nicht mehr Geld in der Kasse. Wir bieten eine Alternative an.

Meine Damen und Herren, ich bin ja nicht gerade bekannt für Schwarzweißmalerei. Ich räume ausdrücklich ein, auch die Alternative hat ihre Probleme. Man muss nur zum Schluss abschätzen, welche Probleme man vorrangig und welche man nachrangig sieht. Der Vorteil unserer Lösung "Finanzierung aus dem Bundesbankgewinn" ist zunächst einmal, dass das Geld da ist, das heißt, dass es verlässlich da ist, während, meine Damen und Herren, die Verlegung der Steuerreform uns ja nicht sagt, ob das Geld, die 10 Mrd., tatsächlich in die Kasse kommen. Wenn die nächste Steuerschätzung vorliegt, werden wir sehen, dass möglicherweise die 6,9 Mrd. von den 10, die aus der Verschiebung der zweiten Stufe kommen sollen, nicht in die Kassen fließen. Deswegen ist unsere Lösung die verlässlichere Lösung, die nicht auf Sand gebaut ist, sondern tatsächlich sofort den notwendigen Fonds auffüllt.

Aus dem Grund sage ich, die Bundesregierung schlägt die nach unserer Meinung zweitbeste Lösung vor. Weil aber Schnelligkeit geboten ist - ich hatte das vorhin unter den Punkten genannt, wo wir einig sind - haben wir die Absicht, die Maßnahmen der Bundesregierung nicht zu behindern. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir sie blockieren und unsere nicht durchsetzen können, dann wird den Menschen nicht geholfen und das darf nicht eintreten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist unsere Position völlig klar. Wir haben eine andere Alternative. Wir werden diese andere Alternative auch praktizieren, wenn wir dazu eine Mehrheit haben sollten ab September. Aber wir werden nicht bis Oktober warten, weil dann den Menschen nicht geholfen werden kann, und deswegen werde ich dem Thüringer Kabinett nach heutigem Stand vorschlagen, diesen Vorschlag der Bundesregierung im Bundesrat nicht zu blockieren, wenn wir - wohl in der übernächsten Woche - zu einer Sondersitzung zusammenkommen werden.

Jetzt will ich noch eine Bemerkung machen zur europäischen Hilfe, denn zwischen 6,9 Mrd. geschätzter Einnahmen aus der Verschiebung und 10 Mrd., die wir brauchen, klafft ja noch eine Lücke. Da ist ein Betrag von 1 Mrd. aus Europa eingesetzt. Ich weiß, dass es viele Bemühungen gibt, das zu erreichen. Nur, meine Damen und Herren, wenn man die bisherigen Bereitschaftserklärungen aus Brüssel prüft, dann handelt es sich meistens um die Zustimmung, uns zustehende Mittel anders zu verwenden, und nicht um zusätzliches Geld.

Hier mache ich darauf aufmerksam, dass noch gearbeitet werden muss und dass noch ein Fragezeichen steht. Ich will also klar hier sagen: Es wird die Hilfe kommen. Wenn sie nicht auf dem nach unserer Meinung besten Weg

kommt, kommt sie auf dem zweitbesten Weg. Denn vorrangig ist, dass nach allem, was wir erlebt, und nach allem, was wir gesagt haben, jetzt tatsächlich auch geholfen wird. Ich möchte aber noch drei Dinge, die bei dieser Hilfe wichtig sind, anfügen. Erstens: Man möge bitte den Mittelstand am Aufbau dessen, was zerstört worden ist, voll beteiligen.

(Beifall bei der CDU, PDS)

Es darf jetzt nicht dazu kommen, dass ein paar Großfirmen - möglicherweise aus ganz Europa - diese Aufgabe übernehmen, sondern die Aufträge müssen so erteilt werden, dass auch der Mittelstand und auch der kleine Handwerksbetrieb sich an dieser Aufbauarbeit beteiligen kann.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens, meine Damen und Herren: Die Not der Landwirtschaft darf nicht übersehen werden, auch wenn das eine kleinere Bevölkerungsgruppe ist.

(Beifall bei der CDU)

Die Not besteht nicht nur darin, dass wir aus dem Gemeinschaftsprogramm Agrar- und Küstenschutz die Deiche verstärken, sondern sie steht auch in der unmittelbaren Hilfe für die Landwirte, die ihre Ernte vernichtet sehen und die ihre Chancen, eine neue Ernte im nächsten Jahr einzubringen, gemindert sehen.

Das Dritte, meine Damen und Herren, das will ich noch einmal ausdrücklich sagen: Es hatte eben nun einmal diese Katastrophe mehr ostdeutsche als westdeutsche Länder getroffen. Aber es war keine ostdeutsche Länderkatastrophe, weil eben auch Bayern und jetzt zunehmend auch die norddeutschen Länder betroffen sind. Wir dürfen durch die Bewältigung dieser Katastrophe das Ziel des weiteren Aufbaus der neuen Länder nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, Herr Gentzel, ich habe das auch gelesen, nur habe ich es nicht gesagt und habe deswegen dem auch sofort widersprochen - ich will jetzt noch einmal für die etwas Skeptischeren oder Langsameren sagen, ich habe von Anfang an gesagt, der Solidarpakt II ist der notwendige zweite Teil der Ausbauhilfe und ist nicht der Notgroschen für Katastrophen, die irgendwo auftauchen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich, meine Damen und Herren, wenn die erste Not behoben ist, die hat jetzt Vorrang, dann empfehle ich allen, auch uns - wir, Herr Kollege Schuchardt, sollten uns dann auch die Zeit nehmen, Lehren aus dem, was geschehen ist, zu ziehen. Es gibt eine Menge Lehren, sowohl für den aktiven Hilfsdienst als auch für die langfristige Gefahrenabwehr, die aus dem Erlebnis, das Gott

sei Dank niemand, der heute lebt, schon erlebt hat, zu ziehen sind. Was den steuerrechtlichen Teil der Frage des Berichtersuchens der SPD-Fraktion betrifft, wird Herr Kollege Trautvetter noch kurz Stellung nehmen, weil das seine Sache ist. Ich will nur noch einmal sagen: Schnelle Hilfe hat absolute Priorität. Wir werden diese schnelle Hilfe nicht verhindern, auch wenn wir meinen, der gewählte Weg sei nicht der beste, und wenn wir die Möglichkeit haben, werden wir den besten Weg wählen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat sich noch gemeldet der Abgeordnete Höhn, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann ich meine Ausführungen nicht beginnen, ohne auch von meiner Seite meine Hochachtung und meinen Respekt vor all denjenigen zu bekunden, die in den betroffenen Hochwassergebieten teilweise unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben und immer noch kämpfen. Ich möchte aber einige Ausführungen von Herrn Kollegen Althaus und auch von Ihnen, verehrter Herr Ministerpräsident, zum Anlass nehmen und hier noch einige Dinge klarstellen, die einfach klargestellt werden müssen, wenn wir sachlich fair mit diesem Thema umgehen wollen.

Zur Chronologie des Ganzen: Der Bundeskanzler hat bei seinem allerersten Besuch in dem Katastrophengebiet unter dem auch für ihn sichtlich erschütternden Eindruck zunächst in der Tat den Satz gesagt, dass man die Möglichkeit erwägen könne, den Solidarpakt vorzuziehen. Was ist daraufhin passiert? Ob Sie das nun, Herr Ministerpräsident, jetzt so, wie von Herrn Gentzel angesprochen, gesagt oder nicht gesagt haben, am Ende bleibt der Fakt, dass aus den Reihen der Union unisono eine Ablehnung dieses Weges, den Solidarpakt vorzuziehen, von vornherein vormarkiert worden ist. Das bleibt ja eine Tatsache. Ich will die anderen widersprüchlichen Aussagen zunächst gar nicht weiter bewerten.

Dann gab es am Samstag letzter Woche ein Treffen, das hat schon für Furore gesorgt, allerdings, glaube ich, zu einer recht zweifelhaften Furore. Als nämlich sich die Ministerpräsidenten der betroffenen Länder - halt, ich muss einschränken, unter Nichteinbeziehung eines anderen betroffenen Landes - getroffen haben und darüber beraten haben, wie hoch denn die Schäden sein könnten, sind sie diesbezüglich zu keinem Ergebnis gekommen, aber haben schon von vornherein der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass alles, was die Bundesregierung zur Verfügung stellen wird, ohnehin zu wenig sei.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Höhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordneter Höhn, SPD:

Herr Kollege.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Kollege Höhn, Sie haben eben behauptet, ein Land wäre nicht beteiligt gewesen bei diesem Gespräch. Würden Sie mir zustimmen, dass eine Beteiligung gegeben ist, wenn der stellvertretende Ministerpräsident dieses Landes teilnimmt? Und das ist geschehen.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Ich hielt es für geboten, dass man die Ebene beibehält und dass der Ministerpräsident des Landes Brandenburg an dieser Beratung teilgenommen hätte.

(Beifall bei der SPD)

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, das hätte sich einfach gehört.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Der Innenminister war doch da. Herr Platzeck hatte wohl keine Zeit.)

Wie die Öffentlichkeit diesen Umstand bewertet hat, muss ich Ihnen ja nicht noch einmal darlegen. Aber ich will das Thema an dieser Stelle überhaupt nicht vertiefen. Fakt ist eins, Sie haben zumindest schon am letzten Samstag versucht dieses Thema parteipolitisch zu instrumentalisieren, das bleibt eine Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Höhn, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abgeordneter Höhn, SPD:

Wenn es sich denn nicht vermeiden lässt.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Ich bin nun halt Wissenschaftspolitiker und habe es gern mit der Exaktheit.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wäre es dann nicht besser gewesen, Ihrerseits zu sagen, das Land Brandenburg sei unzureichend beteiligt gewesen, als hier zu behaupten, es sei gar nicht beteiligt gewesen?

Abgeordneter Höhn, SPD:

Wenn es Sie glücklicher macht, dann lassen wir es bei der von Ihnen vorgeschlagenen Formulierung. Aber zum eigentlichen Thema, zur Chronologie: Also am Samstag hat dieses Treffen stattgefunden, wo man festgestellt hat, dass alles das, was die Bundesregierung tun wird, ohnehin zu wenig sei. Am Samstag hat der Kandidat der Union für das Bundeskanzleramt folgenden Satz gesagt und ich darf das mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, aus der "Financial Times Deutschland" vom heutigen Tage zitieren, Sonntag ZDF - Herr Stoiber: "Sich nicht an die Maastricht-Kriterien zu halten, also in die Verschuldung zu gehen, das bedeutet natürlich langfristig eine höhere Inflation. Ich kann nicht eine Katastrophe mit einem langfristigen Übel bekämpfen."

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Recht hat er!)

(Beifall bei der SPD)

Sehr wohl, ein guter Satz. Am Montag nun die Entscheidung der Bundesregierung und das kam offensichtlich völlig überraschend für die Union, einen ganz anderen Weg einzuschlagen, einen Weg, der offensichtlich auch in breiten Kreisen der deutschen Wirtschaft, der Verbände, der Industrie, der Kammern mitgetragen wird, ja sogar von vielen Bundesländern mitgetragen wird, der kam so überraschend für Sie, dass aus dem Lager der Union nur noch Konfusion sich breit machte.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Genau!)

(Beifall bei der SPD)

Und ich muss sagen, die Halbwertszeit der einzelnen Aussagen einschließlich Ihrer, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, und vor allen Dingen von Herrn Stoiber, die konnte man schon nur in wenigen Stunden messen. Das war aus meiner Sicht der Versuch, ein wirklich für die Menschen wichtiges Signal nach außen zu tragen, das neben den freiwilligen Helfern, die wirklich an dieser Flutfront gekämpft haben und kämpfen, auch ein Signal aus den Reihen der Politik setzen wollte, dass man da auch in gleichem Maße diesen Kampfesmut gemeinsam dokumentiert. Dieses Anliegen haben Sie auf einem für mich sehr zweifelhaften politischen, womöglich wahltaktischen Altar geopfert und das finde ich bedauerlich, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Wenn hier gesagt wird, dass dieser Weg, diese Alternative, die für mich persönlich - und ich stütze mich da auf die Aussagen namhafter Wirtschaftswissenschaftler - keine Alternative ist. Um es Ihnen noch einmal zu verdeutlichen: Welche Wirkung hat denn die Finanzierung dieser Katastrophe aus den Bundesbankgewinnen? Ich darf Ihnen hier sozusagen vorrechnen, dass von diesen 11,2 Mrd € im Jahr 2001 rund 8,4 Mrd. € der Anteil innerhalb des Bruttoinlandsprodukts waren, die für die Maastricht-Kriterien relevant gewesen sind. Also diese 8,4 Mrd. € haben konkret dazu beigetragen, die Verschuldungsgrenze unter 3 Prozent zu halten. Würden diese Bundesbankgewinne jedoch jetzt zur Finanzierung dieser Wiederaufbaumaßnahmen eingesetzt, stünden den Einnahmen des Bundes entsprechende, allerdings defizitwirksame Ausgaben gegenüber. Und die Wirkung, meine Damen und Herren, ist die gleiche wie eine Kreditaufnahme. Dazu kommt noch, dass man über einen längeren Zeitraum, nämlich exakt 11 Jahre länger, eine zusätzlich höhere Zinsbelastung, also Kapitaldienstbelastung, von rund 400 Mio. € im Jahr bewältigen muss. Wenn das der Weg ist, meine Damen und Herren, das knüpft allerdings nahtlos an das finanzpolitische Fiasko an, das von Ihrer Partei 1998 hinterlassen worden ist, das muss man auch ganz deutlich feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Um auf Herrn Althaus in seinen Ausführungen zum vorherigen Tagesordnungspunkt zurückzukommen, aber er hat sich ja ausdrücklich auf diesen bezogen, zu sagen, wenn man diesen Schritt der Regierung, eine Steuerentlastungsstufe nicht einzuführen, als Steuererhöhung betitelt, dann ist das in meinen Augen eine bewusste Täuschung der Bevölkerung - ich will nicht den Begriff "Wahlvolk" benutzen, ich sage bewusst Bevölkerung. Und mit dem angeblichen Konjunkturkiller, da empfehle ich dem Kollegen Althaus, heute einmal das "Handelsblatt" zur Hand zu nehmen und sich dort von den Wirtschaftswissenschaftlern vorrechnen zu lassen, welche Wirkungen für diese Konjunktur bezüglich dieser Finanzierung überhaupt ausgehen - konjunkturmindernden Wirkungen meine ich natürlich -, nämlich so gut wie keine. Das muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte erwartet, meine Damen und Herren, dass die Union in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Situation, in dieser außergewöhnlichen Situation das gleiche Verhalten wie die Menschen vor Ort, die gemeinsam diese Katastrophe bewältigen wollen, ebenfalls an den Tag gelegt hätte. Das habe ich schmerzlich vermisst.

Noch zum Abschluss: Der Herr Kollege Althaus hat, wenn ich das richtig verstanden habe, einen Antrag formuliert vorhin in seiner Rede, dass er unseren Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen sehen möchte. Ich nehme an, dass ich das so richtig verstanden habe. Ich erkläre hier namens meiner Fraktion ganz unmissverständlich

lich, dass wir einen solchen Weg nicht bereit sind mitzugehen, aus zweierlei Gründen: Erstens, der Punkt 1 unseres Antrags, dem kann man seitens der CDU-Fraktion ja wohl doch problemlos zustimmen, weil eben der Herr Ministerpräsident erklärt hat, genau diesem Anliegen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Und der zweite Punkt unseres Antrags, wenn man ihn wirklich liest und verstehen möchte, dann hat der deklaratorischen Charakter, das war auch von uns so beabsichtigt. Wir haben bewusst keine Zahl, keinen Titel für den Landeshaushalt,

(Zwischenruf Trautvetter, Finanzminister:
Das kann man so nicht lesen.)

wir möchten aber sicherstellen, dass auch das Land Thüringen seinen Beitrag für die Bewältigung der Flutkatastrophe jetzt schon so ernsthaft dokumentiert, dass das seinen Niederschlag im künftigen Doppelhaushalt finden wird. Das war unsere Absicht und das finde ich legitim

(Beifall bei der SPD)

und da bricht Ihnen kein Zacken aus der Krone - um das einmal so salopp zu formulieren - diesem Antrag zu folgen. Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es meldet sich die Landesregierung, war ja schon angekündigt, Herr Minister Trautvetter.

Trautvetter, Finanzminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Höhn, zu Ihren letzten Bemerkungen, da brauche ich keinen Antrag von der SPD.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Das machen wir selber.)

Die Steuereinnahmen werden nach der Mai-Steuerschätzung veranschlagt und wenn die Bundesregierung ein Änderungsgesetz zum Steuergesetz bringt, das geht durch den Bundestag und durch den Bundesrat durch und erlangt damit Gesetzeskraft, dann werden die Steuereinnahmen neu veranschlagt und dann werden wir einen Einnahmentitel haben und werden einen Ausgabentitel haben und den werden wir extra ausweisen. Und das sage ich Ihnen ganz offen, ob ich dort Null reinschreibe, ob ich 50 € reinschreibe oder ob ich 200 Mio. € reinschreibe, das hat wirklich dann nur deklaratorischen Charakter. Der Ministerpräsident hat ganz genau gesagt, woher die 6,9 Mrd. kommen; die stehen nämlich in dem Erläuterungsteil zur Steuerreform. Das sind Modellrechnungen des Bundesfinanzministeriums. Wie viel dort überhaupt in die Kasse kommt, das weiß heute überhaupt keiner, das können auch sieben sein, aber es können auch Ende des Jahres nur vier sein. Wer trägt dann, wenn es nur vier werden, die Differenz? Wer zahlt dann Zusagen an die Betroffenen, die dieses Jahr gemacht werden müssen? Das ist die Frage.

Meine Damen und Herren, wir haben es uns nicht einfach gemacht mit diesem Vorschlag. Ich will auch noch einmal auf die Chronologie hinweisen, auf den Vorschlag Solidaritätspakt II brauche ich nicht mehr einzugehen. Vor dem Treffen in Leipzig hatte der Kanzler gesagt, wir machen ein Hilfsprogramm von 2 Mrd. €. Da ist es doch berechtigt, darauf hinzuweisen, dass ein solcher Schnellschuss nicht hilft, weil er vollkommen unzureichend ist.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem Vorschlag, die Steuerreform zu verschieben - ich habe übrigens durchaus Verständnis dafür, dass die Industrie das als ganz belanglos ansieht, weil sie davon kaum betroffen ist, das muss man nämlich auch einmal den Leuten sagen -, haben wir auf die soziale Schieflage hingewiesen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Und haben die Steuererhöhung vorgeschlagen.)

Richtig, und wir haben gesagt, das ist eine soziale Schieflage und die Industrie muss mit einbezogen werden, die Konzerne.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD)

Lassen Sie mich einmal ausreden, dann werden Sie auch verstehen, warum wir auf einen anderen Vorschlag gekommen sind. Ich will Ihnen noch einmal die Wirkungsweise der zweiten Stufe der Steuerreform erläutern. Die betrifft vor allem die kleinen Einkommen im Osten Deutschlands, nämlich allein durch die höheren Steuerfreibeträge wären eine ganze Reihe der kleinen Einkommen in Ostdeutschland aus einer Steuerpflicht in eine Steuerfreiheit hineingekommen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Genau das haben Sie bisher doch bestritten.)

Von den 6,9 Mrd. € sind 5,9 Mrd. € Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag und 1 Mrd. € sind die Entlastungen des Mittelstandes, was sich dahinter verbirgt. Wir haben sehr überlegt, was können wir im Körperschaftssteuerrecht machen. Der Ministerpräsident hat sehr bewusst darauf hingewiesen, die Erhöhung des Prozentsatzes von 25 auf 26,5 Prozent, die bezahlt der Mittelstand, nicht die Konzerne. Das bezahlen die kleinen AG, das bezahlen die GmbH & Co

KG, die bezahlen diese Erhöhung von 1,5 Prozent. Dem Konzern, der seine Gewinne international verschieben kann, wie er es gerade braucht für seine Liquidität, dem ist das schnurzpiegal, ob er 26,5 Prozent von null bezahlt oder 25 Prozent von null.

(Beifall bei der CDU)

Da bleibt im Ergebnis immer null.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Vorhin war es noch null.)

Ja, es bleibt auch null. Es bleibt auch für die Konzerne null Belastung.

(Unruhe bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das war doch aber Stoibers Vorschlag.)

Nein, das war nicht Stoibers Vorschlag. Wenn Sie einmal zuhören würden, dann hätten Sie vielleicht mitbekommen, dass wir uns als Unionsfinanzminister hingesetzt haben und haben gesagt: Wie können wir den Leuten so schnell wie möglich helfen? Deswegen haben wir Herrn Ministerpräsidenten Stoiber einen anderen Vorschlag gemacht. Deswegen sind wir, so Leid es uns tut, auf diese Frage des Bundesbankgewinnes gekommen. Nun muss man auch wissen, die Maastricht-Kriterien werden außer Kraft gesetzt im Katastrophenfall. Das steht im Maastricht-Vertrag drin.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Aha, darauf spekulieren Sie wohl?)

Nein, darauf spekulieren wir überhaupt nicht, weil wir nämlich keine Gesetze brechen wollen. Gerade, weil das geöffnet wird, sind wir auf diese Sache gekommen. Herr Lippmann, was wollen Sie denn den Betroffenen im Erzgebirge und den Unternehmen sagen? Denen sagen Sie, ja, wir helfen Ihnen, aber Sie sind erst für die Steuereinnahmen im Dezember 2003 vorgesehen. Sie müssen 15 Monate warten, bis Sie Ihr Geld bekommen.

(Unruhe bei der SPD)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Lippmann, wenn Sie sich beruhigen, dann lässt Herr Trautvetter vielleicht eine Zwischenfrage des Abgeordneten Höhn zu. Einen Moment, es wird jetzt offiziell gefragt.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass der von der Bundesregierung aufgelegte Hilfsfonds jetzt schon bedient wird und aus dem Steueraufkommen dieser Verschiebung der zweiten Steuerreform dann im Nachhinein bedient wird? Das Geld ist jetzt da. Ist Ihnen das bekannt?

(Unruhe bei der CDU)

Trautvetter, Finanzminister:

Nein, Entschuldigung, wo soll denn das Geld da sein?

Abgeordneter Höhn, SPD:

Ist Ihnen das bekannt, dass der Fonds jetzt ...

Trautvetter, Finanzminister:

Nein, das Geld ist nicht da. Der Bundesfinanzminister kann jetzt einen Kredit aufnehmen, damit er das Geld sofort zur Verfügung hat.

(Beifall bei der CDU)

Dann hat das die gleiche Liquiditätswirkung ...

Abgeordneter Höhn, SPD:

Ist das Geld nun da oder nicht?

Trautvetter, Finanzminister:

Nein, das Geld ist nicht cash da. Es gibt nur ein Guthaben, was er momentan sofort zur Verfügung hat,

(Unruhe bei der SPD)

und das ist der Bundesbankgewinn über 3,5 Mrd. €.

(Beifall bei der CDU)

Das hat er auf der Kasse, weil es Hans Eichel genauso macht wie Theo Waigel, der bekommt nämlich den Bundesbankgewinn im April und er tilgt im April keine Schulden, sondern tilgt sie erst am 31.12. und legt das Geld im Laufe des Haushaltsjahres Gewinn bringend an. Das ist auch eine gute Sache, wenn man das Geld gewinnbringend anlegt, weil man dann über das Haushaltsjahr noch ein paar Zinserträge erzielt. Sagen Sie mir einmal, wo der Bundesfinanzminister ansonsten eine "schwarze Kasse" von 7 Mrd. € hat.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn der Bundesfinanzminister diesen Fonds jetzt füllt, hat er keine andere Möglichkeit, als auf Guthaben zuzugreifen oder einen Kredit aufzunehmen. Wenn er jetzt einen

Kredit aufnimmt, dann hat er auch eine Zinsbelastung, dann geht die Kreditaufnahme, die er ja jetzt buchen muss, genauso in die Maastricht-Kriterien ein.

(Beifall bei der CDU)

Leider Gottes ist das so. Jetzt muss ich noch eines dazu sagen, die 1 Mrd. €, die nicht Lohnsteuer sind, sondern Einkommensteuer, die fließen liquiditätsmäßig nicht einmal im Jahre 2003 dem Fiskus zu, weil nämlich die Unternehmen die Möglichkeit haben, bis zum 31.12. des nachfolgenden Jahres erst ihre Steuererklärung zu machen. Ehe dann überhaupt bezahlt wird, dann kommt dieses Geld frühestens im Januar 2005. Wenn man ehrlich miteinander umgeht, muss man das wissen. Deswegen machen wir den Vorschlag, weil wir wollen, dass die Leute Sicherheit haben und dass sie nicht auf eine unsichere Einnahme, die aufgrund von Schätzungen jetzt einfach einmal im Raum steht, dann eventuell irgendwann einmal ihr Geld bekommen, wenn zufälligerweise der Bundesfinanzminister die Liquidität in der Kasse hat.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der eigentliche Grund, warum wir diesen Vorschlag gemacht haben. Ich sage es hier noch einmal, wir stehen zu allen Hilfen, die sofort auf den Weg gebracht werden müssen, und wir werden diesen Vorschlag - Verschiebung Steuerreform - nicht behindern. Das bedeutet nicht, dass wir ihm zustimmen müssen, aber er wird den Bundesrat erfolgreich passieren, wenn das weiter auf den Weg gebracht wird.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU:
Lasst euch vorher sagen, wo die schwarze Kasse ist.)

Aber die Realität im nächsten Jahr, davon bin ich felsenfest überzeugt, wird eine andere sein. Weil nämlich die Liquidität nicht kommt, werden die Leute Monate auf ihr Geld warten müssen. Das wird weitere Existenzen verhindern, weil es nämlich ein unsicherer Weg ist, deswegen wird ...

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: So ein Horrorszenario zu veranstalten, ist doch unverantwortlich.)

Das ist überhaupt nicht unverantwortlich, Herr Höhn, weil Sie genau wissen, ich bekomme nur monatlich, selbst wenn ich die berechneten Zahlen bekomme, ab Januar monatlich 500 Mio. € in die Kasse, mehr sind das nicht.

(Unruhe bei der CDU, SPD)

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Sie sind dem Ganzen nicht gewachsen. Geben Sie das doch endlich einmal zu.)

(Heiterkeit bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Ach herrje, Herr Lippmann, wenn man ein bisschen auf uns gehört hätte bei der ersten Stufe der Steuerreform, dann hätten wir keinen Nachtragshaushalt machen müssen, wir hätten keine Haushaltssperren machen müssen, wir brauchten nicht überall das Geld zusammenzukratzen und Ausgaben zu reduzieren und könnten trotzdem die Schulden reduzieren - das ist der Hauptgrund, warum wir jetzt in so einer Situation sind -,

(Beifall bei der CDU)

und auch einmal über einen, wohl gemerkt, sehr schwierigen Weg nachdenken, der uns nicht leicht gefallen ist zu gehen. Nur die Körperschaftssteuer, da muss man das System ändern. Um ein solches System zu ändern, das nämlich in Deutschland wieder nach der Leistungsfähigkeit besteuert wird und nicht nach willkürlich ausgesuchten Steueroasen in der Welt, dieses System zu ändern, das kann man nicht in einem Schnellschuss machen, das muss danach von vielen Leuten einmal geprüft werden und nach der Bundestagswahl gemeinsam auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Damit ist die Rednerliste abgearbeitet und ich kann die Aussprache schließen. Jetzt zum weiteren Verfahren, es wurde zwar etwas von Ausschuss gesagt, aber ich habe keinen förmlichen Antrag. Herr Stauch.

Abgeordneter Stauch, CDU:

Da wir keine verbundene Aussprache hatten, darf ich noch einmal formal den Antrag stellen in dieser Aussprache, dass wir die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragen.

Präsidentin Lieberknecht:

Es ist die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt. Dann stimmen wir über diesen Überweisungsantrag ab. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenprobe? Das sind die entsprechenden Gegenstimmen. Enthaltungen? Dann bei einer Anzahl von Gegenstimmen an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Damit kann ich den Tagesordnungspunkt schließen und wir kommen jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts**

Fragestunde

Wir beginnen mit dem Abgeordneten Fiedler und der Drucksache 3/2644. Ich darf Sie, Herr Abgeordneter Fiedler, bitten.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Flüge der Hubschrauberstaffel in Thüringen

In der Presse wurde über den Einsatz von zwei Beamten des höheren Dienstes in der Hubschrauberstaffel des Freistaats Thüringen berichtet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit wann und auf welcher Grundlage absolvierten die zwei Beamten Flüge in der Thüringer Hubschrauberstaffel?
2. Was ist der Hintergrund für den Einsatz der zwei Beamten als Piloten in der Hubschrauberstaffel?
3. Hat die Thüringer Polizei ein Interesse an dem Einsatz der beiden Piloten?
4. Wenn ja, ab wann kann auf die Dienste der beiden Beamten verzichtet werden?

Präsidentin Lieberknecht:

Gut. Es antwortet der Innenminister Herr Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Frage 1: Beiden Beamten wurde mit Erlass des Thüringer Innenministeriums vom 15. April 1999 die Erlaubnis erteilt, Einsatzflüge sowie die zum Erhalt der erworbenen Lizenz als Hubschrauberführer erforderlichen Check- und Standardisierungsflüge auf dem bei der Polizeihubschrauberstaffel Thüringen vorgehaltenen Hubschrauber vom Typ BO 105 durchzuführen.

Zu Frage 2: Die in Frage 1 angeführte Erlaubnis wurde erteilt, um den zum damaligen Zeitpunkt und auch jetzt noch bestehenden Engpass an Einsatzpiloten bei der Polizeihubschrauberstaffel zu kompensieren. Die personelle Situation verschärfte sich zum damaligen Zeitpunkt, da gleichzeitig mit den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Piloten der Polizeihubschrauberstaffel zum Erwerb der Instrumentenflugberechtigung sowie von Nachtflügen unter Verwendung der so genannten BIV-Verstärkerbrille begonnen wurde. Seinerzeit fehlten noch vier, heute fehlen noch zwei Einsatzpiloten bei der Polizeihubschrauberstaffel.

Zu Frage 3: Die Thüringer Polizei hat ein Interesse am Einsatz dieser zwei Beamten der Thüringer Polizei. Einerseits konnten und können dadurch alle unter Frage 2 angeführten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wie geplant durchgeführt werden. Andererseits war und ist es erst da-

durch möglich, dem Flugaufkommen bei der Polizeihubschrauberstaffel zu entsprechen und somit alle geplanten Einsatzaufgaben zu realisieren. Zudem war und ist mit dem Einsatz dieser Beamten sichergestellt, dass zwei hoch qualifizierte Beamte trotz einer damals schon anderen Verwendung ihr erworbenes Wissen und Können zur Aufgabenbewältigung im Interesse der Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei durch den Einsatz bei der Polizeihubschrauberstaffel zur Verfügung stellen.

Zu Frage 4: Ab wann kann auf die Dienste der beiden Beamten verzichtet werden? Mit dem Abschluss der Ausbildung von zwei weiteren Bewerbern für eine Verwendung als Einsatzpilot bei der Polizeihubschrauberstaffel im Frühjahr bzw. Sommer des Jahres 2004 und mit dem Erreichen der gemeinsamen Organisations- und Dienstpostenpläne für die Bereitschaftspolizei Thüringens festgeschriebenen Soll-Stärke für Einsatzpiloten kann auf den Einsatz der beiden Beamten verzichtet werden, also Frühjahr/Sommer des Jahres 2004.

Präsidentin Lieberknecht:

Wir haben jetzt zwei Nachfragen. Abgeordneter Kölbl und Abgeordneter Pohl.

Abgeordneter Kölbl, CDU:

Herr Minister, welcher Art waren denn diese Flüge dieser beiden Beamten, hatten die einen speziellen Charakter, kann dazu etwas gesagt werden?

Köckert, Innenminister:

Die beiden Beamten sind das gesamte Spektrum, was die Polizeihubschrauberstaffel zu fliegen hat, geflogen. Das sind Umweltstreifensuche nach Vermissten, Fahndung, Verkehrsüberwachungsflüge, auch VIP-Flüge und Luftbelastungsübungen waren dabei. Das sind alles Flüge, die im Auftrag der Einrichtungen der Thüringer Polizei und der Behörden durchgeführt wurden.

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Pohl, Ihre Nachfrage.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Ich habe zwei Nachfragen. Das ist doch möglich?

Präsidentin Lieberknecht:

Eine, der Fragesteller hätte noch die Möglichkeit, noch einmal zwei zu stellen.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Herr Minister, wie viel Hubschrauber sind ständig in Thüringen im Einsatz, wie viel Piloten sind dafür notwendig und speziell zum Einsatz des PD-Leiters, sind diese Einsätze in der Freizeit absolviert worden bzw. auch die Qualifikationsmaßnahmen und entstanden dadurch zusätzliche Kosten?

(Unruhe im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Ja, im Verbund. Der Innenminister wird zu beantworten wissen.

Köckert, Innenminister:

Ich finde, das ist gar kein Problem, zumal der Kollege Pohl schon angeführt hat, dass er die Einzelheiten im Innenausschuss besprechen will, wenn nicht schon ein Antrag vorliegt. Eines kann ich Ihnen von dieser Stelle aus deutlich sagen, es sind keine Mehrkosten für die Thüringer Polizei entstanden.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Freizeit?)

Präsidentin Lieberknecht:

Der Fragesteller hat auch keine Nachfrage mehr. Nein, Sie dürfen nicht mehr.

Köckert, Innenminister:

Nein.

Präsidentin Lieberknecht:

Nein, es sind zwei aus der Mitte des Hauses und der Fragesteller hätte noch die Möglichkeit, aber nicht Herr Pohl.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, er bemängelt natürlich mit Recht, dass ich auf seine vielen Einzelheiten nicht geantwortet habe, weil ich dann hier die Einzelpläne und Einsatzpläne bräuchte. Sie werden verstehen, dass ich auch, wenn ich noch so einen großen Verstand hätte, den ich nicht habe, diese Einzelfragen nicht aus dem Stand beantworten könnte. Deshalb habe ich auf den Innenausschuss verwiesen, Herr Kollege Pohl.

(Zwischenruf Abg. Pelke, SPD: Schade, dass er den nicht hat.)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Herr Abgeordneter Pohl.

Köckert, Innenminister:

Herr Kollege, wir haben drei Hubschrauber, davon sind in der Regel zwei im Einsatz.

Präsidentin Lieberknecht:

So, das waren exakte Zahlen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Unsere Anfrage war damit beantwortet.)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Das war eine schwache Kür, Herr Innenminister.)

Lieber Herr Abgeordneter Fiedler, ich schließe die Frage jetzt trotzdem und wir kommen zur nächsten mit Frau Kollegin Dr. Kraushaar in Drucksache 3/2648.

Abgeordnete Dr. Kaushaar, CDU:

Kinderärzte gegen soziale Armut

Unter dieser Überschrift erschien im Deutschen Ärzteblatt, Heft 30, 26. Juli 2002 ein Artikel, wonach der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte die Politik zu mehr Engagement bewegen will. Nach Angaben des Präsidenten des BVKJ, Dr. Klaus Gritz, lebt jedes sechste Kind in Deutschland unterhalb des Existenzminimums.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es eine verbindliche Definition des Begriffs "soziale Armut" und wenn ja, wie lautet sie?
2. Kann die Landesregierung die vom Präsidenten des BVKJ angegebene Zahl für den Freistaat Thüringen bestätigen und wenn nein, wie hoch ist sie in Thüringen?
3. Hat sich der Berufsverband mit dieser Problematik schon einmal an die Landesregierung gewandt und wenn ja, welche Forderungen wurden an die Politik herangetragen?

Präsidentin Lieberknecht:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Kraußhaar wie folgt:

Zu Frage 1: Nein, eine allgemein verbindliche wissenschaftliche Definition des Begriffs "soziale Armut" gibt es nicht. In entsprechenden Untersuchungen werden verschiedene Armutsbegriffe zugrunde gelegt, wobei ich grundsätzlich das "Lebenslagenkonzept" bevorzuge. Dieser Ansatz versucht, die Lebenssituation verschiedener Personengruppen in ihrer Gesamtheit zu beschreiben. Dagegen stehen Modelle, in denen die Vermögenslage in rein finanziellen Kategorien dargestellt und bewertet wird. Die überwiegende Zahl der wissenschaftlichen Ausarbeitungen nach finanziellen Kategorien geht von einer relativen Armut dann aus, wenn weniger als 50 oder in anderen Fällen 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens erzielt werden.

Zu Frage 2: Nein, es handelt sich um eine Berechnung, die auf bundesweiten Verhältnissen fußt und für Thüringen nicht repräsentativ ist. Sie berücksichtigt nicht die Strukturen in Thüringen und den anderen neuen Ländern. Die Landesregierung wird jedoch im Sozialbericht, der in Kürze veröffentlicht wird, auch Angaben zur sozialen Situation der Kinder in Thüringen machen. Legt man das Einkommensniveau der Haushalte in den neuen Ländern zugrunde, leben rund 4 bis 5 Prozent aller Kinder in relativ einkommensschwachen Verhältnissen. Die Kinderarmut ist in Thüringen seltener als im Durchschnitt der neuen Länder. Damit wird das Thüringer Modell der lückenlosen Familienunterstützung von den Betreuungsangeboten über den Kindergarten bis zum Landeserziehungsgeld im Ergebnis bestätigt. Nicht verkannt wird dennoch, dass bei der aktuellen Familien- und Steuerpolitik Kinder noch immer ein gewisses finanzielles Risiko sind, insbesondere für allein Erziehende.

(Beifall Abg. Tasch, CDU)

Gerade deshalb will die Union ihr Familiengeld einführen, um die Eltern und die Kinder aus der Sozialhilfeabhängigkeit herauszuführen.

Zu Frage 3: Nein, in meinem Hause ist bisher kein entsprechendes Schreiben oder ein anderer Vorstoß außer dieser Veröffentlichung, die Sie benannt haben, bekannt.

Präsidentin Lieberknecht:

Nachfragen sehe ich nicht. Dann ist diese Frage beantwortet. Wir kommen weiter zur nächsten Frage, und zwar der Abgeordnete Kummer mit der Anfrage 3/2649.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Unterhaltung der Talsperre Windischleuba

Die Talsperre Windischleuba liegt auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen, wird aber nicht durch die Thüringer Talsperrenverwaltung unterhalten. Beim Hochwasser an der Pleiße hatte sie eine zentrale Bedeutung für den Hochwasserschutz Thüringer Ortschaften. Medienberichte deuteten

jedoch an, dass sie dieser Aufgabe nur bedingt gerecht wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wer ist für die Unterhaltung der Talsperre zuständig?
2. Wie wird der Unterhaltungszustand der Talsperre Windischleuba eingeschätzt?
3. Hätten Hochwasserschäden durch einen besseren Zustand der Talsperre verringert werden können?
4. Was beabsichtigt die Landesregierung zu unternehmen, dass die Talsperre ihrer Hochwasserschutzfunktion künftig besser gerecht wird?

Präsidentin Lieberknecht:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Dr. Sklenar.

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Kummer wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaats Sachsen ist für die Unterhaltung der Talsperre Windischleuba zuständig.

Zu Frage 2: Nach ca. 50 Betriebsjahren besteht insbesondere an den Betriebseinrichtungen der Talsperre erheblicher Sanierungsbedarf. Die Talsperre kann zurzeit nicht bewirtschaftet und gesteuert werden. Die Sanierungsplanung der Landestalsperrenverwaltung Sachsen wurde im Jahre 2001 zum Abschluss gebracht und bei der zuständigen Talsperrenaufsicht des Staatlichen Umweltamts Gera parallel geprüft, mit Handlungsfristen versehen, genehmigt und zur Ausführung freigegeben. Bisher sind noch keine Sanierungsarbeiten begonnen worden. Zur Verhinderung eines akuten Talsperrenversagens wurde im Jahre 2001 ein provisorischer Fangdamm errichtet, der Stauraum ist in erheblichem Maße verlandet.

Zu Frage 3: Die Talsperre Windischleuba verfügt nach dem Bewirtschaftungsplan und bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung über einen Hochwasserschutzraum von rund 250.000 Kubikmetern. Dieser Hochwasserschutzraum war bei den Spitzenzuflüssen am 12. und 13.08. dieses Jahres, die immerhin 110 Kubikmeter pro Sekunde erbracht haben, innerhalb von zwei Stunden aufgebraucht. Eine weitergehende Hochwasserschutzwirkung der bestehenden Anlage ist technisch und nach ihrer Rechtsbestimmung nicht möglich. Nach den mir vorliegenden Unterlagen ist diese Talsperre vor ca. 50 Jahren erbaut worden zur Nied-

rigwasseraufhöhung der Pleiße, zur Verbesserung der Brauchwasserversorgung des Raumes Böhlen und Leipzig und insbesondere aber für die Papierfabrik Fockendorf.

Zur Frage 4: Die Landesregierung wird weiterhin die Herstellung eines ordnungsgemäßen und dem geltenden Wasserrecht entsprechenden Zustands verlangen und durchsetzen. Ein Antrag der Talsperrenverwaltung des Freistaats Sachsen auf Verstärkung der Hochwasserschutzfunktion liegt nicht vor. Hingegen wurde von dort angekündigt, den Genehmigungsbehörden technische Vorschläge zum Rückbau der Talsperre vorzulegen. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der derzeitigen Hochwassersituation wird selbstverständlich die Frage eines weiter gehenden Hochwasserschutzes für das unterhalb der Talsperre gelegene thüringische Landesgebiet überprüft.

Präsidentin Lieberknecht:

Es gibt eine Nachfrage. Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Minister, Sie haben gesagt, eine Sanierungsplanung existiert, die mit Handlungsfristen versehen wurde. Könnten Sie die Handlungsfristen nennen?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Im Einzelnen habe ich das jetzt nicht hier, Herr Kummer. Das tut mir furchtbar Leid. Sie können von mir nicht verlangen, dass ich den ganzen Sanierungsplan mit hier habe, um Ihnen dann die einzelnen Schritte zu sagen.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das verlangen wir doch auch nicht. Es war doch eine Frage.)

Abgeordneter Kummer, PDS:

Könnte das nachgereicht werden?

Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt:

Wenn es unbedingt sein muss, ja.

(Heiterkeit bei der CDU)

Abgeordneter Kummer, PDS:

Danke schön.

Präsidentin Lieberknecht:

Immer für Transparenz, ja. Gibt es noch eine Frage? Nein, dann kann ich diese Frage schließen. Wir kommen zur nächsten Frage. Frau Abgeordnete Heß, und zwar die Drucksache 3/2650. Wer übernimmt das? Herr Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Förderung der Hospizarbeit in Thüringen

Eine stabile flächendeckende Hospizarbeit ist in Thüringen noch nicht vorhanden. Die in der Hospizarbeit ehrenamtlich Tätigen sind zur Erfüllung ihrer schweren Aufgabe auf eine Förderung durch die öffentliche Hand angewiesen.

Im Namen der Abgeordneten Heß frage ich die Landesregierung:

1. Gibt es ein Konzept der Hospizarbeit für Thüringen durch die Landesregierung beziehungsweise wann wird es fertig gestellt?
2. Wie erfolgt die Förderung der Hospizarbeit durch den Freistaat Thüringen?
3. Hat beziehungsweise wird sich der Freistaat Thüringen an den Kosten für die Qualifizierung und Supervision der dort ehrenamtlich Tätigen beteiligen?
4. Wie und seit wann wird die Hospizarbeit durch die kommunalen Gebietskörperschaften unterstützt?

Präsidentin Lieberknecht:

Für die Landesregierung antwortet Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Heß wie folgt:

Zu Frage 1: Selbstverständlich gibt es auch für die Hospizarbeit in Thüringen ein Arbeitskonzept, nach dem die Landesregierung fördert und handelt. Dies ist in gemeinsamer Arbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz e.V. entwickelt und stetig weiterentwickelt worden. Denn ich möchte hier - wie in anderen Bereichen - den beteiligten Trägern die Chance lassen, Impulse zu geben; eine starre staatliche Vorgabe lehne ich ab.

Zu den Fragen 2 und 3: Die Förderung der Hospizarbeit durch den Freistaat Thüringen erfolgt im Rahmen einer Projektförderung als freiwillige Leistung des Landes für Personal- und Sachkosten der Koordinierungsstellen der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz e.V. in Thüringen. Sie

erfolgt auf Antrag. Der Gesamtbetrag der Haushaltsmittel betrug im Jahr 2001 und im Jahr 2002 je 61.355 €. Weiterhin können für hauptamtlich tätige Mitarbeiter in sozialen Tätigkeitsfeldern Zuwendungen in Höhe von bis zu 80 Prozent für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter beantragt werden. Zu diesem Personenkreis gehören auch Hospizmitarbeiter. Für ehrenamtlich Tätige wurden aus Mitteln des Landes für Weiterbildungsmaßnahmen durch die Landesarbeitsgemeinschaft der Hospizmitarbeiter 4.000 € gewährt. Ab dem Jahr 2002 erfolgt die Förderung der ehrenamtlich Tätigen in den Regionen durch die Kommunen gemäß der Richtlinie zur Förderung der gemeinnützigen ehrenamtlichen Tätigkeit in Thüringen vom 28. Juni 2001. Die Förderung im Jahr 2001 für fünf Projekte betrug insgesamt 32.500 €. Für das Forschungsprojekt "Versorgungssituation Sterbender in Thüringen" wurden im Haushaltsjahr 2001 17.201 € zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 4: Die 1.500 Städte und Gemeinden in Thüringen handeln in eigener Verantwortung und werden bei ihrer Aufgabenerfüllung nicht in jedem Fall ständig überwacht. Daher kann ich auf die Frage keine Antwort geben.

Präsidentin Lieberknecht:

Nachfragen sehe ich nicht, dann kann ich diese Frage schließen und komme zur nächsten Frage. Frau Nitzpon. Oder wer macht das für die Abgeordnete Zimmer? Es geht um die Frage in Drucksache 3/2651. Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Entschuldung der Gemeinde Masserberg

Der Freistaat Thüringen plant die Entschuldung der Gemeinde Masserberg für Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Errichtung der Kur- und Tourismusinfrastruktur anfielen. Ein Teil der bereitgestellten Mittel wurde bereits ausgezahlt. Die Auszahlung einer verbliebenen Summe wird nun jedoch von der Auflösung der Masserbergstiftung abhängig gemacht. Wenn es rechtliche Gründe für die Auflösung der Stiftung gäbe, könnte die Stiftungsbehörde des Landes diese anweisen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe gibt es für das Land, die Auflösung der Masserbergstiftung auf die oben geschilderte Art zu betreiben?
2. Sind dem Land Kaufinteressenten für Vermögensbestandteile der Masserbergstiftung bekannt?
3. Wie gedenkt das Land die Mittel für die Entschuldung aufzubringen?

4. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass der vom Land eingesetzte Berater der Gemeinde Masserberg gleichzeitig Vorsitzender der Masserbergstiftung ist und in dieser Funktion die Auflösung der Stiftung betreibt?

Präsidentin Lieberknecht:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Trautvetter.

Trautvetter, Finanzminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass die Auflösung der Masserbergstiftung auf die oben geschilderte Art betrieben wird. Die Art der Auflösung der Stiftung bestimmt sich nach § 10 Abs. 1 Satz 2 der Stiftungssatzung, wonach der gesamte Stiftungsvorstand die Auflösung beschließen muss. Meines Wissens ist das mittlerweile auch so erfolgt.

Zu Frage 2: Kaufinteressenten für Vermögensbestandteile der Stiftung sind dem Land nicht bekannt.

Zu Frage 3: Hinsichtlich der Mittelaufbringung wird verwiesen auf die Berichterstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss in dieser Angelegenheit vom 29.01.2002 sowie auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Höhn vom 30.07.2002.

Zu Frage 4: Es handelt sich bei der betreffenden Person zunächst um einen von der Gemeinde und nicht um einen vom Land eingesetzten Berater. Er unterstützt die Gemeinde bei der Konsolidierung der Finanzen; die Auflösung der Stiftung geht nicht auf diesen Berater zurück.

Präsidentin Lieberknecht:

Es gibt eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Kummer.

Abgeordneter Kummer, PDS:

Herr Minister, wird sich das Land im Fall eines Verkaufs der Lenz Klinik oder der Volhard Klinik für die Absicherung des Standorts oder für den Erhalt der Arbeitsplätze im Kaufvertrag einsetzen?

Trautvetter, Finanzminister:

Wir haben uns, glaube ich, sehr deutlich für den Standort Masserberg eingesetzt, sonst hätten wir die Entschuldung überhaupt nicht gemacht und deswegen erübrigt sich eigentlich die Antwort auf diese Frage.

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Fragen sehe ich nicht, dann schließe ich auch diese Anfrage und wir kommen zur Anfrage in Drucksache 3/2562 des Abgeordneten Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Polizeidirektions-Arbeitskreis der Thüringer CDU

In der Lokalausgabe Gotha der "Thüringer Allgemeinen" vom 3. Juli 2002 wird berichtet, dass die Polizei Gotha und der Gothaer CDU-Ortsverband einen gemeinsamen Arbeitskreis gegründet haben. Vorsitzende soll die CDU-Landtagsabgeordnete Evelin Groß sein. Der Arbeitskreis wolle sich mit Themen wie den Möglichkeiten der Polizisten, ihre Überstunden abzubauen, oder der Umstrukturierung der Polizeidirektion Gotha befassen. Der Polizei-Arbeitskreis solle, so Frau Groß in der Thüringer Allgemeinen, der erste in Thüringen sein, der sich für eine transparente Polizeiarbeit gegenüber der Bevölkerung im Direktionsbereich einsetzen will.

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegt dem neuen Arbeitskreis der Polizei Gotha mit einer Partei ein neues Konzept der Landesregierung zugrunde oder gehören die Beamten als Privatleute diesem Arbeitskreis an?
2. Falls ja, welches? Ist beabsichtigt auch in anderen Polizeidirektionen Arbeitskreise zwischen Polizei und der CDU oder auch anderen Parteien zu gründen?
3. Falls nein, wie gedenkt die Landesregierung dem Eindruck, die Polizei arbeite mit einer Partei zusammen, entgegenzuwirken?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass transparente Polizeiarbeit vom Handeln der Polizei abhängt und nicht einer Partei überlassen werden sollte?

Präsidentin Lieberknecht:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für die Landesregierung beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Herr Pidde, Ihnen als Fragesteller dürfte bekannt sein, dass es sich bei dem erwähnten Arbeitskreis um eine Einrichtung des CDU-Kreisverbandes Gotha handelt. Von daher müsste sich die Frage nach dem neuen Konzept an die CDU Gotha richten, nicht an die Landesregierung. Im Übrigen betätigen die betreffenden Beamten sich selbstverständlich privat in dem Arbeitskreis und nicht dienstlich. Die Landesregierung unterstützt das politische Enga-

gement der Bürger und dies gilt natürlich auch für die Bürger, die bei der Polizei tätig sind. Außerhalb des Dienstes steht es daher auch den Polizeiangehörigen frei, sich unter Beachtung der in § 56 Abs. 2 des Thüringer Beamtengesetzes festgeschriebenen politischen Mäßigungspflicht an der Arbeit von demokratischen Parteien zu beteiligen bzw. an deren Veranstaltungen teilzunehmen. Die Landesregierung ist jedoch auch der Auffassung, dass es gilt, alle Handlungen zu vermeiden, die Anlass zum Zweifel an der parteipolitischen Neutralität der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen und der Polizei im Besonderen bieten könnte. Das Thüringer Innenministerium hat daher die bereits seit 1994 geltenden Grundsätze für die Teilnahme von Landesbediensteten an Veranstaltungen von Parteien für den Bereich der Polizei nochmals präzisiert. Danach haben die Angehörigen der Polizei bei außerdienstlicher Teilnahme an parteipolitischen Veranstaltungen dafür Sorge zu tragen, dass der private Charakter ihrer Teilnahme deutlich herausgestellt wird.

Ich hätte natürlich gern die Aufmerksamkeit des Fragestellers. Sie sind ja auch ein ganz Armer und Bedauernswerter, der hier abgelenkt wird.

Zu Frage 2: Herr Kollege Dr. Pidde, ob weitere Arbeitskreise wie der in Gotha gegründet werden, ist der Landesregierung nicht bekannt. Sie ist für diese Frage auch nicht der richtige Ansprechpartner. Gleichwohl begrüßt es die Landesregierung, wenn sich demokratische Parteien des Themas der inneren Sicherheit annehmen und den Kontakt und den Austausch mit der Polizei suchen. Dies ist umso wichtiger, als es bekanntlich auch Vertreter politischer Parteien gibt, die Beleidigungen und Beschimpfungen zum Nachteil der Polizei unterstützen oder dulden.

Zu Frage 3: Die Landesregierung vermag nicht zu erkennen, dass ein solcher Eindruck, nämlich die Polizei arbeite mit einer Partei zusammen, in der Öffentlichkeit entstanden ist. Es besteht vielmehr der Verdacht, dass ein solcher Eindruck erst durch die Frage herbeigeredet werden soll.

Zu Frage 4: Die Landesregierung ist daran interessiert, dass die Arbeit der Polizei für die Bürger nachvollziehbar und verständlich ist. Wenn demokratische politische Parteien dazu beitragen, die Arbeit der Polizei dem Bürger zu vermitteln und sich auch sonst der Probleme der Polizei annehmen, ist dies nur zu begrüßen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage, Herr Abgeordneter Dr. Pidde.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Minister Köckert, ist Ihnen der Artikel der "Thüringer Allgemeinen" direkt bekannt, weil er nämlich der Bevölkerung vermittelt, dass es sich um einen Arbeitskreis zwischen Polizeidirektion und CDU-Kreisverband handelt, und das würde Ihrer Aussage widersprechen.

Köckert, Innenminister:

Werter Herr Kollege Pidde, da ich selbst geplagt bin als Betroffener von Artikeln bestimmter Zeitungen, die nicht immer gänzlich das Richtige schreiben, überlasse ich es Ihrer Fantasie, anzunehmen, dass alles, was in der Zeitung steht, auch der Wirklichkeit entspricht.

(Beifall Abg. Carius, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächstes die Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Fischer in der Drucksache 3/2567 auf.

Abgeordnete Dr. Fischer, PDS:

Regressforderungen gegenüber Thüringer Arztpraxen

Presseberichten zufolge sollen Arztpraxen wegen hoher Regressforderungen vor dem Aus stehen, da Krankenkassen wegen Budgetüberschreitungen Rückzahlungen fordern.

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind in Thüringen bisher Arztpraxen von Regressforderungen betroffen und wenn ja, wie viele und in welchen Größenordnungen?
2. Inwiefern wurden Praxisbesonderheiten bei den Regressforderungen berücksichtigt?
3. Wurden im Zuge der Regressforderungen gegenüber Ärzten Auswirkungen auf ihr Ordnungsverhalten festgestellt und mit welchen Folgen?
4. Stehen in Thüringen Arztpraxen vor dem Aus und wenn ja, wie viele?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Dr. Fischer beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zunächst eine kurze Vorbemerkung: Ich gehe davon aus, dass sich Ihre Fragen auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit gemäß § 106 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch in der vertragsärztlichen Versorgung beziehen. Eine solche Prüfung ist in Thüringen bisher nur für das Jahr 1999 durchgeführt worden, deswegen werden die Rückforderungsbeträge durch die Kassenärztliche Vereinigung noch in DM angegeben. Die einzelnen Fragen beantworte ich nun-

mehr wie folgt:

Zu Frage 1: Zurzeit sind 30 Arztpraxen von Regressforderungen betroffen. Der Regressbetrag beläuft sich auf eine Gesamtsumme von 1.661.629,60 DM.

Zu Frage 2: Praxisbesonderheiten, die durch das Klientel der Patienten bestimmt sind, wurden in allen 30 Fällen in einer Gesamthöhe von 4.575.512,21 DM berücksichtigt, z.B. solche Besonderheiten wie die Praxis neben einem Altenheim oder spezielle kostenintensive Krankheitsbilder. Die Bannbreite dieser Praxisbesonderheiten ist berücksichtigt worden im Einzelfall mit einem Betrag von 11.483,65 DM und einem extremen anderen Fall mit 576.474,01 DM.

Zu Frage 3: Gegenwärtig ist der Vollzug der Regressforderung in der überwiegenden Zahl der Fälle durch Inanspruchnahme eines Rechtsbehelfs, Einlegen von einem Widerspruch, gehemmt, so dass die damit verbundenen konkreten Auswirkungen erst nach Beendigung des Widerspruchsverfahrens eintreten werden. Infolge der Vollzugshemmung lassen sich Folgewirkungen nach Angabe der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen derzeit nur in allgemeiner Form erkennen. Bezogen auf das Ordnungsverhalten der Ärzte wird in erster Linie Folgendes genannt: 1. Stärkere Hinwendung zur Privatliquidation der Verordnung; 2. in Einzelfällen Ordnungsverweigerung; 3. Zunahme von Anfragen an die Krankenkassen zur schriftlichen Bestätigung der Kostenübernahme.

Zu Frage 4: In ca. 30 Prozent der Fälle liegt das Regressvolumen im Einzelfall bei mehr als 50.000 DM. Bei dieser Größenordnung kann es durchaus zu existenzbedrohenden Situationen kommen. Ich werde daher die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen bitten, mir vor Vollzug der Regresse nochmals Bericht zu erstatten. Ich gehe davon aus, dass der Vollzug der rechtskräftigen Regressbescheide so gestaltet wird, z.B. durch Ratenzahlungen, dass die Praxen weiterhin an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmen können.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine Nachfragen, ich rufe als Nächstes die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Bechthum in der Drucksache 3/2587 auf.

Abgeordnete Bechthum, SPD:

Förderung von barrierefreien Wohnmöglichkeiten

Zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderung und zur besseren gesellschaftlichen Integration werden durch den Freistaat Thüringen die Schaffung von barrierefreien Wohnungen und Kommunikationsstätten für ältere Menschen (Richtlinie für die investive Förderung zur Herrichtung von barrierefreien Wohnungen und zur Schaffung von Kommunikationsstätten für ältere

Menschen, StAnz. Nr. 31/1994) ergänzend gefördert.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe waren oder sind die Mittel des Haushaltstitels 08 21 893 01 von einer Haushaltssperre betroffen?

2. Wie viele Begegnungs- und Kommunikationsstätten für ältere und behinderte Menschen haben bisher im Jahr 2002 einen Fördermittelbescheid erhalten?

3. Wie hoch ist 2002 das finanzielle Antragsvolumen für eine Förderung von Begegnungs- und Kommunikationsstätten bzw. für die Schaffung barrierefreien Wohnraumes?

4. Gibt es Kommunen, die wegen fehlender Mittel aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost ihre Anträge auf Förderung zurückgezogen haben?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Bechthum wie folgt:

Zu Frage 1: Die Haushaltsmittel in Kapitel 08 21 Titel 893 01 für Investitionen zur Schaffung von barrierefreien Wohnungen und Kommunikationsstätten für ältere Menschen wurden aufgrund der Haushaltssperre im Baransatz von 1.533.900 € lediglich um 50.000 € auf 1.483.900 € reduziert. Von den Verpflichtungsermächtigungen des Haushalts 2002 für die Jahre 2003 und 2004 in Höhe von insgesamt 920.300 € sind bisher 95.800 € durch Bewilligungsbescheide in Anspruch genommen worden. Die nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 24.500 € unterliegen der Haushaltssperre. Die Haushaltssperre kann allerdings im Bedarfsfall mit Zustimmung des Finanzministeriums aufgehoben werden. Und wenn die zur Verfügung stehenden Mittel im Haushalt 2003/2004, also nach Einbringung des Haushalts, bekannt werden, dann gehe ich von einer teilweisen weiteren Aufhebung dieser Haushaltssperre aus.

Zu Frage 2: In diesem Jahr hat eine Kommune einen Bewilligungsbescheid in Höhe von 95.800 € aus Verpflichtungsermächtigungen des Haushalts 2002 für das Jahr 2003 erhalten.

Zu Frage 3: Die Barmittel des nach der Haushaltssperre reduzierten Haushaltsansatzes in Höhe von 1.483.900 € sind durch Bescheide mit einem Volumen von 1.458.900 €

gebunden. Ein Bewilligungsbescheid in Höhe von 25.000 € ist in Vorbereitung. Ein Bewilligungsbescheid für die Ausstattung der Seniorenbegegnungsstätte in Ebeleben wird voraussichtlich im Oktober dieses Jahres erteilt werden. Es liegen 16 weitere Förderanträge mit einem finanziellen Volumen von ca. 3,3 Mio. € vor, die für den Haushaltsplan 2003 bzw. den Haushaltsplan 2004 angemeldet wurden. Darüber hinaus liegen weitere 40 Anträge für die folgenden Haushaltsjahre ab 2005 und Anmeldungen unterschiedlicher Bearbeitungsreife mit einem finanziellen Volumen von ca. 5,3 Mio. € vor. Dies ist relativ normal. In fast allen Haushalten der Bundesrepublik Deutschland, aus denen Investitionen gefördert werden, übersteigt in der Regel das Antragsvolumen die bereitstehenden Mittel.

Zu Frage 4: Nein, es liegen keine solchen Anträge vor.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich rufe die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Buse in der Drucksache 3/2588 auf, die trägt Abgeordnete Nitzpon vor.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Umstufungsplanung hinsichtlich Landesstraßen

Mit meiner Kleinen Anfrage 628 vom 7. Mai 2002 habe ich konkrete Fragen gestellt und um Darstellung u.a. nach dem Stand der Bearbeitung der örtlichen Zuordnung und nach den betreffenden Landesstraßen gebeten.

Die mit der Drucksache 3/2538 vorliegenden Antworten lassen die geforderte Konkretetheit vermissen.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Welche für die Abstufung vorgesehenen Landesstraßen werden im Jahr 2002 mit Mitteln in welcher Höhe (bitte nach Landesstraßen aufschlüsseln) saniert?

2. Hat die Haushaltssperre Auswirkungen auf die Realisierung des Bauprogramms 2002?

3. Welche für die Abstufung vorgesehenen Landesstraßen haben im Jahr 2003 für eine Sanierung eine besondere Priorität?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Schuster.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, namens der Landesregierung beantworte ich die Fragen von Herrn Buse wie folgt:

Zu Frage 1: Insgesamt werden im Jahre 2002 43 für eine Abstufung vorgesehene Landesstraßen mit einem derzeit aktuellen Mittelbedarf von rund 7,3 Mio. € saniert. Ich bitte um Verständnis, dass ich auf eine Aufzählung aller Einzelmaßnahmen hier verzichte.

Zu Frage 2: Die Haushaltssperre hat keine Auswirkungen auf die Realisierungen der in Frage 1 vorgesehenen Bauvorhaben. Durch die Haushaltssperre wird es aber Terminverschiebungen bei der Realisierung der Landesstraßenbauprogramme 2002 geben.

Zu Frage 3: Wie bereits in der Kleinen Anfrage Nr. 628 des Abgeordneten Buse ausgeführt, wird durch die Thüringer Straßenbauämter zurzeit in Abstimmung mit den jeweiligen Landkreisen ein Umstufungsprogramm erarbeitet. Dieses wird bis zum Jahresende 2002 vorliegen und erst danach sind unter Berücksichtigung der insgesamt für den Landesstraßenbau verfügbaren Mittel Aussagen möglich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage. Frau Abgeordnete Nitzpon, bitte.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Herr Minister, ich verstehe, dass Sie hier diese Einzelmaßnahmen nicht darlegen können aufgrund der Kürze der Zeit. Würden Sie uns allen diese dann schriftlich zuleiten?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Damit hat sich das erledigt. Es gibt eine Nachfrage durch den Abgeordneten Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Herr Minister, lässt sich die Anzahl der Landesstraßen, die von den Terminverschiebungen betroffen sind, benennen. Sie sprachen von 43 Straßen für die Umstufung und von einer unbestimmten Zahl von Terminverschiebungen.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Die Zahl lässt sich noch nicht benennen, das ist noch mitten in der Ermittlung.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächstes die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Tasch in der Drucksache 3/2609 auf.

Abgeordnete Tasch, CDU:

Förderung von Frauen in der Wissenschaft

Mit dem Thüringer Gleichstellungsgesetz und den entsprechenden Regelungen des Thüringer Hochschulgesetzes hat sich der Freistaat Thüringen nachdrücklich dazu bekannt, dass Frauen gleichberechtigt an der Entwicklung und Gestaltung der Informations- und Wissensgesellschaft teilhaben können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Fördergelder standen den Frauen in der Wissenschaft aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm aus dem Haushalt des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2001 zur Verfügung?

2. Welche Förderschwerpunkte wurden unterstützt?

3. Welche Fördermaßnahmen sind für 2002/2003 vorgesehen?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Ministerin Schipanski.

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Tasch beantworte ich im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Thüringer Landesregierung misst der Förderung von Frauen in der Wissenschaft hohe Priorität bei, die ihren Niederschlag in konkreten Maßnahmen findet. Im vergangenen Jahr wurden rund 1,7 Mio. € aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm für die Realisierung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre bereitgestellt. Für die Förderung von Frauen in Forschung und Lehre standen darüber hinaus rund 153.000 € aus dem Thüringer Landeshaushalt zur Verfügung.

Zu Frage 2: Es werden vielfältige Maßnahmen unterstützt. Diese erstrecken sich auf die Bereiche wissenschaftlicher Nachwuchs, Gender-Forschung sowie Einzelprojekte zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen an Thüringer Hochschulen. Im Einzelnen: Im Bereich Nachwuchsförderung sind neben der Promotions- und Habilitationsförderung vor allem auch Promotionsabschlusstipendien zu nennen. Sie sollen gerade jungen Frauen den schwierigen Schritt hin zur Promotion erleichtern. Es handelt sich hier um ein zusätzliches Stipendium, das den Frauen die Möglichkeit gibt, etwa nach einer bereits geförderten zwei- oder dreijährigen Promotionsphase innerhalb von drei Monaten die bisher erzielten Ergebnisse als Dissertation zusammenzufassen und an der Hochschule

einzureichen. Wiedereinstiegsstipendien sollen Frauen nach einer Familienphase den Anschluss an die Entwicklung in Wissenschaft und Forschung erleichtern. Mit Hilfe von Forschungsstipendien sowie der Förderung der Teilnahme an Konferenzen mit einem eigenen Vortrag ermutigen wir junge Wissenschaftlerinnen, sich auf internationalem Parkett zu bewähren. Wir haben einen Berufungsfonds eingerichtet, aus dem Hochschulen honoriert werden, wenn sie mehr Frauen die Möglichkeit einer Professur einräumen als der durchschnittlichen Anzahl der anderen Thüringer Hochschulen. 2001 wurden daraus 250.000 € verausgabt und in diesem Jahr 150.000 €. An den Fachhochschulen ist der Anteil von Frauen unter den Professoren zu niedrig. Häufig mangelt es den Frauen hier an Praxiszeiten, deshalb stellen wir den Fachhochschulen bis zu 80 Prozent der Personalmittel zur Verfügung, die für die Beschäftigung einer Wissenschaftlerin im Rahmen eines Kooperationsvertrags mit einem Unternehmen erforderlich sind. Den Fachhochschulen werden darüber hinaus gesondert Forschungsmittel zugewiesen, die sie ausschließlich für die Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen in Forschungsprojekten verwenden können, in diesem Jahr 200.000 €. Im Bereich der Frauen- und Gender-Forschung werden Projekte und Tagungen gefördert, die eine sinnvolle Vernetzung der Vorhaben und Ergebnisse bringen. 2001 hatten wir die nationale Tagung an der Universität Erfurt zum Thema "Geschlechterforschung in Thüringen" sowie die von der Fachhochschule Erfurt initiierte und meinem Ministerium geförderte internationale Fachkonferenz "Gender in Lehre und Didaktik". Daran haben sich Expertinnen und Experten aus Österreich, Russland, USA, Polen und Tschechien beteiligt. Schließlich gibt es eine Vielzahl weiterer Projekte und Einzelvorhaben zur Förderung der beruflichen Situation von Frauen in Thüringer Hochschulen. Ich nannte schon die Telearbeitsplätze zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Karriere.

Ich möchte Ihnen abschließend noch eine Zahl nennen, die im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarung Aufschluss über den Erfolg der Frauenförderung gibt. Die Länder haben sich darin das Ziel gesetzt, bei Fördermaßnahmen, die nicht ausschließlich der Frauenförderung dienen, eine Frauenquote von 40 Prozent zu erreichen. In Thüringen liegen wir mit 42 Prozent im Jahr 2001 über dieser Richtzahl.

Zu Frage 3: Der Freistaat Thüringen beschließt jährlich umzusetzende Schwerpunkte im Rahmen des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms. Die im Jahr 2001 erfolgreich begonnenen Fördermaßnahmen werden so für die Jahre 2002 und 2003 kontinuierlich fortgesetzt. Der Haushaltstitel zur Förderung von Frauen in Forschung und Lehre soll mit mehr als 150.000 € in das Modell zur leistungs- und belastungsorientierten Zuweisung von Landesmitteln eingehen. Hier wird Chancengleichheit für Frauen ein Leistungskriterium bei der allgemeinen Mittelvergabe sein. Ebenso besteht die Möglichkeit, den Hochschulen auf Antrag für konkrete hochschulpolitisch und damit auch

gleichstellungspolitisch wünschenswerte Projekte Mittel zuzuweisen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine weitere Anfrage durch Frau Abgeordnete Wolf.

Abgeordnete K. Wolf, PDS:

Welche Erfolge zeigen denn die bis jetzt eingesetzten Mittel und Programme in Bezug gerade auf die Quote von Professorinnen in Thüringen?

Prof. Dr. Schipanski, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:

Der Professorinnenanteil an der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat sich von 5 auf 12 Prozent erhöht und für die anderen Hochschulen kann ich es Ihnen jetzt im Einzelnen nicht sagen. An den technisch orientierten Fachrichtungen wird es noch einige Zeit dauern, weil dort erst Habilitationen und Promotionen gefördert werden müssen, damit wir eine größere Anzahl von Frauen haben, die sich dafür bewerben können. Aber dort legen wir immer Wert darauf, dass gerade Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern promovieren und habilitieren.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Ich rufe als Nächstes die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Thierbach in der Drucksache 3/2615 auf.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Dritter Sozialbericht der Thüringer Landesregierung

In der öffentlichen Ausschreibung zur Erstellung des Dritten Sozialberichts der Thüringer Landesregierung ist in der Zielsetzung zu lesen: "... der Dritte Sozialbericht soll einen Überblick zur sozialen Lage der Bevölkerung in Thüringen geben ... Durch sachliche Verknüpfung und regionale Vergleiche soll die soziale Lage einzelner Bevölkerungsgruppen klar erkennbar werden."

Durch Vertreter der Landesregierung wurde die Fertigstellung des Berichts für Mitte des Jahres 2002 angekündigt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben dazu geführt, dass der Dritte Sozialbericht noch nicht veröffentlicht ist, und wann wird er veröffentlicht?

2. Wie wird seitens der Landesregierung gewährleistet, dass die Ergebnisse des Berichts rechtzeitig den Abgeordneten des Landtags bei der Diskussion um den Doppelhaushalt 2003/2004 vorliegen und somit die Haushaltsentscheidungen aktiv beeinflussen?

3. Wie beabsichtigt die Landesregierung, eine Diskussion über den Dritten Sozialbericht zu gestalten, wer soll in die Diskussion einbezogen werden?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Thierbach wie folgt:

Zu Frage 1: Frau Abgeordnete Thierbach, Sie haben in Ihrer Mündlichen Anfrage in der Landtagsdrucksache 3/1957 bereits die gleichen Fragen gestellt, die heute hier auch aus dieser Mündlichen Anfrage hervorgehen. Herr Minister Dr. Pietzsch hat diese Frage am 8. November 2001 hier im Plenum beantwortet. Ich möchte Ihnen aus der damaligen Antwort wörtlich zitieren: "Wir haben gesagt, in der Mitte des Jahres wird der Bericht erstellt sein. An dieser Zielorientierung wird festgehalten, aber Sie wissen auch, dass es unter Umständen Verzögerungen geben kann, dass es auch Korrekturlesungen usw. gibt. Wir haben den Zieltermin schon deshalb sehr früh gestellt, damit auch wirklich der Abgabetermin oder der Veröffentlichungstermin des Sozialberichts eingehalten wird. Sie dürfen diese beiden Termine bitte nicht in Übereinklang sehen." Soweit das Zitat aus der damaligen Antwort. Wir waren eigentlich davon ausgegangen, dass diese Antwort so klar war, dass sie verstanden werden konnte.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Das kannten wir!)

Nun zum aktuellen Sachstand: Der Bericht wurde von dem beauftragten Institut nach den Sommerferien absprachegemäß vorgelegt. Da es sich um den Sozialbericht der Landesregierung handelt, bedarf es noch einer Ressortabstimmung und der redaktionellen Überarbeitung sowie einiger Ergänzungen. Dieser Sozialbericht soll, meine Damen und Herren, kein Schnellschuss sein; Qualität geht vor Zeit. Wie bereits in der Landtagssitzung am 8. November 2001 klar gesagt, ist der Erstellungstermin nicht der Veröffentlichungstermin. Da Sie auch noch einige Zeit für die handwerkliche Produktion, also für den Druck des Berichts, einrechnen müssen, gehe ich davon aus, dass eine Veröffentlichung frühestens im Oktober erfolgen wird.

Zu Frage 2: Es ist nicht die Absicht des Berichts, Einfluss auf die Haushaltsberatungen zu nehmen. Ein Bericht ist eine wertfreie wissenschaftliche Darstellung der sozialen Situation in Thüringen. In einer freiheitlichen Gesellschaft kann jeder Bürger diese Daten zur Kenntnis nehmen, sie persönlich bewerten und dieses Material nutzen, so wie er dies für richtig hält.

Zu Frage 3: Wenn der Bericht fertig ist, wird er dem Thüringer Landtag zugeleitet. Er wird als Broschüre und im Internet veröffentlicht. Jeder interessierte Bürger, alle Verbände und darüber hinaus der gesamte Landtag sind eingeladen, darüber zu diskutieren.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt eine Nachfrage. Frau Abgeordnete Thierbach.

Abgeordnete Thierbach, PDS:

Herr Staatssekretär, ich kann mir vorstellen, dass es nervt, dass wir so penetrant nachfragen, das akzeptiere ich auch. Ich glaube aber, die Fragen sollte man trotzdem ernsthaft prüfen und dann nicht einfach von vor acht Monaten, nämlich aus dem Dezember, etwas wiederholen, was in Frage 1 nicht steht. Ich bin der Meinung, Sie sollten uns konkret antworten, wie und wen

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Frage!)

- wie und wen sind doch wohl Fragewörter - Sie in die Diskussion einbeziehen wollen und wie - in der Frage 3 - die Diskussion gestaltet werden soll. Und eine zweite Frage gleich noch: Akzeptieren Sie, dass Abgeordnete aus einem Sozialbericht, der ein statistisches wissenschaftliches Werk ist, neutral erstellt ist, politische Handlungen ableiten und deswegen vor der Haushaltsdiskussion diesen auch brauchen?

Maaßen, Staatssekretär:

Frau Abgeordnete Thierbach, ich beantworte Ihre Fragen sehr gern, ich habe sie aber auch schon bereits beantwortet. Ich habe ganz klar gesagt, dass dieser Bericht, wenn er fertig gestellt wird, diskutiert werden kann. Er wird nicht diskutiert, bevor er fertig gestellt wird.

Und die zweite Frage, die Sie gestellt haben, beantworte ich auch wie folgt: Natürlich ist es ein Sozialbericht der Landesregierung, ich habe das sehr deutlich gesagt; die wird sich mit diesem Berichtsergebnis auseinandersetzen, also mit dem Berichtsergebnis des wissenschaftlichen Instituts, und dann als Sozialbericht sich zu Eigen machen. Damit ist ganz klar, dass damit auch dann verbunden sind Handlungsempfehlungen an die Politik aus der Sicht der Landesregierung, die werden in diesem Sozialbericht dargestellt werden.

Ich möchte noch hinzufügen, Frau Abgeordnete Thierbach, dass es sich nicht um eine rein statistische Erhebung handelt, sondern um einen Bericht mit sehr vielen konkreten Aussagen.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich rufe als Nächstes die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Ramelow in der Drucksache 3/2630 auf.

Abgeordneter Ramelow, PDS:

Kontakte von CDU-Mitgliedern zu rechtsextremistischen Strukturen

In der Sendung des NDR "Panorama" am 6. Juni 2002 wurde über Kontakte mit und Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen von CDU-Mitgliedern berichtet. Beispielhaft wurden die "Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)" als "bedeutendste rechtsextremistische Kulturvereinigung", der "Grabert-Verlag" sowie die rechtsextremistische Burschenschaft "Danubia" genannt. Zu den CDU-Mitgliedern, deren Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen und Gruppen nachgewiesen wurden, zählen unter anderem ein langjähriger Referent in der Bundeszentrale für politische Bildung und des Bundesinnenministeriums sowie ein Bundestagsabgeordneter der CDU. Der Sprecher der rechtsextremistischen Burschenschaft "Danubia" sagte auf dem diesjährigen Burschenschaftstag in Eisenach (Thür.) zu Journalisten: "Es ist halt so, dass zahlreiche Mitglieder der Aktivitas - der alten Herren ohnehin - Mitglieder von CDU und CSU sind oder Junge Union der CSU. Und das sind vor allem auch diejenigen, die in den letzten Jahren für die politische Arbeit meines Bundes, die eine sehr ausgeprägte politische Arbeit ist, also immer wieder interessante Vorträge verantwortlich sind." (Originalzitat)

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Zusammenarbeit rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen mit Funktionsträgern der CDU und der Landesregierung vor und in welcher Form unterstützen CDU und Landesregierung derartige Organisationen?

2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Publikationstätigkeiten in rechtsextremistischen Verlagen und Periodika von Mitgliedern der Thüringer Landesregierung vor?

3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zum Zusammenwirken mit Funktionsträgern der CDU und der Thüringer Landesregierung zur rechtsextremistischen Burschenschaft "Danubia" vor, insbesondere vor dem Hintergrund des jährlich in Eisenach von der "Deutschen Burschenschaft" DB organisierten Burschenschaftstags?

4. Wie bewertet die Landesregierung die hier dargestellten Erkenntnisse vor dem Hintergrund des Beschlusses des Thüringer Landtags (Drucksache 3/627), in dem es heißt: "Dem extremistischen Gedankengut muss aber mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Konzepte zur Vermeidung von Extremismus, Antisemitismus, Frem-

denfeindlichkeit und Gewalt, konsequentes staatliches Handeln und die Zivilcourage aller Demokraten sind notwendig. Die Aktivitäten extremistischer Gruppierungen müssen aufmerksam beobachtet und neue Entwicklungen erkannt werden."?

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung antwortet Minister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für die Landesregierung beantworte ich Ihre Fragen, Herr Ramelow, wie folgt:

Zu Frage 1: Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Landesregierung nicht vor. Weder unterstützt die Landesregierung derartige Organisationen und Gruppierungen, noch arbeitet sie mit ihnen zusammen.

Zu Frage 2: Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 3: Ein Zusammenwirken von Funktionsträgern der Thüringer CDU mit der Burschenschaft "Danubia" ist der Landesregierung nicht bekannt. Es gibt auch kein Zusammenwirken zwischen der Landesregierung und der Burschenschaft "Danubia".

Zu Frage 4: Die Landesregierung begrüßt den Beschluss des Thüringer Landtags, der vor dem Hintergrund des Brandanschlags auf die Synagoge in Erfurt gefasst wurde. Eine weiter gehende Bewertung erübrigt sich nach den vorangegangenen Antworten.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mit dieser Antwort schließe ich die Fragestunde. Wir haben übrigens alle Fragen abgearbeitet in dieser zweiten Fragestunde.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 12**

Tourismusförderung in Thüringen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/2496 -

Die Landesregierung hat angezeigt, dass sie die Möglichkeit des Sofortberichts nutzt. Herr Minister Schuster, bitte.

Schuster, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der Tourismus ist in Thüringen ein Wirtschaftszweig, der sich bereits gut entwickelt hat und der weiter entwicklungs-

fähig ist. Seit 1992 sind unsere Gäste- und Übernachtungszahlen um ca. 70 Prozent gewachsen. Gegenwärtig gibt es allerdings einen negativen Trend. Im ersten Halbjahr 2002 mussten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum Rückgänge in einer Größenordnung von 5,5 Prozent bei den Gästeankünften und von 5,8 Prozent bei den Übernachtungen realisiert werden. Es stellt sich somit die Frage, worauf diese Rückgänge zurückzuführen sind. Es stellt sich die Frage, ob dies auf eine Veränderung der Nachfrage zurückzuführen ist oder auf ein unzureichendes Angebot.

Lassen Sie mich zunächst zur Nachfrage darstellen, dass wir derzeit bundesweit eine deutliche Kaufzurückhaltung zu verzeichnen haben, die natürlich mit der schlechten Konjunktursituation zusammenhängt. Wenn gegen die Wirtschaftslage nicht umgehend etwas unternommen wird, wenn nicht umgehend die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft insgesamt verbessert werden, dann lässt sich die Lage des Tourismus ebenfalls nicht grundlegend verbessern, meine Damen und Herren.

Zur Belegung der Nachfrage im Tourismus in unserem Lande ist es außerdem noch notwendig, neue Tourismuspotenziale zu erschließen. Die Zielgruppe der über 50-Jährigen reicht nicht aus. Es gibt aber auch interne Faktoren, die zu einem Rückgang der Nachfrage beitragen. Beispielsweise muss man auf entsprechende Anfragen auch prompt und entsprechend reagieren. Aus einer Studie der Fachhochschule Gotha wissen wir, dass von den Tourismusinformationen etwa ein Drittel der schriftlichen Anfragen nicht beantwortet wurden. Auch die Fremdsprachenkenntnisse und das Qualitäts- und Produktmanagement vor Ort waren nach dieser Studie nicht ausreichend. Möglicherweise liegt es auch daran, dass die dort Beschäftigten über eine unzureichende Ausbildung verfügen. Diese Qualifizierung muss in jedem Fall gesichert werden, auch wenn im Tourismussektor immer mehr Teilzeitbeschäftigungen eingeführt werden. Außerdem müssen die Touristiker in Zukunft mehr miteinander arbeiten als gegeneinander,

(Beifall bei der CDU)

denn im Tourismus ist es wichtig, dass man Produktketten anbietet, und die setzen nun einmal das Zusammenwirken mehrerer Träger des Tourismus voraus. Es ist natürlich auch die Frage zu stellen: Sind die Tourismusunternehmen vorbereitet auf diesen Wettbewerb, den es heute auch im Tourismus gibt? Um diese Frage zu beantworten, muss man zurückgreifen auf die bereits getätigten Investitionen. Von 1991 bis Ende 2001 wurden im Rahmen der touristischen Förderprogramme ca. 685 Mio. € Zuschuss für mehr als 3.380 Vorhaben ausgereicht. Damit wurden Investitionen in Höhe von rund 2,3 Mrd. € ausgelöst. Bis zum Jahre 1997 wurde so ein breites Spektrum an Bettenkapazitäten in verschiedenen Kategorien geschaffen. In der Zeit danach wurde sehr viel stärker die Notwendigkeit betont, die touristische Infrastruktur zu verbessern, was ja dann auch geschehen ist.

Meine Damen und Herren, worum es in keinem Fall gehen kann, ist zu fordern, der Staat müsse die Gäste in die Hotels schaffen. Die Zeit der staatlich organisierten Tourismusindustrie ist vorüber.

(Beifall Abg. T. Kretschmer, CDU)

Ich warne auch vor einem Mangel an Selbstkritik. Die teuerste Werbung ist nur eine Seifenblase, wenn das Angebot nicht die behauptete Qualität und Attraktivität hat.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich auch die Frage zu stellen, was noch geschehen ist, um dem Tourismus zu helfen. Es wurde mit der Gründung der TTG ein Instrument geschaffen, das getragen wird von den Tourismusverbänden, von der THÜHOGA, von den Incoming-Reisebüros und von der IHK. Die Aufgabe dieser TTG ist es, ein modernes Marketing zu betreiben. Dementsprechend hat die TTG ein Service-Center aufgebaut, Internetauftritte, elektronische Buchungssysteme eingeführt und sie hat dafür gesorgt, dass unsere Angebote zunehmend buchbar sind. Trotzdem bleibt die Aufgabe auch für die TTG, ihre Tätigkeit weiterzuentwickeln und insbesondere im Bereich der Produktentwicklung weitere Angebote zu machen. Es ist sicherlich nicht förderlich im Tourismus, wenn die verschiedenen Leistungsträger streiten darüber, wer welche Gebühren in Rechnung stellen darf und sollte.

Ich komme damit zu einem anderen Bereich der Infrastruktur - das sind die Bäder. Dank einer konsequenten Förderung entsprechender Infrastruktur konnten in unseren Tourismusregionen so genannte Schlechtwetterangebote geschaffen werden, ohne die heute kein Tourismus mehr auskommt. Es wurden die berühmten und häufig zitierten acht Erlebnisbäder gefördert. Dies war eine damals allgemein begrüßte, heute gelegentlich kritisierte Entscheidung. Fakt ist, Erlebnisbäder wurden nicht nur gefördert, sondern auch massiv gefordert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt bis heute ein Interesse daran, ähnliche oder vergleichbare Einrichtungen zu schaffen, und nicht wenige solcher Einrichtungen wurden von den Kommunen in der Zwischenzeit geschaffen. Ich verweise nur auf die Bäder in Jena und Mühlhausen. Weitere Beispiele ließen sich unschwer benennen. Erstaunlich ist aber auch, dass es weitere Planungen gibt in der Hinsicht, so dass natürlich die Situation eintreten wird, dass man sich scharf Konkurrenz machen wird, wenn das so weitergeht.

Man hat häufig behauptet, es sei zu viel entwickelt worden, es seien solche Bäder an Orten errichtet worden, die zum Betrieb dieser Einrichtungen nicht in der Lage sind. Meine Damen und Herren, Tatsache ist, eine Förderung von touristischen Infrastrukturmaßnahmen erfolgte und erfolgt bis heute, wenn die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde aufgrund der vorgelegten Planungszahlen und Prognosen bestätigt hat, dass die angegebenen Belastun-

gen die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommune nicht beeinträchtigen. Und entsprechende Prüfungen und Stellungnahmen wurden auch von den regionalen Planungsgemeinschaften im Vorhinein erstellt. Auf dieser Grundlage ist dann die entsprechende Förderung erfolgt.

Für den Betrieb und vor allen Dingen für ein tragfähiges erfolgsorientiertes Betreibermanagement ist allerdings die Kommune selbst verantwortlich. Tatsächlich halten Klagen über die Rentabilitätsprobleme der Prüfung oft nicht stand. So zeigt sich beispielsweise, dass an sich wirtschaftlich zu betreibende Bäder mit defizitären Einrichtungen verbunden wurden und dass bei den Betreiberverträgen schwer wiegende Mängel enthalten sind. Unabhängig davon, wie es und warum es dazu gekommen ist - die Landesregierung wird bei Bedarf entsprechende Sanierungsstrategien entwickeln und den Kommunen helfen, mit solchen Situationen fertig zu werden.

Ein zwischen den Ressorts vereinbartes Verfahren sichert außerdem eine abgestimmte Entwicklung auch in anderen Bereichen, etwa im Sport. Man darf jetzt allerdings nicht den Fehler machen, meine Damen und Herren, zu übersehen, dass es einen Bedarf an weiteren Infrastrukturmaßnahmen in anderen Bereichen gibt. Aber, meine Damen und Herren, die Landesregierung wird keinen einzigen Infrastruktur-Projektantrag mehr fördern, der nicht auf einem regional abgestimmten Tourismuskonzept basiert.

(Beifall bei der CDU)

Aber, nun die eigentliche Frage lautet ja, was soll geschehen vor dem Hintergrund der rückläufigen Umsatzzahlen? Was muss wer unternehmen? Es ist sicherlich wichtig, dass das Außenmarketing weiterbetrieben und -entwickelt wird, und zwar im Rahmen der Kampagne "Willkommen in der Denkfabrik" und auch parallel dazu. Entsprechende Aktivitäten sind schon im Rahmen der ITB gelaufen, weitere sind in Vorbereitung. Es muss aber auch darum gehen, darüber hinaus die Hardware für den Tourismus und die Software weiterzuentwickeln. Was meine ich damit? Bei der Hardware ist die investive Förderung angesprochen und hier geht es darum alles zu unternehmen, damit die Guten noch besser werden im Tourismusbereich. Das heißt, man muss in Zukunft die Förderung stärker konzentrieren und nicht breit streuen. Man muss sie konzentrieren auf besonders leistungsfähige Unternehmen und man muss sie konzentrieren auf bestimmte Schwerpunkttorte. Es wurden Tourismusregionen entwickelt, in denen jetzt schon entsprechende Maßnahmen eingeführt sind. Dieses Konzept wird weiterverfolgt werden.

Zweiter Punkt: Die Förderung wird sich in Zukunft noch stärker themenorientiert verhalten. Das heißt, es sind bestimmte Themen, die von besonderer Bedeutung sind, die eine besondere Nachfrage finden, stärker zu betonen.

Nächster Punkt: Die touristischen Angebote sollten in Zukunft auch stärker verknüpft werden mit Kultur- und Sportevents

(Beifall bei der CDU)

und so dazu beitragen, dass eben auch wiederum die Zielgruppen sich vermehren und das Umsatzvolumen. Ein wichtiges Thema, das schon aufgenommen ist und noch weiter aufgenommen wird, ist einen Förderschwerpunkt "Kur und Wellness" zu bilden, insbesondere für unsere Kurmittelhäuser. Wir haben es in der Zwischenzeit erreicht, dass das Kurorte-Sofortprogramm von damals umgesetzt ist. Hier geht es jetzt darum zu erreichen, dass ein Kurorte-Entwicklungskonzept entwickelt wird, um den Bedarf noch umfassender zu bedienen.

Was nun die Software anbelangt - damit ist gemeint die Produktentwicklung, die Servicequalität und die Vermarktung. Die Anforderungen unserer Gäste werden ständig höher. Darauf müssen sich unsere touristischen Leistungsträger angemessen vorbereiten. Die Software ist das A und O für Gästegewinnung und für den Verkauf. Vom Vertrieb, der Buchung über die Information bis zum Angebot und Service am Urlaubsort muss der Gast rundum zufrieden sein. Nur dann wird er wiederkommen und in seinem Umfeld für den Tourismusstandort Thüringen werben.

Um exakt hier Verbesserungen durchzuführen und zu erreichen, wurde bereits vor zwei Jahren ein Wettbewerb "Marketingpreis" für den Tourismus ausgelobt. Seine Aufgabe ist es, herausragende Produkte zu ermitteln und sie als Beispiel zur Nachahmung zu empfehlen. Dieser Wettbewerb wird weiter ausgeschrieben werden und ich hoffe, dass sich hierbei immer mehr sehr nachahmenswerte Beispiele finden lassen. Weiterhin ist daran gedacht zum 1. Dezember eine Thüringen-Card durch die TTG einzuführen, also eine Karte, mit der man vielfältige Einrichtungen buchen kann und die dazu animieren soll, vielfältige Einrichtungen auch zu nutzen und auch länger zu bleiben. Dies ist eine erste Aktion dieser Art bundesweit. Wir erhoffen uns aber Erfolg von einer so genannten Thüringen-Card.

Es sind weiterhin zwei Arbeitskreise eingerichtet worden mit Vertretern der Tourismuswirtschaft, der eine mit dem Thema "Marketing und Qualitätsmanagement" - hier sollen also konkrete Empfehlungen für die Leistungsträger im Tourismus erarbeitet werden - und der andere Arbeitskreis zum Thema "Strukturreform und Angebotsentwicklung". Auch hier werden konkrete Empfehlungen für die Touristiker erarbeitet. Daran anschließend gibt es dann noch Regionalkonferenzen mit den Landkreisen zu den Themen, um zu erreichen, dass dieses Know-how sehr schnell umgesetzt wird. Und es wird auch weitergeführt die Qualitätsoffensive, die wir gestartet haben. Nach erfolgreicher Teilnahme werden die entsprechenden Unternehmen zertifiziert, und zwar nach dem bekannten Schweizer Modell.

Meine Damen und Herren, es ist auch wichtig, im Tourismus zusammenzuarbeiten über die Landesgrenzen hinweg. Es ist gelungen, mit dem Land Baden-Württemberg gerade auf dem Gebiet der Wellness-Kampagne, der Kur- und Bäderstandorte zusammenzuarbeiten. Es wird Kooperationen geben im Bereich Kur und Wellness mit Baden-Württemberg, es wird gemeinsame Veranstaltungen geben, es wird gemeinsame Aktionen geben und auch gemeinsame Messeteilnahmen.

Ich komme zum Schluss: Die jüngsten Zahlen im Tourismus belegen, dass ein Handlungsbedarf besteht, und zwar bei allen Beteiligten, für die Tourismuswirtschaft ebenso wie für die Tourismuspolitik. Wir müssen uns auf die Veränderungen der Nachfrage effektiv einstellen und zusätzliche Tourismuspotenziale erschließen. Ein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht aber nicht so sehr im Bereich der einzelbetrieblichen Kapazitäten, hier ist schon sehr viel geleistet worden. Bedarf bei der Infrastruktur besteht noch, aber nur punktuell. Notwendig sind vor allen Dingen ein verbessertes Außen- und Binnenmarketing, eine Qualitätsoffensive und eine wesentlich verbesserte Kooperation der Leistungsträger und der Entscheidungsträger im Tourismus. Auch im Tourismus gilt der Satz: "Es ist besser, miteinander zu reden als übereinander." Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Nitzpon.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Die PDS-Fraktion beantragt die Aussprache zum Bericht.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Die SPD-Fraktion signalisiert das auch, dann treten wir in diese Aussprache ein. Als Erstes rufe ich auf Herrn Abgeordneten Gerstenberger, PDS-Fraktion.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, dass der Wirtschaftssektor Tourismus in Thüringen noch nicht ausreichend entwickelt ist und noch keinen stabilen Beitrag zur Bruttowertschöpfung, zu geringe Entlastung am Arbeitsmarkt bringt und die Strukturen und die Vermarktung in und für Thüringen eher von einem Gegeneinander als von einem Miteinander der beteiligten Vereine, Verbände und Gesellschaften gekennzeichnet sind, wird nicht erst seit dem 5. Erfurter Konjunkturgespräch, der Berichterstattung der Tourismusgesellschaft oder einer Studie des Landkreises Gotha bzw. den sehr vorsichtigen Andeutungen des Wirtschaftsministers deutlich. Bei allem Erreichten erfolgt meines Erachtens zu wenig die Schwerpunktsetzung in der Tourismusförderung in der

Breite der einzubeziehenden Bereiche. Auswahlseitig möchte ich diesbezüglich einige nennen: Erarbeitung von Tagungs-, Urlaubs- und Tourismusangeboten für die unterschiedlichsten Interessengruppen, Herr Minister, da decken wir uns; Vermarktung der Produkte einschließlich Thüringenmanagement zur Erhöhung des Bekanntheitswertes und von Alleinstellungsmerkmalen; Verbesserung von Service und Ausstattung; Sicherung regionaler Erreichbarkeit auf Schiene, Straße und auch auf Radwegen; Eindämmung kontraproduktiver Entscheidungen, und dazu zähle ich auch Maßnahmen gegen das Reiten im Wald.

(Beifall bei der PDS; Abg. Doht, SPD)

Sicherlich, es gibt dazu überall Einzelgespräche, aber einem geschlossenen vernetzten Bereich, dem würde weit größerer Erfolg für das Land beschieden sein, als wir das zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben. Gegenwärtig stellt sich aber der Tourismus als ein Wirtschaftsbereich mit für Thüringen noch enormen Wachstumspotenzialen dar, der immer weiter eingeschränkt wird. Dies wird jedem in diesem Haus deutlich, wenn er die entsprechenden und für alle zugänglichen Statistiken auswertet. Sieht man sich z.B. gestern die Übernachtungszahlen in Weimar vor, zum und nach dem Goethejahr an, dann sieht man nicht nur ein Auf und Ab, man sieht - wenn man denn bereit ist, eine realistische Betrachtung als Grundlage für Aktivitäten zu akzeptieren -, dass Potenziale vorhanden sind, der Weg ihrer Nutzung aber nicht kontinuierlich und planmäßig erfolgt. Sie kennen alle noch die Diskussion, die wir in diesem Zusammenhang hatten. Vergleichen Sie die Statistik, die fehlende Kontinuität und die fehlende Planmäßigkeit sind dort offensichtlich. Dass die Potenziale erschließbar sind, zeigt eben dieses Goethejahr. Dass Potenziale vorhanden sind, zeigt auch eine Diplomarbeit der Universität Trier, Fachbereich Angewandte Geographie und Fremdenverkehrsgeographie, die sich mit dem Thema "Nutzung und Wahrnehmung von Kulturdenkmälern am Beispiel der Stadt Weimar" beschäftigt. Bezeichnenderweise, meine Damen und Herren, eine Arbeit zu Thüringer Problemen, die außerhalb Thüringens entstand, auch hier schlummern offensichtlich Potenziale in Thüringen, die nicht genutzt sind.

(Beifall bei der PDS)

Ich will hier nicht weiter auf die Inhalte dieser Arbeit eingehen. Betrachtet man die Entwicklung der Finanzausstattung nur und festgemacht an den Zuschüssen für Verbände und Organisationen - das ist der Haushaltstitel im Einzelplan 07 und 02 in Kapitel 72 -, so sieht man, dass geringer werdende Mittel für immer mehr Bedürftige eingesetzt werden.

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Gerstenberger, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordnete Vopel zu?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Ich würde erst gern einmal fertig machen, Frau Vopel, wenn Sie einverstanden sind. Und ebenso sind die durch das Land bereitgestellten Mittel zur Förderung des Tourismus in der Titelgruppe 73 auf einem absteigenden Ast.

Meine Damen und Herren, aber eben diese Finanzausstattung und die personelle Sicherung der Arbeit der Regional- und Branchenverbände sind nach unserer Auffassung wichtige Kritikpunkte, die einer Verbesserung der Ergebnisse im Fremdenverkehr und Tourismus entgegenstehen. Nicht umsonst wird dem Ausschussvorsitzenden der TTG die Überlegung zugesprochen, die Mittel für die Denkmalfabrik-Aktionen wären in der Tourismusförderung besser aufgehoben gewesen.

Wenn es so wäre, dass die Branche boomen würde, eigene Mittel aufbringt und mit Strukturen arbeitet, die flexibel und zielorientiert wirken, dann bedürfte es weniger staatlicher Zuschüsse und kaum Unterstützung bei der langfristigen Arbeitskräfteausstattung zur Erarbeitung regionaler Angebote. Wer aber in einem Entwicklungsbereich, der aufgrund der wirtschaftlichen Situation stark insolvenzgefährdet ist, nicht unterstützend eingreift, der handelt fahrlässig, fahrlässig gegenüber den Beschäftigten in dem Bereich, fahrlässig gegenüber den Unternehmern in dieser Branche und fahrlässig gegenüber Thüringen und seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Wir brauchen nur einmal die Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarkts in diesem Bereich über die Jahre zu vergleichen.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Das wird doch gemacht!)

Es ist doch nicht nur so, dass in Thüringen der Anteil des Gastgewerbes an der Bruttowertschöpfung eine sinkende Tendenz aufweist - nein, auch der Abstand des Anteils der Branche im deutschlandweiten Ranking wird größer. Die Schere öffnet sich.

(Beifall bei der PDS)

Immerhin wird deutschlandweit ein wirtschaftlich bedeutender Anteil der touristischen Ergebnisse am Bruttoinlandsprodukt von jenseits 8 Prozent erreicht.

Meine Damen und Herren, wenn ich hier auf das Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zum Thema "Wirtschaftsfaktor Tourismus" und den tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung verweise, dann vor allem deshalb, weil deutschlandweit allein die Position Geschäftsreisen von Unternehmen mit einem Bruttoinlandsproduktanteil von 1,4 Prozent höher als der Anteil aller Tourismusarten im Bruttoinlandsprodukt in Thüringen und der Anteil des Tagestourismus deutschlandweit 3,1 Prozent, also fast das Dreifache des Anteils aller Tourismusarten in Thüringen beträgt. Das macht Dimensionen und Rückstände deutlich. Das Tourismusför-

derprogramm des Deutschen Bundestages macht außerdem deutlich, dass einer der Ausgangswerte die von der EU eingeschätzte Entwicklung der internationalen Einkünfte mit einer Steigerung bis 2010 um 57 Prozent ist; also ein Potenzial für die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs in Thüringen ist vorhanden. Darüber besteht im Hause, denke ich, auch Einigkeit. Mit der Erschließung und Nutzung hapert es aber offensichtlich und ich hoffe, es wird akzeptiert, dass dafür diesmal nicht die Bundesregierung die Hauptverantwortung trägt. In der Rede des Wirtschaftsministers war allerdings wenig von Verantwortungswahrnehmung in dieser Richtung, sondern mehr von Appellen an Dritte die Rede.

Meine Damen und Herren, Tourismuspolitik ist Mittelstandspolitik und Tourismusentwicklung bedeutet Schwerpunktsetzung, bedeutet die Formulierung von Leitprinzipien und Kompetenzfeldern und deren Entwicklung. Touristische Angebote leben von Vielfalt und von Gruppenbezogenheit. Ähnlich ist es in den Landesentwicklungsprogrammen formuliert und in den regionalen Raumordnungsplänen. Ich will darauf nicht näher eingehen, auch hier decken wir uns, Herr Minister, mit Ihren Vorstellungen und Forderungen. Dabei ist aber völlig zu Recht davon auszugehen, dass Kulturräume im Ganzen zu betrachten sind. Insofern sind auch die von der 15. Konferenz der Wirtschaftsminister vom Januar 2001 in Erfurt formulierten länderübergreifenden Tourismusprojekte sehr zu begrüßen, werden doch mit Sachsen-Anhalt, Harzregion, Weinregion Saale-Unstrut und Sachsen/Sachsen-Anhalt "Wege zu Luther" sowie Hessen/Bayern "Biosphärenreservat Rhön" sowie mit der Einbindung Thüringens in die überregionalen Radwanderwege "Saaleradwanderweg Unstrut", "Radwanderweg Elster", "Radwanderweg Süddeutschland" und "Ostseeradweg/Harzrundweg" und die Einbeziehung in das Projekt "Blaues Band Elbe" erste Ansatzpunkte im Zusammenwirken getroffen. Hier gilt es weiter zu aktivieren und vor allem in Richtung Bayern und Hessen aktiv zu werden. Ich persönlich halte das für ein sehr großes Entwicklungspotenzial, was zurzeit völlig brachliegt.

(Beifall bei der PDS)

Als deutlich zu formulierende Leitprinzipien sehen wir Nachholebedarf in Fragen der Kundenorientierung und der Innovation bei der Produktverarbeitung. Wir glauben, dass Fragen der Qualität und der Identität der Produkte wesentliche Quellen für den ökonomischen Nutzen der Angebote sind. Sicher ist dabei die Einführung einer Zertifizierung, eines Qualitätssiegels, ein äußerlich sichtbares Zeichen. Es muss auch mit Leben und mit Wirksamkeit erfüllt sein. Dabei sind wir der Auffassung, dass Fragen der Nachhaltigkeit und der Umwelt wichtige Faktoren für den Umgang mit Tourismusangeboten sein müssen.

(Beifall bei der PDS)

Beispiele gibt es dort. In der THÜHOGA treffen sich - und da sind aus allen drei Fraktionen Abgeordnete dabei - regelmäßig entsprechende Personen, die sich auch dort mit einem neuen Qualitätssiegel auseinander setzen. Die Aktivitäten dazu könnten allerdings, so denke ich, von Landesregierungsseite auch weiter verstärkt werden.

Meine Damen und Herren, entscheidend für eine erfolgreiche Entwicklung des Thüringer Tourismus ist die Vermarktung der stimmigen Produkte. Die Produktgenerierung muss sich schneller auf Ansprüche von Kundengruppen einstellen und den Gedanken eines Zweit- oder Dritturlaubs aufgreifen. Die Potenziale sind auch von Ihrer Seite genannt worden, Herr Minister, aber das verlangt Kooperation der regionalen Akteure. Auch dort sind wir uns einig, allerdings sind wir uns dazu schon seit vielen Jahren einig. Das hat dann am Kooperationsverhalten der regionalen Akteure sehr wenig geändert. Wir sollten über die Feststellung hinausgehen und vielleicht mit den Akteuren in einer konzertierten Aktion noch einmal ein Gespräch führen. Die Kleinstaaterei an dieser Stelle, ich sagte es eingangs, ist einer der schwierigsten Punkte in der Tourismusentwicklung in Thüringen insgesamt. Wir sollten darauf orientieren, dass Modellvorhaben unterstützt werden, mit denen neue Trends im Reiseverhalten aufgegriffen werden. Große Möglichkeiten sehe ich vor allem im Kultur-, Gesundheits- und Naturtourismus. Um erfolgreich touristische Produkte zu erhalten, müssen auch die thematisch orientierten Angebote zielgruppenspezifisch untersetzt werden, wobei besondere Aufmerksamkeit dem barrierefreien Tourismus sowie den Kinder- und Jugendreisen zu widmen ist. Beim barrierefreien Tourismus verweise ich auf ein Projekt in dieser Richtung, was allerdings mit einigen Anlaufschwierigkeiten behaftet war, aber nichtsdestotrotz verspreche ich mir wie auch meine Fraktion insgesamt aus diesem Projekt eine größere Entwicklung für die gesamte Region um Luisenthal. Das halte ich für wichtig. Bitte schön, nun haben wir die Spaßbäder, nun sollen wir auch an die Spaßbadvermarktung denken.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Sie müssen Erlebnisbad sagen.)

Ein Punkt, der - manchmal ist Erlebnis auch Spaß, Herr Kretschmer. Lassen Sie uns doch bei der Variante Spaß bleiben.

(Unruhe im Hause)

Richtig: Spaß, Herr Kretschmer, ist etwas äußerst Positives.

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Ich weiß es, aber Sie haben es negativ besetzt.)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Sie haben sich verhört.)

Nein, wir haben nur negativ besetzt, dass die Spaßbadförderung in so großer Dimension mit Landesmitteln erfolgte. Gegen den Spaß in den Bädern haben wir überhaupt nichts einzuwenden.

(Beifall bei der PDS)

Aber lassen Sie mich zur Rede zurückkommen. Meine Damen und Herren, als bedeutungsvoll für eine aktive Angebotserweiterung erscheint mir eine neue Form von Qualitätsmanagement über die Arbeit mit den Urlaubern hinaus. Auch das, Herr Minister, sprachen Sie schon an, ich meine die Orientierung auf einen nachhaltigen Umweltschutz im Gastgewerbe und gegebenenfalls die Entwicklung und Einführung einer Dachmarke für umweltorientierten Tourismus. Wir glauben, dass die Fragen des Zusammenwirkens von Thüringer Tourismusgesellschaft mit den Regional- und Branchenverbänden und mit den Vertretern der Hotel-, Gaststätten- und Pensionsbranche deutlich verbessert werden können.

Abschließend will ich deutlich machen, dass in Thüringen mit seiner Kulturlandschaft und seiner reichen Kultur und Tradition Möglichkeiten schlummern, die bei ihrer weiteren Nutzung einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Branche, zur Stärkung der Wirtschaftskraft Thüringens, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können. Das Gleiche, meine Damen und Herren, gilt auch für den Sportbereich. Aber eine solche Überlegung für den Sportbereich verlangt auch das Nachdenken über Sportanlagen als Infrastrukturprojekte. Wenn wir sie als Infrastrukturprojekte verstehen, sollten wir uns auch über eine Förderung gemäß eines Infrastrukturprojekts verständigen. Der Bedarf dafür ist da, die Vermarktungsmöglichkeit auch. Was hindert uns daran, in diese Richtung zu gehen?

Der letzte Satz für Sie, Frau Vopel, dann komme ich zu Ihrer Frage.

Darüber zu beraten und Wege zu erarbeiten zur Verbesserung der Werte, sowohl hinsichtlich der Besuchs- und Übernachtungszahlen als auch zum Abbau bürokratischer Hemmnisse, ist sicher sehr lohnend. Ich halte die Diskussion nach dem heute Stattgefundenen zur Aussprache des Berichts der Landesregierung für nicht abgeschlossen. Ich bin der Auffassung, und das ist auch die Auffassung meiner Fraktion, dass wir die Berichterstattung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zur weiteren Diskussion und Debatte verweisen sollten. Ich denke, das Thema ist es Wert, Schlussfolgerungen zu ziehen, Aktivierungsmöglichkeiten zu suchen, um hier stärker und schneller voranzukommen, als wir das zum gegenwärtigen Zeitpunkt waren und sind. Ich bedanke mich erst einmal für die Aufmerksamkeit.

Frau Vopel, jetzt habe ich Sie lange warten lassen, Entschuldigung, Ihre Frage.

(Beifall bei der PDS)

Abgeordnete Vopel, CDU:

Herr Kollege Gerstenberger, Sie haben kritisiert, dass ausgerechnet Trierer Studenten so eine Studie erarbeitet haben. Geben Sie mir Recht, dass es vielleicht ganz gut ist, wenn einmal so eine Sicht von außen mit in so eine Studie einfließt? Ein Zweites: Ist Ihnen bekannt, dass die Städte Weimar und Trier sehr eng verbunden sind und dass da eine sehr gut gelebte Städtepartnerschaft praktiziert wird, und zwar eine Städtepartnerschaft nicht nur auf Bürgermeister- oder Oberbürgermeisterebene, sondern tatsächlich auf Bevölkerungsebene?

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Vopel, ich bin völlig erstaunt über mich.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin vollständig Ihrer Meinung. Ich kenne auch den Zusammenhang und den Vorgang. Sie haben mich nur etwas falsch verstanden. Ich habe nicht kritisiert, dass es eine Trierer Studentin war, sondern ich habe kritisiert, dass die Initiative allein von Trierer Hochschuleinrichtungen ausgegangen ist, diese Relationen zu untersuchen. Es wäre interessant gewesen, diese Untersuchungen der Trierer Hochschule gegen Untersuchungen aus Thüringer Hochschulen zu stellen und aus den vergleichenden Untersuchungen, weil es ja unterschiedliche Sichten sind, die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Aber in der Sache sind wir uns völlig einig.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Heym, Sie haben als Nächster das Wort. Ich hoffe, dass bis dahin Ruhe eingetreten ist.

Abgeordneter Heym, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich sagen, dass ich mich freue, dass wir heute einmal über den Tourismus in diesem Plenum reden,

(Beifall bei der CDU, PDS)

das geschieht selten genug. Ich möchte auch betonen, dass ich mich freue, dass noch zwei Zuhörer auch auf der Zuschauertribüne ausgehalten haben.

(Beifall im Hause)

Ich bin jetzt schon gespannt, in wie viel Pressen eine Berichterstattung zu dieser Diskussion in Thüringen in den nächsten Tagen zu verfolgen sein wird.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD)

(Zwischenruf Abg. T. Kretschmer, CDU: Die ist schon fertig.)

Ich denke auch, dass es eigentlich ein schönes Thema ist, weil, wer redet nicht gern über Urlaub. Ich denke auch, es ist ein gemeinsames Interesse, dass wir hier diesen Wirtschaftszweig noch weiter ausbauen. Das ist bei den Ausführungen vom Minister und auch von Herrn Gerstenberger hier zum Ausdruck gekommen. Entgegen dem sonst Üblichen muss ich eigentlich sagen, meine Wahrnehmung war, es ist wenig Falsches gewesen, was bis jetzt gesagt worden ist, selbst von Herrn Gerstenberger.

(Unruhe bei der PDS)

(Heiterkeit bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, PDS: Da muss sich Ihre Wahrnehmung verbessert haben.)

Nein. Aber wir wollen das jetzt hier auch nicht zu einer Spaßveranstaltung verkommen lassen. Lassen Sie mich zu meinen Ausführungen kommen. Es ist schon mehrfach gesagt worden, Thüringen hat traditionelle Urlaubsregionen, wir haben kulturelle Attraktionen wie kaum ein anderes Land. Viele Hotels und Gaststätten haben saniert, haben modernisiert und haben eben auch Fördermittel dafür vom Land erhalten, der Minister hat die Zahlen gesagt und wir haben zurzeit knapp 1.500 Hotels und Beherbergungsbetriebe mit mehr als neun Betten hier in diesem Land. Ich mache da nur den kurzen Verweis auf die andere rein touristische Infrastruktur, die wir geschaffen haben, nämlich noch einmal den Verweis auf die Radwege, die schon entstanden sind und wo eben auch viele Projekte zurzeit in der Umsetzung sind und eben dieses Netz auch weiter ausgebaut wird.

Zu den Gästezahlen möchte ich nicht noch einmal etwas sagen, das ist schon gesagt worden. Eigentlich über die letzten zehn Jahre eine erfreuliche Entwicklung, aber wir haben eben gemerkt, dass im letzten Jahr ein Einbruch stattgefunden hat. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den letzten zehn Jahren lag eigentlich konstant bei drei Tagen. Tagestouristen dürften allerdings bei der Erfassung, die wir gemacht haben, noch einmal eine erhebliche Zahl an Gästen ausmachen, die werden aber statistisch nicht erfasst und deshalb können darüber auch keine Erkenntnisse ausgesagt werden. Genauso wenig liegen Erkenntnisse dafür vor, wie viel Sofatouristen, also die Leute, die bei Verwandten und Bekannten unterkommen, uns in Thüringen besuchen, aber letztendlich ist das keine unerhebliche Größe, weil sie auch noch einmal in nicht unerheblichem Maße Geld in der jeweiligen Region lassen.

Ich komme noch einmal zurück auf die auch schon angesprochene Auswertung, die die Erfurter Tourismusgesellschaft einmal für die Landeshauptstadt durchgeführt hat. Die Erhebungen haben ergeben, dass der Tourist am Tag rund 25 € in der Stadt lässt. Natürlich ist es das Gastgewerbe, was am stärksten davon profitiert. Aber von der florierenden Tourismusedwicklung partizipieren eben auch eine ganze Reihe anderer Anbieter. Über alle Nachfragearten verteilt, entfallen in Erfurt 45 Prozent der Ausgaben, die die Touristen dalassen, auf das Gastgewerbe, 36 Prozent auf den Einzelhandel, Kaufhäuser, Fleischerien, Bäckereien, Souvenirläden und solche Dinge und 18 Prozent auf sonstige Dienstleistungen, wie z.B. ÖPNV, Eintrittsgelder für Museen und dergleichen.

Aber wie sieht es im Land aus? Die Strukturen, sie sind auch schon angesprochen worden, in der Thüringer Tourismusbranche haben sich nach einigen Veränderungen in den letzten Jahren gefestigt. Wir haben vier große regionale Fremdenverkehrsverbände und den Landesfremdenverkehrsverband und wir haben die DGT als zentrales Marketinginstrument und damit haben wir eigentlich alle Instrumente, um die Vermarktung dieses Landes bewerkstelligen zu können. Wie überall steckt aber auch hier der Teufel im Detail und ich werde in meinen Ausführungen gleich noch einmal darauf kommen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, das belegen die Gästezahlen, die wir zurzeit zu verzeichnen haben, wir sind im harten Wettbewerb der Regionen angekommen. Das ist kein Thüringer Phänomen, denn die meisten Urlaubsregionen in Deutschland haben Probleme ihre Gästezahlen zu halten. Die Gründe dafür liegen sowohl in allgemeiner Natur, sie sind aber auch durch spezifische Ursachen begründet. Allgemein, kann man sagen, leidet die Tourismusbranche darunter, dass die wirtschaftlichen Zukunftserwartungen nach wie vor bislang als negativ eingeschätzt werden. Für die Buchungsbereitschaft ist eine ungewisse Beurteilung der Zukunft eben zu einem möglichen Buchungstermin genauso ausschlaggebend oder noch maßgebender für die Entscheidung wie die reale Einschätzung der Gegenwart. Schon die Ankündigung von schlechten wirtschaftlichen Aussichten oder gar Entlassungen haben den gleichen negativen Effekt wie tatsächliche Einbrüche, egal ob nun die Leute auch unmittelbar davon betroffen sind oder nicht. Gerade mit den Urlaubspauschalen, mit denen Thüringen abgesehen von wenigen Ausnahmen wirbt, haben wir - und das hat auch etwas mit unserer Infrastruktur zu tun - die unteren und mittleren Einkommenschichten angesprochen. Es sind genau die Gruppen, für die eine schlechte allgemeine wirtschaftliche Stimmung am härtesten zu Buche schlägt. Man merkt eben auch sehr deutlich, dass wir - das ist auch schon gesagt worden - kein Ersturlaubsland sind, wir sind Zweiturlaubsland. Das ist grundsätzlich nichts Schlechtes, aber wir merken, dass es sich die Leute heute genau überlegen, ob sie nach dem Urlaub in der Sonne oder in den Bergen noch einmal ein verlängertes Wochenende z.B. in Thüringen buchen. Die Annahme, dass sich die Ereignisse vom 11. September vergangenen Jahres in verstärktem Inlandtourismus auswirken, haben

sich für Thüringen nicht bestätigt. Es sind eigentlich auch keine Zahlen bekannt, dass andere Urlaubsregionen dort solche besseren Zahlen zu verzeichnen hätten.

Eine Reihe von anderen Fakten kommt hinzu, die die Tourismusbranche belasten - ich komme nicht herum, das anzusprechen an dieser Stelle. Die Ökosteuer verursacht auf der einen Seite Mehrkosten bei den Leuten, die wir eigentlich hier in Thüringen erwarten wollten, denn die Mehrzahl der Gäste, die Thüringen anfahren, kommt mit dem Auto und auf der anderen Seite verursacht die Ökosteuer natürlich bei den Beherbergungsbetrieben ein nicht unerhebliches Mehr an fixen Kosten, die sich natürlich in den Preisen für Übernachtung und Essen niederschlagen. Und gepaart mit Kreditbelastungen, die die meisten Hotels bei uns haben, und es sind gerade die kleinen, haben wir dadurch einen echten Wettbewerbsnachteil.

(Beifall bei der CDU)

Die Abschaffung der 630-Mark-Jobs hat gerade in dieser Branche reingeschlagen, weil viele Betriebe in diesem Bereich mit pauschalen geringfügig Verdienenden flexibel darauf reagieren müssen, wenn eben z.B. unangemeldet ein Bus vor der Gaststätte steht und zu Mittag essen möchte. Ich habe mich im vergangenen Jahr mit einem Vertreter vom Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband unterhalten und habe ihn gefragt, wie das denn bei den Hotels und Gaststätten aufgefangen würde und dass man auch wenig Protest gehört hat, nachdem Rotgrün die 630-Mark-Regelung abgeschafft hatte. Da hat er zu mir gesagt, die werden nach BAT bezahlt, bar aus der Tasche. Das ist die Antwort. Eigentlich möchte man darüber weghören, aber es ist die eigentlich logische Konsequenz aus dem Ergebnis, was Rotgrün mit dieser Abschaffung dieser Regelung angerichtet hat.

Eine zweite Erscheinung ist auch durch die Abschaffung dieses Gesetzes erkennbar. Es fehlt immer mehr an qualifiziertem Personal in diesem Bereich. Ich habe das im vergangenen Jahr einmal recherchiert, ich habe aber die Zahlen jetzt in Vorbereitung dieser Sache nicht gefunden, aber wer sich ein bisschen auch mit seinen örtlichen Arbeitsämtern unterhält, der hat das ja mitbekommen. Was haben wir in den vergangenen Jahren gerade über Umschulungsmaßnahmen für Hotelfachfrauen ausgebildet. Das sind mitunter Frauen gewesen, zwei, vielleicht auch drei Kinder, aber es ist eben nicht beachtet worden, dass gerade die Berufsgruppe Arbeitszeit hat, wenn andere Freizeit haben. Es ist so, dass von den ausgebildeten Hotelfachfrauen keine 10 Prozent tatsächlich dann auch in der Branche anfangen zu arbeiten. Die, die tatsächlich eine Perspektive in dem Bereich sehen, ich kann es für meinen Südthüringer Bereich sagen, die fahren dann eben 20 km weiter und arbeiten im fränkischen, eben im bayerischen Raum, wo sie ganz einfach eine gesichertere Perspektive haben als bei uns in den Gaststätten. Inzwischen hat ja die SPD die Einführung von einem 500-€-Gesetz auch begrüßt. Das ist ja, glaube ich, auch Bestandteil der Hartz-

Kommission, aber eben nur für Haushaltshilfen in privaten Haushalten. Ich denke einmal, man müsste eigentlich erkennen, dass damit gerade dieser Branche wieder nicht geholfen wird, und man nimmt billigend in Kauf, dass gerade in dem Bereich so weitergewurschelt werden soll wie bisher.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gibt noch eine Reihe von anderen Ereignissen, die sich in hohem Maße auch nachteilig auf die ganze Branche ausgewirkt haben, das war MKS und BSE. Mir hat ein Hotelier aus Brotterode gesagt - dessen Haus hat 80 Betten, also es ist kein kleines Haus -, dass er 2001 über das Jahr 24.000 Mark mehr für Einkäufe aufwenden musste für Wurst, Fleisch und Milchprodukte als noch im Jahr zuvor. Das macht eigentlich auch deutlich, wie wir letztendlich mit den Konsequenzen dieser Seuchen zu leben haben.

Ein anderes Beispiel: Wir hatten letztes Jahr endlich wieder einmal reichlich Schnee im Thüringer Wald und die Hotels konnten mit dem Schnee auch gut werben. Da stellen Sie sich, Herr Ramelow, jetzt komme ich zu Ihnen, hin und sagen zu Presse und Fernsehen, dass der Winterdienst in den Gemeinden, also oben im Wald, eine Katastrophe sei. Ich denke einmal, die Zielrichtung war ja klar.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Ich habe gesagt, es muss bezahlt werden.)

Nein. Ich unterstelle Ihnen, Sie wollten ... Richtig. Jetzt bestätigen Sie das, was ich annehme, dass Sie eigentlich der Öffentlichkeit suggerieren wollten, dass die arrogante CDU-Alleinregierung die Gemeinden in der Not im Stich lässt. Das war die Botschaft, auch wohl die Absicht, aber die Wirkung war eben auch eine andere. Während die Hotels in Freude darüber, dass viel Schnee da war, Mailing-Aktionen gemacht haben bei Stammgästen, ein anständiges Hotel behält die Daten seiner Gäste und versucht dann natürlich auch im Nachgang die immer wieder anzuschreiben. Genau das haben die Hotels im Wald gemacht. Sie haben Mailing-Aktionen gemacht und der Gegenlauf war, dass die Leute angerufen und gesagt haben, wir hören von euch, dass Thüringen nicht mehr erreichbar ist. Mir haben einige Hoteliers gesagt, dass das der Branche nicht dienlich war, die Diskussion, die da geführt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: In Lauscha waren die Kundenparkplätze nicht mal geräumt, weil kein Geld da war.)

Also, Herr Ramelow.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Das haben die Gastronomen in Lauscha erzählt.)

Herr Ramelow, wir sollten einmal die Kirche im Dorf lassen. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Ich bin vor ein paar Jahren in Österreich zum Skifahren gewesen. Da hat es eines Tages angefangen zu schneien. Es hat drei Tage lang geschneit. Die sind mit dem Räumen nicht mehr nachgekommen; es konnte auf den Pisten nicht mehr Ski gefahren werden, weil die Raupen das nicht mehr geschafft haben. Wissen Sie, was die Leute gemacht haben? Die sind zu Fuß durch die Orte gelaufen, haben in den Kneipen gesessen, haben Geld dort gelassen - kein Mensch hat sich aufgeregt. Der Obstlerumsatz ist gestiegen und ich finde, man muss auch mit einer gewissen Gelassenheit ganz einfach einmal solche Spitzen in solchen Zeiten ertragen können und die Leute vor Ort, die kommen damit rum. Die brauchen nicht jedes Mal gleich von uns die helfende Hand.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will noch einmal ein weiteres Faktum ansprechen, was eben die Branche belastet. Das ist die unbestrittene Teuerung im Gastgewerbe mit der Umstellung des Euro. Der THÜHOGA behauptet zwar, dass dies nur Einzelfälle sind, aber die Wahrnehmung bei den Leuten ist eine andere. Was eben auch schon angesprochen worden ist, in den letzten Monaten hat es immer wieder Kritik an der Vermarktung des Thüringer Tourismus gegeben. Ich bin der Meinung, wir sollten zu dem Punkt kommen, dass wir einmal ohne Aufgeregtheiten analysieren, wo wir stehen, wo wir hin wollen und wie wir es evtl. erreichen könnten. Ich bin der Meinung, wir haben vernünftige Strukturen, die der Vermarktung dienen. Aber die Frage ist, das haben wir hier auch schon mehrfach angesprochen, da gibt es auch völligen Konsens, ob wir hier wirklich effektiv arbeiten, eben die Zusammenarbeit ist angesprochen. Nutzen wir schon alle Möglichkeiten und Anstrengungen auch auf anderen Gebieten, um den Thüringer Tourismus davon partizipieren zu lassen? Ich denke an unsere Theater, an die Kulturdenkmäler, den Leistungssport, der gerade auch im vergangenen Winter unser Land so positiv in die Schlagzeilen gebracht hat. Wenn wir den Thüringer Tourismus weiter voranbringen wollen, müssen wir uns verstärkt davon leiten lassen, dass Urlaub ein emotionales Produkt ist. Er soll Spaß machen, er soll Erholung bieten und er soll - kurz gesagt - das Gegenteil vom Alltag sein. Wir führen aber zurzeit in Thüringen eine Debatte, die den Urlaub und den Tourismus als das Spiegelbild vom Alltag erscheinen lässt, und das ist tödlich für diese Branche.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen verinnerlichen, dass den Gast weder Gemeinde noch Landkreis noch Ländergrenzen interessieren. Der Gast von heute interessiert sich zuerst für eine Region und dann will er - je nach Interessenlage - wissen, was er für Attraktionen oder auch Möglichkeiten vorfindet, um seinen Interessen nachzugehen, sei das einfach nur Wandern, Radfahren oder die ganzen Funsportarten bis hin zum Kulturtouristen, der in Weimar erscheint, etwas mehr über

Goethe hören will, und das vielleicht auch noch in englischer Sprache. Wir haben immer weniger den Gast, der sich noch in eine Schublade stecken lässt. Der Individualismus greift auch hier immer mehr Raum und es ist immer notwendiger, dass man vor Ort auf die Wünsche der Gäste eingeht und ihnen attraktive Angebote macht. Aber dazu muss ich den Gast erst einmal in Thüringen haben.

Damit komme ich zum Marketing: Mit der TTG, wir haben es schon mehrfach gehört, haben wir ein professionelles Instrument. Aber die verwendet einen ganz wesentlichen Teil ihrer Kapazitäten dafür, den Gast, der sich für Thüringen interessiert, zu beraten, ihn an Hotels oder andere Betriebe zu vermitteln. Natürlich werden auch die wichtigsten Messen besucht und Produkte geschürt, Prospekte und Angebote, insbesondere an Reisebüros und Reiseveranstalter in ganz Europa versendet. Die TTG ist ja auch über die neuen Medien in über 1.600 Reisebüros in ganz Deutschland mit ihren Angeboten eigentlich präsent und von dort aus auch buchbar. Der zur Verfügung stehende Finanzrahmen für alle diese Leistungen hat aber eine leicht überschaubare Endlichkeit.

Unser Grundproblem liegt, denke ich, an unserem Bekanntheitsgrad als Reiseland. Thüringen wird noch zu wenig mit touristischen Assoziationen verbunden und da muss etwas geschehen. Wir müssten auf Thüringen noch intensiver als touristische Zielregion, die Fachleute sagen immer Destination, aufmerksam machen. Ich bin der Meinung, dass man das durch eine nachhaltige Kampagne erreichen könnte. Mit der Denkfabrik läuft zwar eine Kampagne für Thüringen, aber wenn ich darunter den Tourismus anpreise, dann mache ich das, was ich vorhin schon angesprochen habe. Tourismus ist ein emotionales Produkt und die Denkfabrik vermittelt zunächst die Assoziation zu Leistungsbereitschaft und Leistungswillen. Der Tourismus aber soll ja eigentlich genau das Gegenteil ansprechen, die Erholungskomponente. Ich denke mal, kein Mensch, der Interesse an der Denkfabrik entwickelt, tut das, weil er Urlaub in Thüringen machen möchte. Deshalb bin ich der Meinung, dass die touristischen Elemente der Denkfabrik nur der grundsätzliche Hinweis darauf sind, dass in Thüringen auch Tourismus stattfindet. Was wir bräuchten, wäre eine auf den Tourismus zugeschnittene eigene nachhaltige Kampagne. Die Bekanntheit vom Rennsteig, von der Wartburg, von Erfurt und Weimar werden uns auf Dauer genauso wenig nützen wie die Klöße, die Bratwurst oder die Eichsfelder Feldkieker. Wir müssen Aufmerksamkeit erzeugen und Interesse wecken und, es ist vorhin schon in anderer Art und Weise angesprochen worden, wir müssen uns, kurz gesagt, zu einer Marke entwickeln. Das schaffen wir nicht, indem wir herumlaufen und von uns behaupten, dass wir eine sind. Das schaffen wir nur durch einen höheren Bekanntheitsgrad und durch die Angebote und den Service, den die Gäste hier vor Ort auch erleben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Dynamik in diesem Tourismusbereich stellt auch die Aktiven vor große Herausforderungen. Der große Wettbewerbsdruck, der herrscht, verlangt von den touristischen Unternehmen eine ständig neue Produktentwicklung und das stellt hohe Ansprüche auch an das kreative Potenzial dieser Leute. Ich will hier aber nur einmal mit ein paar kleinen Beispielen aufwarten, wie es auch gehen kann. Südtirol, was ja nun, weiß Gott, jeder beim ersten Gedanken mit Urlaub verbindet. Die Südtiroler warten nicht, bis sich jemand für sie interessiert, sie kommen mit dem Auto gefahren, stellen sich in Erfurt auf den Domplatz und verkaufen Schinken und Käse und sprechen die Leute an, dass sie sie doch einmal in ihrer Südtiroler Heimat besuchen möchten. Ich denke, dieses persönlich auf die eventuellen Gäste zugehen, erzeugt eine gewisse Nachhaltigkeit und da bleibt bei den Leuten auch etwas hängen. Ein Hotelier vom Rennsteig hat mir gesagt, dass er schon ein paar Jahre lang Gäste aus Holland hat. Die kommen, sie sind zufällig einmal bei ihm gelandet und sie finden das hier schön, fühlen sich wohl und sie sagen aber, dass die meisten bei ihnen zu Hause mit dem Begriff "Thüringen" gar nichts anfangen können. Sie wissen nichts von uns und ich bin der Meinung, wir müssen ja nicht unbedingt mit Käse nach Holland gehen, wir haben genug eigene, gute Produkte. Aber wenn wir einmal mit solchen kleinen Aktionen gezielt in bestimmte Regionen vorstoßen, dass wir dort erlebbar werden und mit den Leuten ins Gespräch kommen, dann würden wir auch einen höheren Bekanntheitsgrad entwickeln, der nicht unbedingt die ganz großen Beträge in Anspruch nimmt.

Es ist angesprochen worden, wir müssen Einmaligkeiten darstellen und da ist eigentlich zunächst erst einmal im Vordergrund nicht das Geld zu sehen. Wir brauchen die guten Ideen, die letztendlich in Produkte umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Geld ist erst einmal die zweite Frage. Ich habe es auch schon angesprochen und die Vorredner mehrfach, die Zusammenarbeit im Tourismus muss viel enger stattfinden. Wir haben heute eine Veröffentlichung in der "Bild-Zeitung", wo auch wieder die IHK Südthüringen über die Zustände klagt, aber eine ganz wesentliche Ursache in der mangelnden Zusammenarbeit der Leistungsträger sieht.

Unser Land ist so klein, dass Hoteliers aus Zeulenroda neben der Landeshauptstadt auch die Feengrotten in Saalfeld oder die Modelleisenbahnanlage in Wiehe mit anbieten müssen.

(Zwischenruf Abg. Braasch, CDU: Jawohl!)

(Beifall bei der CDU; Abg. Gerstenberger, PDS)

Wir sind so klein, dass jeder Punkt unseres Landes an jedem Tag von egal welchem Punkt erreicht werden kann. Deshalb ist es eigentlich notwendig, dass wir landesweit hier die Kräfte bündeln und an einem Strang ziehen. Die Tourismusbüros der Kommunen, und sie werden ja auch meistens von den Kommunen betrieben, müssen an erster Stelle zusammenarbeiten und sie müssen sich auch intensiver an der Produktentwicklung beteiligen. Ich bin überzeugt davon, dass eine Produktentwicklung von Erfurt aus, eventuell durch die TTG, auf Dauer nicht gelingen kann. Sie kann dort Hilfestellung geben und sie kann dort auch Know-how zur Verfügung stellen, aber die Hauptleistung der Produktentwicklung muss bei den Leuten vor Ort stattfinden.

Die alten Länder z.B. arbeiten zusammen. Die Universität Innsbruck, St. Gallen, Bozen, Graubünden entwickeln Programme, um ihre Touristiker auf die neuen Herausforderungen einzustellen und fit zu machen. Sie tun das, weil sich bei ihnen in den Urlaubshochburgen die Hotels auch schon nicht mehr füllen lassen nur mit der Tatsache, dass die in einer schönen Landschaft stehen. Die Touristiker von heute müssen, kurz gesagt, das Kunststück fertig bringen, dem Kunden Wünsche zu formulieren, in dem Kunden Wünsche zu wecken, auf die er ohne fremden Anstoß gar nicht gekommen wäre, und das in einer Fülle von Überangeboten, wie wir sie in allen Bereichen erleben.

Wir müssen uns als Thüringer dieser Aufgabe stellen. Wir müssen dabei den Wettbewerb mit den etablierten Regionen führen, was heißt, dass wir eigentlich besser sein müssen in Bezug auf Marketing, Angebot und Service. Das heißt auch, und das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, dass die Thüringer Gastronomie das auch noch darstellen muss, dass Wirtshäuser auch Gasthäuser sind und dass eben nicht der Wirt, sondern der Gast die Hauptperson in unseren Einrichtungen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Gedanke, den ich mit der touristischen Vermarktung verbinde und in die nahe Zukunft denke, sind die im Bau befindlichen Autobahnen. Für so große Ballungsräume wie Frankfurt am Main werden wir, wenn die Autobahnen fertig sind, das sind nicht einmal mehr zwei Jahre, für Räume wie Frankfurt am Main in zwei Autostunden bequem erreichbar sein. Wir eignen uns damit also vorzüglich für Kurztrips, für Kurzurlaube, für Leute aus diesem Ballungsraum. Ich bin der Meinung, wir haben auf alle Fälle z.B. mehr zu bieten als der Taunus. Das heißt, wir könnten mit gezielten Werbekampagnen in diesen Regionen auf uns aufmerksam machen. Ich hatte es schon einmal gesagt, sie sind nicht so teuer wie aufwändige Fernsehspots und wir kämen dort unmittelbar mit den Leuten ins Gespräch und würden gleich, Herr Minister Sklenar, unsere Produkte auch dort noch mit verkaufen. Wenn die Leute sich dann tatsächlich für Thüringen interessieren, hier ankommen, dann müssen auf der Autobahn die Beschreibungen zu diesen touristischen Zielen da sein und

die muss von der Autobahn über das untergeordnete Straßennetz bis ran an die Einrichtungen führen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, dass es dazu auch schon Gespräche zwischen Wirtschaftsministerium und den IHKs gibt. Ich weiß, dass es viele Begehrlichkeiten gibt, denn jeder, der eine touristische Attraktion zu bieten hat, möchte natürlich auch schon auf der Autobahn ausgeschildert werden. Aber ich bin der Meinung, das Gespräch muss fortgeführt werden und wir müssen diese Aufgabe lösen; wenn die Autobahn in Betrieb gegangen ist, dann muss das alles fertig sein.

2004 haben wir Landesausstellung in Sondershausen zum Thema "Thüringen - Land der Residenzen". Die Vorbereitungen laufen und ich weiß auch, dass die TTG dort in die ganzen Maßnahmen mit eingebunden ist und dass auch am Marketing gearbeitet wird. Ich habe aber Sorge, dass wir vielleicht denken, wenn wir diese Landesausstellung, die ja 2004 stattfindet, 2003 auf der ITB präsentieren, geht sie dort unter. Da sind so viele Leistungsträger, so viele Länder, da gehen wir mit unseren Thüringen-Angeboten meiner Meinung nach unter. Wir müssten, wenn wir es richtig machen wollen, wenn es keine Thüringer Nabelschau 2004 werden soll, im nächsten Jahr anfangen, eigentlich bundesweit für diese Landesausstellung zu werben.

(Beifall bei der CDU, PDS)

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS:
Und für die Landesgartenschau dazu.)

Und die Landesgartenschau dazu, richtig.

Im vergangenen Jahr ist begonnen worden, dass die Theater mehr an die touristische Vermarktung herangeführt werden. Wir leisten uns die größten Ausgaben in diesem Bereich wie kein anderes Land und ich denke mal, dort sollten wir auch in Zukunft noch verstärkter daran arbeiten, diese Theaterangebote stärker in touristische Angebote mit einzubinden,

(Beifall im Hause)

damit aus der Theatervorstellung ein Zwei- oder Dreitageurlaub in Thüringen auch angeboten wird. Da ist sicherlich nicht alles lukrativ, aber man muss bestimmte Dinge ausprobieren und wenn man merkt, dass etwas nicht läuft, nimmt man es wieder runter und probiert etwas anderes aus.

Ich will zusammenfassend sagen: An anderen Stellen werden Burgen und Schlösser aus Pappmaché gebaut, nur damit man eine Attraktion hat. Wir haben sie real und historisch gewachsen. Wir haben eine Mittelgebirgslandschaft, die an Reizen der von anderen in nichts nachsteht. Wir haben vorzeigbare Städte und Dörfer und ein kulturel-

les Erbe, um das uns mancher beneidet, und wir haben die Kapazitäten, um eigentlich ein vieles Mehr an Gästen zu bewirten, als wir dazu in der Vergangenheit die Möglichkeit hatten. Das alles nützt uns wenig, wenn wir nicht verstärkt dafür sorgen, dass die Leute außerhalb des Freistaats auch wissen, was wir haben. Das heißt, wir müssen in der Zukunft verstärkt touristisches Marketing betreiben - das wird ein paar Euro kosten -, nur so erreichen wir auch eine touristische Beachtung. Wir müssen es nicht tun, aber wenn wir es nicht tun, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Gästezahlen und die Übernachtungszahlen in Thüringen nicht steigerbar sind. Deshalb kann ich an der Stelle nur dafür werben, dass wir die Tourismusbetriebe draußen im Land mit unseren Möglichkeiten unterstützen, denn, das ist auch schon gesagt, im Thüringer Tourismus liegt noch eine Menge an Potenzen und auch an möglichen Arbeitsplätzen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Herr Abgeordneter Heym, lassen Sie noch eine Nachfrage von Abgeordneter Frau Nitzpon zu? Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Nitzpon, PDS:

Herr Heym, die Landesregierung hat dem Landtag vor einigen Monaten Vorschläge zur Änderung des Gesetzes, insbesondere auch zum Reiten im Wald, vorgeschlagen. Was glauben Sie, was diese Regelungen für Auswirkungen auf den Tourismus in Thüringen haben werden?

Abgeordneter Heym, CDU:

Also, Frau Nitzpon, ich wäre enttäuscht gewesen, wenn die Frage nicht gekommen wäre. Ich habe fest damit gerechnet.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, wir sind in der Diskussion und wir sollten dafür sorgen, dass wir in Thüringen, wenn die Diskussion beendet ist, ein Reitrecht haben, was nicht schlechter ist als das unserer Nachbarn, und dass wir in der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern hier ein vernünftiges Konstrukt auf den Tisch legen. Ich denke mal, das wird uns gelingen, die Gespräche dazu laufen und deshalb, denke ich, ist auch die touristische Komponente von dem Waldgesetz berücksichtigt.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:
Wir lassen die Pferde im Dorf.)

Wir lassen die Pferde im Dorf und wir machen die Gäule nicht scheu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Frau Abgeordnete Doht, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Ferienzeit hat für die Thüringer Hotels und Pensionen mit deutlichen Einbrüchen begonnen. Klassische Urlaubsregionen wie Thüringer Wald und Saaleland waren dabei im Juni mit über 12 Prozent weniger Gästen als im Vorjahresmonat besonders betroffen. Thüringenweit sanken die Gästezahlen um 10,1 Prozent. Soweit eine dpa-Meldung vom vorgestrigen Tag. Diese Zahlen sollten nun auch den letzten Touristiker wachgerüttelt haben, aber sie sollten auch für die Landesregierung und insbesondere für den zuständigen Wirtschaftsminister Anlass für eine grundlegende Analyse der Situation sein. Da nützt es nichts, wenn man sich hier die Zahlen schönredet und die Steigerung seit 1991 verkündet, dann muss man auch mal sehen, von welchem Niveau wir damals ausgegangen sind und dass wir letztendlich in der Konkurrenz zu anderen Bundesländern wie Baden-Württemberg beispielsweise, dem Schwarzwald stehen. Die Tourismusindustrie ist in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Thüringen bietet ideale landschaftliche und kulturhistorische Voraussetzungen als Tourismusland. Aber der Thüringer Tourismus braucht auch verlässliche Rahmenbedingungen. An erster Stelle nenne ich da die touristische Infrastruktur und ich bekenne durchaus, dass hier in den letzten Jahren viel geleistet wurde. Aber wir sind noch nicht am Ziel angekommen. Noch gibt es z.B. im Radwegenetz größere Lücken oder bereits ausgewiesene Radwege sind noch nicht in einem Optimalzustand. Ich erinnere mich nur an die Radtour, die die TTG von Saalfeld nach Jena veranstaltet hat. Der Radweg ist zwar durchgängig ausgewiesen, aber es hatte vorher geregnet und, bitte verzeihen Sie mir das jetzt, wir sahen aus wie die Schweine, als wir in Jena ankamen, weil der Weg eben teilweise unbefestigt, schlammig und morastig war, und damit kann ich keinen Touristen anlocken.

(Zwischenruf Abg. Sojka, PDS: Das ist nicht nur bei dem Weg so.)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU:
... zubetonieren ...)

Entschuldigung, aber zwischen einem schlammigen Feldweg und einem zubetonierten Weg gibt es noch Qualitätsstufen dazwischen. Ich rede hier nicht das Wort, dass alle Radwege asphaltiert sein müssen.

(Zwischenruf aus dem Hause: Versiegelung, das hatten wir doch vorhin.)

Sie müssen nicht versiegelt sein, aber sie müssen befestigt sein.

Ein anderer Bereich, die Wintersportgebiete: Insbesondere am Rennsteig mangelt es immer noch an Parkplätzen; hinzu kommt, dass die vorhandenen im Winter teilweise gar nicht oder erst mehrere Tage nach dem Schneefall geräumt werden. Ich habe hier in der Vergangenheit im Landtag immer wieder Anfragen zum Winterdienst auf Parkplätzen gestellt und mir dann meistens anhören müssen, dass die Räumspflicht in verschiedenen Zuständigkeiten liegt, dass Flächen dem Forst gehören, dass teilweise die TSI, teilweise die Kommunen zuständig sind - das mag ja alles richtig sein. Nur den Touristen, der sein Auto abstellen will, um hier in Thüringen Ski zu laufen, wenn er schon mal das Glück hat, dass wir Schnee im Winter haben, das ist ja auch nicht immer gegeben, den interessieren die Zuständigkeiten nicht, der möchte sein Auto sicher auf dem Parkplatz abstellen, es nachher auch aus eigener Kraft wieder wegbekommen und seinem Hobby fröhnen. Wenn ich dann sehe, dass es in anderen Ländern z.B. an zentralen Loipeneinstiegspunkten sogar Duschen, Toiletten, Umkleieräume gibt und bei uns noch nicht mal die Parkplätze im ausreichenden Maße vorhanden sind, dann müssen wir uns schon fragen, ob es hier nicht noch einiges zu tun gibt, damit wir konkurrenzfähig werden.

(Beifall bei der SPD)

Das sehe ich als ein größeres Problem an als z.B. 630-Mark-Jobs oder Ökosteuern, damit müssen alle anderen Bundesländer auch klarkommen, das führt zu keiner Wettbewerbsverzerrung innerhalb Deutschlands. Aber diese wichtigen Infrastrukturdinge, die fehlen halt.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es tut mir Leid, da komme ich auch nicht umhin, etwas zur Änderung des Waldgesetzes zu sagen, und zwar nicht nur zum Reiten, Herr Wunderlich, sondern das wird auch beim Winterwandern und beim Skilaufen Einbrüche mit sich bringen. Denn künftig brauchen die Kommunen oder die Wintersportvereine für jede zu legende Loipe die Zustimmung der Waldbesitzer. Damit sind

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Wo steht das, haben Sie das schon irgendwo gelesen? Das ist nicht zu glauben.)

Lücken im Loipennetz vorprogrammiert.

(Unruhe bei der CDU)

Das ist doch so, natürlich, geben Sie es doch zu. Was sagt denn dann der Tourist dazu, wenn plötzlich die Loipe im Nichts endet?

Meine Damen und Herren, für die Sommertouristen wurde zwar viel getan, man hat vielerorts Erlebnisbäder gefördert, mit denen die Kommunen jetzt überfordert sind, aber auf der anderen Seite ist es nicht gelungen, die vorhandenen Freibäder zu sanieren. Auch wenn dies ein ande-

res Ministerium und die Sportförderung betrifft, so sind dies letztendlich doch auch Faktoren, die den Tourismus beeinflussen und eine bessere Verzahnung der Förderinstrumente hier zwischen Infrastruktur und Sportförderung, so wie es mein Kollege Gerstenberger angesprochen hatte, ist längst überfällig. Was macht denn z.B. der Eisenach-Besucher, wenn er an einem heißen Tag die Wartburg bestiegen hat und sich später im Freibad erfrischen möchte. Auf der Internetseite der TTG bekommt er auch noch genau den Weg dahin beschrieben, nur wenn er dann davor steht - Fehlanzeige.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU:
Er fährt nach Ruhla!)

Es dürfte auch unstrittig sein, dass ein Urlaubsland neben den traditionellen Sport- und Wanderangeboten einige touristische Attraktionen für junge Leute, Kinder und Jugendliche braucht. Auch hier sehen wir durchaus noch Nachholebedarf. Aber wir müssen natürlich auch andererseits vermeiden, dass jede Kommune ihre eigene Sommerrodelbahn oder ihren eigenen Klettergarten errichtet. Damit wir bei diesen Einrichtungen nicht die gleichen Probleme wie bei den Bädern bekommen, sollte endlich ein Infrastrukturkonzept auf den Tisch. Denn nur nach einer gründlichen Analyse des Vorhandenen kann der künftige Bedarf vernünftig abgeschätzt werden und die Förderprioritäten können entsprechend gesetzt werden. Dabei, denke ich, sollten auch die Vorgaben des zurzeit in der Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplans beachtet werden. In vielen Bereichen hat das Wirtschaftsministerium bereits in der vergangenen Legislaturperiode die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten gefördert. Diese REK enthalten zum größten Teil auch Aussagen zur Tourismusentwicklung der Regionen. Diese Vorgaben auf Landesebene zusammenzuführen und dann eine Prioritätenliste zu erstellen, ist nach unserer Auffassung Aufgabe des Wirtschaftsministeriums. Es kann nicht sein, dass der Wirtschaftsminister sagt, die Kommunen sollen sich selbst einig werden, sonst fördern wir gar nichts mehr. Ich denke, hier ist zumindest eine Moderatorenrolle des Ministeriums angesagt. Ein Problem in diesem Zusammenhang ist sicherlich auch die Haushaltspolitik des Freistaats, das wurde auch schon angesprochen. Die Mittel für den Tourismus wurden in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgefahren. Andere Bundesländer, z.B. Baden-Württemberg, haben ihren Mittelansatz erhöht. Wie dann allerdings der Thüringer Wald in Konkurrenz zum Schwarzwald bestehen will, ist fraglich. Ich glaube, die Millionen für die Denkfabrik wären im Tourismus besser eingesetzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Es bringt nach unserer Auffassung auch nichts, wenn man die Denkfabrik-Kampagne jetzt auf den Tourismus ausdehnen möchte. Tourismuswerbung muss andere Akzente setzen, um bei den Urlaubern das Interesse für ein Land zu wecken. Da bin ich mir ja durchaus mit dem Kollegen

Heym einig.

(Beifall bei der SPD; Abg. Braasch, CDU)

Meine Damen und Herren, die Themen Marketing und Servicequalität waren in letzter Zeit oft in der Presse zu lesen. Mit der Schaffung der TTG als einheitliches Marketinginstrument für den Freistaat wurde ein richtiger Weg beschritten. Nach anfänglichen, wenn auch manchmal hausgemachten Schwierigkeiten arbeitet die TTG gut und wird auch von denen akzeptiert, die sich zu Beginn mit diesem Modell schwer taten, und die Einführung der Thüringen-Card wird hier sicher einen weiteren Schub bringen. Aber die TTG ist nur für das Marketing und nicht für die Produkterstellung zuständig. Sie kann letztendlich nur das vermarkten, was ihr die Tourismusunternehmen und die Fremdenverkehrsverbände liefern. Die Wünsche der Touristen gehen zunehmend weg von Pauschalreisen hin zu individuellen Angeboten. Der Tourist möchte sich seinen Urlaub selbst zusammenstellen, dazu müssen die einzelnen Angebote genau passfähig sein wie aus einem Baukastensystem. Dies ist nur durch eine enge Zusammenarbeit möglich und - auch das wurde angesprochen - hier haben wir noch Nachholebedarf, das Kirchturmdenken muss aufhören. Wir müssen auch im Bereich Tourismus, so wie wir es in der Forschung, in der Industrie tun, Netzwerke, Cluster bilden, damit auch die einzelnen Verantwortlichen vor Ort wissen, wo sind welche Angebote, was kann gemeinsam angeboten werden. In diesem Zusammenhang müssen wir sicherlich auch über die Personalsituation in den Fremdenverkehrsverbänden und -vereinen reden. An guten Ideen mangelt es vor Ort sicherlich oftmals nicht, aber die vorhandene Personalsituation lässt es nicht zu, dass all dies umgesetzt werden kann. Manche Aufgaben lassen sich eben mit ABM und SAM nicht unbedingt besser beantworten. Das soll keine Pauschalkritik an den ABM-Kräften und den SAM-Kräften sein, die sicherlich engagiert ihrer Arbeit nachgehen, aber nach einem, zwei oder spätestens drei Jahren sind sie weg, es kommen neue und die müssen erneut angelernt werden und so kann keine Kontinuität entstehen. Auf der anderen Seite, es käme wohl niemand hier im Hause auf die Idee, zum Beispiel ein Amt für Wirtschaftsförderung mit ABM-Kräften zu besetzen. Tourismusmarketing ist aber originäre Wirtschaftsförderung und das müssen alle Verantwortlichen viel mehr verinnerlichen, von der kommunalen bis zur Landesebene.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Wir brauchen für die Tourismusförderung ebenso wie in der Wirtschaftsförderung gut ausgebildetes und entsprechend motiviertes, das heißt auch gut bezahltes Personal, das kann ich auch nicht mit 630-DM-Jobs erledigen. Der Weg, den Verbänden weiter die Mittel zu kürzen, muss zwangsläufig in eine Sackgasse führen, da diese dann ihr Personal überhaupt nicht mehr bezahlen können.

Was die Qualität und den Service bei touristischen Angeboten betrifft, so gibt es hier durchaus große Unterschiede und da ist es auch wenig nützlich, wenn sich die Leute in der Tourismusbranche nun gegenseitig für die Situation verantwortlich machen. Vielmehr sollte man die Augen nicht vor Missständen verschließen. Alle Verantwortlichen müssen sich gemeinsam an einen Tisch setzen und an die anstehenden Aufgaben gehen und dazu bedarf es auch einer Qualitätsoffensive, wie sie vom Thüringer Wirtschaftsminister bereits angekündigt wurde. Leider ist diese Initiative bislang nach meinem Wissen über den Ankündigungsstatus noch nicht hinausgekommen und

(Zwischenruf aus dem Hause)

uns würde hier schon interessieren ... Die TTG ja, die will sich in der nächsten Aufsichtsratsitzung die Beispiele von Baden-Württemberg erklären lassen. Das ist ja richtig. Aber wir hätten doch viel früher diesen Weg gehen sollen und konkrete Vorschläge und Kriterien machen. Ich hoffe nur, dass diese Qualitätsoffensive auch dazu führen wird, dass wir hier Netzwerke bilden, dass wir die Verantwortlichen zusammen an einen Tisch bringen, und in diesem Zusammenhang muss natürlich auch etwas für die Aus- und Weiterbildung der Verantwortlichen in den Tourist-Informationen getan werden. Das Thema Englischkenntnisse ist hier schon angesprochen worden, aber diese Forderung richtet sich genauso an die Hotels und Gaststätten. Ich denke, es sollte in einer guten Gaststätte Usus sein, dass eine Speisekarte auch zumindest in Englisch vorliegt, um den ausländischen Touristen, die wir ja durchaus haben, hier auch entgegenzukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 80 Prozent der Unternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe im IHK-Bezirk Erfurt sind der Auffassung, dass die Landesregierung dem Wirtschaftsfaktor Tourismus zu wenig Aufmerksamkeit widmet. Diese Zahl gibt schon zu denken. Die Pläne der Landesregierung zur Änderung des Waldgesetzes und die passive Haltung des Wirtschaftsministeriums zu diesem Vorhaben verstärkt jedoch bei uns diesen Eindruck.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Lesen Sie es doch erst einmal, Sie haben es immer noch nicht gelesen.)

Hier wird nach unserer Ansicht ein sich entwickelnder Zweig der Tourismusindustrie im Keim erstickt. Welcher Reiter wird Thüringen noch als Urlaubsziel auswählen, wenn er seinem Hobby nur noch eingeschränkt nachkommen kann. Und, Herr Dr. Sklenar, wenn Sie vorhin dort hinten sagten, andere Länder werben damit, dass sie Reitwegenetze ausweisen, das ist ja richtig, aber dann dürfen wir doch nicht den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Das heißt doch, wir müssen erst diese Reitwegenetze ausweisen und dann können wir einmal darüber nachdenken, das so weit einzuschränken. Aber mit den Mitteln, die im Haushalt dafür vorgesehen sind, werden wir nicht dazu kommen, ein Reitwegenetz kurzfristig bis zum In-Kraft-Tre-

ten der Änderung des Waldgesetzes auszuweisen, und das heißt, die Reiter werden eingeschränkt, sie werden dort hin ausweichen, wo sie sich besser und freier bewegen können, und damit stehen in Thüringen auch eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Ich frage den Wirtschaftsminister, ob er schon einmal nachgerechnet hat, wie viel Arbeitsplätze diese geplanten rigiden Regelungen treffen könnten.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Es ist doch nicht zu verschweigen, dass auf den Reiterhöfen inzwischen die Existenzangst umgeht. Herr Minister Schuster, ich fordere Sie auf, zu diesem Thema nicht länger zu schweigen, sondern für den Erhalt dieser Arbeitsplätze einzutreten. Genau so,

(Beifall bei der SPD)

wie Sie einem vom Konkurs bedrohten Unternehmen jedesmal versuchen zu helfen und vor Ort eilen - und das ist gut und richtig -, sollten Sie das in diesem Falle hier auch tun und dieser Änderung des Waldgesetzes nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Er hat ja schon mal zugestimmt!)

Schlimm genug. Meine Damen und Herren, die Geschäftsführerin der TTG, Frau Grönegres hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Freundlichkeit und das Bemühen um den Gast ganz entscheidende Faktoren sind. Der Gast muss das Gefühl haben, dass die Leute hier für den Tourismus leben, dass er angenommen, dass er aufgenommen wird. Es stimmt auch, wenn sie beklagt, dass dies vielerorts noch nicht genügend praktiziert wird. Aber in diesem Zusammenhang muss ich auch sagen, es ist auch Aufgabe dieser Landesregierung, deutlichere Signale zu setzen und ihr Engagement für den Tourismus an entsprechenden Stellen zu dokumentieren. Ich finde es befremdlich, wenn auf der weltgrößten Tourismusmesse der IDB Thüringen nicht auf ministerieller Ebene vertreten ist. Man stelle sich mal eine Hannover-Messe ohne den Besuch des Wirtschaftsministers vor, dies wäre sicherlich undenkbar.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung sollte dem Wirtschaftsfaktor Tourismus die gleiche Aufmerksamkeit widmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann beende ich die Aussprache und wir kommen zu dem Antrag der PDS-Fraktion, den Bericht an den Ausschuss

für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik zu überweisen. Da muss ich die beiden antragstellenden Fraktionen, also, die den Antrag zur Aussprache gestellt haben, fragen: Sind Sie damit einverstanden? SPD-Fraktion? Gut. Dann werden wir das abstimmen. Wer dafür ist, den Bericht im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik weiterzuberaten, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das sieht nach einer großen Mehrheit aus. Damit ist der Bericht an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Strukturpolitik überwiesen und zum Abschluss bleibt mir nur nachzufragen: Gibt es Widerspruch darüber, dass das Berichtersuchen erfüllt ist? Das ist nicht der Fall. Damit können wir den Tagesordnungspunkt 12 abschließen.

Entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat schließe ich für heute die Plenarsitzung.

E n d e d e r S i t z u n g : 18.03 Uhr